

Biblioteka

U. M. K.

Toruń

146772

Korzystać na miejscu

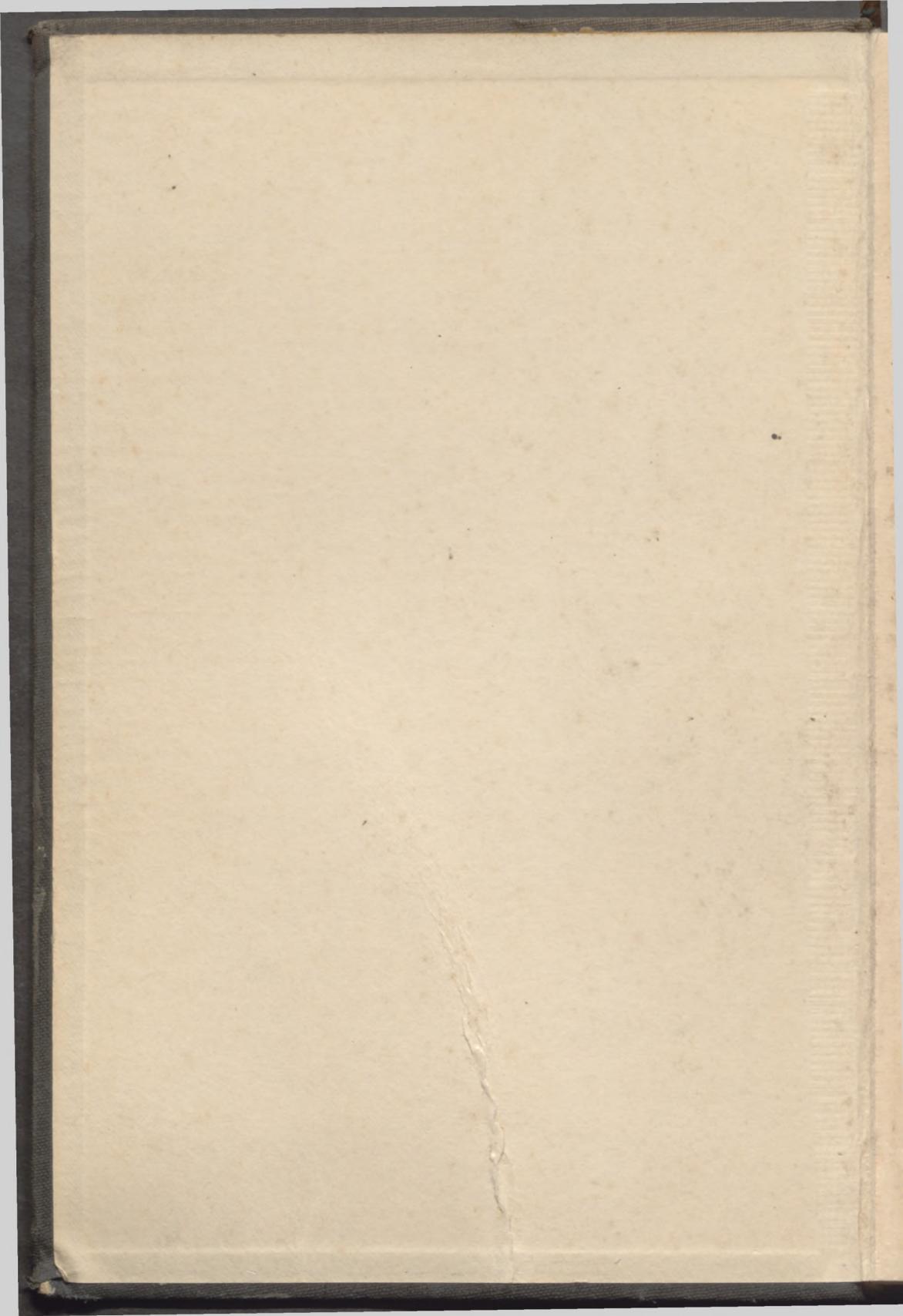
Rote Armee

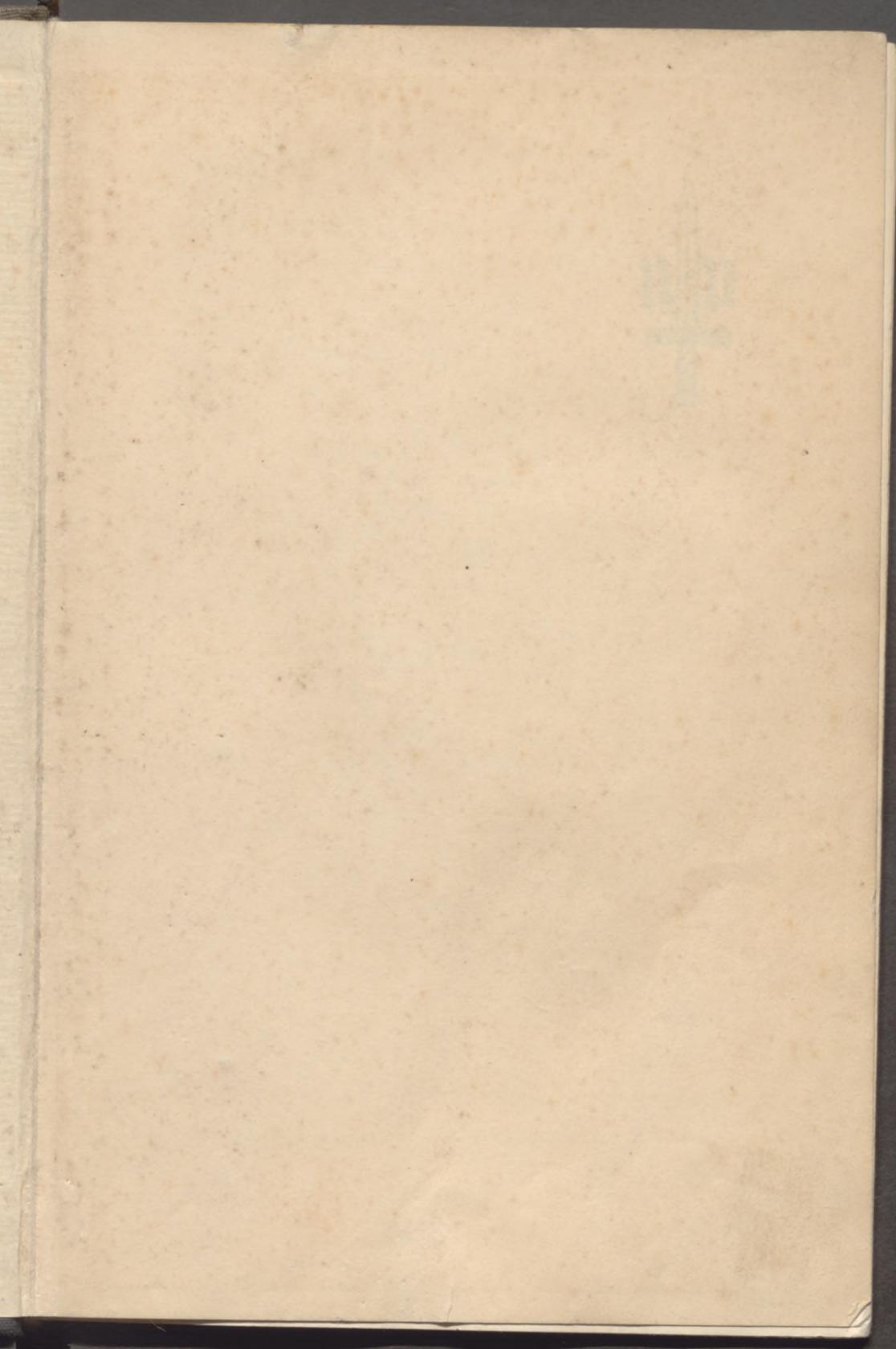
Rote Weltrevolution

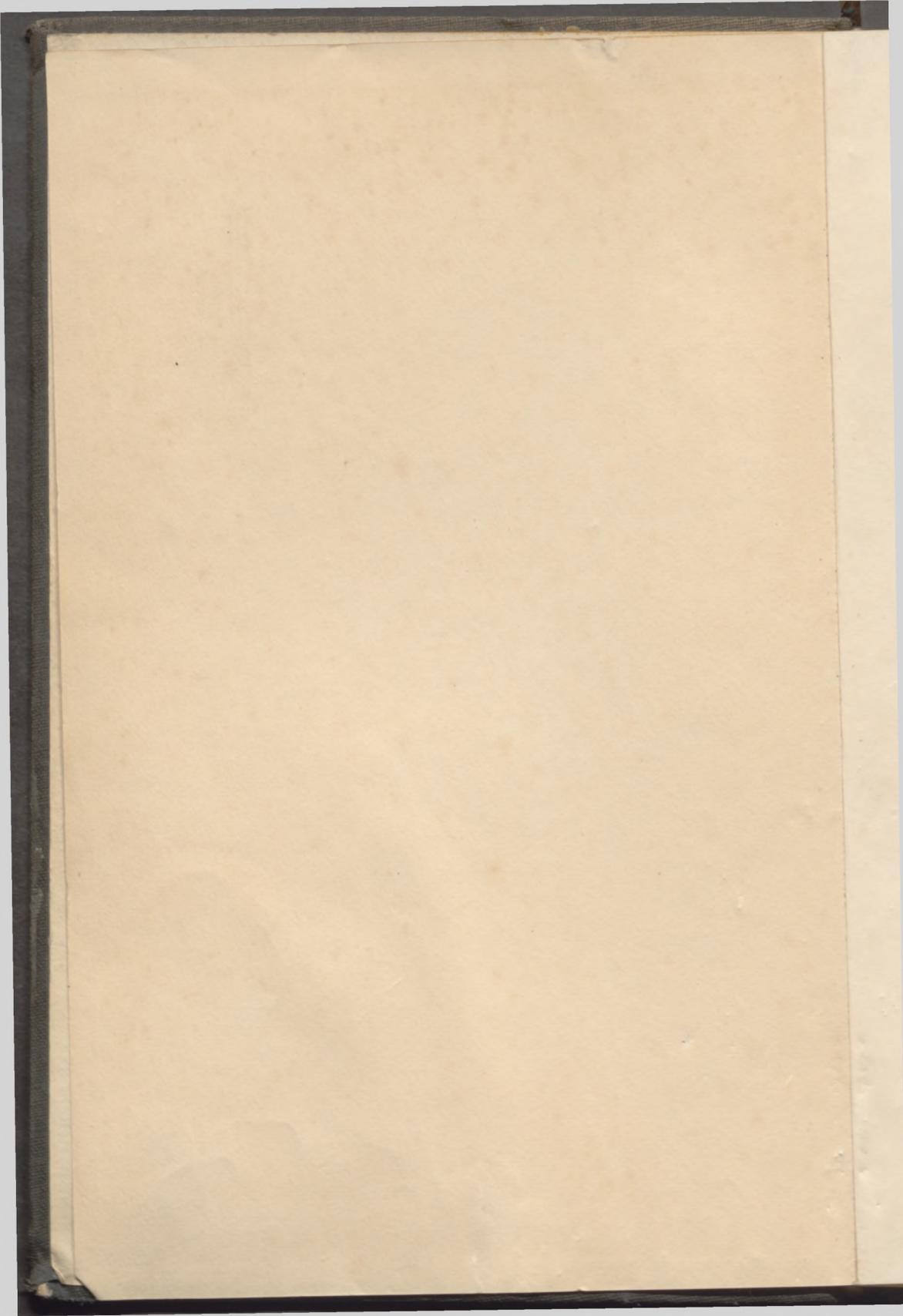
Roter Imperialismus

Von Th. Adamheit

Adamheit, Rote Armee + Rote Weltrevolution + Roter Imperialismus







SCHWERTBÜCHER
Schriften über Ostprobleme
und Bolschewismus



Rote Armeen
Band I

TH. ADAMM
Rote Armeen
Rote Weltrevolution
Revolutionäre Sozialismus

1933

Nielsen-Verlag, Berlin-Leipzig

SCHWERTBÜCHER



Schriften über Ostprobleme
und Bolschewismus

Band I

TH. ADAMHEIT

Rote Armee

Rote Weltrevolution

Roter Imperialismus

I 9 3 5

Nibelungen-Verlag · Berlin-Leipzig

TH. ADAMHEIT

Rote Armee

Rote Weltrevolution

Roter Imperialismus

1 9 3 5

Nibelungen-Verlag · Berlin-Leipzig

Alle Rechte vorbehalten



146.772



Copyright 1935 by Nibelungen-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 40

Druck: Bibliographisches Institut AG., Leipzig

Inhalt

Einführung.....	7
-----------------	---

I. Abschnitt

Ideologische Grundlagen	17
1. Kapitel: Die Kriegsdoktrin des Bolschewismus	17
1. Die Geschichtsauffassung des Kommunismus (17) — 2. Die drei Grundarten von Kriegen (21) — 3. Die weltrevolutionäre Zielsetzung des Bolschewismus (27) — 4. Der revolutionäre Angriffskrieg (30)	
2. Kapitel: Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution.....	34
1. Der politische und militärische Charakter des Kommunismus (34) — 2. Die drei Etappen der bolschewistischen Revolution (37) — 3. Das Prinzip der Grundsatzlosigkeit (41)	

II. Abschnitt

Der Sowjetimperialismus	46
3. Kapitel: Die Sowjetunion in Asien.....	46
1. Der zaristische Vormarsch in Asien (46) — 2. Der Sowjetimperialismus und die Ostchinesische Eisenbahn (51) — 3. Die sowjetimperialistische Durchdringung der Äußerer Mongolei (60) — 4. Innerasiatische Kampfprobleme (66) — 5. Moskaus neue Wege in der Mandchurei (75) — 6. Moskau zwischen Ost und West (78)	
4. Kapitel: Die Sowjetunion in Europa.....	85
1. Zwei Pole der Sowjetpolitik (85) — 2. Die Polemik gegen Versailles (89) — 3. Karl Radek als Anwalt des Systems Iswolski-Poincaré (95) — 4. Der neue außenpolitische Kurs des Rätestaates (103) — 5. Strategie und Taktik der Sowjetpolitik in Europa (109)	

III. Abschnitt

Die Vorbereitung zum Kriege.....	116
5. Kapitel: Die Kriegs- und Rüstungspsychose	116
1. Die innenpolitischen Schwierigkeiten (116) — 2. Die Triebkräfte der Kriegs- und Rüstungspropaganda (118) — 3. Die „Interventionsfront“ (120) — 4. Die Rüstungsausgaben der UdSSR. (123) — 5. Die Macht der Zahl in der Rüstungspropaganda (125) — 6. Die Idee des „bewaffneten Volkes“ (127)	
6. Kapitel: Die wirtschaftliche Aufrüstung	131
1. Raumpolitische Voraussetzungen (131) — 2. Die Erfahrungen des Weltkrieges (133) — 3. Die Grundzüge der wirtschaftlichen Mobilmachung der UdSSR. (139) — 4. Die Transportschwierigkeiten und Verkehrsprobleme (144) — 5. Wirtschaftsimperialismus (152)	

IV. Abschnitt

Der zukünftige Krieg.....	156
7. Kapitel: Der politische und militärische Charakter des zukünftigen Krieges.....	156
1. Die politischen Elemente des Krieges (156) — 2. Tuchatschewskij über „Angriff und Verteidigung“ (160) — 3. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten (164) — 4. Politik und Kriegführung (169) — 5. Die Front und die Etappe — die Reserven jenseits der feindlichen Front (172) — 6. Der nächste Krieg — ein Weltkrieg (177)	
8. Kapitel: Die politische Propaganda im Kriege.....	181
1. Der allgemeine Charakter der bolschewistischen Kriegspropaganda (181) — 2. Die Propaganda an der Front (184) — 3. Die Propagandaarbeit in der feindlichen Etappe (186) — 4. Lenins „Felddienstordnung für den bewaffneten Aufstand“ (193)	

V. Abschnitt

Die Rote Armee.....	198
9. Kapitel: Die Rote Armee als politische Waffe.....	198
1. Die Rote Armee — eine Armee der Weltrevolution (198) — 2. Der Klassencharakter der Roten Armee (200) — 3. Rote Armee und Bolschewismus (203) — 4. Die Politik in der Roten Armee (208)	
10. Kapitel: Die Rote Armee als militärische Waffe.....	213
1. Die allgemeine Entwicklungstendenz der Roten Armee seit der Revolution (213) — 2. Der Kampf um das Wehrsystem (216) — 3. Die Heeresreformen des Jahres 1924 (221) — 4. Die militärische Stärke der Roten Armee (223) — 5. Der Rote Militarismus (226)	
Schlußfolgerungen.....	228

Verzeichnis der Bilder

Eisenbahnkarte des fernen Ostens.....	50
Stalin und Laval (96); Trotskij, Stalin, Litwinow, Radek (97); Frunse, Tuchatschewskij, Bubnow, Blücher (112); Budjonnyj, Woroschilow, Gamarnik (113); Parade auf dem Roten Platz (168); Schweres Geschütz, Haubitzen, Motorisiertes Geschütz, Panzerzüge (169); Leichte Tanks (176); Zusammenwirken von Tanks und Flugzeugen (177); Scheinwerferabteilung und Fliegerabwehrgeschütz (192); Schwere Bombenflugzeuge (193); Durch Nebelwand getarnter Angriff von Tanks und Infanterie, Kavallerist und Pferd in Gasmasken (208); Wasserflugzeug und Unterseeboot (209); Propaganda-Fotomontagen mit Stalin und Woroschilow (224); Eine Hetz-Fotomontage aus der AIZ. (225)	

Die Fotomontage auf dem Schutzumschlag und die militärischen Bilder sind entnommen dem im Staatsverlag in Moskau 1934 erschienenen Propagandawerk der Sowjetregierung „Die Rote Arbeiter- und Bauernarmee“.

Einführung

Im September 1933 veröffentlichte die französische Nachrichtenagentur „Presse Associéé“, die sich sonst vorwiegend mit französischer Kulturpropaganda beschäftigt, die für die damaligen Verhältnisse in Europa sensationelle Nachricht, daß Herriot auf seiner Rußlandreise mit Litwinow das Projekt eines russisch-französischen Militär- und Wirtschaftsbündnisses besprochen habe. Das Projekt sei bereits durch diplomatische Kuriere der französischen Regierung zugegangen und werde im nächsten Ministerrat Gegenstand einer geheimen Beratung bilden. Das Militärbündnis beziehe sich auf alle Waffenkategorien zu Wasser, zu Lande und in der Luft.

Ein Jahr später, Ende November 1934, erklärte anlässlich der Durchberatung des Haushalts des Kriegsministeriums in der französischen Kammer der Berichterstatte Archimbaud folgendes über das Verhältnis zwischen Frankreich und der Sowjetunion: „In der Erkenntnis, daß die Haltung Deutschlands den Frieden Europas zu gefährden droht, haben Frankreich und Rußland ihre Freiheit sichern wollen, und es ist nicht zu leugnen, daß eine Verständigung (entente) zwischen beiden Ländern besteht. Ich spreche weder das Wort Bündnis (alliance) noch das Wort Militärabkommen (accord militaire) aus. Ich stelle lediglich fest, daß die russische Armee stark ist und sehr gut ausgerüstet, und daß sie uns im Falle eines Konfliktes mit Deutschland angeboten ist (offerte).“ Noch am gleichen Tage wurden von amtlicher französischer Seite die im Anschluß an den Bericht des Herrn Archimbaud verbreiteten „Gerüchte“ von dem Abschluß eines französisch-russischen Militärbündnisses für unzutreffend erklärt.

Am 2. Mai 1935 haben, „beseelt von dem Wunsch, den Frieden in Europa zu festigen und seine Wohltaten ihren Ländern zu garantieren, durch vollständigere Gewährleistung

der genauen Anwendung der Bestimmungen der Völkerbundssatzungen über die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit, der gebietsmäßigen Unantastbarkeit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, entschlossen, ihre Anstrengungen der Vorbereitung und dem Abschluß eines europäischen Abkommens mit diesem Ziele zu widmen und inzwischen, soweit es von ihnen abhängt, zu der wirksamen Anwendung der Bestimmungen der Völkerbundssatzung beizutragen“, der Pariser Sowjetbotschafter Potemkin und der französische Außenminister Laval im Auftrage ihrer Regierungen den nachstehenden Militärpakt abgeschlossen:

Artikel 1

Für den Fall, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand einer Drohung oder einer Angriffsgefahr von seiten eines europäischen Staates sein soll, verpflichten sich die Sowjetunion bzw. Frankreich gegenseitig, eine sofortige Konsultierung vorzunehmen über die zur Einhaltung der Bestimmungen des Artikels 10 der Völkerbundssatzungen zu ergreifenden Maßnahmen.

Artikel 2

Im Fall, daß – unter den im Artikel 15, Absatz 7 der Völkerbundssatzung vorgesehenen Bedingungen – Frankreich oder Sowjetrußland trotz ihrer aufrichtig friedfertigen Absichten Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von seiten eines europäischen Staates sein sollten, werden die Sowjetunion bzw. Frankreich sich sofort Hilfe und Beistand gewähren.

Artikel 3

Unter Berücksichtigung, daß laut Artikel 16 der Völkerbundssatzungen jedes Mitglied des Völkerbundes, das im Gegensatz zu den laut Artikel 12, 13 oder 15 der Völkerbundssatzungen übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, ipso facto als eine Macht gilt, die eine Kriegshandlung gegen alle anderen Völkerbundsmitglieder vorgenommen hat, verpflichten sich Frankreich bzw. die Sowjetunion, für den Fall, daß eines von ihnen unter diesen Bedingungen und trotz der aufrichtig friedfertigen Absichten

beider Länder Gegenstand eines nicht herausgeforderten Angriffes von seiten eines europäischen Staates wäre, sich sofort Hilfe und Beistand durch Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundssatzungen zu gewähren.

Dieselbe Verpflichtung ist für den Fall übernommen, daß Frankreich oder die Sowjetunion Gegenstand eines Angriffes von seiten eines europäischen Staates unter den im Artikel 17, Absatz 1 und 3 der Völkerbundssatzungen vorgesehenen Bedingungen wäre.

Artikel 4

Da die oben festgesetzten Verpflichtungen mit den Pflichten der hohen vertragschließenden Parteien als Mitglieder des Völkerbundes übereinstimmen, wird nichts in dem vorliegenden Vertrag als Einschränkung der Mission des Völkerbundes zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen zwecks wirksamer Sicherung des Weltfriedens oder als Beeinträchtigung der aus den Völkerbundssatzungen für die hohen vertragschließenden Parteien sich ergebenden Verpflichtungen ausgelegt werden.

Artikel 5

Der vorliegende Vertrag, dessen französischer und russischer Wortlaut gleichmäßig maßgebend ist, wird ratifiziert werden, und die Ratifizierungsurkunden werden in Moskau sobald als möglich ausgetauscht werden. Er wird beim Völkerbundsekretariat eingetragen werden.

Er wird in Kraft treten, sobald die Ratifizierungsurkunden ausgetauscht sind, und fünf Jahre in Kraft bleiben. Wenn er nicht von einer der hohen vertragschließenden Parteien mit einer Vorankündigung von mindestens einem Jahre vor Ablauf dieses Abschnittes gekündigt ist, wird er ohne zeitliche Beschränkung in Kraft bleiben, wobei jede der hohen vertragschließenden Parteien ihn dann durch eine entsprechende Erklärung mit einjähriger Frist aufkündigen kann.

Gleichzeitig mit der Unterzeichnung des gegenseitigen französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes haben die Bevollmächtigten der beiden Staaten ein Protokoll zum

Vertrag unterzeichnet, das in den Austausch der Ratifizierungsurkunden des Vertrages mit einbegriffen wird und folgendes zum Ausdruck bringt:

1. Es gilt als verabredet, daß Artikel 3 jede der vertragsschließenden Parteien verpflichtet, der anderen sofort Beistand zu gewähren, indem sie sich sofort nach den Empfehlungen des Völkerbundes richtet, sobald diese auf Grund Artikel 16 der Völkerbundssatzungen erlassen worden sind.

Es gilt gleichfalls als verabredet, daß die beiden vertragsschließenden Parteien gemeinsam handeln werden, um zu erreichen, daß der Völkerbundsrat seine Empfehlungen mit der ganzen Schnelligkeit erläßt, die die Umstände erfordern werden, und daß, wenn der Völkerbundsrat nichtsdestoweniger aus irgendeinem Grunde keinerlei Empfehlungen erläßt oder kein einstimmiger Beschluß zustandekommt, die Beistandspflicht deshalb nicht weniger zur Anwendung kommt.

Es gilt als verabredet, daß die in dem vorliegenden Vertrag vorgesehenen Beistandsverpflichtungen sich nur auf den Fall beziehen, daß ein Angriff gegen das eigene Gebiet der einen oder der anderen vertragsschließenden Partei erfolgt.

2. Da die beiden Regierungen gemeinsam die Absicht haben, durch den vorliegenden Vertrag den früher dritten Staaten gegenüber durch Frankreich oder die Sowjetunion auf Grund veröffentlichter Verträge übernommenen Verpflichtungen in keiner Weise zu widersprechen, so gilt als verabredet, daß die Bestimmungen des vorliegenden Vertrages keine Anwendung erfahren können, die unvereinbar wäre mit den von einer der vertragsschließenden Parteien übernommenen Verpflichtungen und die Vertragsschließenden Sanktionen internationalen Charakters aussetzen würde.
3. Da die beiden Regierungen den Abschluß eines regionalen Abkommens für wünschenswert erachten, das auf

die Organisierung der Sicherheit zwischen den vertragsschließenden Staaten abzielt, und das von anderer Seite Verpflichtungen des gegenseitigen Beistandes zur Folge haben könnte, so räumen sich beide Regierungen die Befugnis ein, mit ihrer gegenseitigen Zustimmung gegebenenfalls an solchen Abkommen in einer unmittelbaren oder mittelbaren Form, je nachdem, wie sie geeignet erscheint, teilzunehmen, wobei die Verpflichtungen dieser verschiedenen Abkommen an die Stelle der aus dem vorliegenden Vertrag folgenden Verpflichtungen treten.

4. Beide Regierungen stellen fest, daß die Verhandlungen, die zur Unterzeichnung des vorliegenden Vertrages geführt haben, anfänglich aufgenommen wurden, um ein Sicherheitsabkommen zu vervollständigen, das die Staaten von Nordeuropa, nämlich die Sowjetunion, Deutschland, die Tschechoslowakei, Polen und die der Sowjetunion benachbarten baltischen Staaten umfaßt, und daß neben diesem Abkommen ein Beistandsvertrag zwischen der Sowjetunion, Frankreich und Deutschland abgeschlossen werden sollte, durch den sich jeder dieser drei Staaten verpflichten sollte, demjenigen unter ihnen Beistand zu gewähren, der Gegenstand eines Angriffes von seiten eines dieser drei Staaten wäre.

Ogleich die Umstände bisher den Abschluß dieser Abkommen, die beide Parteien weiterhin als wünschenswert erachten, noch nicht gestattet haben, sind die in dem französisch-sowjetrussischen Beistandsabkommen enthaltenen Verpflichtungen nichtsdestoweniger so zu verstehen, daß sie nur in den in dem früher geplanten Dreier-Abkommen vorgesehenen Grenzen angewandt werden sollen.

Unabhängig von den in dem vorliegenden Abkommen folgenden Verpflichtungen wird gleichzeitig daran erinnert, daß gemäß dem am 29. November 1932 unterzeichneten französisch-sowjetrussischen Nichtangriffspakt und ohne Beeinträchtigung der Universalität der Verpflichtungen dieses Paktes im Falle, daß eine der beiden Parteien Gegenstand eines Angriffes von seiten einer oder mehrerer dritter europäischer, in dem oben erwähnten

Dreier-Abkommen nicht genannter Mächte wäre, die andere vertragschließende Partei sich während der Dauer des Konfliktes jeder mittelbaren oder unmittelbaren Hilfe oder Beistandsleistung an den Angreifer oder die Angreifer zu enthalten hat, wobei im übrigen beide Parteien erklären, daß sie durch keinerlei Beistandsabkommen gebunden sind, das im Gegensatz zu dieser Verpflichtung stünde.

*

Der Militärpakt zwischen Frankreich und dem Rätestaat hat in Europa eine neue Lage geschaffen. Die Begleitmusik in der französischen und in der Sowjetpresse zu diesem politischen Akt, wie der materielle Inhalt des Abkommens, lassen keinen Zweifel darüber zu, daß es sich bei ihm um eine gegen Deutschland gerichtete Maßnahme handelt. Dies ist von deutscher Seite ebenso offen ausgesprochen worden, wie die Tatsache, daß gleichzeitig eine flagrante Verletzung von bestehenden Abkommen und Statuten vorliegt. An sich hätte Deutschland, da es dem Völkerbund nicht angehört, wenig Anlaß, sich betontermaßen um das Schicksal dieses Institutes zu kümmern. Im Interesse der Klarheit in den Beziehungen aller europäischen Staaten zueinander muß jedoch darauf verwiesen werden, daß der Militärpakt zwischen den beiden größten Militärmächten über die Satzungen des Völkerbundes ebenso hinweggeht, wie er das Locarnoabkommen und den Kelloggpackt aus den Angeln hebt.

In diesem Zusammenhang seien nur einige Punkte herausgegriffen. Die Völkerbundssatzung sieht in Artikel 10 vor, daß nur der Völkerbundsrat zur Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze eines bedrohten Mitgliedsstaates befugt ist. Artikel 1 des Militärpaktes billigt im Gegensatz hierzu den beiden vertragschließenden Staaten unmittelbar dieses Recht zu. Artikel 16 der Völkerbundssatzung bestimmt das Vorgehen der Mitgliedsstaaten gegen denjenigen, der entgegen den in den Artikeln 12, 13 und 15 übernommenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Auch hier liegt die letzte

Entscheidung beim Rat. Im Widerspruch damit verpflichten sich Frankreich und der Rätestaat im Artikel 3 ihres Abkommens, „sich sofort Hilfe und Beistand durch Anwendung des Artikels 16 der Völkerbundssatzung zu gewähren“. Auf diese Weise wird der Rat nicht nur ausgeschaltet, sondern Ziffer 1 des Protokolls zum Vertrag sieht ausdrücklich vor, daß auch gegen eine Entscheidung des Rates gehandelt werden darf, denn „es gilt gleichfalls als verabredet . . . daß, wenn der Völkerbundsrat nichtsdestoweniger aus irgendeinem Grunde keinerlei Empfehlung erläßt oder kein einstimmiger Beschluß zustandekommt, die Beistandspflicht nicht weniger zur Anwendung kommt“. Damit ist auch der Locarnovertrag gefährdet, bei dessen Abschluß der Gedanke der Sicherung des Friedens im Westen maßgebend war und dem in Artikel 16 der Völkerbundssatzung besondere Bedeutung beigelegt wurde. Durch das russisch-französische Bündnisabkommen wird im Falle eines Konfliktes im Osten der Westen ohne weiteres mit hineingezogen, wobei die für den Locarnovertrag wichtige Frage der durch eine höhere Instanz objektiv zu treffenden Feststellung des Angreifers durch die einseitige Entscheidung der interessierten Mächte ersetzt wird.

Einen Verstoß gegen den Kelloggpackt stellt schließlich Artikel 2 des Militärpaktes dar. Der Kelloggpackt verbietet den Krieg grundsätzlich auch dann, wenn der im Artikel 15, Absatz 7 der Völkerbundssatzung vorgesehene Fall eintritt, daß der Völkerbundsrat in einem vorliegenden Streitfall zu keinem einstimmigen Beschluß gelangt, womit für die Mitgliedsstaaten Handlungsfreiheit nach Maßgabe des eigenen Gewissens eintreten würde. Natürlich wird das Recht der Verteidigung dem Angegriffenen auch über den Rahmen des Kelloggpacktes hinaus zugebilligt werden müssen. Dieses Recht könnte jedoch nur diesem, nicht aber einem dritten Staate zukommen. Die im sowjetisch-französischen Militärabkommen vorgesehene Beistandspflicht stellt daher einen Verstoß gegen diese Grundauffassung des Kelloggpacktes dar, woran auch die Klausel nichts ändert, daß „ein nichtherausgeforderter Angriff von seiten eines europäischen Staates“ auf Frankreich oder den Rätestaat „trotz ihrer aufrichtig friedfertigen

Absichten“ vorliegen soll, um die Beistandspflicht wirksam werden zu lassen, zumal auch in diesem Falle die Möglichkeit einer objektiven Feststellung des Angreifers nicht gegeben ist.

Diese nur andeutenden Hinweise können bereits als ausreichend angesehen werden, um die Rechtswidrigkeit des zwischen Paris und Moskau geschlossenen Vertrages zu zeigen, die nach der langen Kette von Vertragsverletzungen durch Frankreich seit dem Versailler Diktat keine Überraschung darstellt. Bemerkenswert hingegen ist die Selbstverständlichkeit, mit der die Sowjetunion sich an dieser Vertragsverletzung beteiligt, weil gerade sie in früheren Jahren sich nur zu gern zum Richter über die „inneren Widersprüche in der Welt der kapitalistischen und imperialistischen Mächte“ aufgeworfen hat. Wenn auch dem Rätestaat hier zugute gehalten werden könnte, daß er mit dem Locarnovertrag nichts zu tun hat, so trifft dieses Argument weder auf den Völkerbund noch auf den Kelloggspakt zu. Der Rätestaat ist an beiden höchst aktiv beteiligt. Wenn er sich trotzdem über sie hinwegsetzt, so kann man darin nur die selbstverständliche Geringschätzung erblicken, die der „proletarische Klassenstaat“ auf Grund seiner nur ihm eigentümlichen politischen Einstellung der bürgerlichen Welt und ihren Einrichtungen entgegenbringen muß. Wenn Frankreich und der Rätestaat Schulter an Schulter Vertragsbrüche begehen, so sind die inneren Motive, die sie hierbei leiten, durchaus verschiedener Natur. Ist das bolschewistisch-französische Militärbündnis mit seiner raffinierten Bezugnahme ausgerechnet auf diejenigen Artikel der Völkerbundssatzung, die umgangen oder wirkungslos gemacht werden sollen, ein Musterbeispiel der Pariser Advokatenpolitik, so ist es gleichzeitig ein Dokument der Verachtung des „proletarischen Klassenstaates“ für die Welt jenseits seiner Grenzen.

Das Militärbündnis zwischen Moskau und Paris ist auch in anderer Beziehung ein bemerkenswertes Dokument. Der flüchtige Betrachter wird zunächst vergeblich mit den in Moskau üblichen Argumenten die ideologischen Hintergründe für diesen Bund des Rätestaates mit einer der reaktionärsten Mächte in Europa, die das bürgerlich-liberale Frankreich darstellt, zu erklären suchen. Offenbar müssen

die Gründe für diese Bündnispolitik Moskaus tiefer gesucht werden, als lediglich an der Oberfläche der allgemeinen Phraseologie. Aus der Gegenüberstellung Frankreichs und Sowjetrußlands als militärische und politische Bundesgenossen unter Berücksichtigung des ideologischen Wesensinhalts beider Staaten, die einen kaum zu übertreffenden Gegensatz zwischen ihnen zu ergeben scheint, erwachsen eine Reihe von Fragen, die zu beantworten sind.

Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung wird es u. a. darum gehen müssen, diese Frage in bezug auf den Rätestaat und seine Politik zu behandeln und diejenigen Gesichtspunkte herauszuarbeiten, von denen die Sowjetpolitik grundlegend bestimmt wird. Dabei wird die Zweckideologie des Bolschewismus mit dem Wesen der Räteunion zu vergleichen sein. Trennt man die Propaganda von der Wirklichkeit, so liegt der Schluß nahe, daß unter bestimmten Voraussetzungen vom Moskauer Standpunkt aus, keine ideologischen Bedenken gegen diese Politik zu erheben sind.

Eine solche Annahme ohne Einschränkungen erscheint zunächst wenig wahrscheinlich angesichts der bekannten Tatsache, daß die Sowjetunion sich durch den Mund ihrer maßgebenden Führer nach wie vor als den „revolutionären Vortrupp des internationalen Proletariats“ bezeichnet, dem die messianische Aufgabe zugefallen ist, eine Genesung der Welt an ihrem revolutionären Wesen herbeizuführen. Da aber gerade Frankreich – und dieses vielleicht noch mehr, als irgendeine andere Macht der Welt – vom Standpunkt Moskaus aus Gegenstand solcher Bestrebungen sein müßte, erscheint es schwer verständlich, inwieweit die Sowjetpolitik in Frankreich einen Bundesgenossen für ihre weltrevolutionären Ziele erblicken kann. Es drängt sich die Frage auf, ob nicht das sowjetisch-französische Bündnis im Rahmen der kommunistischen Doktrin nur als ein Mittel zum Zweck angesehen werden muß. Denn soweit die Weltrevolution das letzte Ziel der Sowjetpolitik ist, müssen alle politischen Akte dieses Staates der Weltrevolution dienen. Ein Bündnis mit Frankreich könnte daher vom weltrevolutionären Standpunkt aus nur dann gerechtfertigt erscheinen, wenn es einen Schritt auf dem Wege zu diesem Ziel bedeuten würde.

Wenn zwei Staaten ein Militärbündnis abschließen, so kann es einen offensiven oder einen defensiven Charakter besitzen. Die äußere Form solcher Bündnisse pflegt stets ihren Verteidigungszweck und die friedlichen Absichten der vertragsschließenden Partner zu betonen. Wenn jedoch Clausewitz den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln bezeichnet hat, so ist der Charakter der ihm vorangegangenen Politik für den Krieg von wesensbestimmender Bedeutung. Diese Binsenwahrheit spielt bei Lenins politischen Konstruktionen eine große Rolle.

Auch der französisch-sowjetrussische Militärpakt wird der Welt in der üblichen Form eines Defensiv-Vertrages vorgelegt. Für seinen eigentlichen Charakter ist jedoch nicht seine äußere Form maßgebend, sondern die Politik der beteiligten Mächte, von der er nur ein Teil ist. Theoretisch ist der Fall denkbar, daß die an einem Militärpakt beteiligten Staaten hinter seiner äußeren Form verschiedene Absichten verbergen. In solchem Falle wird jedoch sein Charakter im allgemeinen von demjenigen Vertragspartner bestimmt werden, der die weitergehenden Ziele verfolgt, zumal wenn eine mehr oder weniger unbedingte Beistandspflicht für beide Teile verabredet ist.

Bei der vorliegenden Untersuchung wird es sich darum handeln, diejenigen politischen Elemente zu betrachten, die von einem der beiden Vertragspartner – vom Rätestaat – in dieses Militärbündnis hineingetragen werden. Die Rote Armee als das Machtinstrument des Rätestaates, dem innerhalb des Militärbündnisses eine der wichtigsten Aufgaben zufällt und die Rüstungspolitik der UdSSR, müssen im Mittelpunkt dieser Betrachtung stehen. Die Untersuchung sowohl der ideologischen und praktischen Grundlagen der Sowjetpolitik wie des eigentlichen Charakters der Roten Armee muß für die Wesensbestimmung und die Beurteilung des am 2. Mai 1935 abgeschlossenen bolschewistisch-französischen Militärbündnisses von Bedeutung sein.

I. Abschnitt

Ideologische Grundlagen

1. Kapitel. Die Kriegsdoktrin des Kommunismus

1. Die Geschichtsauffassung des Leninismus

Im Jahre 1913 schrieb Lenin in einem Brief an Gorki: „Ein Krieg zwischen Österreich und Rußland wäre eine für die Revolution (in ganz Osteuropa) sehr nützliche Sache, aber es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß Franz Joseph und Nikolascha uns dieses Vergnügen machen werden¹⁾.“

Zu diesem Zeitpunkt saß Lenin als politischer Emigrant in Österreich, dicht an der galizisch-russischen Grenze, wo zwanzig Monate später die ersten Schüsse zwischen den Truppen der beiden Monarchien gewechselt wurden. Lenin befand sich inzwischen bereits in der Schweiz und entfaltete seit den ersten Kriegstagen eine fieberhafte propagandistische Tätigkeit. Sein mit so zynischer Deutlichkeit geäußelter Wunsch war schneller in Erfüllung gegangen, als er selbst gehofft hatte.

Drei Jahre später passierte Lenin in einem plombierten Wagen die russische Grenze, um der im Februar 1917 ausgebrochenen russischen Revolution eine kommunistische Wendung zu geben und nach dem Oktoberumsturz die bolschewistische Diktatur unter seiner Führung zu errichten. Es folgten die Jahre des russischen Bürgerkrieges, in denen die bolschewistische Macht dank günstiger Umstände und dank dem Versagen ihrer Gegner sich siegreich behaupten konnte . . .

*

Wenn Lenin in dem zitierten Brief die Begriffe „Krieg“ und „Revolution“ in einen ursächlichen Zusammenhang

¹⁾ Lenins Briefe an Gorki, Wien 1924, S. 71.



miteinander gebracht hat, so ist damit bereits eines der Elemente seiner Einstellung zum Problem „Krieg“ gegeben. Als konsequenter Marxist betrachtet Lenin die Geschichte ausschließlich vom Standpunkt des Marxschen dialektischen Materialismus. Die Geschichte der Völker und Staaten wandelt sich ihm zu einer Geschichte der Klassen und der Klassenkämpfe. Die naturgegebenen Zusammenhänge zwischen den Gliedern eines und desselben Volkes verschwinden zugunsten der internationalen Interessensolidarität der Klassen. Der Staat wird zu einer „Maschine zur Aufrechterhaltung der Herrschaft einer Klasse über eine andere“, jeder Staat wird zum Klassenstaat. Kriege und Revolutionen sind ihm bestimmte Formen des politischen Kampfes um die Macht, der stets aus der gleichen Ursache der vorhandenen Klassengegensätze innerhalb der jeweiligen Gesellschaft entsteht. Alle Kriege und alle Revolutionen sind klassenmäßig bestimmt. Alle Kriege der Klassenstaaten sind Klassenkriege. Alle Revolutionen sind Machtkämpfe der unterdrückten gegen die unterdrückenden Klassen und werden in ihrer bewaffneten Form zu Bürgerkriegen. Diese sind Klassenkriege in ihrer reinsten Ausprägung.

Charakteristisch für die Marxisten ist ihre rein materialistische Lehre. Auf dieser Grundlage ist der marxistische Klassenbegriff überhaupt erst möglich. Die Klassenbildung wird aus rein ökonomischen Ursachen erklärt. Der Klassenkampf, so lehren die Marxisten, ist die dynamische Kraft, die das Rad der Geschichte bewegt. Sein Endzweck soll die Beseitigung der Klassen und damit der Staaten, der Übergang zur „staaten- und klassenlosen Gesellschaft“, das heißt zum Kommunismus sein.

Innerhalb des gegenwärtigen Zeitalters des Kapitalismus unterscheidet Lenin eine besondere Entwicklungsstufe, die er das „Zeitalter des Imperialismus“ nennt. Den Imperialismus bezeichnet er als „das monopolistische Stadium des Kapitalismus“¹⁾. Damit meint er die Konzentration des Kapitals in den Händen von Verbänden, Syndikaten, Trusts, die in seiner Propaganda eine große Rolle spielen und von

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 19, S. 168.

denen er sagt, daß sie „nicht selten einen internationalen Charakter trugen“ und daß auf diese Weise „eine früher nie gekannte Herrschaft einer winzig kleinen Zahl von Großbanken, Finanzkönigen, Finanzmagnaten“ entstanden sei. Diese Definitionen Lenins sind für die Beurteilung der Sowjetunion von grundsätzlicher Bedeutung, da gerade dort diese Merkmale des Imperialismus, wie an anderer Stelle noch zu zeigen sein wird, in höchster Vollendung ausgebildet worden sind.

Lenin folgert aus seinen Feststellungen weiter, daß diese Entwicklung im Laufe der Zeit zu einem Kampf der verschiedenen Interessengruppen um die Macht, um Einflußsphären, zur modernen Kolonialpolitik geführt habe.

Es ist charakteristisch für die Einstellung Lenins, daß er bei der Schilderung der objektiven Merkmale des Imperialismus mit keinem Wort die übertragende Rolle des internationalen Judentums und der Freimaurerei gerade auf diesem Gebiet erwähnt, die durch die Macht des Geldes die Völker unter ihre Botmäßigkeit gebracht haben und im Interesse der Erhaltung ihrer Herrschaft niemals davor zurückgeschreckt sind, die Völker gegeneinander auszuspielen. Nicht minder bezeichnend ist es, daß er keinen Augenblick lang auf die einzige wirklich reale Schlußfolgerung kommt, daß der Kampf gegen das internationale Finanzkapital nur auf der Grundlage der nationalen Emanzipation der Völker von seiner Allmacht geführt werden kann. Anstatt das Übel hier an der Wurzel zu fassen, kennt Lenin nur das Rezept des Klassenkampfes, das die Angehörigen eines und desselben Volkes gegeneinander in den Bürgerkrieg hetzt und damit das einzelne Volk erst recht zum Gegenstand der Ausbeutung macht.

Die Aufteilung der Welt auf der einen, das Streben nach einer Umteilung der Welt auf der anderen Seite: das sind die beiden Pole, zwischen denen Lenin die großen politischen Kämpfe im Zeitalter des Imperialismus sich abspielen sieht. In seiner im Jahre 1915 gemeinsam mit Sinowjeff geschriebenen und in Deutschland und in Frankreich illegal verbreiteten Schrift „Sozialismus und Krieg“ gibt Lenin

die nachstehende Tabelle zur „Verteilung der Welt unter die großen Sklavenhaltermächte“ wieder¹⁾:

Die „Großmächte“	Kolonien				Mutterländer		Insgesamt	
	1876		1914		1914		1914	
	qkm in Millionen	Einwohner in Millionen	qkm in Millionen	Einwohner in Millionen	qkm in Millionen	Einwohner in Millionen	qkm in Millionen	Einwohner in Millionen
England	22,5	251,9	33,5	393,5	0,3	46,5	33,8	440,0
Rußland	17,0	15,9	17,4	33,2	5,4	136,2	22,8	169,4
Frankreich	0,9	6,0	10,6	55,5	0,5	39,9	11,1	95,1
Deutschland	—	—	2,9	12,3	0,5	64,9	3,4	77,2
Japan	—	—	0,3	19,2	0,4	53,0	0,7	72,2
Vereinigte Staaten von Nordamerika	—	—	0,3	9,7	9,4	97,0	9,7	106,7
6 Großmächte	40,4	273,8	65,0	523,4	16,5	473,2	81,5	960,6
Kolonien, die nicht den Großmächten (sondern Belgien, Holland und anderen Staaten) gehören	—	—	9,9	45,3	—	—	9,9	45,3
Drei halbkoloniale Länder (Türkei, China und Persien)							14,5	361,2
					Insgesamt		105,9	1367,1
Übrige Staaten und Länder							28,0	289,9
Der Erdball insgesamt (ohne Polargebiete)							133,9	1657,0

Diese Aufstellung benutzte Lenin während des Weltkrieges, um zu beweisen, daß einige wenige kapitalkräftige Länder fast den ganzen Erdball unter ihre Herrschaft gebracht haben und um den imperialistischen Charakter des Weltkrieges zu zeigen. Er stellte die Behauptungen Frankreichs und Englands, daß sie den Krieg für die Freiheit der Völker und Belgiens führten, an den Pranger und erblickte ihr Kriegsziel in der „Festhaltung der durch sie im größten Stil zusammengeraubten Kolonien“. Lenin gab sogar aus propagandistischen Erwägungen dem Gedanken Raum, daß

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 251.

Deutschland „vom Standpunkt der bürgerlichen Gerechtigkeit und nationalen Freiheit“ als im Recht befindlich angesehen werden könnte. Lenin lag damals viel daran, in Deutschland Fuß zu fassen.

Wenn es ein von Lenin im Prinzip natürlich abgelehnter Standpunkt der „bürgerlichen Gerechtigkeit“ ist, daß ein bei der Aufteilung der Welt übervorteilter Staat gleiche Behandlung verlangen kann, so müßte es offenbar auch einen Standpunkt der „sozialistischen“ oder „proletarischen“ Gerechtigkeit geben, die nach der ganzen Lage der Dinge jener entgegengesetzt sein müßte. Die Praxis lehrt allerdings, daß der koloniale Besitzstand des Rätestaates nicht nur dem der russischen Monarchie gleicht, sondern ihn sogar übertrifft und nach dem Willen der Sowjetmachthaber noch weiter vergrößert werden soll. Die „Festhaltung der durch den Zarismus in größtem Stil zusammengeraubten Kolonien“ ist, um in Anlehnung an Lenin zu sprechen, ein Hauptinhalt der gegenwärtigen Sowjetpolitik, wie an anderer Stelle der vorliegenden Untersuchungen noch näher darzulegen sein wird.

2. Die drei Grundarten von Kriegen

Von der „Geschichtsauffassung“ der Kommunisten ausgehend wird jeder politische Vorgang ausschließlich danach beurteilt, inwieweit er dem letzten Ziel – der Weltrevolution – dient. Die Weltrevolution hat die Aufgabe, auf dem ganzen Erdball die bestehenden Regierungsgewalten zu stürzen und sie durch die Diktatur des Proletariats zu ersetzen. Dieses Ziel kann mit friedlichen Mitteln nicht erreicht werden, wie Lenin immer wieder leidenschaftlich betont. Daraus ergibt sich, daß Lenin nicht gegen den Krieg sein kann, sondern sich nachdrücklich für den Krieg und gegen jeden Pazifismus erklärt. Zu Beginn des Weltkrieges, als sich in verschiedenen neutralen Ländern eine sozialistische Bewegung unter der Parole der „Abrüstung“ bemerkbar machte, schrieb Lenin: „Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein. Man darf sich nicht durch den gegenwärtigen imperialistischen

Krieg irreführen lassen . . . Demokratische Kriege und Aufstände z. B. von unterdrückten Völkern gegen ihre Unterdrücker sind durchaus nicht unmöglich. Unvermeidlich sind Bürgerkriege des Proletariats für den Sozialismus. Möglich sind Kriege des in einem Lande siegreichen Sozialismus gegen andere, bourgeoise und reaktionäre Länder . . . Der ist kein Sozialist, der die Verwirklichung des Sozialismus ohne sozialistische Revolution und ohne die Diktatur des Proletariats erwartet. Die Diktatur ist eine staatliche Macht, die sich unmittelbar auf die Gewalt stützt. Die Gewalt im Zeitalter des 20. Jahrhunderts, wie überhaupt im Zeitalter der Zivilisation, ist nicht die Faust und nicht der Knüppel, sondern das Heer. Die ‚Abrüstung‘ auf die Tagesordnung setzen, heißt ganz allgemein sagen: Wir sind gegen die Anwendung von Waffen. Darin ist ebenso wenig auch nur ein Lot Marxismus enthalten, als wenn wir sagen würden: Wir sind gegen die Anwendung der Gewalt!¹⁾“

Aus diesen eindeutigen Sätzen geht hervor, daß Lenin zwischen verschiedenen Arten von Kriegen unterscheidet. Der kommunistischen Geschichtsbetrachtung entsprechend muß in jedem Einzelfalle eine Analyse des Klassencharakters des Krieges vorgenommen werden. Hierzu ist es nicht erforderlich, bis zum eigentlichen Ausbruch des Krieges zu warten, um dann aus seinem Verlauf, aus der Kriegführung der beteiligten Mächte und aus ihren Kriegszielen Schlüsse zu ziehen. In Anlehnung an Clausewitz faßt Lenin den Krieg als „Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln“ auf, wobei er die Kriegsphilosophie des großen preußischen Soldaten marxistisch vergewaltigt²⁾. Mit Hilfe der Marxschen Dialektik wird auf dieser Grundlage der Charakter jedes einzelnen Krieges aus der ihm vorausgegangenen Politik abgeleitet. Da diese nach der offiziellen Auffassung der Kommunisten stets eine Klassenpolitik und ihre militärische Fortsetzung unter Anwendung der Waffe stets ein Klassenkrieg ist, handelt es

¹⁾ Lenin, Über den Krieg, 1914—1918, Moskau 1924, S. 104.

²⁾ Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, S. 253.

sich von Fall zu Fall darum, die Klassenkräfte zu bestimmen, die in diesem geschichtlichen Prozeß wirksam sind. Dabei geht Lenin nicht darauf aus, rein abstrakte Begriffsbestimmungen zu finden, sondern er geht auf die konkreten Möglichkeiten der Gegenwart ein und untersucht, mit welchen verschiedenen Arten von Kriegen in unserem Zeitalter zu rechnen ist.

*

In der Gegenwart unterscheidet Lenin im wesentlichen drei Grundarten von Kriegen: den imperialistischen, den nationalen und den proletarischen Krieg.

Diese Kriegearten hat es, wie Lenin bemerkt, auch in früheren Geschichtsperioden gegeben, jedoch erhalten sie seiner Auffassung nach in der Gegenwart eine besondere Bedeutung. Als das Zeitalter der nationalen Kriege bezeichnet er das Jahrhundert von der französischen Revolution bis 1871. In dieser Periode habe der Kapitalismus im Sinne des dialektischen Materialismus sogar dem Fortschritt gedient, indem er die Befreiung der Völker vom Feudalsystem und die Bildung von Nationalstaaten begünstigt habe. Das ist eine ausgesprochen propagandistische Formel. Lenin gebraucht sie, um das Bürgertum solcher Länder für seine Zwecke einzuspannen, die noch rückständig sind und sich im „Kampf mit dem Feudalsystem“ befinden. Dieses Bürgertum (z. B. in China) ist nach Lenins Auffassung selbstverständlich gleichfalls „kapitalistisch“, das Zugeständnis der „Fortschrittlichkeit“ (mit historisch rückwirkender Kraft) soll jedoch ideologisch die Brücke zu ihm schlagen und ihm im weltrevolutionären System des Bolschewismus eine, wenn auch zeitlich beschränkte, Aufgabe zuweisen.

Mit dem Hinübergreifen in den Imperialismus hingegen sei der Kapitalismus aus einer fortschrittlichen zu einer reaktionären Macht, zum größten Unterdrücker der Völker geworden. Für letztere bliebe entweder der „Übergang zum Sozialismus oder der weitere bewaffnete Kampf der Großmächte und die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus vermittels der Kolonien, Monopole, Privilegien und jeder

Art von nationaler Unterdrückung¹⁾.“ Andererseits entbehre der imperialistische Krieg des nationalen Elementes nicht. Lenin bezeichnet ihn als die bewaffnete Fortsetzung der imperialistischen Politik der Bourgeoisie einiger herrschender Großmächte. Druck erzeugt Gegendruck, und eine Folge dieser Politik müssen national-revolutionäre Freiheitsbewegungen der unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Völker sein, die ein neues Zeitalter der nationalen Kriege gegen den Imperialismus eröffnen. Diese Kriege werden vorwiegend von den Kolonialvölkern geführt. „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des ‚entfesselten‘ Imperialismus, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, die imperialistischen Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Erde, mit dem uns eigentümlichen, niederträchtigen europäischen Chauvinismus ‚Kolonialkrieg‘ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigen Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus häufig nationale Kriege erzeugen muß²⁾.“

Wenn Lenin in der erwähnten Schrift „Sozialismus und Krieg“ sagt, die Sozialisten hätten „den Kampf zwischen den Räubern auszunutzen, um sie alle zu beseitigen“, so ist damit das taktische Verhalten dem imperialistischen Krieg gegenüber ausgesprochen. Es erscheint abermals einleuchtend, warum Lenin – wie schon dargelegt –, ein Gegner des Pazifismus ist. Lenin betont in allen seinen Schriften, daß die Gegensätze zwischen den Großmächten im Zeitalter des Imperialismus ungemein verschärft würden. Kriege zwischen ihnen bedeuten die höchste Steigerung dieser Gegensätze und ebnen den Weg für die Weltrevolution, indem sie die

¹⁾ Vgl. Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18. S. 248 und 250.

²⁾ Lenin, in „Die Rote Armee“, Nürnberg, o. J., S. 7.

Großmächte schwächen und den Kampf aller gegen sie gerichteten Kräfte erleichtern.

Der frühere Außenkommissar der Sowjetunion Tschitscherin reihte im Jahre 1922 den internationalen Antagonismus der gegenwärtigen Periode in folgende drei Kategorien ein:

1. internationaler Kampf zwischen Kapital und Arbeit,
2. internationale Gegensätze zwischen den Großmächten,
3. zunehmender Kampf zwischen den großen Industrieländern und den Kolonien¹).

In diesem System kommt den nationalen Kriegen eine besondere Bedeutung zu. Diese erblickt Lenin darin, daß sie objektiv gegen den Imperialismus gerichtet und damit objektiv ein Teil der proletarischen Weltrevolution seien. „Im selben Maße, in dem die reaktionären Kriege und besonders die imperialistischen Kriege verbrecherisch und verderblich sind, in demselben Maße sind revolutionäre Kriege erlaubt und gerecht, das heißt Kriege zur Verteidigung von Völkern, die von den Imperialisten einiger weniger Länder unterdrückt werden, zur Verteidigung der sozialistischen Revolution gegen fremde Invasionen . . . es ist unbedingt notwendig, klar zu unterscheiden zwischen imperialistischen Kriegen, Kriegen zur Unterdrückung kleiner und schwacher Nationen, und revolutionären Kriegen, Kriegen zur Verteidigung gegen die konterrevolutionären Kapitalisten, zur Niederwerfung ihres Joches²).“

Das heißt mit anderen Worten, daß Lenin alle nationalen Freiheitskämpfe der Völker zu einer Angelegenheit der kommunistischen Weltrevolution macht, sofern es etwas dabei zu gewinnen gibt. Es muß betont werden, daß die nationalen Freiheitskämpfe der Völker auch dann als ein Teil dieser proletarischen Weltrevolution aufgefaßt werden, wenn sie gar nicht unter der Führung des Proletariats, sondern unter der des Bürgertums der betreffenden Länder stehen. In dieser Beziehung argumentiert Lenin etwa folgendermaßen: der

¹) Russische Korrespondenz, Jahrgang 3, Bd. 2, 1922, S. 755.

²) Lenin in: Die Kommunistische Internationale, 1922, Nr. 20.

ationale Freiheitskampf der Bourgeoisie eines unterdrückten Volkes muß sich und kann sich nur gegen den Imperialismus richten. Der Sieg in einem solchen Kampfe muß zunächst die Errichtung des nationalen bürgerlichen Staates in dem betreffenden Lande zur Folge haben. Dieser muß nun seinerseits eine bestimmte Entwicklung durchlaufen, bis er alle besonderen wirtschaftlichen, das heißt kapitalistischen Merkmale entwickelt hat, die ihn für den Übergang zum Sozialismus reif machen. Auf diese Weise erscheint der von Lenin unterstützt eFreiheitskampf der unterdrückten Völker lediglich als Mittel zum Zweck. Am Ende steht auch hier die proletarische Revolution, der Sowjetstaat.

*

Die dritte Art von Kriegen in unserem Zeitalter sind nach Lenin die Kriege des revolutionären Proletariats gegen die Bourgeoisie: die Bürgerkriege.

„Bürgerkriege sind auch Kriege“ – ruft Lenin aus und fährt fort: „Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße . . . auf die sozialistische Revolution zu verzichten.“ Weiter führt Lenin aus, daß der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt ausschließe: „Im Gegenteil, er setzt solche voraus“¹⁾.

Während Lenin den imperialistischen Krieg theoretisch ablehnt, den nationalen Krieg je nach den Umständen aus taktischen Gründen anerkennt, erblickt er im Bürgerkrieg diejenige Form des bewaffneten Kampfes, die von seinem Standpunkt aus unbedingt notwendig und mit allen Mitteln herbeizuführen ist. Lenin als Theoretiker

¹⁾ Lenin, in: Die Rote Armee, Nürnberg, o. J., S. 3.

ist niemals bereit, Konzessionen zu machen, wenn er auch in seiner praktischen Politik, namentlich seit er selbst an die Spitze eines Staates getreten ist, oft genug gezwungen wurde, auch andere Wege zu gehen. Aber bei allen Umwegen, die er oder seine geistigen und politischen Erben einschlagen, bleibt das letzte Ziel – die Weltrevolution – unverrückbar bestehen. Alle Mittel sind recht, die ihr dienen. Unter ihnen ist der Bürgerkrieg das wichtigste Mittel, ohne dessen Einsatz das Ziel nicht zu erreichen ist. Deshalb muß der Bürgerkrieg unter allen Umständen herbeigeführt werden. Jeder andere Krieg muß in einen Bürgerkrieg verwandelt werden, indem die in ihm enthaltenen nationalen Elemente durch die des Klassenkampfes ersetzt werden.

Deshalb sagt Lenin: „Kriegsdienstverweigerung, Streik gegen den Krieg usw. ist einfach eine Dummheit, ein jämmerlicher und feiger Traum von unbewaffnetem Kampf gegen die bewaffnete Bourgeoisie, ein Seufzen nach Beseitigung des Kapitalismus ohne verzweifelten Bürgerkrieg oder eine Reihe von Kriegen. Die Propaganda des Klassenkampfes bleibt auch im Kriege Pflicht der Sozialisten; die Arbeit, die auf die Verwandlung des Völkerkrieges in den Bürgerkrieg zielt, ist im Zeitalter des imperialistischen bewaffneten Zusammenpralls der Bourgeoisie aller Nationen die einzige sozialistische Arbeit. Nieder mit den pfäffisch-sentimentalen und törichten Träumereien vom ‚Frieden um jeden Preis!‘ Wir wollen das Banner des Bürgerkrieges erheben!“¹⁾ Und an anderer Stelle erhebt Lenin die kategorische Forderung: „Die revolutionäre Klasse muß in einem reaktionären Kriege die Niederlage ihrer eigenen Regierung wünschen“²⁾.

3. Die weltrevolutionäre Zielsetzung des Bolschewismus

Im Rahmen der von allen Anhängern der III. Internationale anerkannten weltrevolutionären Konzeption ist es unter ihnen ein, bis zum heutigen Tage umstrittenes, Problem geblieben, ob der Sieg des Sozialismus „im Weltmaßstab“

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, Bd. 18, S. 90.

²⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 221.

auf einmal oder etappenweise zu verwirklichen sei. Über diese Frage ist, von persönlichen Motiven abgesehen, Trotzki (Bronstein) zu Fall gekommen, als er schon lange nach dem bolschewistischen Oktoberumsturz in Rußland den Standpunkt einnahm, daß die Weltrevolution nur im Ganzen zu gewinnen sei. Lenin vertrat 1920 eine ähnliche Auffassung, wenn er sagte, daß man ein „solches Werk, wie die sozialistische Revolution, in einem einzelnen Lande nicht vollbringen kann¹⁾.“ In seinen Thesen über den Frieden zur Zeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erklärte er: „Es unterliegt keinem Zweifel, daß die sozialistische Revolution in Europa kommen muß und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Sieg des Sozialismus sind in dieser Überzeugung und auf dieser wissenschaftlichen Voraussicht gegründet²⁾.“

An dieser allgemeinen Einstellung hat sich bis heute prinzipiell nichts geändert, obwohl die anfangs gehegte Hoffnung auf eine baldige Revolution in Europa durch den Gang der Geschichte nicht bestätigt worden ist. Es ist vielmehr bei der „Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande“, d. h. in Rußland geblieben. Der hier scheinbar enthaltene Widerspruch zwischen Theorie und Praxis ist für Lenin selbst nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Theoretisch hat er mit diesem Fall bereits 1915 gerechnet: „Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen oder sogar in einem einzeln genommenen kapitalistischen Lande möglich ist.“

Das Eintreten dieses Falles ändert, vom kommunistischen Standpunkt gesehen, die politische Weltkonstellation: der imperialistische Kordon ist an einer Stelle der „weltrevolutionären Front“ durchbrochen. Der Rätestaat wird jetzt als die Keimzelle der zukünftigen Weltordnung angesehen. Es wird gleichzeitig die propagandistische These aufgestellt, daß alle kapitalistischen Staaten

¹⁾ Lenin, Über den Versailler Vertrag, Wien-Berlin 1933, S. 81.

²⁾ Lenin, Über den Krieg, Berlin 1926, S. 46.

ihre Politik nunmehr auf das Ziel des Sturzes der Sowjetmacht ausrichten würden. Der Rätestaat ist also sozusagen der angegriffene Teil und in die Verteidigung gedrängt. Diese Propagandathese beherrscht die gegenwärtige Politik der Sowjetunion.

In Wirklichkeit liegen die Dinge, wie das offizielle Dogma der Weltrevolution beweist, wesentlich anders.

Trotzki sagt, es sei einer der Hauptlehrsätze des Bolschewismus, daß mit dem Weltkrieg und der bolschewistischen Revolution die Epoche der sozialistischen Revolution begonnen habe. Die kommunistische Internationale sei als eine „Partei der Weltrevolution“ gegründet worden¹⁾. In diesem Punkt ist auch Stalin mit ihm einig. Die universale Bedeutung der bolschewistischen Revolution in Rußland erblickt Stalin nicht nur darin, „daß sie den ersten Herd des Sozialismus im Ozean der imperialistischen Länder bildet, sondern auch darin, daß sie die erste Etappe der Weltrevolution und eine mächtige Basis für deren weitere Entfaltung ist²⁾.“

Das ist eine offensive Zielsetzung, denn die weitere Entfaltung der Weltrevolution ist nur angriffsweise zu erreichen. Kein Staat, keine Regierung können, wenn sie nicht selbst bereits weitgehend bolschewisiert und ein Instrument in den Händen Moskaus sind, kampfflos von der politischen Bühne abtreten. Nur unter Anwendung von Gewalt ist die weitere Entfaltung der Weltrevolution möglich, von der Stalin spricht. In der Sprache Lenins lautet dieses revolutionäre Angriffsprogramm des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ folgendermaßen: „Nach Enteignung der Kapitalisten und Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande würde sich das siegreiche Proletariat dieses Landes gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, indem es ... im Notfall sogar mit Kriegsgewalt, gegen die exploitierenden Klassen und ihre Staaten vorgehen würde³⁾.“

¹⁾ Trotzki, Die wirkliche Lage in Rußland, S. 129.

²⁾ Stalin, Probleme des Leninismus, Wien-Berlin 1926, S. 192.

³⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 310.

4. Der revolutionäre Angriffskrieg

Zur Zeit der Brester Friedensverhandlungen mußte sich Lenin im Namen der kommunistischen Partei gegen den Vorwurf verteidigen, daß er den revolutionären Krieg versprochen habe und durch den Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland Wortbruch begehen müsse. Lenins Antwort auf diesen Vorwurf ist bemerkenswert: „Wir haben auch jetzt unbedingt die Pflicht, den revolutionären Krieg vorzubereiten . . . die Frage, ob jetzt unverzüglich ein revolutionärer Krieg geführt werden kann, muß ausschließlich unter dem Gesichtspunkt entschieden werden, ob die materiellen Voraussetzungen für die Verwirklichung einer solchen Absicht vorhanden sind und im Interesse der sozialistischen Revolution, die schon begonnen hat, liegt.“ Lenin sah damals ein, daß der erst soeben aus der Taufe gehobene Sowjetstaat noch nicht stark genug war, um einen solchen Angriffskrieg zu führen, und er sagte: „Ein wirklich revolutionärer Krieg wäre im gegenwärtigen Moment ein Krieg der sozialistischen Republik gegen die bürgerlichen Länder mit dem Ziel, die Bourgeoisie in den übrigen Ländern zu stürzen – einem Ziel, das klar zum Ausdruck gebracht und durch die sozialistische Armee durchaus gebilligt wird. Dieses Ziel können wir uns aber im gegebenen Moment offensichtlich nicht stellen. Wir würden jetzt objektiv für die Befreiung Polens, Litauens und Kurlands kämpfen, aber kein Marxist, der mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus nicht bricht, wird in Abrede stellen können, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen, als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts eines Volkes¹⁾.“

Diese Sätze Lenins sind in vieler Beziehung beachtlich. Es wird nicht nur der Gedanke des revolutionären Angriffskrieges von der höchsten Autorität des Bolschewismus in einem konkreten Falle als eine unumgängliche Notwendigkeit bejaht, sondern es wird gleichzeitig mit einer sehr brutalen Offenheit zum Ausdruck gebracht, daß die nationalen Interessen der Völker, die in der bolschewistischen Propaganda

¹⁾ Vgl. Lenin, Über den Krieg, Berlin 1926, S. 49–53.

eine so große Rolle spielen, nur ein Mittel zum Zweck sind. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist der Weltrevolution untergeordnet und wird damit praktisch aufgehoben.

Der an anderer Stelle bereits zitierte Ausspruch Lenins, es sei notwendig, zwischen „imperialistischen und revolutionären Kriegen“ zu unterscheiden, erhält auf dem Hintergrund einer solchen revolutionären Angriffstheorie einen ganz eng umrissenen Inhalt. War bis dahin von revolutionären Kriegen vorwiegend im nationalen oder mehr oder weniger defensiven Sinne die Rede, so erscheint jetzt der revolutionäre Krieg als die dem „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ eigene Form des bewaffneten Kampfes gegen die übrige Welt. Es ist der revolutionäre Angriffskrieg für die Weltrevolution, in dem alle Elemente des Bürgerkrieges und des im Sinne des Bolschewismus „nationalen“ Krieges gleichzeitig mit enthalten sind. Die Elemente des nationalen Krieges sind in ihm insofern mit enthalten, als er sich seiner, wie mehrfach betont wurde, als eines Mittels zum Zweck bedient.

Man muß also, wenn man genau sein will, den von Lenin unterschiedenen drei Arten von Kriegen den revolutionären Angriffskrieg des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ gegen die übrige Welt als eine selbständige Kriegsart hinzufügen. Für Lenin selbst fällt er allerdings mit dem Begriff des Bürgerkrieges mehr oder weniger zusammen, denn es wird als selbstverständlich angenommen, daß das Proletariat hinter der Front des Gegners beim Herannahen der revolutionären Armee zum bewaffneten Aufstand übergeht, im eigenen Lande den Bürgerkrieg entfesselt, gemeinsam mit der revolutionären Armee die eigene Regierung stürzt und die bolschewistische Diktatur errichtet. Die so entstandene neue Sowjetrepublik würde dann in der bereits bestehenden „Union der sozialistischen Sowjetrepubliken“ (UdSSR.) aufgehen. Die Verfassung der Sowjetunion sieht für diesen konkreten Fall die Möglichkeit der Aufnahme solcher neu entstehender Sowjetrepubliken bereits vor.

In der offiziellen Kriegsdoktrin des Kommunismus allerdings erscheint der revolutionäre Angriffskrieg als „Verteidigungskrieg“ des Rätestaates, als des Trägers des Sozialismus. Bezeichnend für diese bolschewistische Moral mit dem doppelten Boden sind folgende Ausführungen in einem erst 1930 im Staatsverlag in Moskau erschienenen Buch, das als Lehrbuch in der Roten Armee weit verbreitet ist:

„Man muß streng unterscheiden zwischen dem Verteidigungskrieg im historisch-politischen und im strategischen Sinne. Der proletarische Staat oder eine für ihre nationale Befreiung kämpfende unterdrückte Nation, führen immer, unabhängig davon, wer angefangen, wer zuerst angegriffen hat, einen Verteidigungs-, d. h. einen gerechten Krieg. Die Frage nach dem Charakter der Strategie jedoch wird nach der Lage, nach dem Kräfteverhältnis usw. entschieden. Jedes Mitglied der Roten Armee muß sich diesen Grundsatz genau einprägen ... Gleichzeitig wird jeder Krieg, den der Rätebund führen wird, im historisch-politischen Sinne ein Verteidigungskrieg und gerecht sein, unabhängig davon, wer ihn zuerst beginnen wird¹⁾.“

Das ist ein praktisches Beispiel aus der Roten Armee, wie jeder Krieg nach seinem sogenannten Klassencharakter beurteilt wird. Dabei spielt die Frage des „Angreifers“ nicht die geringste Rolle. Es ist daher nichts weiter als Demagogie, wenn die Sowjetdiplomaten die Definition des „Angreifers“ zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer zahlreichen Paktverhandlungen mit den Regierungen anderer Staaten erhoben haben. Eine solche Definition soll nur die andere Vertragsseite binden, während sie nach den grundlegenden politischen Anschauungen der Bolschewisten für sie selbst jeder Verbindlichkeit entbehrt. Auch nach Festlegung einer solchen Definition würden die im Sinne des Bolschewismus objektiven Merkmale des Begriffes „Verteidigungskrieg“ nicht im „strategischen, sondern im historisch-politischen Sinne“ aufzufassen sein: „Nicht derjenige führt einen ungerechten Krieg,

¹⁾ L. S. Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee, Moskau 1930, S. 15.

der als erster angegriffen hat, sondern derjenige, der der Vertreter der Reaktion, der Konterrevolution, der Ausbeutung, des Imperialismus gegen die nationale oder die proletarische Revolution ist¹⁾.“

Es ist bereits dargelegt worden, was im Sinne der kommunistischen Doktrin unter einer „nationalen Revolution“ zu verstehen ist. Sollten etwa der Kaukasus, oder Turkestan, oder die Ukraine in einer auch noch so allgemeinen Volksbewegung die Freiheit von Moskau erstreben, so würde das unweigerlich als eine Aktion des „Klassenfeindes“ angesehen werden. Alle Mittel zur Niederwerfung einer solchen Bewegung würden „gerechte“ Mittel sein. Ein treffliches Beispiel dafür ist die Eroberung der Republik Grusien, die sich nach der Revolution von Rußland als selbständiger Staat losgelöst hatte und entgegen dem von den Sowjets offiziell proklamierten Recht der nationalen Selbstbestimmung gewaltsam dem Sowjetreich einverleibt wurde. Ein anderes Beispiel ist die Zurückeroberung Turkestans, die unter analogen Umständen erfolgt ist.

Hingegen wird immer, wenn der Rätestaat selbst die Initiative zum Überfall auf ein anderes Land ergreifen wird, ein daraus entstehender Krieg ein „Verteidigungskrieg“ und „gerecht“ sein, und die Völker der eroberten Gebiete würden sich als „vom Klassenfeind befreit“ anzusehen haben. Wäre es der Sowjetunion im Jahre 1920 gelungen, Polen zu besiegen und zu annektieren, hätte sie mit dem gleichen Erfolg im Baltikum und in Finnland gekämpft, so würden die Sowjets jetzt die „nationale Befreiung“ dieser Völker feiern und gleichzeitig gegen den „Imperialismus“ jenseits der Grenzen des Rätestaates agitieren, so wie sie es in anderen Fällen fast täglich tun.

Nach allem Gesagten kann daher festgestellt werden, daß die Kriegsdoktrin des Kommunismus eine, zwar ver Klausulierte und durch weitschweifige theoretische Erörterungen sehr komplizierte, in ihren praktischen Auswirkungen nichtsdestoweniger sehr eindeutige Eroberungsdoktrin darstellt.

¹⁾ Aus den Thesen des VI. Kongresses der Komintern.

2. Kapitel. Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution

1. *Der politische und militärische Charakter des Kommunismus*

Ist die Weltrevolution das letzte Ziel des Bolschewismus, und ist der Bürgerkrieg die höchste Form seines bewaffneten Kampfes um die Macht, so sind beide abhängig von äußeren Umständen, von einer bestimmten „Reife“ der revolutionären Entwicklung, sei es in einem einzelnen Lande oder auf dem gesamten Erdball. Lenin unterstreicht diese Tatsache, indem er sagt, „daß die Revolution unmöglich ist, ohne revolutionäre Situation“. Als die Hauptmerkmale der revolutionären Situation stellt er fest:

1. Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form aufrecht zu erhalten.
2. Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen über das gewohnte Maß hinaus.
3. Beträchtliche – aus den angeführten Ursachen sich herleitende – Steigerung der Aktivität der Massen¹⁾.

Aufgabe der revolutionären Führung soll es sein, von Fall zu Fall die richtigen Mittel und Wege zu finden, um eine revolutionäre Situation herbeizuführen bzw. sie für die Zwecke der Revolution richtig auszunutzen.

Diese Mittel und Wege werden zu verschiedenen Zeiten, den jeweiligen äußeren Umständen entsprechend, verschieden sein. Das Ziel bleibt jedoch stets unverrückbar bestehen. Und da dieses Ziel der Sturz der bestehenden Regierungsgewalt in einem Lande oder in der ganzen Welt und letzten Endes immer nur unter Anwendung von Gewalt zu erreichen ist, da der Bürgerkrieg oder der revolutionäre Krieg als die

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 319.

entscheidenden Mittel in diesem Kampf von Lenins Standpunkt aus stets als eine unumgängliche Notwendigkeit erscheinen müssen, erhält die Organisation der kommunistischen revolutionären Bewegung von vornherein einen militärischen Charakter. Auch der Bürgerkrieg oder der revolutionäre Krieg ist nichts anderes, als die „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“, in diesem Falle der revolutionären Umsturzpolitik der sie tragenden Partei. Schon in „Friedenszeiten“ müssen daher die militärischen Formen des künftigen „bewaffneten Aufstandes“ und die grundlegenden Prinzipien seiner Führung entwickelt werden.

Die revolutionäre Politik und ihre militärische Fortsetzung greifen in der Praxis des Kommunismus so unmittelbar ineinander ein, daß eine strenge Scheidung zwischen beiden kaum zu treffen ist. Die bisherigen historischen Erfahrungen in Rußland und in anderen Ländern zeigen eindeutig, daß der Bürgerkrieg in dem Augenblick bereits beginnt, in dem kommunistische Organisationen – in legaler oder in illegaler Form – überhaupt vorhanden sind. Der politische Kampf des Kommunismus wird von Anfang an nicht nur mit politischen Mitteln im Sinne der Propaganda und der friedlichen Durchdringung der Massen, sondern mit Terror, Überfällen und politischen Morden geführt. Diese „Aktionen“ setzen eine militärisch aufgezugene Organisation voraus, die nach bestimmten Anweisungen der revolutionären Zentrale arbeitet.

Der revolutionäre Kampf des Kommunismus weist infolgedessen einen politischen und einen militärischen Charakter zugleich auf. Inwieweit die rein politischen oder die militärischen Elemente überwiegen, hängt immer nur von der allgemeinen Lage in der jeweiligen Phase dieses Kampfes ab. Die leitende Zentrale der revolutionären Organisationen hat dementsprechend die politische und die militärische Seite des Kampfes stets gleichzeitig im Auge zu halten.

Dieses Ineinandergreifen von politischen und militärischen Elementen im kommunistischen Umsturzkampf hat bei Lenin eine gradezu klassische Darstellung gefunden:

„Nehmen wir die moderne Armee. Sie ist eines von den guten Vorbildern der Organisation. Und gut ist diese Organisation

nur deshalb, weil sie elastisch ist und zugleich Millionen von Menschen einen einheitlichen Willen zu verleihen versteht. Heute noch sitzen diese Millionen bei sich zu Hause, an verschiedenen Ecken und Enden des Landes. Morgen kommt der Mobilmachungsbefehl – und schon haben sie sich an den ihnen bezeichneten Punkten gesammelt. Heute liegen sie in den Schützengräben, liegen da mitunter monatelang. Morgen gehen sie in anderer Formation zum Sturm über. Heute verrichten sie Wunder vor Kugeln und Schrapnells sich deckend. Morgen verrichten sie Wunder in offenem Kampf. Heute legen ihre Vortrupps Minen unter der Erde, morgen stoßen sie nach den Weisungen der Flieger kilometerweise über der Erde vor. Ja, dies heißt Organisation, wenn im Namen eines bestimmten Ziels, beseelt von einem bestimmten Willen, Millionen Menschen die Form ihres Verkehrs und ihres Tuns ändern, Ort und Methode ihrer Tätigkeit ändern, Waffen und Werkzeuge ändern – entsprechend den veränderten Umständen und Erfordernissen des Kampfes.

Dasselbe gilt auch für den Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Heute fehlt die revolutionäre Situation, fehlen die Bedingungen für eine Gärung in den Massen, für die Steigerung ihrer Aktivität; heute wird dir ein Wahlzettel in die Hand gedrückt, – nimm ihn, begreife, daß du dich organisieren mußt, um mit dem Wahlzettel deine Feinde zu schlagen . . . Wird dir morgen der Wahlzettel genommen, eine Flinte und ein ausgezeichnetes, nach den letzten Errungenschaften der Maschinenteknik konstruiertes Schnellfeuergeschütz in die Hand gegeben, – so nimm diese Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel, höre nicht auf sentimentale Heulfritzen, die sich vor dem Kriege fürchten; es gibt noch allzuviel auf der Welt, was . . . mit Feuer und Schwert ausgerottet werden muß, und wenn . . . die revolutionäre Situation da ist, so mache dich bereit, . . . die so nützlichen Mordwerkzeuge und Zerstörungsmittel gegen deine Regierung . . . in Gang zu setzen¹⁾.“

¹⁾ Lenin, Sämtliche Werke, deutsche Ausgabe, Bd. 18, S. 365.

Wenn die Elastizität der militärischen Organisation von Lenin zum Vorbild für den politischen Umsturzkampf des Kommunismus genommen wird, so ist es von hier nur ein Schritt, um die militärische Denkweise ganz allgemein auf seinen politischen Kampf zu übertragen, zumal dieser, wie wir gesehen haben, ohnehin von militärischen Elementen stark durchsetzt ist. So spielen Begriffe wie „Strategie“ und „Taktik“ in der kommunistischen Kampftheorie eine große Rolle, wobei auch hier die Anlehnung an Clausewitz unverkennbar ist. Mit dem grundlegenden Unterschied allerdings, daß die von Clausewitz für den nationalen Krieg entwickelten Ideen in verballhornter Form den Zwecken der kommunistischen Kampfpraxis dienstbar gemacht werden.

2. Die drei Etappen der bolschewistischen Revolution

Kein geringerer als der tatsächliche und somit verantwortliche Führer des Sowjetstaates, Stalin, hat in seinen im Jahre 1924 an der Swerdlow-Universität gehaltenen Vorlesungen über die „Probleme des Leninismus“ auf Grund von Lenins literarischen Werken die „Strategie und Taktik“ der bolschewistischen Revolution behandelt¹⁾.

Stalin bezeichnet die Strategie und die Taktik des Leninismus als „die Wissenschaft von der Leitung des revolutionären Kampfes des Proletariats“. Dazu gibt er folgende Definitionen: „Die Strategie ist die Feststellung der Richtung des Hauptangriffs des Proletariats in der betreffenden revolutionären Etappe, die Ausarbeitung eines entsprechenden Planes der Verteilung der revolutionären Kräfte (der Haupt- und Nebenreserven), der Kampf um die Durchführung dieses Planes während des ganzen Verlaufes der betreffenden Revolutionsetappe . . . Die Taktik ist die Festlegung der Linie des Verhaltens des Proletariats für die verhältnismäßig kurze Periode des Wechsels von Flut und Ebbe der Bewegung, des Auf- und Abstiegs der Revolution . . .“

¹⁾ Die folgenden Zitate stammen, soweit nichts anderes bemerkt wird, aus: Stalin, Probleme des Leninismus, Wien-Berlin 1926.

Die Strategie befaßt sich also, wie Stalin hervorhebt, mit den ausschlaggebenden Kräften der Revolution und ihren Reserven. Sie ist auf große Ziele ausgerichtet und ändert sich nur mit dem Übergang der Revolution von einer Etappe zur anderen, bleibt jedoch in ihren Grundlagen während der Dauer einer Etappe unverändert. Das ist so aufzufassen, daß die Strategie z. B. in der Etappe des Kampfes um die Verwirklichung des Sozialismus in einem Lande nach Erreichung dieses Zieles einer anderen Strategie in der neuen Etappe des „in einem Lande siegreichen Sozialismus“ Platz machen muß. Die Strategie der neuen Etappe verfolgt das weitergehende Ziel, von der gewonnenen Position aus den revolutionären Kampf in den anderen Ländern weiterzutreiben und die Revolution im „Weltmaßstab“ zu gewinnen.

In diesem Zusammenhang unterscheidet Stalin drei Etappen der bolschewistischen Revolution.

Die erste Etappe umfaßt die Zeit von 1903 bis Februar 1917, also bis zum Sturz des Zarismus in Rußland. Die Grundkraft der Revolution in dieser Etappe ist das Proletariat, die nächste Reserve die Bauernschaft. Der Hauptangriff richtet sich gegen das liberal-monarchistische Bürgertum. Der Verteilungsplan der Kräfte ist das Bündnis der Arbeiterschaft und der Bauernschaft.

Die zweite Etappe reicht vom März 1917 bis zum bolschewistischen Umsturz im Oktober 1917. Als die Grundkraft der Revolution bezeichnet Stalin das Proletariat, als die nächste Reserve die arme Bauernschaft, die sog. „Dorfarmut“. Das Proletariat der Nachbarländer wird als wahrscheinliche Reserve eingesetzt. Der Hauptangriff richtet sich gegen die kleinbürgerliche Demokratie (Menschewiki und Sozialrevolutionäre). Der Verteilungsplan der Kräfte ist das Bündnis des Proletariats mit der armen Bauernschaft.

Die dritte Etappe beginnt mit dem bolschewistischen Umsturz in Rußland und reicht bis in die Gegenwart und über diese hinaus bis zum „Sturz des Imperialismus in allen Ländern“. Stalin unterstreicht, daß die Revolution jetzt über den Rahmen eines einzelnen Landes hinausgeht: „Es beginnt die Epoche der Weltrevolution.“ Äußerst

bezeichnend sind Stalins Angaben über die Grundkräfte der Revolution in dieser Etappe. Als diese führt er an: die Diktatur des Proletariats in dem einen Lande, also in der Sowjetunion, und die revolutionäre Bewegung des Proletariats in allen übrigen Ländern. Als die Hauptreserven der Revolution werden die halbproletarischen und kleinbäuerlichen Massen in den fortgeschrittenen Ländern und die Befreiungsbewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern bezeichnet. Der Hauptangriff verfolgt jetzt die Isolierung der kleinbürgerlichen Demokratie, der Parteien der II. Internationale. Das Ziel kann natürlich kein anderes sein, als die Beseitigung des „Imperialismus“, der Sturz der bestehenden Regierungsgewalten in der ganzen Welt. Der Verteilungsplan der Kräfte sieht das Bündnis der proletarischen Revolution mit den Befreiungsbewegungen in den Kolonien und in den abhängigen Ländern vor.

Diese von Stalin in Anlehnung an Lenin definierte „Strategie“ der bolschewistischen Revolution in der Gegenwart bedeutet nichts anderes, als einen Versuch, in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einzugreifen. Während die verantwortlichen Männer der Räterepublik, mit Stalin an der Spitze, nach außen hin den friedlichen und defensiven Charakter ihrer Politik beteuern und gleichzeitig angebliche Interventionspläne des Auslandes (oder wenigstens eines Teils des Auslandes) gegen die Sowjetunion behaupten, betreiben sie selber die reinste überhaupt denkbare Interventionspolitik den anderen Staaten gegenüber. Und während die offizielle Theorie die Isolierung der II. Internationale als den Richtpunkt des bolschewistischen Kampfes in der gegenwärtigen Etappe der Revolution herausstellt, wird von dem im August 1935 in Moskau stattgefundenen VII. Weltkongreß der Komintern die Parole der „Einheitsfront“ ausgegeben, d. h. eines politischen Bündnisses des Kommunismus mit der Sozialdemokratie und den ihr nahestehenden Gruppen.

Es wäre ein Fehlschluß, anzunehmen, daß der allgemeine strategische Plan damit aufgegeben worden sei. Stalins Ausführungen über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution geben uns in eindeutigster

Form die Handhabe zur richtigen Beurteilung dieses Manövers.

Die bereits angeführte Definition der Taktik ergänzt Stalin durch die Feststellung, daß sie weniger umfassende Aufgaben verfolge als die Strategie: „Sie verfolgt nicht die Aufgabe, den Krieg als Ganzes zu gewinnen, sondern nur eine Schlacht, einzelne Kämpfe, sie will diese oder jene Kampagne, diese oder jene Aktion erfolgreich durchführen, die der konkreten Lage des Aufschwungs oder des Rückschlags der Revolution entsprechen. Diese Taktik ist ein Teil der Strategie, dieser untergeordnet und ihr Diener.“ So kann sich die Taktik – bei stets gleichbleibendem, allgemeinem strategischem Plan – innerhalb einer Etappe mehrere Male ändern, und Stalin gibt aus der Geschichte des Bolschewismus eine Reihe von Beispielen dafür.

Die Taktik ändert sich also je nach dem, „ob wir Flut oder Ebbe haben“, wie sich Stalin ausdrückt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Bolschewismus in den letzten Jahren eine solche Periode der Ebbe erlebte. Die beabsichtigten Durchbrüche an der „weltrevolutionären Front“ haben sich an einigen sehr wichtigen Punkten derselben in offene Niederlagen verwandelt. Der Kommunismus in Deutschland ist Anfang 1933 geschlagen worden, während gerade hier der Sieg des Bolschewismus stets als Voraussetzung für den Vormarsch im übrigen Europa bezeichnet worden ist. Der kommunistische Aufstand in Spanien im Jahre 1934 ist nach blutigen Kämpfen niedergeworfen worden. Und an verschiedenen anderen Stellen sind die Ergebnisse der bolschewistischen Zersetzungsarbeit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. In Frankreich dagegen hat die Chance des Bolschewismus dank der Bündnispolitik zwischen Paris und dem Rätestaat sich gebessert.

Ohne Zweifel ist der Bolschewismus nicht bereit, sich mit diesen Mißerfolgen abzufinden. Es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß der Bolschewismus zu einer neuen Offensive rüstet, um die Periode der „Ebbe“ in eine solche der „Flut“ zu verwandeln. Moskau wird versuchen, dort, wo es erfolgreich gewesen ist, die vorhandenen Positionen auszubauen und auch in den anderen Ländern vorzustoßen.

3. Das Prinzip der Grundsatzlosigkeit

Unter solchen Umständen hat sich der „Generalstab der Weltrevolution“, wie der Vertreter der spanischen Kommunisten den VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau genannt hat, dazu entschließen müssen, zwar nicht den allgemeinen strategischen Plan, jedoch die Taktik während der gegenwärtigen Periode der Ebbe zu ändern. Der Eintritt des Rätestaates in den Völkerbund war ebenso ein Vorläufer, wie die neue Parole der Einheitsfront mit den „Sozialfaschisten“ der II. Internationale ein Ergebnis dieser neuen Taktik ist. Wie die Bolschewisten Bündnisse dieser Art beurteilen, hat Karl Radek (Sobelsohn) bereits im Jahre 1923 in einer Rede vor der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau sehr offen dargelegt: „Unsere Amsterdamer, auch gewisse Teile der Komintern glauben, wenn man Verbündete sagt, so schwört man Treue für immer. . . . Unter dem Begriff des Bündnisses versteht man, daß es sich um die Zusammenfassung verschiedener Faktoren zur Behandlung konkreter Aufgaben handelt. Wir haben ein Bündnis gehabt mit den rechten Sozialrevolutionären bei den Wahlen im Jahre 1907. Sie sitzen jetzt bei uns in der Lubjanka¹⁾. Wir haben die Macht zusammen mit den linken Sozialrevolutionären übernommen. Wir haben sie niedergeworfen im Juli 1918²⁾.“ Daraus können die neuen Bundesgenossen des Bolschewismus für das ihnen von Moskau zugedachte fernere Schicksal entsprechende Schlüsse ziehen.

Das Schwergewicht ist also nicht auf die je nach den Umständen veränderliche Taktik, sondern auf die sich in den großen Etappen der Revolution stets gleichbleibende Strategie des Bolschewismus zu legen. Die Aufgabe der strategischen Führung besteht darin, wie Stalin feststellt, daß alle Reserven der Revolution zur Erreichung der Hauptziele der Revolution in der betreffenden Etappe ihrer Entwicklung richtig

¹⁾ Gefängnis der Tscheka.

²⁾ Karl Radek, Der Kampf der kommunistischen Internationale gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, S. 76, 3. Aufl., Hamburg 1923.

ausgenutzt werden. Hierbei unterscheidet Stalin in Übereinstimmung mit Lenin zwischen direkten und indirekten Reserven.

Als direkte Reserven bezeichnet Stalin:

- a) „Die Bauernschaft und überhaupt die Zwischenschichten des eigenen Landes.
- b) Das Proletariat der benachbarten Länder.
- c) Die revolutionäre Bewegung in den Kolonien und in den abhängigen Ländern.
- d) Die Errungenschaften der Diktatur des Proletariats, – wobei das Proletariat, nachdem es sich das Kräfteübergewicht gesichert hat, auf einen Teil dieser Errungenschaften vorübergehend verzichten kann, zu dem Zweck, dem starken Gegner den Rachen zu stopfen und eine Atempause zu bekommen.“

Hierher sind gewisse, vom Standpunkt des offiziellen kommunistischen Dogmas als Inkonsequenzen aufzufassende Erscheinungen der jüngeren Entwicklung des Sowjetstaates zu rechnen, wie etwa eine vorübergehende Lockerung der kommunistischen Agrarpolitik (Verteilung des Ertrages in den Kollektivwirtschaften nach der Arbeitsleistung, Zulassung des Kolchoshandels, Abschaffung der Brotkarte, „Demokratisierung“ der rädebündischen Staatsverfassung Anfang 1935 u. a.)

Als indirekte Reserven bezeichnet Stalin:

- a) „Die Gegensätze und Konflikte zwischen den nichtproletarischen Klassen des eigenen Landes, die vom Proletariat ausgenutzt werden können zur Schwächung des Gegners und zur Verstärkung der eigenen Reserven und
- b) die Gegensätze, Konflikte und Kriege zwischen den dem proletarischen Staate feindlichen bürgerlichen Staaten, die vom Proletariat ausgenutzt werden können bei seiner Offensive oder zur Durchführung bestimmter Manöver im Falle eines erzwungenen Rückzuges.“

Diese Sätze Stalins sind ein weiterer Beitrag zu einer richtigen Beurteilung der gegenwärtigen Einheitsfronttaktik

der Komintern, die ihren Sektionen in den einzelnen Ländern die Pflicht auferlegt, auch nichtkommunistische Kreise der Bevölkerung den Zielen des Bolschewismus dienstbar zu machen. Und schließlich ist ohne den Punkt b die gegenwärtige Außenpolitik des Sowjetstaates überhaupt nicht zu verstehen, worauf an anderer Stelle der vorliegenden Untersuchung noch näher einzugehen sein wird.

Die richtige Ausnutzung der Reserven besteht nach Stalin, immer wieder in Übereinstimmung mit Lenin, in der Erfüllung einiger notwendiger Bedingungen, als deren wichtigste die nachstehenden bezeichnet werden:

1. „Konzentrierung der Hauptkräfte der Revolution im entscheidenden Augenblick an der verwundbarsten Stelle des Gegners . . .“
2. „Die Wahl des Zeitpunktes für den entscheidenden Schlag, für den Beginn des Aufstandes muß so berechnet sein, daß die Krise ihren Höhepunkt bereits erreicht hat . . .“
3. „Unbeirrbar durchführung des einmal eingeschlagenen Kurses über alle Hindernisse und Komplikationen hinweg zum Ziel . . .“
4. „Mit den Reserven so manövrieren, daß man einen geordneten Rückzug durchführen kann, wenn der Feind stark ist, wenn der Rückzug unausbleiblich ist, wenn es offenkundig ungünstig ist, den Kampf, den der Feind aufzwingen will, anzunehmen . . .“

Und Stalin erklärt abschließend, das Ziel einer solchen Strategie sei es: „Zeit gewinnen, die Kräfte des Gegners zersetzen und die eigenen Kräfte sammeln, um später zum Angriff überzugehen.“ Das sind die Hauptbedingungen für eine im Sinne des Bolschewismus richtige strategische Führung der Revolution.

Demgegenüber die taktische Führung, wie Stalin auseinandersetzt, ein Teil der strategischen und den Aufgaben und Forderungen dieser untergeordnet. Die Aufgabe der taktischen Führung besteht nach ihm darin, sich aller Formen des Kampfes und der Organisation des Proletariats zu bemächtigen, und ihre richtige Ausnutzung sicherzustellen,

damit unter dem gegebenen Kräfteverhältnis das höchstmögliche Ergebnis erzielt wird, das zur Vorbereitung des strategischen Erfolges nötig ist.

Die richtige Ausnutzung der Formen des Kampfes in der Organisation des Proletariats besteht laut Stalin in der Erfüllung folgender Bedingungen:

1. „Vorstellen jener Kampfformen und Organisationen, die den Bedingungen der gegebenen anschwellenden oder zurückflutenden Bewegung am meisten entsprechen und imstande sind, die Heranziehung der Massen . . . an die Front der Revolution . . . sicherzustellen . . .“
2. „Das Auffinden jenes besonderen Gliedes in der allgemeinen Kette der Prozesse, dessen Festhalten den Besitz der ganzen Kette und die Vorbereitungen für die Erreichung des strategischen Erfolges sichert . . .“

Die bolschewistische Taktik gestattet also die Ergreifung jedes politischen Mittels ohne Ausnahme, wenn es nur im Sinne der ausgegebenen allgemeinen Anweisungen den Zwecken der Sowjetpolitik förderlich erscheint. Deshalb ist es, außenpolitisch betrachtet, nur ein scheinbarer Widerspruch, wenn der Rätestaat heute mit dem bürgerlichen Frankreich als dem typischen Vertreter der „bourgeoisen Reaktion“ militärisch paktiert.

Wenn auch zu gewissen Zeiten die bolschewistische Taktik auf merkwürdig verschlungenen Pfaden wandelt, so bleibt das letzte Ziel der über ihr waltenden Strategie unverändert. Diese gilt, vom Rätestaat her gesehen, für die Innen- und für die Außenpolitik zugleich. Und wenn Stalin davon spricht, daß Zeit gewonnen werden soll, daß die Kräfte des Gegners zersetzt und die eigenen Kräfte gesammelt werden sollen, um später zum Angriff überzugehen, so handelt es sich hierbei je nach den Umständen um den Gegner im eigenen Lande, bzw. um den „Klassenfeind“ schlechthin, im „Weltmaßstab“ aufgefaßt.

In Übereinstimmung mit der im ersten Kapitel dargelegten Kriegsdoktrin des Kommunismus kann der außenpolitische Gegner des Rätestaates, der das Objekt eines revolutionären

Angriffskrieges der Sowjetunion möglicherweise sein würde, ein einzelnes „bourgeois, reaktionäres Land“, es kann eine Gruppe von Staaten, es kann die gesamte übrige Welt sein. Und auch die „Zersetzung der Kräfte des Gegners“ kann in dieser dreifachen Steigerung begriffen werden. Wie auch die jeweiligen Ziele der rätebündischen Außenpolitik sein mögen: ob sie sich gegen einen einzelnen oder gegen einige wenige Staaten richtet, oder ob sie Zeitgewinn sucht, um die Kräfte der ganzen übrigen Welt zu zersetzen, die „inneren Widersprüche“ innerhalb dieser Welt zu verstärken, um dann bei einer neuen Weltkatastrophe ihre weltrevolutionären Absichten zu verwirklichen, bleibt belanglos. Die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution wie die Kriegsdoktrin des Kommunismus sind die theoretischen Grundlagen einer ausgesprochenen Gewaltpolitik. Ihr Machtinstrument ist die Rote Armee.

II. Abschnitt

Sowjet-Imperialismus

3. Kapitel. Die Sowjetunion in Asien

1. Der zaristische Vormarsch in Asien

Rußlands Vorstoß in den asiatischen Raum begann zur Regierungszeit des Moskauer Zaren Iwan des Schrecklichen. Um 1800 war der erste Abschnitt der russischen Asienpolitik mit dem Vordringen bis zum Stillen Ozean abgeschlossen. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts trat eine gewisse Ruhepause ein. Dies war die Zeit der Bindung der russischen Politik auf dem Balkan und des gleichzeitigen Vordringens Englands und Frankreichs gegen Südchina. Als Rußlands Kampf um den Einfluß im Mittelmeergebiet sich mit dem wachsenden Widerstand Englands hoffnungslos in die Länge zog, wandte sich Rußland wieder dem Osten zu. Die fünfzig Jahre bedeuteten einen Wendepunkt in der russischen Balkan- und Asienpolitik zugleich.

Die neue Etappe des russischen Vordringens in Richtung auf den Fernen Osten und in Mittelasien stand bereits im Zeichen der modernen Verkehrsentwicklung. Die Eroberung West-Turkestan bis zur unmittelbaren Berührung mit Persien, Afghanistan und China wurde seit den sechziger Jahren schrittweise durchgeführt und fand mit dem russisch-englischen Vertrag von 1885 ihren Abschluß. Die russische Stellung in diesem Gebiet wurde strategisch durch den im März 1880 begonnenen Bau der Transkaspischen Eisenbahn unterbaut, die den Anfang für das spätere russische Eisenbahnnetz in Turkestan bildete. Um diese Zeit entstanden die ersten großen politischen Gegensätze zwischen Rußland und England in Mittelasien, die von da an bis in die Gegenwart hinein das Verhältnis zwischen beiden Mächten in diesem Gebiet bestimmt haben.

Die im Mai 1891 in Bau genommene Transsibirische Eisenbahn nach Wladiwostok war die Hauptträgerin des russischen Vormarsches nach Ostasien und ermöglichte erst die spätere Ausdehnung des russischen Einflusses über Nordchina und Korea, die schließlich zum Zusammenstoß mit Japan führte.

Die ersten näheren Beziehungen zwischen Rußland und Japan gehen auf die Zeit Peters des Großen zurück. Ein damals geplanter Handelsvertrag zwischen beiden Mächten kam ebensowenig zustande, wie ein späterer Versuch im Jahre 1804. Inzwischen hatten sich längs der neuentstandenen russisch-chinesischen Grenze eine Reihe von umstrittenen Problemen zwischen Rußland und China entwickelt, die im Vertrag von Aigun 1857 eine Regelung fanden, durch den Rußland in den Besitz des linken Amurufers und des Ussurgebietes (Küstenprovinz) gelangte. Ungefähr um dieselbe Zeit (1853) entstand der erste russisch-japanische Konflikt durch die Errichtung von zwei russischen Militärposten auf der Insel Sachalin. Seine Beilegung erfolgte 1855 durch den Abschluß eines Vertrages und durch die Errichtung einer gemeinsamen Verwaltung auf Sachalin, die sich als unhaltbar erwies und 1875 zu einem neuen Vertrag führte. Rußland erhielt die ganze Insel gegen Abtretung der Kurilen an Japan. Das angebahnte Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten währte bis zum neuen Zusammenstoß ihrer Interessen in Korea. Nach dem chinesisch-japanischen Krieg um Korea wurde Japan durch das Dazwischentreten der europäischen Großmächte im Frieden von Shimonoseki 1897 um die Früchte seines Sieges gebracht, indem es sich mit der Insel Formosa begnügen mußte. Trotzdem hatte China seinen Einfluß in Korea an Japan verloren, und da gleichzeitig Rußland dort Interessen anmeldete, mußte eine Verständigung zwischen beiden Mächten gesucht werden. Diese wurde in den Verträgen von 1896 und 1898 in Gestalt eines russisch-japanischen Kondominiums gefunden, allerdings ohne eine Lösung von Dauer zu bleiben.

Inzwischen hatte sich Rußlands Stellung in Ostasien mit dem fortschreitenden Bau der Transsibirischen Eisenbahn und mit den von China erworbenen Konzessionen zum Bau der Ostchinesischen Eisenbahn quer durch

die Mandschurei nebst einer Zweiglinie von Charbin nach Port Arthur grundlegend geändert. Hatte das bisherige Vordringen Rußlands in Asien (von der Rivalität mit England in Mittelasien abgesehen) keine wesentlichen Streitfragen mit anderen Großmächten hervorgerufen, so begann die russische Ostasienpolitik jetzt (wie die russische Politik überhaupt) in Rußland selbst mit den wachsenden inneren Schwierigkeiten einen problematischen Charakter anzunehmen. Dieses um so mehr, als inzwischen noch andere europäische Großmächte in großem Stil begonnen hatten, sich in China eigene Interessensphären zu sichern.

Die Politik der europäischen Mächte in Ostasien beruhte im wesentlichen auf dem Grundsatz, durch eine mögliche Schwächung Chinas dieses zu immer weiteren Konzessionen zu treiben. Für Rußland ergab sich so die Frage, ob es sich an den Bestrebungen der europäischen Mächte zur Aufteilung Chinas beteiligen, oder unter Verzicht auf aggressive Ziele im Bunde mit China sein eigenes Territorium sichern und wirtschaftlich erschließen sollte. Rußland entschloß sich für den ersten Weg und verlor damit die Freundschaft Chinas, ohne die der europäischen Mächte zu gewinnen. So trieb Rußland, nach allen Seiten isoliert, dem Kriege entgegen, zumal der englisch-japanische Bündnisvertrag vom Jahre 1902 Japan für die Verteidigung seiner Interessen in China und Korea freie Hand ließ.

Das Drama des russisch-japanischen Krieges vernichtete Rußlands Vormachtstellung in Ostasien. Sein territorialer Bestand im Fernen Osten blieb zwar mit Ausnahme von Südsachalin unangetastet, jedoch mußte es seine sämtlichen Interessen auf Korea und in der südlichen Mandschurei einschließlich der von ihm soeben erst erbauten Südmandschurischen Eisenbahn an Japan abtreten.

In Ostasien zurückgedrängt, suchte Rußland, gestützt auf den Vertrag mit Japan vom Jahre 1907, sich in der Äußeren Mongolei auf Kosten Chinas schadlos zu halten.

Eine Betrachtung der russischen Eisenbahnlinien zwischen Irtysch und Jenissei verdeutlicht die an diesem Punkt kurz vor dem Weltkrieg erfolgte Schwenkung der russischen Asienpolitik zum unmittelbaren Angriff auf die Mongolei. Der

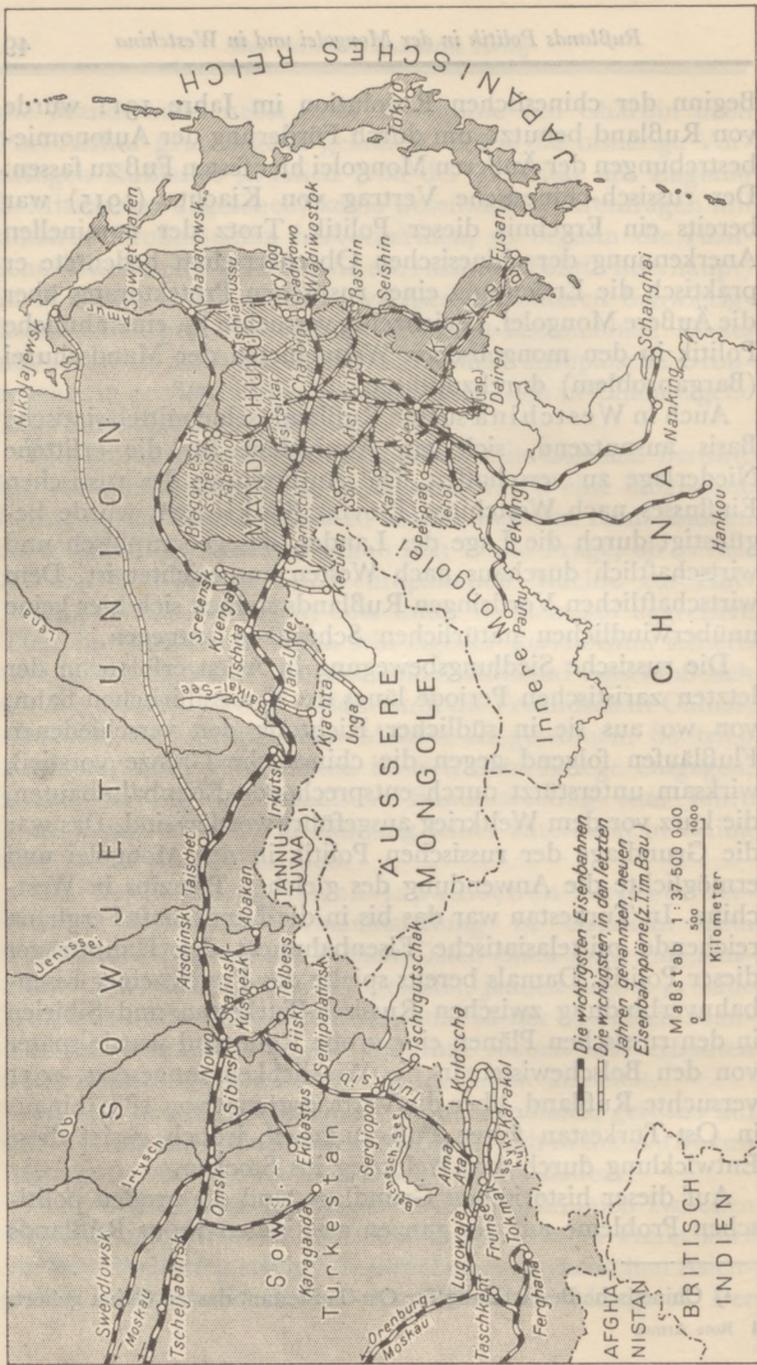
Beginn der chinesischen Revolution im Jahre 1911 wurde von Rußland benutzt, um durch Förderung der Autonomiebestrebungen der Äußeren Mongolei hier festen Fuß zu fassen. Der russisch-chinesische Vertrag von Kiachta (1915) war bereits ein Ergebnis dieser Politik. Trotz der nominellen Anerkennung der chinesischen Oberherrschaft bedeutete er praktisch die Errichtung eines russischen Protektorates über die Äußere Mongolei. Gleichzeitig versuchte es, eine ähnliche Politik in den mongolischen Westgebieten der Mandschurei (Bargaproblem) durchzuführen.

Auch in Westchina suchte Rußland, seine mittelasiatische Basis ausnutzend, sich ein Äquivalent für die erlittene Niederlage zu verschaffen. Die Ausbreitung des russischen Einflusses nach Westchina (Provinz Sinkiang¹⁾) wurde begünstigt durch die Lage des Landes, das geographisch und wirtschaftlich durchaus nach Westen ausgerichtet ist. Dem wirtschaftlichen Vordringen Rußlands stellten sich hier keine unüberwindlichen natürlichen Schranken entgegen.

Die russische Siedlungsbewegung in Asien erfolgte in der letzten zaristischen Periode längs der Transsibirischen Bahn, von wo aus sie in südlicher Richtung den verschiedenen Flußläufen folgend gegen die chinesische Grenze vorstieß, wirksam unterstützt durch entsprechende Eisenbahnbauten, die kurz vor dem Weltkrieg ausgeführt worden sind. Das war die Grundlage der russischen Politik in der Mongolei und ermöglichte die Anwendung des gleichen Prinzips in Westchina. In Turkestan war das bis in die Landschaft Ferghana reichende mittelasiatische Eisenbahnnetz der Hauptträger dieser Politik. Damals bereits spielte das Projekt einer Eisenbahnverbindung zwischen Russisch-Turkestan und Sibirien in den russischen Plänen eine große Rolle und wurde später von den Bolschewisten in die Wirklichkeit umgesetzt. 1911 versuchte Rußland, über die Vertragsgrenze von 1881 hinaus in Ost-Turkestan festen Fuß zu fassen, jedoch geriet diese Entwicklung durch den Weltkrieg ins Stocken.

Auf dieser historischen Grundlage sind die großen politischen Probleme auf der ganzen asiatischen Front Rußlands

¹⁾ Chinesische Bezeichnung für Ost-Turkestan, das zu China gehört.



entstanden, die heute in weitgehendem Maße die asiatische Politik des Sowjetstaates bestimmen. Die allgemeine Tendenz der russischen Politik in Asien bestand zu allen Zeiten darin, in einer nie aufhörenden Jagd nach neuen Grenzen wirtschaftlich und politisch weiter vorzustoßen. Diese Bewegung wurde erst durch die bolschewistische Revolution zunächst vorübergehend unterbrochen, um dann unter neuen Parolen wieder kräftig einzusetzen.

2. Der Sowjet-Imperialismus und die Ostchinesische Eisenbahn

Nach dem bolschewistischen Umsturz begann die Politik des neugegründeten Sowjetstaates zunächst auf der Grundlage der revolutionären Postulate des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Das alte Zarenreich zerfiel in seine nationalen Bestandteile. In den Randgebieten Rußlands, von der Ostsee bis zum Stillen Ozean, bildeten sich selbständige Nationalstaaten. Der Bolschewismus benutzte diese Entwicklung für seinen Kampf gegen die Konterrevolution, jedoch nach den ersten Erfolgen der Sowjetmacht im Bürgerkriege setzte bereits die Reaktion seitens der kommunistischen Partei gegen die eigenen früheren propagandistischen Parolen ein. Unter den Losungen der proletarischen Diktatur wurden die nationalen Freiheitsbewegungen der Völker Rußlands in einem Meer von Blut erstickt. Am Ende des Bürgerkrieges befand sich, mit Ausnahme der in den westlichen Randgebieten des alten Reiches neuentstandenen Staaten, das gesamte ehemalige Territorium der Zarenmonarchie wieder in den Händen Moskaus.

Während im Rätestaat selbst das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes und der nationalen Freiheit durch das Prinzip des Klassenkampfes ersetzt und die proletarische Klassendiktatur überall mit Gewalt durchgeführt wurde, entfalteten die Bolschewisten jenseits ihrer Grenzen eine großangelegte Propaganda, vor allem in den Gebieten des nahen Orients und im übrigen Asien. Bereits im November 1917 war ein Aufruf an alle werktätigen Mohammedaner Rußlands und des Ostens erlassen worden. Ihm folgte im Oktober 1918 die Gründung des „Verbandes zur Befreiung

des Ostens“. Im September 1920 berief die III. Internationale einen Kongreß der Völker des Orients in Baku ein, dem Anfang 1922 ein Fern-Ost-Kongreß in Moskau folgte.

Alle diese Deklarationen und Kongresse verfolgten das gleiche Ziel, in einer Zeit, als im Rätestaat selbst das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker schrittweise liquidiert wurde, bei den asiatischen Völkern jenseits der Sowjetgrenzen unter Verkündung gerade dieses Prinzips Einfluß zu gewinnen.

*

Auch China gegenüber verfolgte die Sowjetpolitik zunächst die Tendenz, unter Ablehnung des alten russischen „Imperialismus“ neue Grundlagen für die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu schaffen. Im September 1920 richtete Karachan im Namen der Sowjetregierung eine Note an China¹⁾, in der zum Ausdruck gebracht wurde, die Rote Armee sei über den Ural nach Osten marschiert, nicht um Eroberungen zu machen, sondern um das chinesische Volk vom ausländischen Joch zu befreien. Seit der Machtübernahme durch die Arbeiter und Bauern seien die Völker der ganzen Welt von der Sowjetregierung aufgerufen worden, einen dauernden Frieden zu schaffen. Dieser müsse auf dem Prinzip des wechselseitigen Verzichtes auf jede Annexion fremden Gebietes und auf der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker gegründet werden. Keine Macht dürfe berechtigt sein, ein schwächeres Land zu unterwerfen. Die Regierung der Bauern und Arbeiter erkenne alle geheimen Verträge nicht an, durch welche die Regierungen der Zaren und die Regierungen der Alliierten die Völker des Ostens geknechtet hätten im alleinigen Interesse der russischen und ausländischen Kapitalisten, Finanzleute und Generäle. „Die Sowjetregierung verzichtet“ – so fuhr die Note fort – „auf alle Eroberungen der zarischen Regierung, die China der Mandschurei und anderer Gebiete beraubt hat.

¹⁾ Vgl. Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 313ff. Berlin 1926.

Die Einwohner dieser Gebiete sollen die Frage der Grenzen und der Regierungsform selbst entscheiden. Die Sowjetregierung gibt dem chinesischen Volke ohne jedwede Entschädigung sowohl die chinesische Ostbahn zurück, als alle Bergwerkskonzessionen, Forstausbeutungsrechte und sonstigen Gerechtsame, welche die zaristische Regierung, Kerenski, Horwath, Semjenoff, Koltschak u. a. Exgeneräle, Kapitalisten und Räuber China entrissen haben . . . Die Sowjetregierung ist sich dessen bewußt, daß die Alliierten und Japan alles tun werden, um zu verhindern, daß die Stimme der russischen Bauern und Arbeiter zum chinesischen Volke dringt, damit die Chinesen nicht verstehen sollen, daß mit den Räufern in China und der Mandschurei eine Ende gemacht werden muß, wenn alles Geraubte wiedergewonnen werden soll . . .“

Es hat weder der Alliierten noch Japans bedurft, um den Chinesen über die wahre Bedeutung der Karachan-Note die Augen zu öffnen. Das anfängliche chinesische Mißtrauen gegenüber dem bolschewistischen Angebot von Vertragsverhandlungen auf der bezeichneten Grundlage erwies sich als berechtigt, als der Sowjetvertreter in Wladiwostok, Welenski, auf Befragen die Erklärung abgab, daß die Frage der Annullierung der früheren Verträge erst nach der Anerkennung des Rätestaates durch China akut werden könne. Unter solchen Umständen konnte von erfolgversprechenden Verhandlungen keine Rede sein.

Es zeigte sich sehr bald, daß diese Anwendung großzügiger Freigebigkeit seitens der Sowjetregierung nur eine durch die außen- und innenpolitischen Schwierigkeiten bedingte taktische und propagandistische Maßnahme gewesen ist. Bereits im Jahre 1922, nachdem die Sowjetmacht sich notdürftig konsolidiert hatte, bezeichnete Joffe die Ostchinesische Eisenbahn als integrierenden Bestandteil der Transsibirischen Bahn und gab die Höhe der vom zaristischen Rußland in die Bahn investierten Summen mit 800 Millionen Rubel an! Offenbar war jetzt von einer „entschädigungslosen Rückgabe“ der Bahn an China keine Rede mehr.

Nach langwierigen und an dramatischen Zusammenstößen reichen Verhandlungen kam schließlich am 31. Mai 1924 das Abkommen von Peking zustande. Dieses Abkommen trug provisorischen Charakter und regelte die Eigentumsverhältnisse der Bahn bis zu einer neuen Konferenz. Die Ostchinesische Eisenbahn wurde zu einem rein wirtschaftlichen Unternehmen erklärt und der gemeinsamen Verwaltung beider Regierungen unterstellt.

Das russisch-chinesische Kondominium an der Bahn bewährte sich nicht und führte zu zahlreichen Schwierigkeiten, zumal der bolschewistische Teil des Verwaltungsapparates von den Sowjetbeamten und von Sowjetagenten zur Entfaltung einer großzügigen kommunistischen Propaganda in der Mandschurei und über ihre Grenzen hinaus in anderen Teilen Chinas ausgenutzt wurde. Im Jahre 1929 kam es zu einem offenen Ausbruch des Konfliktes, der sogar zu bewaffneten Zusammenstößen in der Mandschurei führte. Nach schwierigen Verhandlungen gelang es der Sowjetregierung, im Protokoll von Chabarowsk vom 22. Dezember 1929 über den status quo ante hinaus nicht unwesentliche Zugeständnisse durchzusetzen und ihre Stellung an der Ostchinesischen Eisenbahn und in der Mandschurei zu verbessern. Gleichzeitig wurde eine weitere Konferenz mit dem Ziel der endgültigen Bereinigung aller zwischen China und der Sowjetunion bestehenden Streitfragen in Aussicht genommen. Am 12. Oktober 1930 wurde diese Konferenz in Moskau eröffnet, ohne jemals zu einem praktischen Ergebnis geführt zu haben.

Die Sowjets hatten inzwischen die Karachan-Note gänzlich vergessen und nutzten ihr politisches Übergewicht über die Chinesen weidlich aus, um aus den „imperialistischen“ Verträgen der ehemaligen Zarenmonarchie den größtmöglichen Nutzen für sich zu ziehen. Im Juli 1931 verlangte die Sowjetregierung für die Ostchinesische Eisenbahn einen Kaufpreis von 400 Millionen Rubel. Die Zahlung dieser enormen Summe sollte in der Art verrechnet werden, daß dem Rätestaat die zollfreie Einfuhr von Sowjetwaren nach der Mandschurei über die Landesgrenze zugestanden werden sollte. Die für diese Einfuhr zu zahlenden Zölle sollten lediglich theoretisch

berechnet und China bis zur Erledigung des gesamten Kaufpreises auf Konto gutgeschrieben werden. Die bis dahin an den mandschurischen Grenzen gezahlten Zölle beliefen sich auf etwa 200000 Pfund, so daß bei einem Kaufpreis von 400 Millionen Goldrubel (oder 40 Millionen Pfund) ohne Zinsberechnung ein Zeitraum von 200 Jahren zur Abdeckung dieser Schulden erforderlich gewesen wäre¹⁾ und bis zur endgültigen Begleichung der Schuld hätte sich die Sowjetregierung wohl nach wie vor als der rechtmäßige Besitzer der Bahn gefühlt. Auf jeden Fall hätte diese Regelung dem Rätestaat für die Dauer von zwei Jahrhunderten vertraglich garantierte „Interessen“ in der Mandschurei verliehen, die zu einem späteren Zeitpunkt und unter günstigeren Verhältnissen den Ausgangspunkt für eine weitere Ausbreitung des Sowjeteinflusses in der Mandschurei hätten bilden können.

Wodurch unterscheidet sich diese Politik von jener Politik der großen Kolonialmächte, die Lenin und seine Epigonen in schärfsten Formulierungen als „Imperialismus“ bezeichnen, und dem der Rätestaat angeblich den Kampf bis zu seiner Vernichtung angesagt hat?

Selbst wenn man in Rechnung setzt, daß die schon vor dem Jahre 1931 in Kraft getretenen höheren Zölle in der Mandschurei jenen Zeitraum von 200 Jahren um einiges herabgesetzt haben würden, wäre die Mandschurei auf Generationen hinaus wirtschaftlich dem Rätestaat vollkommen ausgeliefert worden. Was hier versucht werden sollte, stellt genau dieselbe Methode der „wirtschaftlichen Durchdringung“ eines fremden Gebietes dar, wie sie dem „Imperialismus“ eigen ist. Die Kolonialgeschichte zeigt, daß eine solche wirtschaftliche Durchdringung zu allen Zeiten der Ausgangspunkt für die künftige Errichtung von politischen Protektoraten und schließlich für offene Annexionen gewesen ist. Lenin selbst bezeichnet den Kampf um Rohstoff- oder Absatzgebiete als das entscheidende Kriterium, auf Grund dessen

¹⁾ Vgl. „Ostasiatische Rundschau“, Heft 13. Hamburg 1931.

eine Politik dieser Art als „Imperialismus“ zu bezeichnen ist. Der Versuch des Rätestaates in der Mandchurei weist daher alle von Lenin als objektive Merkmale des Imperialismus definierten Wesenszüge auf.

*

Die Tatsache, daß der Gang der Geschichte in der Mandchurei inzwischen eine andere Richtung eingeschlagen hat, kann den Rätestaat politisch nicht entlasten, zumal die Ereignisse der letzten Jahre zeigen, daß die Sowjetregierung nicht freiwillig, sondern nur unter dem Drucke einer stärkeren Macht ihre bisherige Position in der Mandchurei aufgegeben hat.

Nach der im Jahre 1932 mit japanischer Hilfe erfolgten Gründung eines selbständigen mandschurischen Staates war es nur eine Frage der Zeit, wann das Problem der Ostchinesischen Eisenbahn erneut akut werden würde. Bereits im Jahre 1933 kam es zwischen der mandschurischen Regierung und dem Rätestaat zu einem offenen Konflikt um die Ostchinesische Eisenbahn. Die japanische Regierung brachte in ihrer Note vom 26. Mai 1933 sofort in unmißverständlicher Weise zum Ausdruck, daß sie zur Wahrung ihrer eigenen Interessen in der Mandchurei unbedingt entschlossen war, indem sie erklärte: „Die Beilegung des wegen der Ostchinesischen Eisenbahn entstandenen Konfliktes muß Verhandlungen der Sowjetunion mit Mandschukuo überlassen bleiben, die für die gemeinsame Verwaltung der Eisenbahn verantwortlich sind. Die Förderung friedlicher Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Mandschukuo ist jedoch die wichtigste Grundlage des allgemeinen Friedens im Fernen Osten. Die japanische Regierung ist auf Grund des japanisch-mandschurischen Protokolls an der Wahrung von Ordnung und Ruhe in Mandschukuo dauernd interessiert¹⁾.“

Nachdem die Sowjetunion es jetzt nicht mehr mit dem schwachen China, sondern mit dem mächtigen Japan zu tun hatte, konnte über den weiteren Lauf der Dinge in der Mandchurei kein Zweifel mehr bestehen. Für die Sowjetpolitik kam es jetzt nur noch darauf an, den Rückzug mit

¹⁾ Deutscher Geschichtskalender 1933, Bd. B, S. 176.

möglichst geringem Prestigeverlust so anzutreten, daß ihr Gesicht nach außen hin einigermaßen gewahrt blieb. Die Sowjetpolitik, zwischen offenem Imperialismus und revolutionären Parolen festgefahren, war in eine Sackgasse geraten. Der Zeitpunkt, den Rückzug aus der Mandschurei in der Form eines revolutionären Aktes anzutreten, war verpaßt. So lange der Sowjet-Imperialismus in der Mandschurei sich halten konnte, hatte er den Bürgern des Rätestaates und der übrigen Welt gegenüber wenigstens den äußeren Erfolg auf seiner Seite. Jetzt jedoch hatte er vor dem noch stärkeren „Imperialismus“ Japans das Feld zu räumen.

Litwinow versuchte zu retten, was zu retten war. Im Juli 1933 gab er eine gewundene Erklärung ab, die folgende bemerkenswerte Sätze enthielt:

„Was die Motive betrifft, die uns dazu bewogen haben, einem Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn zuzustimmen, so bestehen diese in folgendem: durch den Bau der Eisenbahnlinie in der Mandschurei auf fremdem Gebiet verfolgte die zaristische Regierung zweifellos imperialistische Ziele; solche Ziele hat die Sowjetregierung nicht und kann sie auch nicht haben. Nach der Oktoberrevolution verlor die Ostchinesische Eisenbahn für die Völker des ehemaligen russischen Kaiserreiches ihre Bedeutung als Eroberungsmittel. Die Eisenbahnlinie ist jedoch von den Arbeitsgrochen der Völker der Sowjetunion erbaut worden, und deshab hält sich die Sowjetregierung für verpflichtet, die Vermögensinteressen der Eisenbahn zu schützen. Sie war stets bereit, die Eisenbahn an China zu verkaufen; doch hatte dieses keine Möglichkeit, sie zu kaufen. Die Sowjetregierung hat ihr Vermögensrecht auf die Eisenbahn vollkommen aufrechterhalten, hat sie aber in ein kommerzielles Unternehmen verwandelt und hat es mit Rücksicht darauf, daß sie über fremdes Gebiet führt, für gerecht erachtet, den Herren dieses Territoriums in der Verwaltung ein paritätisches Recht und die Hälfte des Gewinnes einzuräumen. Trotzdem wurde die Ostchinesische Eisenbahn zur Quelle von Reibungen zwischen der UdSSR., China und der Mandschurei . . . Mit Rücksicht auf diese Erwägungen haben wir den Vorschlag gemacht, die Eisenbahn zu verkaufen. Unser Vorschlag ist ein neuer Ausdruck

der Friedensliebe der Sowjets. Ich bin überzeugt, daß nur diejenigen gegen diesen Vorschlag sein können, die aus irgendeinem Grund an der Zuspitzung der sowjetistisch-japanischen und der sowjetistisch-mandschurischen Beziehungen ein Interesse haben¹⁾.“

Hier muß bemerkt werden, daß die japanischen Eisenbahnneubauten in der Mandschurei seit einer Reihe von Jahren bereits die Tendenz erkennen ließen, vor allem den wirtschaftlichen Wert der Ostchinesischen Eisenbahn durch eine Ablenkung der mandschurischen Warenausfuhr von ihrem Weg von Wladiwostok nach den südmandschurischen Häfen herabzusetzen. Hier war es vor allem die kapitalkräftige Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, die eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltete und nach der Gründung Mandschukuos die Verwaltung sämtlicher mandschurischer Bahnen übernommen hat. War schon die Ostchinesische Eisenbahn, die auf ihrer Oststrecke von Charbin bis Pogranitschnaja fast ausschließlich von der Ausfuhr der Mandschurei über Wladiwostok abhängig war, in den letzten Jahren durch die japanische Konkurrenz immer mehr beeinträchtigt worden, so wurde ihre Rentabilität schließlich aufs stärkste gefährdet durch den Bau der Parallelbahn Kirin-Kainai, die eine Verbindung zu dem günstiger als Dairen und in der Nähe von Wladiwostok gelegenen Hafen Seishin in Korea schafft. Dazu traten die strategischen Bahnpläne der Japaner in der Nordostecke der Mandschurei, wohin von Korea aus eine Bahn parallel zur sowjetisch-mandschurischen Grenze mit Verbindungslinien zum Sungari und Ussuri in Angriff genommen wurde.

Auf diese Weise waren es neben den allgemeinen politischen auch wirtschaftliche Gründe, die es der Sowjetregierung geraten erscheinen ließen, die Ostchinesische Eisenbahn zu verkaufen. Der Gang der Verhandlungen, mit denen 1933 begonnen wurde, zeigt allerdings, wie schwer sich der Rätestaat von der Ostchinesischen Eisenbahn als dem hauptsächlichsten Träger seines Einflusses in der Mandschurei trennen konnte. Im Herbst 1933 kam es zu jener Verschärfung des Konfliktes zwischen den Vertragspartnern, der mit seinen

¹⁾ Diplomatenzeitung 1933, Heft 73.

zahlreichen gegenseitigen Verhaftungen, Noten, Protesten und schließlich militärischen Demonstrationen längs der sowjetisch-mandschurischen Grenze der europäischen Presse vielfach den Anlaß geboten hat, von einem unmittelbar bevorstehenden Krieg zu sprechen. Dieses Kriegsgeschrei im Fernen Osten hat sich als ein Sturm im Wasserglas erwiesen. Im Februar 1934 wurden die unterbrochenen Verhandlungen erneut aufgenommen, doch gerieten sie bald wieder ins Stocken. In ihren Veröffentlichungen vom 18. und 21. August 1934 und in der Sowjetnote vom 23. August 1934 versuchten der Rätestaat und Japan, sich gegenseitig die Schuld für diese Entwicklung in die Schuhe zu schieben. Gleichzeitig war auf beiden Seiten die Presse eifrig bemüht, ihren Regierungen tatkräftig zu sekundieren. Wenn die Japaner die Sowjets beschuldigten, die zahlreichen Bandenüberfälle auf die Bahn unterstützt, ja organisiert zu haben und gegen sie den Vorwurf von Grenzverletzungen erhoben, so blieb Moskau seinerseits die Antwort nicht schuldig. Dabei waren die Sowjetargumente nahezu wortgetreu dieselben und gipfelten in der Unterstellung militärisch-aggressiver Absichten auf seiten Japans.

Es ist sehr charakteristisch für den ganzen Vorgang, daß der materielle Hintergrund dieses gewaltigen Aufgebotes an Propagandamitteln schließlich nur die Differenz von 40 Mill. Yen (rund 35 Mill. Mark!) war, über die sich die Parteien nicht einigen konnten. Schließlich kam es zum Abschluß eines Vertrages, der am 23. März 1935 von der Sowjetunion, Japan und Mandschukuo in Tokio unterzeichnet wurde. Die Kaufsumme wurde auf 140 Mill. Yen festgesetzt, von denen ein Drittel in bar sofort bezahlt werden sollte. Der Rest sollte in Sachlieferungen beglichen werden, über die ein bestimmter Modus vereinbart wurde.

*

Damit ist dieser Abschnitt des sowjet-imperialistischen Kampfes um die Mandschurei ohne Ruhm zu Ende gegangen. Niemand wird nach den geschilderten Ereignissen auf den Gedanken kommen, die von Herrn Litwinow in seiner Erklärung angegebenen Gründe für den Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn und die Räumung der Mandschurei

ernst zu nehmen. Das, was der Sowjetdiplomate als einen „neuen Ausdruck der Friedensliebe der Sowjets“ hinzustellen sucht, ist durchaus kein Produkt des eigenen Wollens, sondern des begrenzten Anderskönnens, oder noch deutlicher gesagt: der Einsatz der roten Bajonette hätte jetzt für den Räterestaat ein zu großes Risiko (besonders auch innenpolitisch) bedeutet, als daß die Sowjetregierung einen in der UdSSR. unpopulären Krieg um die Mandschurei hätte wagen dürfen.

Vom Standpunkt des Leninismus aus muß das mandschurische Eisenbahngeschäft geradezu als Grotteske bezeichnet werden. Der alleinige rechtmäßige Herr der Mandschurei nebst der Bahn müßte von diesem Standpunkt aus China sein. Statt dessen geschieht folgendes: obwohl China, von seinem theoretisch anerkannten Anspruch ganz abgesehen, vertragsgemäß immerhin noch Mitinhaber der Bahn ist, verkauft die UdSSR. diese Bahn über den Kopf Chinas hinweg. Sie verkauft die Bahn ausgerechnet an die Macht, vor deren „Imperialismus“ sie China angeblich schützen will. Da aber China dieses Geschäft nicht billigen kann und dagegen protestiert, wird ihm von Herrn Litwinow obendrein noch der Vorwurf des Störenfriedes im Fernen Osten gemacht, denn nur gegen China ist der letzte Satz der Litwinowschen Erklärung gerichtet.

Damit ist die Demagogie der Moskauer Parole eines angeblichen Kampfes gegen den „Imperialismus“ auf die Spitze getrieben. Der Räterestaat selber treibt eine eindeutige imperialistische Politik.

3. Die sowjet-imperialistische Durchdringung der Äußeren Mongolei

Wie das zaristische Rußland nach dem russisch-japanischen Kriege, so versuchte auch der Räterestaat sich für den unmittelbar nach der Revolution begonnenen Rückzug in Ostasien an anderen Stellen seiner asiatischen Front, und zwar ebenfalls in der Äußeren Mongolei und in Westchina (Ost-Turkestan), schadlos zu halten.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den gegenrevolutionären Baron von Ungern-Sternberg (eines Parteigängers des Atamans Semjenow), der sich mit seinem Freikorps in die

Äußere Mongolei zurückgezogen hatte, drangen im Sommer 1921 bewaffnete bolschewistische Banden in die Äußere Mongolei ein. Sie schlugen die weißen Truppen und errichteten eine mongolische Volksrepublik nach rätebündischem Muster. Am 5. November 1921 wurde zwischen der UdSSR. und der neuen Republik ein gegenseitiger Anerkennungs- und Bündnisvertrag abgeschlossen. Von diesem Augenblick an begann die innerpolitische und soziale Umwälzung in der Mongolei unter dem Einfluß der Sowjets.

Im Jahre 1923 wurde zwischen beiden Staaten ein weiterer Vertrag geschlossen, der ganz offen den Zweck verfolgte, die in die Mongolei eingedrungenen kommunistischen Grundsätze zu stabilisieren und die Unabhängigkeit der Äußeren Mongolei erneut zu betonen, nachdem im Jahre vorher eine Verschwörung von mongolischen Nationalisten gegen die Sowjetisierung des Landes von der Tscheka blutig unterdrückt worden war.

In dem neuen Abkommen wurden alle Mineralschätze, Wälder, Flüsse und Seen nationalisiert, das Eigentumsrecht der Fürsten an Grund und Boden aufgehoben und durch ein Sowjetsystem zur Ausbeutung des Landes ersetzt. Die Weidengründe der Nomaden sollten an mittellose Mongolen und Russen zur Nutzung vergeben werden. Mit der Verwertung der Naturschätze des Landes und der Entwicklung von Handel und Industrie sollten sowjetrussische Sachverständige und Ratgeber betraut, die Bergwerke sollten sowjetrussischen Genossenschaften zur gemeinsamen Ausbeutung mit mongolischen Arbeitern abgetreten werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung sollten Sowjettruppen in der Äußeren Mongolei bleiben (!). Die Exterritorialität der Ausländer wurde aufgehoben, jedoch wurde bestimmt, daß die Untertanen von Ländern, welche die Autonomie der Äußeren Mongolei anerkannt haben, Vorrechte erhalten sollten. Praktisch trat diese Bestimmung nur für Sowjetbürger in Kraft, da es außer dem Rätebund keinen Staat gab, der bereit gewesen wäre, die Lostrennung der Äußeren Mongolei von China zu sanktionieren. So wurde ein sowjetrussischer Vertreter als Mitglied des mongolischen Gerichtshofes mit Veto-rechten in solchen Fällen zugelassen, in denen Angehörige

des Sowjetstaates betroffen waren. Der Hutuktu in Urga sollte seinen Titel als geistliches Oberhaupt behalten, jedoch an der weltlichen Regierung im Gegensatz zur Vergangenheit nicht teilhaben. Als höchste Regierungsinstanz wurde die Nationalversammlung (Huruldan) proklamiert und die Exekutive dem Kabinett der Minister übergeben¹⁾.

Korostovetz, der ehemalige politische Vertreter des Zarenreiches in der mongolischen Hauptstadt Urga, beschreibt den neugeschaffenen Zustand in der Äußeren Mongolei folgendermaßen:

„De jure besitzt Kalka²⁾ eine kommunistische Volksregierung, de facto wird es von einer kleinen fremdstämmigen Clique regiert, die sich auf die bewaffnete Macht stützt. Der Charakter der Ende 1924 veröffentlichten Verfassung ist dadurch bestimmt worden, daß Sowjetjuristen sie ausgearbeitet haben. Nominell liegt die Legislative beim Huruldan, während die Exekutive dem Rate der Kabinettsminister gehört ... Tatsächlich liegt die vollziehende Gewalt in den Händen des Chefs vom Stabe der Sowjettruppen, der mit dem mongolischen Kriegsministerium zusammenarbeitet. Das letztere ist das Hauptorgan des russischen Einflusses in der Mongolei und hält enge Fühlung mit Moskau, von wo es mit den nötigen Direktiven versehen wird. Russische Burjäten und Kalmücken, Mitglieder der kommunistischen Partei, sind den mongolischen Ministerien als Ratgeber beigegeben und dienen, wie früher, als Vermittler und Dolmetscher zwischen Russen und Mongolen. Mit Ausnahme des Finanzministeriums haben die mongolischen Ministerien keine große Bedeutung und sind ganz und gar vom Kriegsministerium abhängig³⁾.“

Das praktische Ergebnis dieser Politik ist die vollendete Lostrennung der Äußeren Mongolei von China und ihre Unterstellung unter die Kontrolle des Rätestaates. Formal hat China diese Entwicklung niemals anerkannt. Das ist jedoch

¹⁾ Vgl. Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 333. Berlin 1926.

²⁾ Mongolische Bezeichnung für die Äußere Mongolei.

³⁾ Korostovetz, Von Cinggis Khan zur Sowjetrepublik, S. 334.

auf die Haltung Moskaus in der Frage der Äußeren Mongolei ohne jeden Einfluß geblieben. Die bereits erwähnte Karachan-Erklärung vom Jahre 1921 mit ihrem Verzicht auf „alle Eroberungen der zaristischen Regierung, die China der Mandschurei und anderer Gebiete beraubt hat“, hätte selbstverständlich eine sinngemäße Anwendung auch auf die Äußere Mongolei finden müssen. Das ist seitens des Rätestaates nicht nur unterblieben, sondern darüber hinaus hat er noch in einem anderen, zu China gehörigen Gebiet – in Urjan-chai – eine nackte Eroberungspolitik betrieben.

Das Urjan-chai-Gebiet stellt den äußersten nördlichen Zipfel der Mongolei dar. Das bolschewistische Vorgehen in diesem Gebiet, das sich hier ebenso wie in der Äußeren Mongolei auf die „imperialistische“ Vorarbeit des Zarenreiches stützte, ist ein besonders charakteristisches Beispiel für Taktik und Methoden der Sowjetpolitik längs der asiatischen Grenzen des Rätestaates. Auf dieses Gebiet erhoben die Äußere Mongolei und China gleichen Anspruch. Ihnen gegenüber stellte sich die Sowjetregierung 1921 bedenkenlos auf denselben Standpunkt wie der russische Ministerrat 1912: die hier lebenden Sojoten hätten den chinesischen Beamten in der Äußeren Mongolei unterstanden; diese seien jedoch nach der Unabhängigkeitserklärung der Äußeren Mongolei vertrieben worden; damit habe China seine Anrechte verloren, während die Äußere Mongolei solche nie besessen habe; infolgedessen seien die Sojoten herrenlos geworden.

Die zaristische Regierung hat seinerzeit diese Auslegung dazu benutzt, um das Gebiet zum „Schutze“ ihrer Untertanen in ihre Gewalt zu bringen. Die Sowjetregierung ihrerseits ging taktisch anders, im Endergebnis allerdings ebenso wie ihre Vorgängerin vor. Auf Grund der am 11. November 1917 bereits proklamierten und am 10. Juli 1918 vom V. Russischen Rätekongreß zum Bestandteil der Sowjetverfassung erhobenen „Erklärung der Rechte der Völkerschaften Rußlands“, durch welche unter anderem das freie Selbstbestimmungsrecht für sie bis zur Loslösung und Bildung selbständiger Staaten proklamiert worden war, wurde im September 1921 das Urjan-chai-Gebiet nominell aus der russischen Oberhoheit entlassen. Durch die Umwandlung

in die Sowjetrepublik Tannu-tuwa wurde es jedoch praktisch zu einem Bestandteil des Rätebundes gemacht. Das Gebiet muß heute bis zu dem Zeitpunkt, wenn ein erstarktes China seine alten Rechte wieder geltend machen kann, als zur UdSSR. gehörig betrachtet werden.

Dasselbe gilt im gewissen Sinne auch für die Äußere Mongolei. Die Sowjetgewalt herrscht in Urga und der Rätestaat ist seit Jahren ununterbrochen bestrebt, seine Stellung in der Äußeren Mongolei wirtschaftlich und vor allem militärisch weiter auszubauen.

In dem Vertrag mit China vom 31. Mai 1924, der in dem Kampf um die Ostchinesische Eisenbahn eine große Rolle gespielt hat, war u. a. eine Bestimmung enthalten, daß die Regierung der UdSSR. die Äußere Mongolei als einen integrierenden Bestandteil Chinas anerkenne und die Oberhoheit über dieses Gebiet in Zukunft achten würde. Diese Bestimmung ist nur ein Fetzen Papier geblieben, sodaß die „Ostasiatische Rundschau“ 1930 feststellen konnte: „Es scheint, daß dieser integrierende Bestandteil Chinas allmählich zu einem integrierenden Bestandteil Sowjet-Rußlands wird¹⁾.“

Aus dem in der genannten Zeitschrift veröffentlichten Bericht kann entnommen werden, daß die UdSSR. bis zum Jahre 1930 die Äußere Mongolei bereits so weit unter ihre Herrschaft gebracht hatte, daß die offene Annexion nur eine Formsache war. Die Kontrolle der auswärtigen Beziehungen der Äußeren Mongolei lag fast ausnahmslos in der Hand Moskaus. Dasselbe gilt für den wirtschaftlichen Einfluß. Die Wirtschaftspolitik der UdSSR. in der Äußeren Mongolei zeigt die offene Tendenz, das gesamte Gebiet wirtschaftlich nach außen hermetisch abzuschließen. Die mongolische Ausfuhr nach Kalgan, dem Haupteinfallstor von China nach der Mongolei, ging von 1928 bis 1929 von 12 Mill. Dollar auf 2,5 Mill. Dollar zurück und hörte 1930 gänzlich auf. Der gesamte Außenhandel der Äußeren Mongolei ist nahezu vollkommen zu einem Monopol der UdSSR. geworden.

¹⁾ „Ostasiatische Rundschau“, Heft 11. Hamburg 1930.

Selbstverständlich spielen Eisenbahnpläne in den mongolischen Kombinationen des Rätestaates eine nicht geringe Rolle. Die zaristische Regierung hatte sich im Jahre 1914 durch ein Abkommen mit der Äußeren Mongolei Eisenbahnkonzessionen gesichert. Zu einer Verwirklichung der russischen Eisenbahnpläne ist es damals nicht gekommen. Vor Jahren erinnerte man sich jedoch in der Sowjetunion des alten, schon vom Grafen Witte erwogenen Projektes einer transmongolischen Bahn, die von Bijsk über Kosch-Agatsch, Kobdo, Ulijassutai nach Urga oder nach Kalgan führen sollte. Diesem Riesenprojekt wird man gegenwärtig, soweit es noch bestehen sollte, keine über die propagandistischen Bedürfnisse der Räteregierung hinausreichende Bedeutung beilegen dürfen. Anders verhält es sich mit dem Bau einer Eisenbahn von Tschita nach Urga, für den die UdSSR. in einem Abkommen vom September 1925 mit der Äußeren Mongolei eine Konzession erworben hat. Anfang Juli 1935 wurde in der Presse berichtet, daß mit dem Bau dieser Bahn demnächst begonnen werden soll.

Die Politik der Sowjetregierung in der Äußeren Mongolei trägt nach allem Gesagten die typischen Merkmale einer Kolonialpolitik. Das wirtschaftlich und strategisch wichtige Gebiet ist Gegenstand einer hemmungslosen Ausbeutung seitens der UdSSR., die sich auf die roten Bajonette stützt. Wenn in der Sowjetpresse in regelmäßigen Abständen Berichte über Freundschaftsbesuche von mongolischen Ministern in Moskau oder von Sowjetkommisaren in Urga, bzw. über Verhandlungen und über Abkommen erscheinen, die angeblich zwischen zwei unabhängigen Staaten geschlossen werden, so dienen sie lediglich der Maskierung der tatsächlichen vollkommenen Abhängigkeit der mongolischen Kolonie vom Rätestaat.

Ende April 1935 wurde gemeldet, daß zwischen der Sowjetregierung und der Äußeren Mongolei eine Militärkonvention abgeschlossen worden sei, die folgende Punkte enthält:

1. Verteidigungs- und Angriffsbündnis der beiden Staaten;
2. Bereitstellung einer Anleihe der Sowjetregierung in Höhe von 10 Mill. Rubel für die Äußere Mongolei;

3. Schaffung einer ständigen Luftverbindung zwischen Sibirien und der Äußeren Mongolei;
4. Organisierung der mongolischen Wehrmacht durch Offiziere der Roten Armee;
5. Durchmarschrecht der Sowjettruppen durch die Äußere Mongolei.

Die Frage, ob diese Meldung amtlich bestätigt wird oder nicht, bleibt angesichts der tatsächlichen Lage in der Äußeren Mongolei belanglos. Der materielle Inhalt dieser Konvention entspricht durchaus dem in der Äußeren Mongolei bereits bestehenden Zustand. Sie ist lediglich eine Bestätigung der Tatsache, daß die Äußere Mongolei neben ihrer kolonialen Bedeutung für den Rätestaat gleichzeitig eine Bedeutung als militärisches Aufmarschgebiet des Sowjet-Imperialismus, zu dem sie ausgebaut wird, erhält. Eine Änderung dieses Tatbestandes kann von den Mongolen selbst ohne fremde Hilfe nicht herbeigeführt werden. Gleichzeitig entsteht an der Ostgrenze der Äußeren Mongolei eine neue Front des Kampfes zwischen Moskau und Japan um den Einfluß in Ostasien.

4. Innerasiatische Kampfprobleme

Die dritte große Einbruchsstelle, einst des russischen und jetzt des Sowjeteinflusses, in das Gebiet der chinesischen Außenländer ist die westchinesische Provinz Sinkiang (Ost-Turkestan). Auch hier setzt die UdSSR, im Gegensatz zu ihren Freiheitsproklamationen für die Völker Asiens die Politik des alten Reiches unter neuen Parolen fort. Der grundlegende Unterschied zwischen beiden besteht allerdings darin, daß an Stelle der nationalen Begründung des alten russischen Ausbreitungsdranges die weltrevolutionäre Ideologie des „Sammelns aller Lande“ unter dem roten Banner getreten ist. Für die von diesen Bestrebungen betroffenen Völker und Staaten bleibt es jedoch belanglos, unter welcher offiziellen Parole sie dem Zepter Moskaus unterstellt werden sollen.

Angesichts der historischen Beispiele der Sowjetpolitik in der Mandschurei und besonders in der Äußeren Mongolei

nebst dem Urjan-chai-Gebiet kann über die letzten Absichten Moskaus längs der westchinesischen Grenze kaum ein Zweifel bestehen. Das wichtigste Hilfsmittel ist auch hier der wirtschaftliche Einfluß, der den politischen (durch eine entsprechende Verkehrspolitik militär-strategisch unterbaut) nach sich zieht.

Seit der Fertigstellung der schon zur Zarenzeit geplanten Turksib-Bahn, die Turkestan mit Sibirien verbindet, führt die schnellste und bequemste Verbindung von Sinkiang nach Ostchina über das asiatische Eisenbahnnetz der UdSSR. Die Folge davon ist, daß der Handel Westchinas zum größten Teil über die Sowjetgrenzen läuft.

Dieser Umstand ist von der Sowjetregierung zur Ausbreitung und Festigung auch ihres politischen Einflusses in der Provinz Sinkiang ausgenutzt worden. Der chinesische Gouverneur in der Provinzialhauptstadt Urumtschi war schon vor dem Bau der Turksib-Bahn so sehr in die Abhängigkeit von Moskau geraten, daß er selbständige Verträge mit der Sowjetregierung abschloß und sogar eigene Konsulate auf Sowjetterritorium unterhielt und entsprechende Sowjetkonsulate in Sinkiang zuließ. Gleichzeitig war der Zusammenhang mit der chinesischen Zentralregierung in Nanking fast gänzlich unterbrochen, sodaß sich die Provinz auf dem besten Wege dazu befand, eine ähnliche Entwicklung zu nehmen wie die Äußere Mongolei. Der Bau der Turksib-Bahn hat der Ausbreitung des Sowjeteinflusses nach Westchina neue Möglichkeiten erschlossen.

Die politische Bedeutung dieser Bahn wird hier am augenfälligsten klar und widerlegt die bolschewistische These, daß die Eisenbahnpolitik Moskaus „unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur“ im Gegensatz zur zaristischen Vergangenheit „keine imperialistischen Ziele“ verfolge. Wenn in der UdSSR. in diesem Zusammenhang viel von ausschließlich wirtschaftlichen Notwendigkeiten die Rede ist, so sind diese im Hinblick auf das neue Rayonnierungssystem der Sowjetunion gemeint und sollen in Anwendung auf die Turksib-Bahn mit dem beabsichtigten Ausgleich zwischen dem auf Monokultur abgestellten Sowjet-Turkestan (Baumwolle) und den Getreidegebieten Sibiriens begründet werden.

In dieser Beziehung hat die Bahn die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Dafür hat sie für die Entfaltung und die Festigung der Sowjetmacht in Zentralasien über die Reichsgrenzen der UdSSR. hinaus, also in ihrer außenpolitischen Wirkung, ihre imperialistische Zweckbestimmung unter Beweis gestellt.

Der Charakter der Eisenbahnpolitik der Sowjets in diesem Gebiet geht aus einer Betrachtung der z. T. bereits in Angriff genommenen bzw. geplanten neuen Projekte in unmißverständlicher Weise hervor. Es handelt sich hier um folgende Linien:

1. Die Verlängerung der Strecke Lugowaja–Frunse zum Issyk-kul über Tokmak;
2. Przewalsk (Karakol am Ostzipfel des Issyk-kul) über den großen Kirgisisch-chinesischen Markt von Karakara nach Kuldsha am Ili-Fluß;
3. Alma-ata (bzw. vom Übergang der Turksib über den Ili) nach Kuldsha;
4. Sergiopol–Bachty–Tschugutschak¹⁾.

Alle diese Eisenbahnen greifen, von der Turksib ausgehend, nach Ost-Turkestan hinein und müssen selbstverständlich die Ausbreitung des Sowjeteinflusses in Ost-Turkestan ganz außerordentlich verstärken. Der imperialistische Charakter dieser Politik ist unverkennbar.

Außer den handelspolitischen Beziehungen kommt der Sowjetpolitik in Westchina der Umstand zugute, daß die mohammedanischen Turkvölker, die die Mehrheit der Bevölkerung bilden, sich von alters her in einem Gegensatz zur chinesischen Herrschaft befinden. Allein im vergangenen Jahrhundert haben hier nicht weniger als zehn Mohammedaneraufstände stattgefunden und mehrfach wurde die Unabhängigkeit des Landes proklamiert. Im Jahre 1931 kam es hier zu einer Aufstandsbewegung, die zwei Jahre später sogar zur Ausrufung einer selbständigen Republik Ost-Turkestan führte.

Die Stellung der chinesischen Zentralregierung in Nanking diesen Abtrennungsbestrebungen gegenüber ist überaus

¹⁾ Vgl. Georg Cleinow, *Roter Imperialismus*, S. 184. Berlin 1931.

schwierig. Ihre durch innere und äußere Umstände bedingte Machtlosigkeit, die gewaltige Entfernung des Aufstandgebietes vom eigentlichen China und nicht zuletzt die Auswirkungen der Interessen fremder Mächte in Sinkiang machen ein tatkräftiges Durchgreifen nahezu unmöglich. Auf die Bestrebungen der Sowjets in Ost-Turkestan antwortet die chinesische Regierung neuerdings mit dem Plan einer Autostraßenverbindung zwischen China und seinen westlichen Außenländern.

Alles das bildet den geeigneten Boden für eine hemmungslose Sowjetpropaganda, die als nationalpolitische Basis ihrer Bestrebungen Sowjet-Turkestan mit seiner gleichfalls mohammedanischen Bevölkerung benutzt. Hier gewinnt die Nationalitätenpolitik der Sowjetunion eine praktische Bedeutung.

*

Die UdSSR. ist ein Nationalitätenstaat. Der nationale Freiheitskampf der Völker Rußlands hatte während des Bürgerkrieges praktisch bereits die Aufteilung des alten Reiches herbeigeführt. Nur durch die theoretische Übernahme gewisser nationalbündischer Elemente – wenigstens auf kulturellem Gebiet – in die Grundlagen des Sowjetstaates ist es den neuen Machthabern gelungen, den territorialen Bestand des alten Reiches, wenn auch mit wesentlichen Abstrichen in der baltischen Zone, in die Gegenwart herüberzuretten. Die Anwendung der Gewalt hat in dieser Beziehung eine große Rolle gespielt, doch hätte diese allein nicht ausreichen können, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Die Parole der „nationalen Autonomie“ mußte als Köder dienen.

Aber die Nationalitätenpolitik der UdSSR. hat in ihrer Stellung zwischen Propaganda und Wirklichkeit ein doppeltes Gesicht erhalten. Die praktische Wirkung der bundesstaatlichen Verfassung der Sowjetunion, die das Selbstbestimmungsrecht der einzelnen Bundesmitglieder theoretisch bis zum Recht des Ausscheidens aus dem Gesamtverband steigert, wird durch das Prinzip der Klassendiktatur, d. h. durch einen neuen Absolutismus wieder aufgehoben. Bestehen bleibt die propagandistische Wirkung, die in erster Linie außenpolitisch ausgebeutet wird. Durch die Gewährung des

Rechtes des Eintritts in den Rätestaat an jede sozialistische Sowjetrepublik, die sich außerhalb der heutigen Grenzen der UdSSR. bildet, wird theoretisch der Idee der „Weltrevolution“ Rechnung getragen. Praktisch werden jedoch unter dem Schein eines neuen klassenmäßig bestimmten „Rechtes“ der willkürlichen Ausbreitung des Sowjetstaates überall dort, wo seine politischen und militärischen Machtmittel ausreichen, alle Tore geöffnet.

Das ist die praktische Grundlage des Sowjet-Imperialismus, der längs der asiatischen Grenzen der UdSSR. ein sehr realer Faktor ist und sich, wie alle angeführten historischen Beispiele zeigen, nach dem Gesetz des geringsten Widerstandes auswirkt. Die Nationalitätenpolitik des Rätestaates dient ihm als Mittel zum Zweck.

Auf diese Weise stellen die nationalstaatlichen Gebilde in Gestalt von „sozialistischen“ oder „autonomen Sowjetrepubliken“, die in dem Raum zwischen dem Kaspisee und dem fernöstlichen Küstenstreifen geschaffen worden sind, durchgehend eine Spekulation auf jenseits der Grenze liegende Möglichkeiten dar. Es ist eine Eigenart dieser Grenze, daß sie überall den Lebensraum der verschiedensten Völker und Stämme durchschneidet und so mit einer ununterbrochenen Kette von Grenzproblemen einen durchaus labilen Charakter trägt.

Es kann jedoch nicht unausgesprochen bleiben, daß eben hier unter Umständen eine große Gefahrenquelle für den Rätestaat selber entstehen kann. Niemand kann heute sagen, wie die nationalen Probleme in dem gewaltigen Raum, den Moskau beherrscht, sich ferner entwickeln werden. Vom Standpunkt der beherrschten Völker muß ihnen die bolschewistische Diktatur in gewissem Sinne immer als russische Herrschaft erscheinen. Sollte im Rahmen einer weiteren nationalen Differenzierung der Völker der UdSSR. ihr bisheriges Nahziel der kulturellen Gleichberechtigung mit dem russischen „Staatsvolk“¹⁾ von dem Willen zu eigener Staatlich-

¹⁾ Es ist hier zu beachten, daß die Russen in der UdSSR. als „Staatsvolk“ im üblichen Sinne gar nicht aufgefaßt werden dürften, da sie selbst unter der Herrschaft einer ihnen artfremden Kaste stehen. Dadurch erhalten die Nationalitätenprobleme in der UdSSR. einen besonders komplizierten Charakter.

keit mit Anspruch auf uneingeschränkte Souveränität abgelöst werden, so könnte dies eine Umwälzung in der Verteilung der Kräfte vor allem in Asien herbeiführen, deren Folgen heute kaum zu übersehen sind.

*

Gerade diese Gefahr wird jedoch auf der anderen Seite für den Sowjet-Imperialismus immer wieder ein Ansporn sein müssen, seine Machtmittel zu verstärken und durch eine aggressive Politik danach zu trachten, auf jeden Fall und überall „erfolgreich“ zu sein. Man kann sagen, daß diese Tendenz die Folge eines ihm innewohnenden Gesetzes ist, von dem er sich nicht freimachen kann, ohne sich selbst aufzugeben.

Der Sowjet-Imperialismus muß daher gewissermaßen aus Selbsterhaltungstrieb ständig im Angriff bleiben. Wird ihm an einer Stelle ein Damm entgegengesetzt, so wird er stets versuchen müssen, an einer anderen Stelle einen neuen Durchbruch zu wagen. Die Politik der UdSSR. in der Mandschurei, in der Mongolei und in Ost-Turkestan bestätigt diese Auffassung. Solchermaßen stellt die Sowjetunion durch die politischen Grundlagen, auf denen sie als Klassenstaat mit weltrevolutionärer Zielsetzung aufgebaut ist, eine ständige Bedrohung aller ihrer Nachbarvölker und Staaten dar. Sie muß mit innerer Gesetzmäßigkeit überall auf fremdes Gebiet übergreifen und damit eine nie abreißende Kette von Konflikten mit anderen Mächten schaffen.

*

Diese Konflikte bleiben auch nirgends aus. Die Lage Ost-Turkestans im Schnittpunkt der rätebündischen, englischen und neuerdings auch japanischen Interessensphären in Innerasien verleiht den dortigen Ereignissen eine über den lokalen Bereich hinausgreifende Bedeutung.

Die Engländer betrachten den südlichen Teil von Ost-Turkestan zusammen mit den südöstlich und südwestlich

von ihm gelegenen Gebieten als Glacis zum Schutze Indiens, der Zentralposition ihrer Weltmacht. Die Sowjetpropaganda macht ihrerseits kein Hehl daraus, daß die Eroberung Indiens für den Kommunismus eines ihrer Hauptziele ist. Alle Versuche der Sowjetunion, mit Hilfe ihrer politischen Agenten in Tibet oder in Afghanistan einzudringen, um in diesen Gebieten den bolschewistischen Aufmarsch vorzubereiten, sind auf das Ziel der Eroberung Indiens gerichtet. Die Ausbreitung des Sowjeteinflusses in Westchina verfolgt den gleichen Zweck und muß daher von England als eine unmittelbare Bedrohung seiner Stellung in Asien aufgefaßt werden.

Auf der anderen Seite steht Japan mit seinen Neuerwerbungen auf dem asiatischen Kontinent, die es nur in jahrzehntelangem zähen Kampf mit Rußland und der UdSSR. gewinnen konnte, und jetzt gegen einen möglichen umfassenden Gegenangriff der Sowjetpolitik zu verteidigen hat.

Die Mandschurei ist von drei Seiten umstellt. Japan sieht sich daher gezwungen, den Sowjetbestrebungen in der Mongolei und in Westchina entgegenzutreten. Seit der Gründung des mandschurischen Kaiserreiches und seit der im Dezember 1933 erfolgten Ausrufung der Unabhängigkeit der Inneren Mongolei, wo der japanische Einfluß bereits sehr stark ist, schiebt Japan seine Interessensphäre über die sowjetisch-japanische Demarkationslinie von 1925 hinaus in westlicher Richtung vor. Darin kommt eine Umfassungsbewegung gegen die Stellung der UdSSR. in der Äußeren Mongolei zum Ausdruck, wo bereits von Japan unterstützte Bestrebungen gegen die Sowjets im Gange sind.

England, Japan und die Sowjetunion beschuldigen sich gegenseitig des unerlaubten Eingriffs in den natürlichen Verlauf der Dinge in Chinesisch-Turkestan. Dabei wird der aus der allgemeinen politischen Lage in Ostasien resultierende sowjetisch-japanische Gegensatz auch hier immer fühlbarer.

Den Japanern wird von Moskau der Vorwurf gemacht, in Sinkiang das mandschurische Beispiel wiederholen zu wollen. Ein panislamisches Komitee in Tokio soll einen Nach-

kommen des letzten türkischen Sultans als Anwärter für den Thron in Urumtschi bereit halten. Diese Version muß wohl mehr als Propagandamittel, denn als politische Realität gewertet werden. Die Schaffung eines japanischen Pufferstaates in Mittelasien nach dem getreuen Vorbild der Mandchurei dürfte aus geopolitischen, rassistischen und psychologischen Gründen wenig aussichtsreich erscheinen.

Hingegen können andere Gründe nicht von der Hand gewiesen werden, die das Interesse Japans an der Entwicklung in Westchina erklären. Aus der Zeit der japanischen Intervention in Sibirien sind die Sympathien Japans für panmongolische Pläne noch unvergessen, die von den Burjäten in Transbaikalien ausgingen und zeitweilig fast bis zur Ausrufung eines großmongolischen Staates von der Äußeren Mongolei bis Tibet und von Turkestan bis zum Golf von Tschili herangereift waren. Insofern dürfte die Unterstützung von mohammedanischen Unabhängigkeitsbestrebungen in Zentralasien als Flankendeckung für ein weiteres Vordringen Japans in der Mongolei zum Schutze seiner mandschurischen Position von unmittelbarem Wert sein. Auch könnte es im Zuge einer auf weiteste Sicht eingestellten japanischen Politik liegen, eine eventuelle künftige Ausbreitung der Mohammedanerbewegung auch auf Sowjet-Turkestan jetzt schon in ihre Rechnung zu stellen. Das würde einem Angriff auf die Rohstoffquellen des Altai gleichkommen, die heute bereits für die Sowjetunion von größter rüstungspolitischer Bedeutung sind.

*

Von Moskau aus betrachtet, erscheint die Sowjetpolitik in Westchina als ein Versuch, neben einer Flankensicherung ihrer Stellung in der Äußeren Mongolei gleichzeitig eine Art Korridor durch das Tarimbecken nach den zentralchinesischen Gebieten zu gewinnen, in denen gegenwärtig das rote Zentrum Chinas liegt. Gelingt es den Sowjets, diese Absicht durchzusetzen, würden sie auf direktem Wege die rote Bürgerkriegsfront in China mit Waffen, Munition und Offizieren versorgen können.

Die roten Banden in China, die unter der Bezeichnung „Rote Armee“ auftreten, sind in den letzten beiden Jahren wenig erfolgreich gewesen. Nachdem Tschiangkaischek in Südchina mit ihnen aufgeräumt hat, haben sie sich nach Zentralchina zurückgezogen, wo sie Berichten aus Moskau zufolge sich für eine neue und, wie betont wird, entscheidende Aktion vorbereiten.

Die Zeitschrift „Bolschewik“ veröffentlicht aus diesem Anlaß einen langen Aufsatz über den chinesischen Bürgerkrieg und verweist in diesem Zusammenhang auf die von Stalin im Jahre 1927 vorgenommene Einteilung der chinesischen Revolution in drei Etappen¹⁾. Die erste Etappe umfaßt die Zeit des allgemeinen nationalen Kampfes gegen den äußeren Feind, das heißt gegen den ausländischen Imperialismus; die zweite Etappe ist die bürgerlich-demokratische Revolution; die dritte Etappe ist schließlich die – Sowjetrevolution. Im „Bolschewik“²⁾ wird auseinandergesetzt, daß die chinesische Revolution jetzt in ihre dritte Etappe eingetreten, und daß eine Sowjetisierung von ganz China nur noch eine Frage der Zeit sei. Die in Zentralchina versammelten Teile der „Roten Armee“ würden demnächst, anscheinend noch im Jahre 1935, spätestens aber 1936 den Vormarsch in die Küstengebiete antreten und den Kommunismus in China zum Siege führen.

Solche und ähnliche Betrachtungen, die in Moskau angestellt werden, lassen keinen Zweifel darüber zu, daß der Sowjet-Imperialismus in Zentral- und Ostasien immer wieder versucht und, wie wir gesehen haben, zwangsläufig versuchen muß, neuen Boden zu gewinnen. Wenn Ost-Turkestan in den letzten Jahren wiederholt als „Schlüssel zu Ostasien“ bezeichnet worden ist, so ist diese Tatsache von der Sowjetunion ganz klar erfaßt worden. Gerade vom Standpunkt Moskaus aus muß Westchina eine solche Bedeutung haben. Der Besitz dieser Provinz würde die Sowjetpolitik in ganz Ostasien aktivieren und ihr auch in der Mandchurei wieder neue Möglichkeiten eröffnen.

¹⁾ Vgl. „Strategie und Taktik der Komintern in der national-kolonialen Revolution am Beispiel Chinas“, S. 100. Herausgegeben im Auftrage der Kommunistischen Akademie in Moskau, 1934.

²⁾ Vgl. „Bolschewik“ Heft 8, Moskau 1935.

5. Moskaus neue Wege in der Mandschurei

Aus der Mandschurei verdrängt und seiner früheren, als Erbe noch vom verhaßten zaristischen Regime übernommenen Machtstellung in dem wirtschaftlich und militärisch wichtigen Gebiet nördlich des Gelben Meeres beraubt, scheint der Rätestaat trotzdem auf einen politischen Einfluß hier nicht völlig verzichten zu wollen. Im Gegenteil sind Anzeichen dafür vorhanden, daß Moskau versuchen will, sich wenigstens propagandistische Erfolge zu sichern. Die veränderte Sachlage zwingt es jedoch, neue Mittel und Wege zu suchen, um das erhoffte Ziel zu erreichen.

Das wichtigste Hilfsmittel auf diesem Gebiet ist die Komintern mit ihren ausländischen Sektionen. Der VII. Weltkongreß der Komintern in Moskau im August 1935 beweist, daß mit einer erhöhten kommunistischen Propagandatätigkeit in der ganzen Welt zu rechnen ist. Der Ferne Osten gehört nach wie vor zu denjenigen Gebieten, in denen die Komintern noch die größten Aussichten auf Erfolg zu haben hofft. Die nach wie vor bestehende Rivalität zu Japan um die Vormacht in Ostasien verweist die propagandistische Aktivität der Sowjets auch aus diesem Grunde auf dasjenige Gebiet, wo sich die Interessen beider Mächte am unmittelbarsten berühren: auf die Mandschurei mit den anliegenden Provinzen.

Diese Annahme wird durch zahlreiche Berichte bestätigt, aus denen man entnehmen kann, daß die politischen Agenten Moskaus in der Mandschurei drauf und dran sind, das kommunistische Propagandasystem den neuen Verhältnissen anzupassen. Diese Propaganda steht vor der Aufgabe, unter wesentlich erschwerten Bedingungen ihre Ziele weiter verfolgen zu müssen, und es bleibt ihr zunächst nur die Flucht in die Illegalität.

Die Vorarbeiten hierzu wurden bereits lange vor der Übergabe der Ostchinesischen Bahn an die mandschurischen Behörden begonnen. Die roten Propagandazentralen wurden auch jetzt an solchen Plätzen untergebracht, die gegen äußere Zugriffe der Behörden am meisten geschützt erscheinen. Das sind die Sowjet-Konsulate, von denen aus die geheimen Fäden zu den eigentlichen Ausführungsorganen laufen, die über das

Land verstreut sind. Daneben kommt den Sowjet-Handelsorganisationen in diesem System eine große Bedeutung zu, wenn sie auch angesichts der neuen Lage eine gewisse Einschränkung ihres Apparates erfahren haben. Dagegen scheinen Bestrebungen im Gange zu sein, um das illegale kommunistische Zellsystem weiter auszubauen. Den Stamm dafür bilden die noch in der Mandschurei befindlichen Sowjetbürger. Gleichzeitig versuchen die Sowjetagenten anscheinend, auch unter den anderen in der Mandschurei zahlreich vorhandenen Russen Fuß zu fassen, obwohl die Aussichten auf Erfolg hier nicht groß sein dürften. Man wird jedenfalls mit der Annahme nicht fehlgehen, daß diese Arbeit mit Hilfe von pseudopatriotischen kommunistischen Parolen in Szene gesetzt werden wird, die bekanntlich seit einiger Zeit auch im Rätestaat beliebt sind, um die bäuerlichen Massen bei der Stange zu halten.

Solche Versuche Moskaus erscheinen um so wahrscheinlicher, als jetzt die früheren Möglichkeiten entfallen, vermittels der unter dem Schutz der Exterritorialität der Ostchinesischen Eisenbahnzone geschaffenen kommunistischen Gewerkschaften die politische „Massenagitation“ zu betreiben. In früheren Jahren war es den Funktionären dieser Gewerkschaften in die Hand gegeben, nicht nur ihre eigenen Angehörigen, sondern auch mandschurische Vertreter unter dem Vorwand von „Dienstobliegenheiten“ der kommunistischen Propaganda dienstbar zu machen. Unter den neuen Verhältnissen bleibt nur die Hoffnung, an Stelle des früher ausgeübten Druckes von oben, reiche Geldmittel fließen zu lassen, um auf diese Weise die verschütteten Kanäle neu zu erschließen.

Die von den Sowjets auf die chinesischen Kommunisten in der Mandschurei einst gesetzten Hoffnungen sind enttäuscht worden: bei der Durchführung der ihnen auferlegten Aufgaben haben sie sich nicht auf der „erforderlichen Höhe“ gezeigt. Nach der Aufdeckung des Zentralkomitees der chinesischen kommunistischen Partei in Mukden wurde es 1932 nach Charbin verlegt, wo es sich bald darauf selbst aufgelöst hat. Von diesem Zeitpunkt an wandte sich die Aufmerksamkeit der Sowjetagenten in erster Linie der Chunchusenbewegung zu. Die Chunchusen waren ursprünglich eine Art

patriotische Bewegung gegen die Fremden, und das Zarenreich hat schon zu Zeiten der russischen Okkupation der Mandschurei mit ihnen als Gegner zu rechnen gehabt. Kein Geringerer als Tschangtsolin hat von ihnen aus seine politische und militärische Laufbahn begonnen. Diese Chunchusen spielen heute wieder unter den Freischärlerbanden, mit denen die mandschurischen und japanischen Behörden zu kämpfen haben, eine große Rolle.

Es ist unschwer zu erraten, worauf die Sowjets hier hinauswollen. Indem sie sich hier, wie in ganz Asien, als „Freunde der unterdrückten Ostvölker“ aufspielen, unterstützen sie den Bandenkrieg gegen die Japaner als einen im Sinne der kommunistischen Kriegsdoktrin „nationalen Krieg“ und versuchen gleichzeitig, ihm durch ihre Propaganda eine kommunistische Wendung zu geben, das heißt ihn in einen Bürgerkrieg zu verwandeln. Dabei hoffen sie wohl vor allem bei den Teilen der Freischärler ein williges Ohr zu finden, die sich aus den Resten der alten mandschurischen Armee bzw. aus nichtbodenansässigen Elementen rekrutieren und infolgedessen für die kommunistische Propaganda leichter zugänglich sind. Das Ziel dieser Propaganda ist nicht nur die Bekämpfung des japanischen Einflusses in der Mandschurei, sondern darüber hinaus die Zersetzung des mandschurischen Staates und die Errichtung einer „Bürgerkriegsfront“ unter Ausnutzung der in China gemachten Erfahrungen.

*

Es mag vielleicht auffällig erscheinen, daß die Sowjetregierung ihre grundsätzliche Einstellung zum neuen mandschurischen Staat in völkerrechtlicher Beziehung grundlegend geändert hat. In seiner Propaganda hat der Rätestaat seinerzeit der Lostrennung der Mandschurei von China als selbständiger Staat den größten Widerstand entgegengesetzt. In Moskau wurde mehr als einmal betont, daß die formale Anerkennung Mandschukuos seitens der Sowjetregierung nicht in Frage kommen könne. Man hat sich dabei auf den Grundsatz der Unverletzlichkeit der Integrität Chinas bezogen.

Die Tatsache jedoch, daß der Rätestaat mit der mandschurischen Regierung verhandelt und mit ihr in aller Form einen Vertrag abgeschlossen hat, kann wohl kaum anders als eine De-facto-Anerkennung der Mandschurei aufgefaßt werden.

Diese Tatsache darf nicht ausschließlich als ein Rückzug vor der stärkeren Macht Japans ausgelegt werden. Dieser Vorgang muß auch auf dem Hintergrunde der kommunistischen Doktrin betrachtet werden. Im Sinne dieser Doktrin stellt die Mandschurei heute nichts anderes, als einen nationalen bürgerlichen Staat dar, der sich über kurz oder lang gegen jeden fremden „Imperialismus“ wenden muß, um seine volle Souveränität zu erlangen. Dieser Staat muß weiterhin, wie in anderem Zusammenhang bereits dargelegt wurde, eine bestimmte Entwicklung durchlaufen, bis er die Reife für den Übergang zum „Sozialismus“ erlangt haben wird.

Die Anerkennung der Mandschurei liegt daher durchaus in der Richtung der marxistischen Dialektik und die Unterstützung der Freischärlerbanden im „nationalen“ Sinne des Kampfes gegen den japanischen „Imperialismus“ entspricht durchaus der vom Standpunkt Moskaus als richtig erscheinenden „Strategie und Taktik der mandschurischen Revolution“. Das Endziel ist die Sowjetmandschurei, die von Moskau aus regiert wird.

Damit tritt der imperialistische Charakter der Sowjetpolitik in der Mandschurei ganz offensichtlich zutage.

6. Moskau zwischen Ost und West

- Die Hartnäckigkeit, mit der die Sowjetunion um jeden Zoll ihres Einflusses in der Mandschurei gekämpft hat, der gewaltige Aufwand an Mitteln zur Unterstützung des kommunistischen Aufbruchs in China, die Hoffnungen, die sie auch heute noch auf die roten Banden setzt, mit denen sich Tschiang-kaischek herumzuschlagen hat – alles das sind Anzeichen dafür, daß in der Frage des sowjetisch-japanischen Machtkampfes um Ostasien das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Betrachtet man die militärischen, die industriellen und die verkehrspolitischen Maßnahmen des Rätestaates an den

entscheidenden Punkten seiner asiatischen Besitzungen, hört man sich die aggressive Sprache in Moskau gegen Japan an, so kann man kaum bezweifeln, daß die Sowjets sich nicht freiwillig für die „Politik des Friedens“ entschieden haben, als die sie heute ihren Rückzug zu maskieren suchen. Zieht man gleichzeitig ihre europäische Politik in Betracht, so wird der Eindruck nur verstärkt, daß sie sich ein Sprungbrett zu schaffen suchen, von dem aus sie ihren Kampf offensiv weiterführen können.

Allerdings sind die Mittel, die von Moskau in diesem Kampf gegenwärtig eingesetzt werden können, andere und bescheidenere geworden als ehemals. Auf das Säbelgerassel der roten Generäle fallen die nüchternen Japaner nicht so leicht herein, wie man in Moskau vielleicht bis vor kurzem noch gehofft haben mag. Das moralische Gewicht der Japaner bei den Völkern Asiens seit Port Arthur und Tsushima, das nach dem Weltkrieg nur zugenommen hat, wiegt eine nicht geringe Anzahl von Bataillonen auf, die ihnen auf der Gegenseite entgegengestellt werden könnten. Deshalb geht die Sowjetpolitik zunächst darauf aus, alle Gegensätze zu schüren, in die sich Japan in seinem Verhältnis zu anderen, am ostasiatischen und pazifischen Raum interessierten Mächten verwickelt sieht. Unter diesem Gesichtspunkt ist die sowjetrussische Einstellung zu den gegenwärtigen Problemen in Ostasien und im Stillen Ozean von großem Interesse.¹⁾

Die Kündigung des Washingtoner Abkommens durch Japan, das ein Flottenverhältnis der drei pazifischen Mächte USA., England und Japan von 5:5:3 vorsah, scheint den Leitern der sowjetrussischen Außenpolitik der geeignete Anlaß zu sein, um sich in den Gang der fernöstlichen Geschichte im Rahmen einer neuen Kombination der Kräfte einzuschalten.

Der Anspruch des Rätestaates darauf, bei der Lösung der pazifischen Probleme ein entscheidendes Wort mitzureden, ist nicht neu. Doch ist dieser Anspruch bisher weder in London noch in Washington sympathisch aufgenommen worden.

¹⁾ Vgl. Krasnaja Swesda vom 1. März 1935. Diese Ausführungen wurden vom Verf. als Aufsatz in der „Deutschen Wehr“, Heft 37, Berlin 1935, veröffentlicht.

Umsomehr ist die geschäftige Sowjetdiplomatie jetzt bestrebt, aus der politischen Lage in Fernost neues Kapital zu schlagen. Ihre Spekulation geht dabei von einem sehr einfachen Gedanken aus: Japan bedroht die englischen und amerikanischen Interessen, und da es nach der Moskauer Version gleichzeitig nichts weniger erstrebt, als neben China mindestens noch Ostsibirien bis zum Baikalsee zu schlucken, um im übrigen seine Hegemonie so ziemlich über den ganzen asiatischen Kontinent auszudehnen, so liegt es nahe – wie man hinter den Kremlmauern argumentiert – eine Einheitsfront dieser Mächte gegen die gemeinsame Gefahr herzustellen. Und da man gleichzeitig in Moskau auch sehr konkrete europäische Pläne verfolgt, für die zum mindesten die englische Unterstützung wünschenswert erscheint, hofft man anscheinend so etwas wie eine Synthese zwischen fernöstlichen und europäischen Interessen zustande zu bringen, wofür z. B. der Ostpakt eine völkerrechtliche Formel abgeben könnte.

Nach sowjetrussischer Auffassung ist die Kündigung des Washingtoner Abkommens nicht als ein Akt zu betrachten, der Japan die Möglichkeit der Vergrößerung seiner Flotte nach eigenem Belieben erst geben soll. Es wird vielmehr betont, daß Japan seine Rüstungen zur See bisher auch trotz dieses Abkommens „ungestraft“ betrieben habe, und daß es außerdem die Möglichkeit besitze, seine maritimen Kräfte unter dem Deckmantel Mandschukuos beliebig zu vergrößern, da dieses durch keinerlei Verträge gebunden ist. Der japanische Schritt muß also einen anderen Charakter haben, nämlich den einer bewußten politischen Demonstration, die mit der japanischen „imperialistischen Expansion“ eng zusammenhängt. In diesem Sinne erhält der japanische Schritt nach sowjetrussischer Auffassung eine doppelte Bedeutung. Er bestätigt erstens die Unabänderlichkeit des japanischen Programms der kontinentalen Expansion mit dem Ziel der japanischen Kolonialherrschaft zunächst über ganz Ostasien und später auch darüber hinaus. Er stellt zweitens öffentlich fest, daß von jetzt ab die Ausbreitung auf dem Festland durch ein entsprechendes Expansionsprogramm zur See ergänzt wird, das die Eroberung der Besitzungen anderer Mächte im Stillen Ozean erstrebt.

Wie beurteilen die Sowjets nun die realen Grundlagen einer solchen Politik?

Japan – so wird erklärt – würde selbst bei Innehaltung der Washingtoner Bestimmungen das unbestrittene Machtmonopol in den asiatischen Gewässern besitzen, da seiner ganzen Kriegsflotte mit mächtigen Stützpunkten in nächster Nähe nur Bruchteile der amerikanischen und besonders der englischen Seestreitkräfte entgegentreten könnten, die zudem mangels entsprechender Stützpunkte stark im Nachteil sein müßten. Daraus ziehen die Sowjetpolitiker den Schluß, daß angesichts der außerordentlichen geographischen und militärstrategischen Vorteile Japans die Anerkennung seiner Flottengleichheit mit England und den USA. nicht nur die Besetzung der Mandschurei, Jehols und Nordchinas sanktionieren, sondern zugleich die Entscheidung über die völlige Preisgabe der Philippinen und der ostasiatischen Märkte seitens der USA. vorweg nehmen würde. Schon der Anspruch Japans auf Flottengleichheit erweitere in gewaltigem Umfange die Sphäre der pazifischen Konflikte. Die Preisgabe der Philippinen würde automatisch die Frage des ferneren Schicksals der Besitzungen Englands und Hollands in der Südsee auf die Tagesordnung setzen. Damit wäre der Weg nach Indien frei. Die Flottenparität zuzüglich der strategischen Vorteile Japans würden gleichzeitig eine unmittelbare Bedrohung Australiens und Neuseelands heraufbeschwören. Mit einem Wort: die Flottengleichheit würde über den Fernen Osten im engeren Sinne hinaus die japanische Herrschaft im ganzen unabschbaren pazifischen Raum errichten, die amerikanischen Besitzungen auf Hawai und in Alaska und die eigentlich amerikanischen Interessenssphären in Südamerika in Frage stellen.

Dieser düstere Blick in die Zukunft der bedrohten „imperialistischen Mächte“, als die England und die USA. immerhin anerkannt werden, läßt an Großzügigkeit nichts zu wünschen übrig. Mit Recht wird ein naives Publikum, auf dessen Mentalität diese schwungvollen Kombinationen berechnet sind, sich fragen müssen, wieso über die nächstliegenden Maßnahmen gegen den Erzfeind Unklarheit bestehen könnte. Denn schließlich könnte diese Kette von

Ursache und Wirkung noch weiter fortgeführt werden und von der gefährdeten indischen Position Englands wäre nur ein Schritt nach dem Nahen Orient und von dort nach Europa, wo bekanntlich – immer nach sowjetrussischer Auffassung – ein zweiter „Störenfried“ auf der Lauer liegt, um eine „Umteilung der Welt zu seinen Gunsten“ herbeizuführen, wie die gesinnungstüchtige Sowjetpresse und die Sowjetkoryphäen fast täglich versichern.

Der Januskopf der Sowjetpolitik, der nach dem Fernen Osten blickt, richtet sich natürlich gleichzeitig nach dem Westen und wohl dann am meisten, wenn dies nicht ausdrücklich betont wird. Wendet man aber das Blatt in diesem Sinne um, so kann man die bolschewistischen Sorgen um die amerikanischen Besitzungen im Stillen Ozean vorübergehend vergessen und sich auf die Angst Moskaus um den englischen Kolonialbesitz beschränken.

In der Tat ist es England, das sich den Zorn der sowjetolympischen Götter am meisten zuzieht. Die Sowjets finden nachträglich noch ein Haar in der Suppe der Londoner Flottenkonferenz, und das stammt vom Haupte Englands. Denn nicht die USA., die Japan als ihrem gefährlichsten Gegner gegenüber standhaft geblieben sind, sondern England verdient eine Rüge, weil es zwischen jenen beiden unter Ausnutzung ihrer Gegensätze „balanciert“ hat, „immer wieder mit der Tendenz von Konzessionen an Japan“. Deshalb muß England daran erinnert werden, wie gefährlich dieses Spiel mit dem japanischen Feuer ist.

Die Gefahren sind aber zahlreich, wie der Sand am Meer. Erstens hat sich auf der Londoner Konferenz das Problem der englisch-amerikanischen Beziehungen „in seiner ganzen Größe“ gezeigt, während doch ein Konflikt zwischen beiden Mächten für die „englische Bourgeoisie“ noch beängstigender ist, als mit Japan. Zweitens hat das japanische Vorgehen gerade diejenigen Teile dieser „Bourgeoisie aktiviert“ die infolge ihrer Interessen in Indonesien und in der Südsee sich am stärksten getroffen fühlen. Und drittens muß die japanische Flottenparität auf die Stellung der britischen Dominions im Stillen Ozean (Australien und Neuseeland) und Kanadas von entscheidendem Einfluß werden,

denn alle drei sind am chinesischen Markt verhältnismäßig wenig interessiert und würden kaum etwas dagegen einzuwenden haben, wenn „Japan mit seinen Klauen im asiatischen Kontinent stecken bleiben würde“. Sobald sie aber merken, daß die asiatische Festlandspolitik Japans nicht mehr eine Verminderung der japanischen Gefahr im Stillen Ozean bedeutet, sondern sie im Gegenteil verstärkt, muß bei ihnen die Tendenz einer allmählichen Umorientierung in Richtung auf die USA. begünstigt werden. Das würde das Gespenst eines drohenden Zerfalls des britischen Imperiums heraufbeschwören.

So sehen in sowjetrussischer Darstellung die allgemeinen Tendenzen der Zuspitzung der Konflikte in Ostasien und im pazifischen Raum aus. Natürlich fehlt der Hinweis darauf nicht, daß die aggressiven Bestrebungen Japans sich zunächst gegen den Sowjetstaat richten. Aber eben darin liegt nach der Auffassung Moskaus die entscheidende Bedeutung „für den Gang der Ereignisse in der Sphäre der Beziehungen zwischen den Imperialisten“.

Aus solcher Betrachtungsweise ergeben sich eine Reihe von Schlußfolgerungen, die wir unsererseits zu ziehen haben.

In Bezug auf die USA. scheint der Rätestaat einigermaßen beruhigt zu sein, denn diese sind im pazifischen Raum gebunden und an Europa mehr oder weniger desinteressiert. Anders liegen die Dinge im Falle Englands. England steht mit einem Bein im Fernen Osten und mit dem anderen in Europa. Der Druck, unter den Moskau die Politiker in London zu setzen bestrebt ist, wird seiner Bedeutung nach erst verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Sowjets von ihnen nicht nur in Ostasien, sondern auch besonders in Europa etwas wollen. Die Presse und die Diplomatie des Rätestaates sind seit langem bestrebt, die Größe der Gefahren für England in Ostasien und in Europa so monumental wie nur möglich herauszuarbeiten. Japan und Deutschland werden in Moskau stets in einem Atemzug genannt, und wird einmal die eine Macht ohne die andere erwähnt, so darf man überzeugt sein, daß in solchem Falle um so stärker an die letztere gedacht wird. Ununterbrochen erinnern die Bolschewisten England daran, „daß die deutsche

Luftflotte in wenigen Stunden über London erscheinen kann“ und daß Deutschland angeblich die Ansicht vertritt, daß „Großbritannien viel zu viel Kolonien besitzt“. (!)

Welchen Sinn hat also der Gespensterkult, der in Moskau mit so viel Hingabe betrieben wird? Er hat den einzigen Sinn, den Rätestaat selbst bei denen unentbehrlich zu machen, die er für die eigenen Zwecke ausnutzen möchte. Aus allen, zum großen Teil geradezu phantastischen, Kombinationen der Sowjetpolitiker und Literaten drängt sich jedem Betrachter der Dinge der Schluß auf, daß alle im Fernen Osten oder in Europa so gefährlich „Bedrohten“ sich in eine Front mit Moskau stellen müßten, um ihrem ansonsten so verderblichen Geschick zu entgehen.

Diese Beispiele aus der politischen Praxis des Rätestaates sind die Illustration für die „Taktik“, die im Sinne der Stalinschen Thesen angewandt werden muß, „um die Kräfte des Gegners zu zersplittern, die eignen Kräfte zu sammeln, um dann im geeigneten Augenblick zum Angriff übergehen zu können“. Der Zweck ist die möglichst weitgehende Schwächung der übrigen Welt, damit der Sowjet-Imperialismus sich schrankenlos ausbreiten kann.

5. Kapitel. Die Sowjetunion in Europa

1. Zwei Pole der Sowjetpolitik

„Wird Sowjetrußland erstarken, so wird der Versailler Vertrag zusammenbrechen, wie das beinahe im Juli 1920 auf den ersten Schlag der Roten Armee hin der Fall war.“ Diese Worte sprach Lenin am 15. Oktober 1920 vor Vertretern der Bauernschaft des Moskauer Gouvernements¹⁾.

Inzwischen sind 15 Jahre ins Land gegangen. Die Sowjetunion ist äußerlich erstarkt und der Versailler Vertrag ist zusammengebrochen. Hat Lenin also recht behalten?

Die Beantwortung dieser Frage ist für die Beurteilung der europäischen Politik der UdSSR. von grundlegender Bedeutung. Seit dem 27. Juni 1918 bis zur Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland am 16. März 1935 war das Versailler Diktat mit seinen Folgen das Zentralproblem Europas und in einem erweiterten Sinne auch der übrigen Welt. Der Charakter der Politik aller Staaten, besonders der Großmächte, hing in erster Linie von ihrer prinzipiellen Einstellung zum Versailler Diktat ab.

Das gilt natürlich auch von der Sowjetunion. Jedoch ist die Einstellung des Rätestaates zu Versailles von vornherein ganz anderer Art als die der übrigen Länder. Alle Staaten, die als „Sieger“ oder als „Besiegte“ oder als indirekt in Mitleidenschaft gezogene „Neutrale“ in das Versailler System einbezogen waren, bilden von der UdSSR. her gesehen eine Welt für sich. Das ist die bürgerliche Welt, der vom Bolschewismus der Kampf angesagt war bis zu ihrer Vernichtung. Der Rätestaat hat sich zunächst von dieser Welt theoretisch wenigstens ausgeschlossen und es hätte ihm im Grunde genommen gleichgültig sein können, wie die Beziehungen unter den Staaten dieser dem Untergang geweihten Welt geregelt wurden.

¹⁾ Zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 80. Wien-Berlin 1933.

Praktisch lagen die Dinge anders.

Erstens konnte sich der Rätestaat, wie sich sehr bald zeigte, von der übrigen Welt nicht radikal abschließen. Die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen erwies sich stärker als das Dogma. Der Umschwung trat 1921 ein, als mit der Einführung der „NEP.“¹⁾ auch innenpolitisch eine Reihe wichtiger kommunistischer Positionen in der UdSSR. aufgegeben werden mußten. „Wir sehen vollkommen klar und verhehlen es nicht, daß die neue ökonomische Politik ein Rückzug ist, wir waren weiter gegangen, als wir festhalten konnten . . .“, sprach Lenin am 6. März 1922 in der Sitzung der kommunistischen Fraktion des allrussischen Metallarbeiterkongresses aus²⁾. So begannen die Versuche der Führer des Sowjetstaates, mit der verpönten übrigen Welt Verbindung zu bekommen. Dienten die bereits 1920 mit Estland, Litauen, Lettland, Finnland und Polen abgeschlossenen Verträge der Herstellung des Friedens an den Westgrenzen der UdSSR., waren die Bündnisverträge des Jahres 1921 mit Persien, Afghanistan und der Türkei gegen den „europäischen Imperialismus“ abgeschlossen, so trugen die Anerkennungsverträge und provisorischen Handelsabkommen mit England und Deutschland (März und Mai 1921) bereits einen anderen Charakter.

Im April 1922 ging Tschitscherin im Auftrage seiner Regierung auf die Konferenz von Genua. Lenin erklärt hierzu: „Wir haben von allem Anfang an erklärt, daß wir Genua begrüßen und nach Genua gehen werden; wir haben ausgezeichnet begriffen und haben durchaus keinen Hehl daraus gemacht, daß wir als Kaufleute dorthin gehen, weil der Handel mit den kapitalistischen Ländern (solange sie noch nicht ganz in Trümmer gegangen sind) für uns unbedingt notwendig ist, und daß wir zu dem Zweck dahin gehen, um auf die richtigste und ersprießlichste Weise über die politisch angemessenen Bedingungen für diesen Handel zu beraten, und weiter nichts“³⁾.

1) Russische Abkürzung für „neue ökonomische Politik“.

2) „Prawda“ Nr. 98 vom 5. Mai 1922.

3) Lenin, wie oben.

Zweitens waren die Gegensätze innerhalb der übrigen Welt für den Rätestaat unter dem Gesichtspunkt ihrer Ausnutzung für die Zwecke der Weltrevolution von größter Bedeutung. In seiner Rede in einer Versammlung der Zellensekretäre der Moskauer Organisation der KPR(b). am 26. November 1920 warf Lenin die Frage auf, ob es in der kapitalistischen Welt Gegensätze gäbe, „die man ausnutzen muß“? Lenin stellte drei wesentliche Gegensätze fest: die Beziehungen zwischen Japan und Amerika, zwischen Amerika und der ganzen übrigen Welt und schließlich zwischen der Entente und Deutschland. Diese Gegensätze spielen in allen außenpolitischen Kombinationen Lenins eine große Rolle und er wird nicht müde, immer wieder in den verschiedensten Variationen und Zusammenhängen auf sie hinzuweisen und sie in das Bewußtsein der Völker des Rätestaates einzuhämmern.

Lenin gibt mit beispiellos brutaler Offenheit die Folgerungen für die Sowjetpolitik an, die daraus zu ziehen sind: „Die praktische Aufgabe der kommunistischen Politik besteht darin, daß wir diese Feindschaft uns zunutze machen und die Kapitalisten gegeneinander aufstacheln . . . Die Unterstützung des einen Landes gegen das andere wäre natürlich ein Verbrechen am Kommunismus, aber wir Kommunisten müssen das eine Land gegen das andere ausspielen. Begehen wir damit nicht ein Verbrechen am Kommunismus? Nein, denn wir tun dies als sozialistischer Staat, der kommunistische Propaganda treibt . . .“¹⁾ Und Karl Radek erklärte in seiner Rede in der Sitzung der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale in Moskau am 13. Juli 1923: „Der Sieg der Arbeiterklasse ist nur dann möglich, wenn gegen dieselbe keine geeinte Front der Bourgeoisie besteht . . . Der Wille zur Revolution wächst in der Arbeiterklasse in dem Maße, in dem sie sieht, daß der Gegner gespalten, also schwach ist“²⁾.

¹⁾ Vergl. Lenin in der Rede vom 26. November 1920, zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 86–89. Wien-Berlin 1933.

²⁾ Radek, Der Kampf der Kommunistischen Internationale gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, 3. Auflage, S. 63. Hamburg 1923.

Das sind praktische Beispiele zu dem, was über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution gesagt worden ist. Lenin und seine Vertrauensmänner fühlen sich durchaus erhaben über „kleinliche“ Bedenken. Der Zweck heiligt jedes Mittel und alles, was dem primitiv denkenden Sowjetbürger als Verbrechen am Kommunismus selber erscheinen müßte – z. B. die Schürung der Gegensätze zwischen den anderen Staaten mit dem Ziel, einen Krieg zu provozieren –, verwandelt sich bei ihnen zur höchsten kommunistischen Tugend.

Es ist daher nichts anderes als nackte Demagogie, wenn Tschitscherin in der ersten Plenarsitzung der Konferenz von Genua am 10. April 1922 mit Pathos erklärte: „Die Herstellung des Weltfriedens muß das Werk eines Universalkongresses werden, der auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes für alle unterdrückten Völker gegründet sein muß . . . Die russische Regierung ist bereit . . . an der Revision der Statuten des Völkerbundes teilzunehmen, damit dieser in eine wirkliche Völkerliga verwandelt wird, ohne Beherrschung der einen durch andere, ohne die jetzige Trennung in Sieger und Besiegte . . .“ Bekanntlich gehört der Rätestaat inzwischen dem Völkerbund an, ohne daß eine Revision seiner Statuten vorgenommen worden wäre.

Im Jahre 1922 befand sich die Sowjetpolitik in einer schwierigen Lage. Sie mußte die Gegensätze zwischen den anderen Staaten schüren und gleichzeitig versuchen, mit diesen Staaten zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu gelangen, weil sie selbst eine der größten Wirtschaftskatastrophen der Weltgeschichte erlebte und auf Hilfe von auswärts angewiesen war. Die Notwendigkeit, fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, blieb in allen späteren Jahren bis in die Gegenwart hinein ein wichtiges Element der Sowjetpolitik. Der Abschluß des Rapallovertrages mit Deutschland unmittelbar nach der erfolglos verlaufenen Konferenz von Genua war der erste große Schritt in dieser Richtung. Im Laufe der Jahre wurden die wirtschaftlichen Beziehungen auch zu den übrigen Staaten hergestellt.

An den Schwierigkeiten des Jahres 1922 hat sich im Grunde genommen bis heute nichts geändert.

Die „Aufstachelung der Kapitalisten gegeneinander“ und die „Notwendigkeit des Handels mit ihnen“ sind die beiden Pole, zwischen denen die Sowjetpolitik seit 1921 hin und her schwankt, sich bald dem einen bald dem andern nähernd und dabei unablässig das Ziel im Auge behaltend: „... den Völkern, die das bürgerliche Joch erkennen, zu beweisen, daß für sie keine andere Rettung besteht als die Sowjetrepublik“¹⁾.

2. Die Polemik gegen Versailles

Was zunächst die theoretischen Grundlagen der Einstellung Lenins zum Versailler Diktat betrifft, so sind diese nach seiner Definition des Weltkrieges als eines „imperialistischen“ Krieges klar. Er leitet jedoch den Charakter des Versailler Diktates nicht nur aus dem Charakter des Weltkrieges ab, sondern er schließt auch umgekehrt von ihm auf den Charakter des ihm voraufgegangenen Krieges: ist es schon nahelegend anzunehmen, daß ein imperialistischer Krieg mit einem ebensolchen Frieden endet, so ist ein imperialistisches Friedensdiktat unter allen Umständen ein unlegubarer Beweis dafür, daß es nur aus einem imperialistischen Krieg hervorgegangen sein kann.

Aus den zahlreichen Auslassungen Lenins über das Versailler Diktat sei hier folgende wiedergegeben: „Der Versailler Vertrag ist ein Vertrag von Banditen und Räubern. Als uns der Friede von Brest-Litowsk aufgezwungen wurde, unter dessen Joch wir uns solange befanden, da schrie man in der ganzen Welt, das sei ein Raubfriede. Als Deutschland besiegt war, da schrie der Völkerbund, dessen Mitglieder gegen Deutschland gekämpft hatten, das sei ein Befreiungskrieg, ein demokratischer Krieg gewesen. Man zwang Deutschland einen Frieden auf, aber dieser Friede war ein Friede von Wucherern und Henkern, denn Deutschland und Österreich wurden ausgeplündert und zerstückelt. Man nahm diesen Ländern alle Mittel zum Leben, ließ die Kinder hungern und Hungers sterben. Was ist also der Versailler Vertrag? Ein ungeheuerlicher Raubfrieden,

¹⁾ Aus Lenins Rede auf dem 8. Allrussischen Sowjetkongreß am 22. Dezember 1920.

der Dutzende Millionen Menschen, und darunter die zivilisiertesten, zu Sklaven macht. Das ist kein Frieden, das sind vielmehr Bedingungen, die einem wehrlosen Opfer von Räufern mit dem Messer in der Hand diktiert worden sind. Die Gegner Deutschlands haben auf Grund des Versailler Friedensvertrages ihm alle Kolonien weggenommen. Die Türkei und Persien sind zu Sklaven gemacht worden. Wir haben eine Lage bekommen, wo sieben Zehntel der Bevölkerung der Erde Sklaven geworden sind. Diese Sklaven sind über die ganze Welt verstreut und einer kleinen Zahl von Ländern zur Peinigung ausgeliefert: Frankreich, England und Japan¹⁾“.

Lenin polemisiert jedoch gegen das Versailler Diktat stets in einem ganz bestimmten, den Bedürfnissen der Weltrevolution angepaßten Sinne. Dabei geht die Spekulation bald auf diese, bald auf jene Kreise im Ausland, die in der jeweiligen konkreten Situation im Interesse der Sowjetpolitik beeinflusbar erscheinen.

Es entspricht dem bolschewistischen Ausbreitungsbedürfnis im „Weltmaßstab“, diesen praktischen Zweck unter möglichst günstigen äußeren Umständen zu verfolgen. Diese Umstände sind um so günstiger, je größer die Gegensätze in der Welt jenseits der Sowjetgrenzen sind, und wir wissen bereits, welche ausschließliche große Bedeutung gerade diesem Faktor in der revolutionären Theorie des Bolschewismus beigelegt wird.

Das Versailler System erscheint, von diesem Standpunkt aus betrachtet, besonders in Europa als das wichtigste Hilfsmittel der Sowjetpolitik. Der Rätestaat mußte sich in den früheren Jahren mit allen Mitteln dagegen wehren, daß Deutschland endgültig unterworfen und in die Front der Versaillesmächte hineingezwungen wurde. Das hätte, von der Moskauer Warte gesehen, nichts anderes bedeutet, als den vollendeten Zusammenschluß aller „kapitalistischen Mächte“. Auf der anderen Seite mußte dem Rätestaat der umgekehrte Fall, die Vernichtung des Versailler Diktates, die Wiederherstellung eines in jeder Beziehung

¹⁾ Lenin auf einer Konferenz von bäuerlichen Vertretern des Moskauer Gouvernements am 15. Oktober 1920, zit. in: Lenin „Über den Versailler Vertrag“, S. 76. Wien-Berlin 1933.

uneingeschränkt souveränen Deutschen Reiches unerwünscht erscheinen. Ein starkes, seines völkischen Eigenwertes bewußtes und seiner eigenen Kraft vertrauendes Deutschland konnte vor allem auf die Lage in Mitteleuropa nicht ohne Einfluß bleiben.

Das Versailler System bedeutete daher für die sowjetrussische Auffassung in gewissem Sinne den äußeren Ausdruck für ein deutsch-französisches „Gleichgewicht“ in Europa, unter der Voraussetzung, daß ein bestimmter labiler Zustand erhalten blieb, daß weder Frankreich seine Hegemonie in Europa uneingeschränkt ausüben, noch Deutschland seine vollkommene Freiheit wiedergewinnen konnte. Moskau mußte daher seine außenpolitischen „Sympathien“ stets dort in die Waagschale werfen, wo das politische Gewicht zu leicht zu werden drohte.

Da das politische Übergewicht lange Zeit durchaus auf Seiten Frankreichs lag, mußte der Rätestaat damals gegen Frankreich, gegen den Völkerbund als ein Machtinstrument Frankreichs und damit gegen das Versailler Diktat auftreten.

Im Jahre 1920 kam noch ein weiterer Umstand hinzu: der Rätestaat befand sich damals im Kriegszustand mit Polen, das von Frankreich unterstützt wurde. Die angeführten Auslassungen Lenins gegen Versailles haben unmittelbar nach dem für Moskau unglücklich verlaufenen Feldzug stattgefunden und gaben zusammenfassend den Standpunkt wieder, der vom Rätestaat vor und während des Feldzuges eingenommen worden ist. Die taktische Auswertung des Versailler Diktates ergab sich aus dem Interesse des Rätestaates, Deutschland nicht gegen sich zu wissen. Der Krieg gegen Polen wurde als eine eigenartige Mischung zwischen revolutionärem und national-russischem Krieg geführt. Waren die revolutionären Parolen für das Proletariat, so waren die „nationalen“ Parolen für die Bauernmassen bestimmt, ohne die ein Krieg nicht geführt werden konnte.

Auch in der außenpolitischen Taktik der Sowjetpolitik traten beide Elemente in Erscheinung. Einerseits wurde durch Betonung des Klassenkampfes gegen die Weltbourgeoisie, die in Gestalt der polnischen Magnaten getroffen werden sollte,

an das Proletariat in den anderen Ländern (besonders in Polen selbst) appelliert. Gleichzeitig wurde versucht, in Deutschland den Eindruck zu erwecken, als kämpfe die Rote Armee in erster Linie gegen Versailles und für die Freiheit der durch Versailles unterdrückten Völker. In seiner zitierten Rede führte Lenin nachträglich aus: „Und in dieser Zeit durchbrach die Rote Armee die polnische Grenze und näherte sich der deutschen Grenze. Das war zu einer Zeit, als in Deutschland alle, sogar die schwärzesten Reaktionäre und Monarchisten, sagten, daß die Bolschewiki sie retten würden . . .“

Da diese Spekulation fehlgeschlagen war, wurde in der nach dem Feldzug gehaltenen Rede das weltrevolutionäre Element in den Vordergrund gestellt und Lenin sagte weiter: „Also, der Feldzug gegen den Versailler Frieden, gegen die Kapitalisten und Großgrundbesitzer aller Länder . . . ist nicht umsonst gewesen. Das haben Millionen und aber Millionen von Arbeitern und Bauern in allen Ländern gesehen, und sie haben darüber nachgedacht. Und jetzt sehen sie in der Sowjetrepublik ihren Erlöser. Sie sagen: die Rote Armee hat bewiesen, daß sie auf Angriffe zu antworten versteht . . .“ Und in einer anderen, kurz vorher gehaltenen Rede erklärte Lenin folgendes: „Aber indem wir Polen angreifen, greifen wir auch die Entente an; indem wir die polnische Armee vernichten, vernichten wir jenen Versailler Frieden, auf dem das ganze System der heutigen internationalen Beziehungen beruht. — Wäre Polen ein Sowjetstaat geworden, hätten die Warschauer Arbeiter von Sowjetrußland die Hilfe erhalten, die sie erwarteten und begrüßten, so wäre damit der Versailler Friede und das ganze internationale System erschüttert worden, das ein Ergebnis des Sieges über Deutschland ist. Frankreich hätte dann nicht mehr jenen Pufferstaat, der Deutschland von Sowjetrußland trennt. Es hätte keinen Sturmbock gegen die Sowjetrepublik. Es hätte nicht die Hoffnung, seine Dutzende von Milliarden zurückzuerhalten, und würde noch schneller der Katastrophe entgehen als jetzt“¹⁾.

¹⁾ Lenin, „Über den Versailler Vertrag“, S. 69, Wien-Berlin 1933.

Es muß bei allem hervorgehoben werden, daß auch die in erster Linie für das Proletariat der vom Versailler Diktat betroffenen Länder bestimmten Auslassungen Lenins gleichfalls ein gewisses „nationales“ Element enthalten. Lenin scheint keineswegs überzeugt gewesen zu sein, daß die Parole des Klassenkampfes allein ausreiche, um jenseits der Sowjetgrenzen den erwünschten propagandistischen Erfolg zu haben. Ein historischer Rückblick zeigt, daß in den für den Kommunismus in Deutschland (im positiven oder negativen Sinne) besonders kritischen Perioden sowohl zu Lebzeiten Lenins als unter seinen Nachfolgern die „nationale“ Behandlung des Versailler Problems stets ein wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Agitation gewesen ist. Dafür spricht z. B. die Tatsache, daß die Sammelbroschüre Lenins „Über den Versailler Vertrag“, der die angeführten Leninzitate entnommen sind, im Jahre 1933 in deutscher Sprache herausgegeben wurde!

Dem Völkerbund gegenüber nahm Lenin die gleiche ablehnende Haltung ein, wie gegenüber dem Versailler Diktat, der seine Grundlage war. In einem Interview mit dem Korrespondenten des „Observer“ und des „Manchester Guardian“ im November 1922 sprach er diese Gegnerschaft offen aus und sagte: „Der Völkerbund trägt so sehr die Züge seiner Entstehung aus dem Weltkrieg an sich, er ist so untrennbar verbunden mit dem Versailler Frieden, es fehlt ihm so ganz und gar alles, was einer wirklichen Gleichberechtigung der Nationen ähnlich sähe, alles, was wirklich ein friedliches Zusammenleben ermöglichen würde, daß unsere negative Einstellung zum Völkerbund keinerlei weitere Kommentare erfordert“¹⁾.

Alle diese Auslassungen Lenins haben bis in die jüngste Zeit hinein die Politik der UdSSR. bestimmt. Die Zahl der schärfsten Ausfälle der Sowjetpolitiker, Diplomaten und Literaten gegen Versailles, gegen den Völkerbund und gegen Frankreich ist Legion. Es gab keinen Sowjetkongreß, keine Parteitagung, keine Revolutionsfeier und überhaupt keine größere offizielle Gelegenheit, bei denen der Standpunkt der

¹⁾ Lenin, „Über den Versailler Vertrag“, S. 115.

Sowjetregierung in diesen Fragen nicht zum Ausdruck gebracht worden wäre. An der Spitze marschierte stets Stalin selbst, und seine Worte wurden von der Sowjetpresse in größter Aufmachung der Öffentlichkeit übergeben. Auf dem 15. kommunistischen Parteitag der Sowjetunion im Dezember 1927 in Moskau sagte Stalin z. B. folgendes über den Völkerbund:

„Betrachten wir den Völkerbund, der nach der Ansicht der verlogenen bürgerlichen Presse und der nicht weniger verlogenen sozialdemokratischen Presse ein Werkzeug des Friedens sein soll. Wozu führt das Geschwätz des Völkerbundes über die Fragen des Friedens, der Abrüstung, der Einschränkung der Rüstungen? Zu nichts Gutem, zu nichts anderem als dem Betrug an den Massen, neuen fieberhaften Rüstungen, neuer Verschärfung der heranreifenden Konflikte. Kann man etwa die Tatsache als Zufall ansehen, daß der Völkerbund drei Jahre lang über Frieden und Abrüstung schwätzt, daß die sogenannte II. Internationale dieses verlogene Geschwätz unterstützt, während die ‚Nationen‘ immer weiter und weiter rüsten, die alten Konflikte zwischen den ‚Mächten‘ erweitern, neue Konflikte anhäufen und auf diese Weise die Sache des Friedens untergraben? . . . Oder nehmen wir z. B. das jetzige System der ‚Freundschaftsverträge‘ der kapitalistischen Staaten . . . Ist das etwa nicht ein System der Vorbereitung neuer Kriege und der Gruppierung der Kräfte für die künftigen militärischen Konflikte? . . . Das Wachstum der Rüstungen rechtfertigte man früher durch das Vorhandensein des in Waffen starrenden Deutschland. Jetzt fällt diese ‚Rechtfertigung‘ fort. Ist es etwa nicht klar, daß das Anwachsen der Rüstungen durch die Unvermeidlichkeit neuer imperialistischer Kriege zwischen den ‚Mächten‘ diktiert wird, daß der ‚Geist des Krieges‘ der Hauptinhalt des ‚Geistes von Locarno‘ ist?“¹⁾

Inzwischen hat sich in dieser Beziehung alles radikal geändert. Der Rätestaat hat Sitz und Stimme im Völkerbund, die politischen Kulissen sind ausgewechselt; Frankreich ist Freund und Bundesgenosse, ein „Garant des Friedens“; das

¹⁾ Protokoll, Fünfzehnter Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, S. 20/21. Hamburg-Berlin 1928.

Genfer Gremium ist ein „Bollwerk gegen den deutschen Imperialismus“ und französische Frontkämpfer des „imperialistischen Krieges“ werden in Moskau feierlich empfangen. Diese Umstellung erscheint so außergewöhnlich und befindet sich in einem so schreienden Gegensatz zu allen bisher ausgegebenen Parolen, daß sie nicht ohne eine gewisse ideologische Vorbereitung vollzogen werden konnte.

3. Karl Radek als Anwalt des Systems Iswolski-Poincaré

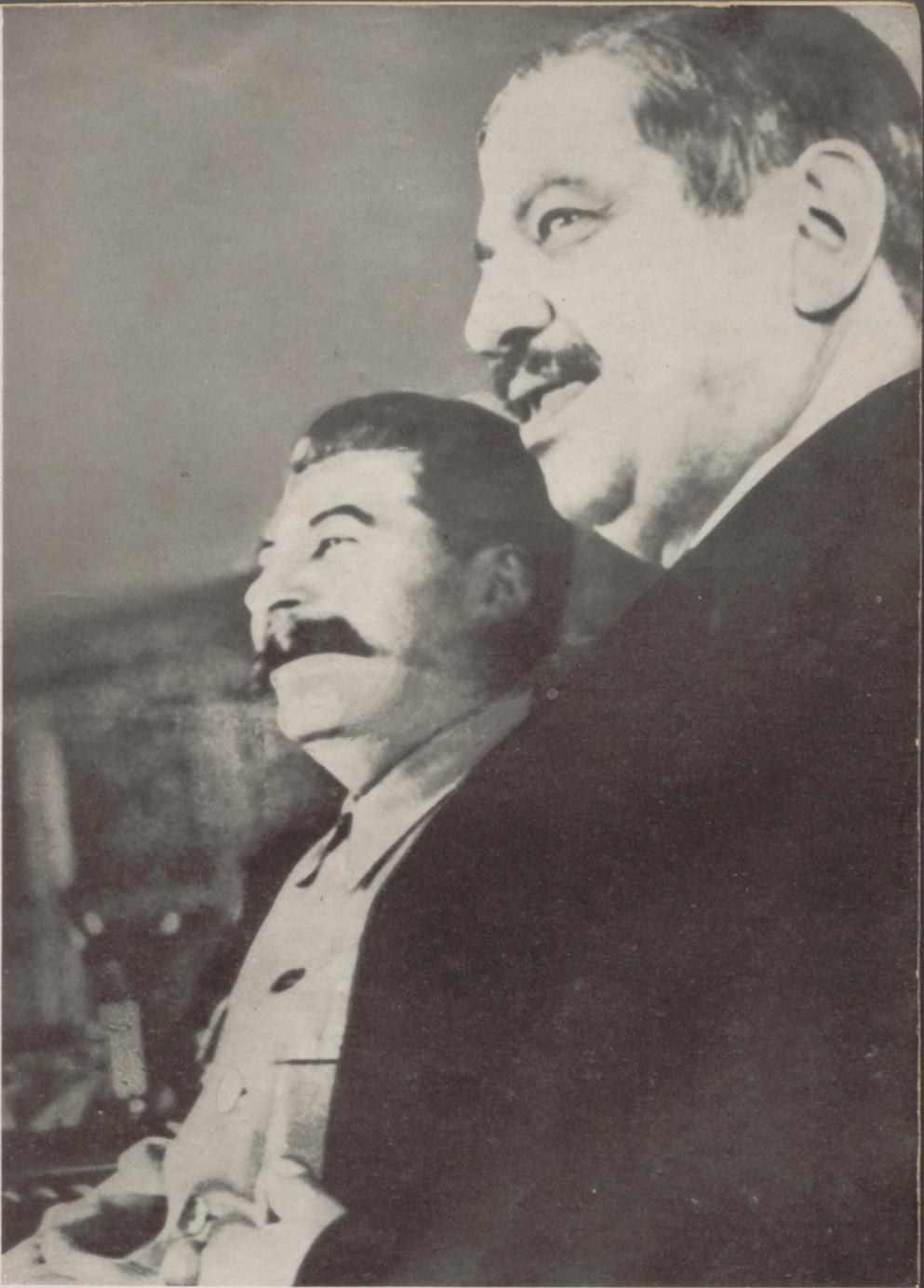
Es war für den Rätestaat nicht ganz leicht über die ideologischen Schwierigkeiten hinwegzukommen, die sich für ihn aus dem Eintritt in den Völkerbund und aus der Annäherung an Frankreich ergeben mußten. Diese Schwierigkeiten waren natürlich nicht moralischer Art, sondern sie ergaben sich aus dem praktischen Verhältnis der Sowjetregierung zu den breiten Massen der eigenen Bevölkerung, die im Laufe von eineinhalb Jahrzehnten außenpolitisch in einer ganz bestimmten Richtung erzogen wurde. Die schwierige Aufgabe der notwendig gewordenen „geistigen Umbewaffnung“ der Sowjetöffentlichkeit ist dem bekannten Publizisten Karl Radek zugefallen, der als maßgeblicher außenpolitischer Mitarbeiter des Zentralorgans der Regierung, der „Iswestija“, Anspruch darauf erheben darf, als offizieller Kommentator der Sowjetaußenpolitik gewertet zu werden. In den Jahren 1934 und 1935 hat er in seinem Blatt eine außenpolitische Aufsatzreihe veröffentlicht, die dazu dienen sollte, den neuen Kurs zu begründen.

Die Gründe für ein solches Unterfangen liegen klar auf der Hand: Seit der vollzogenen Schwenkung muß es eine der Hauptaufgaben der Sowjetpublizistik sein, die von ihr selbst den Sowjetbürgern im Laufe der Jahre beigebrachte Meinung von Frankreich nach und nach zu „liquidieren“. Diese Notwendigkeit tritt mit besonderer Eindringlichkeit mit Rücksicht auf diejenige Schicht des unteren und mittleren Kommandobestandes der Partei und der Roten Armee in den Vordergrund, die, gemeinsam mit einem Teil der durch die Sowjetschule gegangenen jüngeren Generation, sich angeeignet haben, die Grundsätze Lenins auf ihre Art als ein

„Ideal“ zu pflegen. Im Gegensatz zu den Regierungskreisen, die längst auch innenpolitisch dazu übergegangen sind, diese Grundsätze je nach Lage der Dinge im politischen Kampf als taktisches Mittel zu benutzen, bedeuten sie für jene – besonders in Anwendung auf die Außenpolitik – ein unumstößliches Prinzip. Die Bedrohung der UdSSR. durch den „imperialistischen Klassenfeind“ von außen her konnte von ihnen in erster Linie nicht anders denn als eine Bedrohung durch die Träger des Versailler Systems mit dem „bourgeoisien“ Frankreich an ihrer Spitze aufgefaßt werden. Gerade dieses Frankreich aber ist jetzt der Bundesgenosse der Sowjetunion, der „Avantgarde des revolutionären Proletariats“, geworden.

Das Stichwort, auf das Radek seine Auslassungen abstellt, ist der „deutsche Imperialismus“. Man darf sich nicht dadurch täuschen lassen, daß er in einem Aufsatz über die Marneschlacht auch die Gegner Deutschlands als eine imperialistische Koalition kennzeichnet. Nach Lenin ist der Weltkrieg das Ergebnis des Antagonismus innerhalb der Welt der imperialistischen Mächte. Aus Gründen des Dogmas kann deshalb schlecht nur von einem deutschen Imperialismus die Rede sein. Jedoch ist es durchaus der Ton, der auch hier die Musik macht. Mit betonter Deutlichkeit legt der Verfasser den Nachdruck eben auf den deutschen Imperialismus als Grundlage für die Entlastungsoffensive für die französische Verantwortlichkeit am Weltkrieg, die er unternimmt.

Die Ehrenrettung Frankreichs ist, wie zugegeben werden muß, keine leichte Aufgabe. Um so bemerkenswerter ist die dialektische Methode, mit der dies versucht wird: Bei aller Anerkennung der Gegner Deutschlands als einer „imperialistischen Koalition“ bleibt es immerhin nach Radek der „deutsche Imperialismus“, der sich zum Krieg gegen jene „entschlossen“ hat! Eine solche Festlegung Deutschlands als „Angreifer“, d. h. der moralischen Verantwortlichkeit am Weltkrieg, ist die bekannte grundlegende These der Pariser Advokaten des sog. „Weltgewissens“, auf der das ganze politische System von Versailles aufgebaut ist. Ihre mechanische Übernahme genügt jedoch nicht, um ein in leninistischen Gedankengängen geschultes Publikum hinreichend zu überzeugen. Denn der Weltkrieg ist, wie Lenin in allen seinen



Stalin und Laval in Moskau



Leo Trotzki (Bronstein) als
Oberkommandierender der
Roten Armee



Joseph Dschugaschwili-Stalin

Litwinow (Wallach)



Karl Radek (Sobelsohn)



Schriften hervorhebt, die unvermeidliche Folge der innerhalb der kapitalistischen Welt angehäuften Gegensätze und als solche zwangsläufig. Ist er aber zwangsläufig und unabwendbar, wie Lenin lehrt, so spielt das bürgerlich-moralische Element von Schuld und Sühne im Zusammenhang mit seiner Entstehung offenbar keine ausschlaggebende Rolle. Der Kreis der Beweisgründe muß deshalb viel enger gezogen werden, so eng, daß der zu entlastende französische Imperialismus aus der Urheberschaft am Weltkrieg mehr oder weniger eliminiert wird.

Also sagt Radek: „Der Schlieffensche Plan hatte einen Kardinalfehler: Er ging davon aus, daß der Hauptgegner — Frankreich sei, während die Entente bestand, deren Mittelpunkt der englische Imperialismus war. Der Krieg entbrannte auf der Grundlage des englisch-deutschen und nicht des französisch-deutschen Imperialismus. Der französisch-deutsche Gegensatz wurde zwar nach dem deutschen Siege von 1871 und nach der deutschen Einigung, durch welche das europäische Kräfteverhältnis verschoben und die französische Hegemonie in Europa vernichtet wurde, verschärft. Dieser Gegensatz wäre jedoch nicht imstande gewesen, einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich hervorzurufen und nur der durch die Entstehung des deutschen Imperialismus hervorgerufene englisch-deutsche Gegensatz hat zum Weltkrieg geführt, in welchem sich um die englisch-deutsche Achse alle anderen Gegensätze entfaltet haben.“

Das ist die neue und sehr bequeme Formel. Ihr zufolge steht nicht nur der neue Bundesgenosse Frankreich, oder, was dasselbe ist, das politische System Poincaré-Iswolski in blütenweißer Unschuld da, sondern es wird gleichzeitig Deutschland, und so nebenher auch dem als Gegner empfundenen England, die alleinige Verantwortung für den Weltkrieg zugeschoben. Vor allem ist der dialektische Zweck in dieser Kombination erreicht. In der Formel: „englisch-deutscher Gegensatz = Weltkrieg“ bleibt kein Raum für den französischen Imperialismus als Urheber und als ein ausschlaggebender Faktor des Weltkrieges, was auch zu „beweisen“ war.

Die Art und Weise, wie diese Formel zustande gebracht wird, ist ein typisches Beispiel für die Denktechnik des

Bolschewismus. Am Anfang steht eine Fiktion, auf ihr ein dialektisch gewonnenes Gedankensystem. Auf diese Weise kann alles „bewiesen“ werden.

Über die Verantwortlichkeit der englischen Politik am Weltkrieg braucht angesichts der umfassenden Fachliteratur über diesen Gegenstand an dieser Stelle kaum etwas gesagt zu werden. Einige Korrekturen der Radekschen Geschichtsdeutung für die Periode von 1871 bis zum August 1914 dürfen dennoch mit Rücksicht auf die heutige Sowjetpolitik nicht unausgesprochen bleiben.

Die englische Aktivität gegen Deutschland tritt später in die Arena der Geschichte, als jene Politik Frankreichs, die durch das berühmte Wort Gambettas gekennzeichnet wird: „Nie von der Revanche sprechen, doch stets an sie denken.“ Bis zum Zustandekommen der Entente war von jenem Zeitpunkt an ein weiter Weg, auf dem große Schwierigkeiten zu überwinden waren. Diese lagen, soweit sie England betrafen, zunächst bei Frankreich selbst. Seit der Verdrängung Frankreichs aus Ägypten war der Faden von Paris nach London äußerst dünn geworden, und die französischen Anleihen für die russischen Eisenbahnbauten in Mittelasien wurden in England nicht gerade als ein Akt der Freundschaft betrachtet. Die Revancheidee gegen Deutschland erwies sich jedoch als die dominierende Kraft der französischen Politik: sie vollzog eine Schwenkung in die Richtung Englands und Delcassés Abkommen mit diesem wurde zum Vorläufer der späteren Tripelentente. Erst nach Delcassés Sturz wurde Eduard VII. die treibende Kraft in der Ententepolitik, der seit seiner Thronbesteigung dem Gedanken einer anglo-französischen Zusammenarbeit freundlich gegenüberstand. Genau genommen setzte seit dem Tage von Pretoria (31. Mai 1902), der das Schicksal der Buren besiegelte und den Plan eines englischen Afrikareiches von Kapland bis zum Nildelta einer ernsthaften Diskussion näherbrachte, die entschiedene Einkreisung Deutschlands durch England ein.

Aber vielleicht ist es schon einseitig diesen Tatbestand in dieser Weise zu formulieren. War es die kühle und souveräne Art der Engländer, „Politik zu machen“, die ihnen die Führung zuwarf, so war die Politik Frankreichs unablässig

gekennzeichnet durch den Willen zur Revanche um jeden Preis. Frankreich blieb die haßerfüllte Seele der neuen Koalition und der späteren Tripelentente, eifersüchtig darauf bedacht, daß der Wille zum Kriege gegen Deutschland nirgends in Europa erlahmte. Weit davon entfernt, die britische Vorkriegspolitik Deutschland gegenüber entlasten zu wollen, erscheint es uns als eine unumgängliche Notwendigkeit, den vom Rätestaat neuerdings ausgehenden Geschichtsfälschungen gegenüber diejenigen Tatsachen besonders hervorzuheben, die man in Moskau heute scheinbar nicht mehr gerne wahrhaben möchte. Das wird um so mehr notwendig, als das eigenartige Verhalten der Sowjetpolitik allem Anschein nach neben anderen auch die Kriegsschuldflüge wieder heraufbeschwören will, um Deutschland ins Unrecht zu setzen und den eigenen Imperialismus zu verbergen. Sehen wir also, für wen Radek eine Lanze bricht!

Am 4. März 1871 schrieb der damalige französische Ministerpräsident Emile Ollivier an den italienischen Staatsmann Castelli: „Ein Gedanke, eine Leidenschaft, ein Ziel: die nationale Revanche. Möge die Welt sich beeilen, diesen Frieden zu genießen, denn sie wird bald einen anderen Krieg erleben. Entweder wird Frankreich untergehen und ein Staat zweiter Ordnung werden, oder es wird seine Stellung wiedergewinnen und Deutschland züchtigen.“¹⁾ Und als der französische Ministerpräsident Poincaré 1912 dem Berliner Botschafter Jules Cambon seinen Unwillen über dessen Haltung zur Frage einer autonomen Eingliederung Elsaß-Lothringens in das deutsche Reich kundgab, erklärte er: „Das interessanteste ist die Haltung der deutschen Regierung. Sie scheint mit einer unermüdlichen Hartnäckigkeit eine Annäherung zu erstreben, die allein durch eine völlige Wiedergutmachung des Vergangenen möglich wäre. Wenn wir solchen Vorschlägen unser Gehör verleihen würden, dann würden wir uns mit England und Rußland überwerfen. Wir würden allen Gewinn der Politik verlieren, welche Frankreich seit langen Jahren verfolgt“²⁾ Der vorletzte Satz dieses Zitats bedeutet natürlich

1) Revue des Deux Mondes, 15. Juni 1919.

2) Rapport au Sénats sur les faits de la guerre, Bd. I, S. 268.

nicht etwa die Abhängigkeit der französischen Politik von London oder gar von Moskau, sondern – soweit, wie die Dinge 1912 durch die französische Initiative bereits gediehen waren – wäre bei dem Staffettenlauf zum Kriege der Ausfall der französischen Mannschaft kurz vor dem Ziel allerdings weder in England, noch in Rußland und erst recht nicht in Frankreich selbst verstanden worden. Nach diesen französischen Selbstzeugnissen, wie nach zahllosen anderen, kann es einen Zweifel über Inhalt und Ziel der französischen Vorkriegspolitik nicht geben.

Es kann an dieser Stelle auf diese Fragen, auch auf die besondere Rolle Rußlands (Iswolski!) bei der Vorbereitung des Weltkrieges gegen Deutschland nicht länger eingegangen werden. Es sei deshalb auf die umfangreiche Fachliteratur über das Problem der Kriegsschuld verwiesen. Hier können nur diejenigen Tatsachen gestreift werden, die den Charakter der Radekschen Konstruktionen klarlegen.

Überblicken wir die vier Jahrzehnte vor dem Weltkriege, so können wir in chronologischer Reihenfolge im wesentlichen vier Gefahrenquellen für den Frieden erkennen: die französische Revancheidee, den Ausbreitungsdrang des russischen Panslawismus (Balkanproblem) – beide zunächst neutralisiert durch Bismarcks Politik – dann gegen Ende des Jahrhunderts den kolonialen Gegensatz Frankreichs und Rußlands zu England, und schließlich die wachsende Auflehnung Englands gegen den deutschen Anspruch auf Gleichberechtigung als Großmacht. Die Resultierende aus diesen vier Kräften hat schließlich den Weltkrieg entfesselt. Dabei hat sich die gemeinsame Feindschaft gegen Deutschland stärker erwiesen als die Gegensätze, die innerhalb der Koalition selbst bestanden haben.

Die – natürlich gewollte – Einseitigkeit der Radekschen Geschichtsauslegung kommt auf dem Hintergrund der geschilderten historischen Tatsachen klar zum Ausdruck. Jedoch bedarf sie noch einiger Ergänzungen, um zu voller Wirkung zu gelangen.

Bekanntlich hat die Sowjetregierung, von einigen früheren Teilveröffentlichungen abgesehen, vor einigen Jahren mit einer großen Aktenpublikation aus den zaristischen Archiven

begonnen, die ihrem Gesamtplan nach die Zeit vom Berliner Kongreß bis 1917 umfassen soll. Davon sind bisher mehrere Bände für die Zeit unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges auch in deutscher Sprache erschienen. Diese Veröffentlichungen, wie die wissenschaftlichen Kommentare der Sowjethistoriker zur Vorgeschichte des Weltkrieges, haben bisher im allgemeinen keinen besonderen Ehrgeiz gezeigt, eine ausschließliche individuelle Verantwortlichkeit am Weltkriege für einzelne Personen oder für einzelne Staaten zu beweisen. Das ergibt sich schon aus den mehrfach erwähnten Leninschen Thesen. Für die „leninistische Geschichtsauffassung“ wäre ja auch nichts gewonnen, wenn eine einzelne Person, oder eine einzelne Regierung, oder eine Gruppe von Regierungen der „imperialistischen Welt“ auf Kosten aller anderen dem Verdammnisurteil der Geschichte anheimfallen würden. Getroffen werden soll das politische System einer ganzen historischen Epoche, nämlich der „Epoche des Imperialismus als der höchsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus“ schlechthin! Für uns ist es deshalb im Hinblick auf die neue historische Formel Radeks von größter Bedeutung, wenn sich dabei — ganz zweifellos ohne besondere Absichten! — Feststellungen ergeben, die beweisen, daß die behauptete Zwangsläufigkeit der Entwicklung zum Kriege in ihrer Anwendung auf die einzelnen individuellen Faktoren der Weltpolitik zum mindesten bemerkenswerte Gradunterschiede in der Rangleiter der Verantwortlichkeit erkennen läßt. Schon nach der Veröffentlichung der ersten Bruchstücke aus den russischen Archiven schrieb der mit der Sichtung des Materials beauftragte Sowjethistoriker Pokrowski am 23. Februar 1919 in der „Prawda“: „Alle diese Dokumente werfen ein überaus helles Licht auf die Vorbereitungen des Krieges seitens der Entente.“

Zugegeben sei hier die Möglichkeit des Einwandes, daß diese Feststellung nur auf diesen konkreten Fall anwendbar sei, weil es sich bei ihr nur um Bruchstücke des Aktenmaterials handelt. Wie aber verhält es sich mit solchen lückelosen Reihen von Veröffentlichungen, wie sie die großen Aktenpublikationen der Sowjetregierung darstellen? Im Vorwort des sowjetrussischen Herausgebers, des bereits genannten Prof. Pokrowski, lesen wir: „Aus allen Dokumenten, die wir

bis jetzt angeführt haben – und wir haben alle Hauptgruppen der Dokumente berührt – ist eines gar nicht sichtbar: der deutsche Imperialismus. D. h. natürlich keineswegs, daß diese Macht, eine der entscheidenden auf der Bühne der Welt-diplomatie, zu dieser Zeit fehlte. Aber es bedeutet zweifellos, daß auf dem russischen Teil dieser Bühne in diesem Augenblick die aktive Rolle nicht ihr gehört.“

Es ist selbstverständlich, daß in einer Sowjetpublikation der „deutsche Imperialismus“ von vornherein als existent angenommen werden muß, auch wenn er gar nicht „sichtbar“ ist. Aber um ein wieviel Mehrfaches muß er weniger wirksam sein als alle übrigen Imperialismen, wenn er nicht einmal „sichtbar“ ist! Denn weder die Beschränkung auf den russischen Sektor der Weltbühne noch auf die Zeit, aus welcher die betreffenden Dokumente stammen, rechtfertigen seinen Mangel an Aktivität – wenn er vorhanden ist und obendrein noch in einem solchen Umfang, daß Radek von ihm sagen kann, er habe sich „zum Krieg gegen eine gewaltige Koalition von imperialistischen Mächten entschlossen“! Denn der Zeitpunkt, um den es sich bei jenen Dokumenten handelt, ist ja das Jahr 1914, ein Zeitpunkt also, in dem ein „deutscher Imperialismus, der sich zum Kriege entschlossen hat“, naturgemäß am stärksten in Erscheinung hätte treten müssen. Selbstverständlich auch auf dem russischen Teil der Weltbühne, sofern eine solche Differenzierung überhaupt zugelassen werden soll. Denn was bedeutet dieser russische Teil der Weltbühne, gemessen an dem Umfang der veröffentlichten Dokumente? Schon ein flüchtiger Blick in die betreffenden Bände läßt die Haltlosigkeit solcher räumlicher Beschränkung erkennen und das Studium der Dokumente erst recht. Da finden wir die Korrespondenz des Kaiserlichen Außenministeriums mit den russischen Botschaftern, Gesandten, Agenten und Militärattachés auf dem ganzen Erdball und mit fremden Diplomaten. Wir finden Noten, Denkschriften, Berichte, Kolportagen intimsten Charakters, es gibt kaum ein Gerücht, welches nicht Erwähnung findet – fast zweieinhalbtausend Dokumente an der Zahl! Wie sollte da der „deutsche Imperialismus“, von welchem Radek behauptet, daß er „vor der äußerst schwierigen Aufgabe der Umteilung der Welt zu

seinen Gunsten“ gestanden habe, „unsichtbar“ bleiben können? Greift doch diese Korrespondenz so weit über den Rahmen des russischen Teiles der Weltbühne hinaus, daß der angeblich außerhalb von ihm wirksame „deutsche Imperialismus“ sich zwangsläufig in ihr widerspiegeln müßte. Wenn er aber dies nicht tut und gehässigerweise „unsichtbar“ bleibt, so doch offenbar deshalb – weil er zum mindesten in dem behaupteten Umfang eben nicht vorhanden ist, bzw. von den anderen Imperialismen bis zur Bedeutungslosigkeit überschattet wird.

Die volle Wahrheit aber ist die, daß der deutsche Imperialismus eine krankhafte Erfindung in den Gehirnen solcher Politiker und Literaten ist, die allen Grund haben, hinter dieser und ähnlichen Erfindungen ihr eigenes schlechtes Gewissen zu verbergen.

Infolgedessen bleibt für die objektive wissenschaftliche Forschung, die nicht mit erfundenen Annahmen, sondern mit Tatsachen arbeitet, kein Raum zu Schlußfolgerungen der bei Herrn Radek beliebten Art. In bezug auf das Problem der Kriegsschuld kennzeichnen sich seine journalistischen Erzeugnisse als krampfhafter Versuch, dem Sowjetpublikum gegenüber eine Rechtfertigung für die politische Schwenkung des Rätestaates in die imperialistische Front von Versailles zu finden.

4. Der neue außenpolitische Kurs des Rätestaates

Die Radekschen Geschichtsfälschungen sind die ideologische Vorbereitung der Sowjetöffentlichkeit auf die gegenwärtige Politik des Rätestaates. Ihr Hauptzweck ist es, der Bevölkerung der UdSSR. den Begriff eines „deutschen Imperialismus“ fest ins Bewußtsein einzubrennen und wenn dabei auf die Methoden der Weltkriegspropaganda gegen Deutschland zurückgegriffen wird, so offenbar in der Absicht, die damals unter zaristischem System gelegten Keime zu neuer Entfaltung zu bringen. Die Methode der Infamierung ist im Prinzip die alte geblieben. Auch die Weltkriegspropaganda beruhte auf dem Grundgedanken des

„deutschen Imperialismus“. Der wesentlichste Unterschied besteht heute darin, daß die deutschfeindliche Propaganda des Rätestaates marxistisch-klassenkämpferisch unterbaut wird im Sinne der messianischen Aufgabe des Kampfes gegen den „Faschismus“, der „Befreiung des ausgebeuteten deutschen Proletariats“ und wie die bekannten Formeln lauten mögen.

Dabei geht es in jüngster Zeit nicht ohne sehr merkwürdige Kombinationen ab. In einem Nachruf für den verstorbenen französischen Ministerpräsidenten Poincaré erklärte Radek, er sei „in dem Augenblick verschieden, als ein Teil seiner Voraussagen sich bestätigt habe“. Poincaré habe erkannt, daß eine Verständigung Frankreichs mit Deutschland eine „societas leonina“ mit Deutschland als Löwe geworden wäre. Doch habe Poincaré keinen neuen Weg finden können, der nur in der Richtung einer Zusammenarbeit mit dem Rätebund zu suchen gewesen wäre. Von dieser Einschränkung abgesehen, hat sich also Poincaré nach sowjetrussischer Auffassung offenbar als ausgezeichneter Diagnostiker der politischen Entwicklung in Europa erwiesen, wenn er auch nicht die Fähigkeit aufgebracht hat, daraus die praktische Folgerung für Frankreich zu ziehen. Die leitenden Männer Frankreichs jedoch, „sogar aus Poincarés Generation und sogar solche, die seiner Denkschule angehörten“, haben, wie Radek feststellt, schließlich einzusehen vermocht, daß nur die Annäherung Frankreichs an die UdSSR. Europa vor dem Abgrund retten könne!

Im Herbst 1934, als diese Annäherung bereits recht weit gediehen war und als es sich darum handelte, eine zweckmäßige Form der praktischen politischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu finden, sah sich die Sowjetpolitik vor die Notwendigkeit gestellt, um gewisse Kreise in Frankreich werben zu müssen, die für den Gedanken eines Bündnisses mit Moskau keine Sympathie aufzubringen vermochten.

Aus Anlaß der zehnjährigen Wiederkehr der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Moskau malte Radek in einem Aufsatz in der „Iswestija“ die Gefahren aus, die Frankreich bei seiner Aufgabe als Garant des Friedens drohen. Es fehlte nicht der Hinweis

darauf, daß Frankreich im Weltkrieg nicht aus eigener Kraft gesiegt habe und man mußte unwillkürlich zwischen den Zeilen lesen, daß es der „russischen Dampfwalze“ eigentlich viel zu verdanken habe. Es wurde unterstrichen, daß zwischen Frankreich und Italien Meinungsverschiedenheiten bestehen, daß England für seine Schiedsrichterrolle zwischen ihm und Deutschland einen hohen Preis verlange und obendrein die französische Bewegungsfreiheit hindere, daß die Vereinigten Staaten am Streit in Europa uninteressiert seien, und daß das französische ost- und süd-osteuropäische Bündnissystem sich als unzuverlässig erweise. Alles das – last not least – in einer Zeit, in der es kein zaristisches Rußland mehr gibt. Aber es gibt eine Sowjetunion und diese „erklärt sich offen für die weitere Festigung der Beziehungen zwischen beiden Ländern, für den Kampf Schulter an Schulter mit Frankreich gegen die Kriegsgefahr und für die Sicherung des Friedens“.

Solche und ähnliche Ausführungen, die in der geschilderten Periode der sowjetisch-französischen Annäherung die Spalten der Sowjetpresse füllten, waren, wie gesagt, auf diejenigen Kreise in Frankreich gemünzt, die nicht mit der erwünschten Schnelligkeit begreifen wollten, daß der Moloch im Osten von gestern nun plötzlich zu einem höchst achtbaren Mitglied der abendländischen Zivilisation geworden sein soll, und die es klüger fanden und finden, die Dinge Deutschland gegenüber nicht auf die Spitze zu treiben. Gegen diese Kreise hat Pertinax im „Echo de Paris“ unermüdlich den Bannstrahl geschleudert: keine Verständigung mit Deutschland! Diese würde bedeuten, daß die Interessen Frankreichs am Rhein enden und daß Deutschland in Mittel- und Osteuropa tun und lassen dürfe, was ihm beliebt!

Radek nahm den Kampf auf und reichte ihn an die Adresse der „germanophilen Kreise“ auch in Jugoslawien, Rumänien und Polen weiter. Daneben polemisierte er noch gegen diejenigen Kreise in Frankreich, die zwar ebenfalls keine Annäherung an Deutschland, aber auch keine an die UdSSR. wünschen und mehr den Ausbau der Beziehungen zu Italien, England und zu den Staaten der Kleinen Entente befürworten.

Für den Rätestaat liegt hier der springende Punkt bei England. Mit vielen Worten versucht Radek davon zu überzeugen, daß eine französisch-englische Zusammenarbeit für die „Sicherung des Friedens“ nicht ausreichend sei. Denn England wolle die Rolle Frankreichs auf dem europäischen Kontinent nur auf die Verteidigung seiner Grenzen beschränken: „Diese Politik gipfelt letzten Endes in dem Vorschlag, daß Frankreich auf seine Stellung als europäische Großmacht verzichten und sich mit der Verteidigung seiner Weinberge begnügen soll.“ Und indem er auf die Gefahren hinweist, die daraus für England selbst entstehen könnten, daß das „von England so sehr gefürchtete Auftauchen der deutschen Luftflotte im Westen“ auch als Folge eines Konfliktes in Osteuropa erfolgen könnte, ruft er beschwörend aus: „Welches ist der Weg, der England zur Preisgabe seiner Isolierungstendenzen veranlassen und zur Schaffung und Verteidigung eines gemeinsamen Systems der Stabilisierung Europas führen kann?“ Als dieser Weg erweist sich die Beseitigung der Abhängigkeit Frankreichs von der englischen Hilfe durch das Bündnis mit dem Rätestaat.

Hier zeigt sich deutlich, wie sehr England von den Sowjetpolitikern als dunkler Punkt in ihren auswärtigen Beziehungen empfunden wird, und mit welchem Eifer die UdSSR. sich bereit zeigt, Frankreich nicht nur in Mitteleuropa, sondern auch auf dem britischen Teil der Weltbühne Sekundantendienste zu leisten. Das Verhältnis zwischen Moskau und London ist so gespannt, daß Radek vom „historischen Gegensatz zwischen Großbritannien, als dem Vertreter der kapitalistischen Welt, und der Sowjetunion, als der Vertreterin des Sozialismus“ sprechen konnte. Doch fühlt man deutlich hindurch, wie sehr die UdSSR. es begrüßen würde, wenn – trotz aller ideologischen Bedenken von ihrem „proletarischen“ Standpunkt aus – dieser „historische Gegensatz“ einer etwas mildereren Form der gegenseitigen Beziehungen weichen würde.

Die Argumente, die vom Rätestaat zu diesem Zweck ins Feld geführt werden, kommen in folgenden Worten Radeks zum Ausdruck: „Die Weltbourgeoisie hat vom Weltkrieg

einiges gelernt. Sie hat gesehen, wie der deutsche Imperialismus den Weltkrieg mit einem strategischen Plan eröffnet und nach dessen Zusammenbruch einen anderen Plan entwickelt hat, und ein Teil der englischen Imperialisten fragt sich, wo sind die Garantien dafür, daß der deutsche Faschismus, nachdem er den Zug nach dem Osten begonnen und sich dort die Zähne ausgebissen hat, nicht sagen würde: „Ich besitze eine mächtige Luftflotte, die in einer Flugstunde in Großbritannien sein kann, wo es noch etwas zu gewinnen gibt. Ist es im Osten mit dem jungen sozialistischen Staat nichts geworden, der sich stärker erwiesen hat, als wir angenommen haben, so versuchen wir unser Glück mit dem fett gewordenen englischen Imperium, welches viel zu viel Kolonien besitzt.“

Dieser vulgäre Überzeugungsversuch wurde im September 1934 unternommen. Die UdSSR. versuchte damals folgendes zu erreichen:

1. Frankreich fest an sich zu binden und es damit von der englischen „Vormundschaft“ zu befreien;
2. England der neuen Entente näherzubringen;
3. England innerhalb dieser Entente in eine solche Lage hineinzuzwingen, daß es die sowjetisch-französische Politik mitmachen mußte.

Das Angriffsziel war und blieb das „faschistische Deutschland“.

In diesem Zusammenhang spielt der „Ostpakt“ eine große Rolle, auf den in erster Linie Moskau hinsteuerte und der letzten Endes darauf hinauslief, jeden lokalen Krieg, in den die UdSSR. infolge ihrer aggressiven Politik hineingeraten könnte, zu einem neuen Weltkrieg zu machen.

Der deutsche Standpunkt zu dieser Frage war von Anfang an klar: Deutschland war nicht bereit, sich zu solchen Kombinationen herzugeben. Zur Begründung dieses berechtigten Standpunktes können wir an dieser Stelle darauf verzichten, das zu wiederholen, was vom Führer Adolf Hitler und von anderen verantwortlichen deutschen Stellen gesagt wurde. Wir können uns damit begnügen, keinen anderen als Herrn Litwinow selber über die Bedeutung derartiger „Sicherheitsabkommen“ sprechen zu lassen. Am 16. März 1928

erklärte der Außenkommissar der Sowjetunion zu dem Bericht des Sicherheitskomitees in Genf:

„Wir glauben, daß der Weg, den das Sicherheitskomitee eingeschlagen hat, nicht zu einer allgemeinen Sicherheit führen, sondern nur die Sicherheit einzelner Länder oder Ländergruppen erhöhen kann, während er gleichzeitig eine Drohung für die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit anderer Länder oder Ländergruppen in sich schließt. Übrigens kann infolge des Mangels exakter Kriterien dafür, was ein Angriffs- und was ein Verteidigungskrieg ist, das System regionaler, auf gegenseitiger Unterstützung gegründeter Garantiepakte, wie es das Sicherheitskomitee vorschlägt, zu einem Zustande führen, der in gefährlicher Weise mit dem System von Allianzen und anderen militärischen und politischen Verbindungen, wie es vor dem Krieg bestanden hat, verwandt ist. Gerade dieses System selbst, das eine der Ursachen des Weltkrieges war, kann eine Drohung für den Frieden sein. Indem es die aggressiven Neigungen kriegslustiger und streitsüchtiger Regierungen nährt und erhält, kann es jeden lokalen Krieg in ein allgemeines Gemetzel verwandeln. Nach der Ansicht der Sowjetdelegation sind die Beschlüsse des Sicherheitskomitees geeignet, ohne die Wahrscheinlichkeit künftiger Kriege herabzusetzen, den Schauplatz dieser Kriege auszudehnen, und ihre furchtbaren Folgen zu verschärfen¹⁾.“

Diesen Ausführungen des Herrn Litwinow ist unsererseits kaum etwas hinzuzufügen. Man kann jedoch aus ihnen weiter folgern, daß in erster Linie „kriegslustige und streitsüchtige Regierungen“ ein Interesse an solchen Pakten haben können. Man muß daher wissen, von wem Vorschläge zum Abschluß solcher Pakte ausgehen, um zu wissen, wer zu der Kategorie der von Litwinow so charakterisierten Regierungen zu rechnen ist.

Wenn das Deutsche Reich den Ostpakt abgelehnt hat, so hat es offenbar auch im Sinne dieser von

¹⁾ Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden, S. 154. Berlin 1929.

Herrn Litwinow in Genf abgegebenen Erklärung nur dem Frieden gedient. Wenn regionale Pakte der bezeichneten Art nach dem Zeugnis des Herrn Litwinow selbst nur eine neue Quelle von Gefahren für den Frieden darstellen, so drängt sich von selbst der Schluß auf, daß der Krieg nur dadurch vermieden werden kann, daß die einzelnen Regierungen in unmittelbaren Verhandlungen miteinander die Ursachen vermindern oder beseitigen, die zu Konflikten mit Waffengewalt führen können. Das ist der von Deutschland beschrittene Weg und die bisherigen Ergebnisse der deutschen Außenpolitik beweisen, daß dieser Weg richtig ist.

Die Bemühungen des Rätestaates um England haben nicht zu dem erhofften Ergebnis geführt. Die Diplomatie und die Presse der UdSSR. haben alles getan, was in ihren Kräften stand, um die Entente der Vorkriegszeit wieder aufleben zu lassen. Mit dem Abschluß des sowjetisch-französischen Militärpakt und eines analogen Paktes mit der Tschechoslowakei ist der Weg der Militärallianzen im Geiste der Poincaré-Iswolski-Politik offen betreten worden. Das deutsch-englische Flottenabkommen bedeutet für diese Politik einen gewissen Rückschlag. Daß dies in Moskau deutlich erkannt wurde, beweist der unverhohlene Haß, mit dem die Sowjetpresse auf dieses Abkommen reagiert hat.

Die nächsten Bestrebungen der UdSSR. sind darauf gerichtet, die Einkreisung Polens mit Hilfe Litauens und der Tschechoslowakei, die willige Werkzeuge der Sowjetpolitik geworden sind, durch die Einbeziehung Lettlands und Estlands in die Sowjetfront weiter auszubauen. Inwieweit diese Pläne zu verwirklichen sein werden, kann erst die Zukunft zeigen.

5. Strategie und Taktik der Sowjetpolitik in Europa

In den Jahren 1934 und 1935 ist es mit großer Klarheit deutlich geworden, daß dem Rätestaat an der Erhaltung des allgemeinen Friedens nur mit bestimmten Einschränkungen gelegen ist. Ohne Zweifel fühlt sich die UdSSR. gegenwärtig noch nicht stark genug, um ihre weltrevolutionäre

außenpolitische Zielsetzung mit der Waffe in der Hand zu verwirklichen. Ohne Zweifel muß ihr gegenwärtig viel daran gelegen sein, den Frieden so lange zu erhalten, bis sie militärisch und wirtschaftlich die materiellen Voraussetzungen für eine bewaffnete weltrevolutionäre Offensive geschaffen hat.

Um so mehr ist Moskau bestrebt, in der Gegenwart diese für eine künftige Entwicklung im weltrevolutionären Sinne erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Dazu gehört dreierlei:

1. Sicherung der eigenen militärischen und wirtschaftlichen Aufrüstung durch möglichst großen Zeitgewinn.
2. Erhaltung der wichtigsten Quellen möglicher Konflikte zwischen den Staaten der „kapitalistischen Welt“ auf der Grundlage von „Siegern“ und „Besiegten“ des Weltkrieges.
3. Schaffung eines möglichst komplizierten und unübersichtlichen Paktsystems, das die Möglichkeit bietet, zum gegebenen Zeitpunkt mit Hilfe eines kleinen Provokateurs, an denen es wie 1914 auch heute nicht fehlt, den Stein ins Rollen zu bringen.

Das ist der allgemeine „politisch-strategische“ Plan der Sowjetpolitik. Die ihm untergeordneten taktischen Entscheidungen wechseln von Fall zu Fall nach Lage der Dinge.

Die ungeheuerlichen Sowjetrüstungen der letzten Jahre wurden meist mit der angeblichen „Bedrohung“ des Rätestaates durch den „deutschen Faschismus“ motiviert. Nach Edens Besuch in Moskau und während der Konferenzen in Stresa und Genf haben die Sowjets eine gewisse Verlagerung des Schwergewichts ihrer Argumente vorgenommen, was abermals in einem Aufsatz von Radek zum Ausdruck gekommen ist: Deutschland bedrohe mit allen Schrecken der Apokalypsen den Rätestaat. Diese Bedrohung beziehe sich jedoch auf die fernere Zukunft. Die gegenwärtigen Rüstungsforderungen Deutschlands (das deutsche Wehrgesetz war damals noch nicht veröffentlicht) hingegen seien „in erster Linie gegen die Westmächte gerichtet. Und wenn Deutschland die Trennung des Völkerbundes vom Versailler Vertrag verlangt, so tut es dies zunächst mit dem Ziel, sich die Liquidierung der

territorialen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erleichtern.“

In das gleiche Horn blies der bolschewistische Kriegskommissar Tuchatschewski in einem Aufsatz in der „Iswestija“ über die „Kriegspläne des heutigen Deutschland“, indem auch er sich auf die Verbote des Versailler Vertrages berief! Derselbe Versailler Vertrag spielte eine Rolle in einem vom Organ der Roten Armee „Krasnaja Swesda“ in größter Aufmachung gebrachten Artikel über die „Vorbereitungen des deutschen Faschismus zum Kriege“.

In einer Zeit also, als selbst die offizielle französische Außenpolitik theoretisch zwar ihre „Rechte“ aus dem Versailler Diktat noch betonte, praktisch jedoch sich mit den neuen Tatsachen abfinden mußte, sehen wir die UdSSR. das Erbe jener „Banditen, Räuber, Wucherer und Henker“ verteidigen, als die Lenin die Väter von Versailles bezeichnet hat! Das ist die praktische Bestätigung dessen, was an anderer Stelle über die beiden Pole der Sowjetpolitik in Europa gesagt wurde.

Wenn Radek sich dagegen wandte, daß Frankreich sich auf die „Verteidigung seiner Weinberge“ beschränken solle, so war auch das nur ein Versuch in der gleichen Richtung. Zugleich war es eine offene Unterstützung der aggressiven Ziele der französischen Politik. Ein Staat, der eine reine Verteidigungspolitik führt, muß sich naturgemäß auf die Verteidigung seiner Grenze beschränken. Soll er sich aber darauf nicht beschränken, so soll er offenbar über seine „Weinberge“ hinaus im Lebensraum anderer Staaten und Völker etwas „verteidigen“, mit anderen Worten, eigene Sonderinteressen geltend machen, die auf Kosten der Lebensinteressen der betreffenden Staaten und Völker gehen müssen.

Eine solche Politik hat Lenin stets als „Imperialismus“ bezeichnet. Im vorliegenden Falle unterstützt also die UdSSR. den französischen Imperialismus, und zwar – wie sich aus dem ganzen Zusammenhang ergibt – in Mittel- und in Osteuropa. Beides natürlich nur in Zusammenarbeit mit dem Rätestaat, der hier sowjet-imperialistische Ziele zu verfolgen hat. Wer aber ist der Träger des französischen Imperialismus? Nach der bolschewistischen Theorie ist es die französische „Bourgeoisie, die Bankiers und die Industriekapitäne“.

Radek hat, wie wir gesehen haben, in einem anderen Zusammenhang einen offenen Anbiederungsversuch an die „Weltbourgeoisie“ gemacht, von der er sagte, daß sie aus dem Weltkrieg einiges gelernt habe, und die er mit dem Schreckgespenst des „deutschen Imperialismus“ für den Rätestaat zu gewinnen suchte. Die Bourgeoisie der Versaillermächte ist also der UdSSR. heute gut genug, um sie vor den Wagen des Bolschewismus zu spannen und mit ihrer Hilfe die Wege für die Weltrevolution zu ebnet.

Es sei hier an einen sehr bezeichnenden Zwischenfall in der siebenten Sitzung der Vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf am 22. März 1928 erinnert. Der Vertreter Großbritanniens, Lord Cushendun, richtete an die Sowjetdelegation die Frage, welches ihre Haltung gegenüber dem Bürgerkrieg sei, ob sie ihn verurteile oder ob sie ihn für legitim halte. Litwinow wies in seiner Antwort darauf hin, daß der Konventionsentwurf der Sowjetregierung sich nur auf den internationalen Krieg beziehe und fuhr fort:

„Es ist uns niemals eingefallen zu glauben, daß der Völkerbund beabsichtige, in die Frage der Abrüstung und der Sicherheit auch die Verhütung des Bürgerkrieges und des Klassenkampfes einzubegreifen. Ich kann ohne das geringste Zögern erklären, daß die Sowjetregierung niemals eingewilligt hätte, mit der britischen oder irgendeiner anderen hier vertretenen Regierung an dem Studium von Fragen teilzunehmen, die den Klassenkampf gegen die Revolution betreffen. Es wäre in der Tat sehr naiv, auf eine Arbeit dieser Art seitens der Regierung zu rechnen, die aus einer der größten Revolutionen der Geschichte hervorgegangen ist, und die ins Leben gerufen wurde, um die Errungenschaften dieser Revolution zu schützen!“¹⁾

Litwinow bekannte sich also offen, was ganz natürlich und von seinem Standpunkt aus ehrlich war, zur bolschewistischen Revolution und zum Bürgerkrieg. Bekennt sich Herr Litwinow nicht mehr zur bolschewistischen Revolution und zum Bürgerkrieg?

¹⁾ Der Kampf der Sowjetunion um den Frieden, S. 24. Berlin 1929.



Frunse



Tuchatschewskij

Bubnow



Blücher





Die bolschewistische Generalität: Budjonnyj, Woroschilow, Gamarnik

Diese Frage stellen heißt, sie verneinen. Selbstverständlich bekennt sich Herr Litwinow auch heute zur bolschewistischen Revolution und zum Bürgerkrieg. Würde er sich dazu nicht mehr bekennen, würde er nicht der Außenkommissar des Rätestaates sein.

Was aber „bolschewistische Revolution“ bedeutet, haben wir aus den Theorien Lenins und Stalins in unmißverständlichster Weise ersehen: es ist die Weltrevolution, die Organisation des Bürgerkrieges und des bewaffneten Aufstandes in allen Ländern der Welt. Der VII. Weltkongreß der Komintern im August 1935 in Moskau hat keineswegs darauf verzichtet, seine allgemeine weltrevolutionäre Zielsetzung zu betonen.

Die Sowjetunion und die Komintern sind zwei Gebilde, die nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch eine Einheit bilden. Letzteres wird zwar in Moskau bestritten, und es wird der Eindruck zu erwecken versucht, als sei die Komintern eine selbständige Zentrale des „Weltproletariats“. Solche und ähnliche Manöver können jedoch an der Tatsache nichts ändern, daß die Komintern lediglich einen Apparat darstellt, der dafür bestimmt ist, denjenigen Teil der weltrevolutionären Zersetzungsarbeit zu übernehmen, der von der Sowjetunion selbst ohne Gefahr für ihre offiziellen Beziehungen zu anderen Staaten nicht durchgeführt werden kann. Zu dieser Arbeit gehört u. a. die Stärkung der kommunistischen Front in allen Ländern, darunter auch in Frankreich, dessen bürgerliche Regierung zur Zeit zwar in bundesbrüderlichen Beziehungen zur Zentrale der Weltrevolution steht, dessen kommunistische Partei jedoch in Moskau trotz allem als ein zuverlässigerer Faktor angesehen wird als die offizielle Vertretung der französischen Nation.

Die Leningrader „Prawda“ veröffentlichte unmittelbar nach den französischen Gemeindewahlen einen Bericht ihres Pariser Mitarbeiters über die kommunistischen Erfolge in Frankreich. In dem Bericht war viel von „Reaktion, Fabrikanten, abgedankten Offizieren und faschistischen Jünglingen“ die Rede – also von Vertretern desjenigen Regimes, mit dem Moskau eine Bündnispolitik zu treiben beliebt, die nichtsdestoweniger als niedrigste Kategorie der

Menschheit behandelt wurden. Um so farbenprächtiger wurde der französische Kommunismus dargestellt. Die Zahl der kommunistischen Gemeindevertretungen in Frankreich war vor kurzem noch gering, jetzt jedoch, nach den Wahlen – so wurde betont –, beträgt ihre Zahl bereits über 200. „Jawohl, der Kommunismus marschiert und wer würde es wagen, dies zu bestreiten!“ So schrieb triumphierend das bolschewistische Blatt und zitierte den Bericht eines französischen kommunistischen Abgeordneten darüber, „wie unter Leitung der Lenin-Stalinschen Komintern die französische kommunistische Partei sich gefestigt hat, wie ihr Einfluß wächst, wie sie die mächtigste Partei von Paris geworden ist“. Und der Bericht schloß mit folgenden, auf die bürgerlichen, französischen Zeitungen bezogenen vielsagenden Worten: „Sie wissen, daß die revolutionären Arbeiter Frankreichs sich mit den eroberten Munizipalen nicht begnügen werden und daß ihr Ziel weiter, viel weiter geht.“

Zusammenfassend kann also über die Sowjetpolitik in Europa folgendes gesagt werden:

1. Der allgemeine strategische Plan der Eroberung Europas für den Kommunismus durch den gewaltsamen Umsturz bleibt bestehen, da die von Lenin und Stalin offiziell formulierten Prinzipien über die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution nach wie vor die Grundlage der Sowjetpolitik sind.
2. Die Taktik der Sowjetpolitik in Europa besteht gegenwärtig darin, Deutschland durch eine möglichst große Koalition von Staaten weitgehendst zu isolieren.
3. Zur Isolierung des „deutschen Faschismus“ soll grundsätzlich auch mit der „Bourgeoisie“ der anderen Staaten paktiert werden.

Daneben geht die politische Zersetzungsarbeit in den einzelnen Staaten, sofern ihr nicht ein entschiedener Damm entgegengesetzt wird, weiter. Für diesen Sonderzweig der „europäischen Politik“ des Bolschewismus gelten folgende Richtlinien:

1. Der strategische Plan ist die Eroberung der einzelnen Staaten für den Kommunismus.

2. Die Taktik in den einzelnen Staaten besteht darin, die „Bourgeoisie“ durch eine möglichst umfassende Koalition der Arbeiter, Bauern und des Kleinbürgertums weitgehendst zu isolieren.
3. Zur Isolierung der „Bourgeoisie“ in den einzelnen Staaten soll grundsätzlich auch mit den „Sozialfaschisten“ der II. Internationale zwecks Bildung einer Einheitsfront paktiert werden.

Die Bündnispolitik mit bürgerlichen Staaten und die gleichzeitige kommunistische Zersetzungsarbeit in ihnen bilden vom bolschewistischen Standpunkt aus keinen Widerspruch. Jeder für den Kommunismus eroberte Staat muß der UdSSR, als außenpolitischer Bundesgenosse zuverlässiger erscheinen als unter einem beliebigen anderen Regime. Nur die Bündnispolitik mit der „Bourgeoisie“ als solche steht in einem krassen Widerspruch zu dem offiziellen Dogma. Das aber ist für die Sowjetpolitik längst kein moralisches Problem. Die Geschichte seit der bolschewistischen Revolution in Rußland lehrt, daß die Sowjetpolitik die völlige Grundsatzlosigkeit zu ihrem Grundprinzip gemacht hat, wobei es sich nur um ein Ziel unentwegt handelt: Eroberung der Welt durch den Roten Imperialismus!

III. Abschnitt

Die Vorbereitung zum Kriege

5. Kapitel. Kriegs- und Rüstungspsychose

1. Die innerpolitischen Schwierigkeiten

Aus den bisherigen Darlegungen über die ideologischen und praktischen Beweggründe der Sowjetpolitik geht deutlich hervor, daß der Rätestaat sehr weitgehende Ziele verfolgt, die mit friedlichen Mitteln niemals zu erreichen sein werden. Eine Änderung dieser Politik kommt nicht in Frage, da der Bolschewismus auf die Weltrevolution nicht verzichten kann, ohne sich selbst als Bolschewismus aufzugeben. Wenn der Bolschewismus sich nicht zur Selbstliquidation entschließen wird, so wird er sich über kurz oder lang für den „revolutionären Krieg“ entscheiden müssen. Dafür muß er die machtpolitischen Vorbedingungen schaffen: eine starke Armee, eine leistungsfähige Wehrwirtschaft und eine von kriegerischem Geist erfüllte Bevölkerung.

Auch der Bolschewismus muß mit dem ursächlichen Zusammenhang zwischen den moralischen und den materiellen Kräften des Landes und seiner Bevölkerung rechnen, die als Grundlage für die militärische Leistungsfähigkeit des Staates und seiner Armee unentbehrlich sind. Die Einheit von Volk und Staat ist die elementarste Voraussetzung für den militärischen und politischen Erfolg im Kriege. Eben hier liegt das schwierigste Problem für den Rätestaat.

In der ersten Periode der Revolution, als sie noch vorwiegend den Charakter einer Agrarrevolution hatte, wurde der Begriff des „Klassenkampfes“ von den Bauern, der Hauptmasse der Bevölkerung, ausschließlich im Sinne der sogenannten „schwarzen Umteilung“ des Bodens aufgefaßt. Er erschöpfte sich für sie im radikalsten Falle in der Parole:

„Alles Land den Bauern!“ Der eigentliche Kommunismus hingegen ging den Bauern niemals über den Rahmen des ihnen aus dem alten „Mir“-System an sich vertrauten Gedankens der Gemeinsamkeit des Grundbesitzes hinaus und hob ihre individuellen Ansprüche nicht auf.

Jene Parole: „Alles Land den Bauern!“ wurde von den Bolschewisten proklamiert und stellte einen offenen Betrug dar, denn sie stand im prinzipiellen Gegensatz zu der kommunistischen Forderung nach Aufhebung jeglichen Privateigentums. Der Keim zu späteren Konflikten war damit gelegt.

Nachdem der enteignete Boden der Gutsbesitzer in die Hände der Bauern übergegangen war, regte sich in diesen der Wille zum Eigentum: sie waren keineswegs bereit, ihre Errungenschaft der Revolution preiszugeben. Die Kollektivierung der Landwirtschaft, also die praktische Aufhebung der zweckgeborenen agrarrevolutionären Losung des Bolschewismus, führte zu einem permanenten Kriegszustand zwischen Staat und Bauern, zu einer passiven und oft auch aktiven Resistenz der auf Wahrung ihrer Eigentumsrechte bedachten Bauern gegen die Maßnahmen der Regierung. Die Gefahr einer neuen Agrarrevolution dämmerte am Horizont der Räterepublik und diese Gefahr konnte bisher nicht beseitigt werden.

Hinzu traten die Kämpfe innerhalb der kommunistischen Partei um die „Generallinie“ und um die Auslegung des marxistischen Dogmas, bei denen die Bauernfrage eine große Rolle spielte. Diese jahrelangen Kämpfe zwischen den verschiedenen kommunistischen Gruppen, den „Trotzkisten“, den „Stalinisten“ und anderen, wirken bis in die Gegenwart nach. Die Ermordung eines der nächsten Vertrauensmänner Stalins, des Leningrader Parteifunktionärs Kirow, im Dezember 1934 war eines ihrer letzten Signale.

Alle diese Tatsachen haben im Rätestaat einen Hochdruck erzeugt, dem ein Ventil nach außen geöffnet werden mußte. Das Prinzip des Klassenkampfes im Innern und die Idee der Weltrevolution sind zwei Dinge, die sich auf die Dauer nicht trennen lassen. Solange aber die äußeren Umstände den Übergang zur weltrevolutionären Offensive mit bewaffneter Macht nicht gestatten, können die aus dem Dogma sich ergebenden

inneren Gefahrenquellen mit „Ideologien“ allein nicht zugestopft werden. Es bedarf einer realen Macht, die bei der Aufrechterhaltung der „Klassendisziplin“ eingesetzt werden kann: das ist die Armee. Insofern haben die Rüstungen der Räteunion eine außen- und eine innenpolitische Bedeutung zugleich.

2. Die Triebkräfte der Kriegs- und Rüstungspropaganda

Die militärische und rüstungspolitische Propaganda der KP(B)SU wird unter solchen Umständen von zwei Faktoren bestimmt:

1. Von der weltrevolutionären Zielsetzung mit den aus ihr sich ergebenden praktischen Folgerungen für die Wehrpolitik der UdSSR.
2. Von der Notwendigkeit, die Masse der Sowjetbürger (besonders die Bauern) von den inneren Schwierigkeiten auf von außen her angeblich drohende Gefahren abzulenken.

Auf dieser Basis wird in der UdSSR. seit Jahr und Tag eine Kriegspsychose von geradezu ungeheuerlichen Dimensionen erzeugt. Es wird keine Gelegenheit versäumt, um den Sowjetbürgern die angeblichen Angriffsabsichten des Auslandes gegen den Rätestaat einzuhämmern. Die Zeitungen traktieren in seitenlangen Abhandlungen über diesen Gegenstand. Plakate und Transparente proklamieren in Riesenaufmachung: „Die Sowjetunion ist in Gefahr!“ Der Rundfunk steht im Dienste der Kriegspropaganda unter der gleichen Parole. Propagandaschriften und sonstige Literatur über die drohende „Intervention“ werden in Massenaufgaben verbreitet. In allen Reden der bolschewistischen Regierungsmänner wird die Organisation des Krieges gegen die UdSSR. als eine feststehende Tatsache behauptet.

Die psychologischen Triebkräfte dieser Propaganda ergeben sich aus der Kriegsdoktrin des Kommunismus. Ein Staat, der unter der Losung der klassenmäßig bestimmten Weltrevolution den ganzen Erdball für den Kommunismus erobern will, muß sich des eigenen ungeheuren Gegensatzes zu der übrigen Welt bewußt sein. Er muß letzten Endes ein ähnliches

Bewußtsein dieses Gegensatzes auch bei dieser Welt ihm selbst gegenüber annehmen. Dieser Gegensatz wird von der Sowjetunion als ein Klassengegensatz zwischen dem „proletarischen“ und den „bourgeoisien“ Staaten angesehen. Klassengegensätze aber führen nach seiner Doktrin zu Klassenkämpfen und Klassenkriegen. Die letzte Folge des Gegensatzes zwischen der UdSSR. und der übrigen Welt muß also ein Krieg sein.

Die These von der Unvermeidlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes des „Staates der Arbeiter und Bauern“ mit den „Staaten der Bourgeoisie“ ist eine der Grundlehren des Bolschewismus. Das Bewußtsein von der drohenden Kriegsgefahr ist schließlich nichts anderes als ein Produkt des eigenen schlechten Gewissens: will man selbst jemanden angreifen, so muß man mit einer entsprechenden Gegenwirkung rechnen.

Außerdem ist, wie wir aus der kommunistischen Theorie wissen, jeder Krieg, den die UdSSR. führen wird, im „historisch-politischen Sinne ein Verteidigungskrieg, unabhängig davon, wer zuerst angreifen wird“¹⁾. Allein die Tatsache des Vorhandenseins einer nichtbolschewistischen Welt wird bereits als ein Angriff auf die elementarsten Lebensrechte der UdSSR. angesehen.

Psychologisch äußerst bezeichnend für die bolschewistische Auffassung ist folgender Ausspruch Lenins: „Der Haß der polnischen Kapitalisten gegen die Sowjetmacht ist sehr stark. Sie unterdrücken mit unerhörter Grausamkeit die einfachsten Streiks.“²⁾ (!) Wenn also ein Staat gegen die kommunistische Zersetzungsarbeit innerhalb seiner eigenen Staatsgrenzen seine Machtmittel einsetzt, so betrachtet der Sowjetstaat dies als einen Eingriff in seine Rechte und Interessen! Jede Aburteilung von kommunistischen Hetzern zum bewaffneten Aufstand in der übrigen Welt ist ein Angriff auf die Sowjetmacht!

Um wieviel mehr muß unter solchen Umständen jede wehrpolitische Maßnahme eines anderen Staates gegen die Möglichkeit eines bewaffneten Überfalles der Sowjetunion auf ihn als Angriff auf den Rätestaat betrachtet werden!

¹⁾ Vgl. Degtjarew, a. a. O.

²⁾ Lenin in einer Rede am 20. November 1920, zit. in: Lenin, Über den Versailler Vertrag, S. 85.

Von hier ist es nur ein kleiner Schritt bis zu der Behauptung, daß diese Welt ihrerseits Angriffsabsichten gegen die UdSSR. habe und den Krieg mit dem Ziel des Sturzes der Sowjetmacht organisiere. „Der Krieg der Imperialisten gegen den Rätebund ist ein offener gegenrevolutionärer Krieg der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Sein Hauptziel ist – der Sturz der proletarischen Diktatur und die Errichtung der Herrschaft des weißgardistischen Terrors gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen des ganzen Landes.“¹⁾

3. Die „Interventionsfront“

Wird auch die übrige Welt als Ganzes im Gegensatz zum Rätestaat betrachtet, so werden innerhalb ihrer doch wesentliche Unterscheidungen gemacht. Das ergibt sich aus den jeweiligen aktuellen Bedürfnissen der Sowjetpolitik. Die allgemeine Formel „kapitalistische Welt contra Sowjetunion“ muß auf die konkrete Form einer akuten Gefahr seitens bestimmter Staaten für die UdSSR. gebracht werden, um von den Massen der Sowjetbevölkerung sinnfällig begriffen zu werden.

In dieser Beziehung hat die Sowjetpolitik im Laufe der Jahre große Wandlungen durchgemacht. Bis vor kurzem wurden Frankreich und England abwechselnd als die Einpeitscher zum „Interventionskrieg“ gegen die UdSSR. bezeichnet. Typisch ist die von Daschinskij und Radopolskij im Jahre 1929 gemachte Einteilung der Staaten hinsichtlich ihrer Rolle „in einem neuen Krieg gegen die UdSSR.“²⁾

1. Die erste Gruppe besteht demzufolge aus den der UdSSR. offen feindlich gesinnten Staaten: England, Frankreich und die westlichen Nachbarn der Räteunion – Polen, Rumänien, Finnland, Estland und Lettland. Ferner werden Japan und Italien dazugerechnet.
2. Die zweite Gruppe sind die Staaten, die zwar ebenfalls eine prinzipielle Gegnerschaft zur UdSSR. zum Ausdruck

¹⁾ Aus den Thesen der Komintern, zit. bei: Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee in Kriegszeiten, S. 17. Moskau 1930.

²⁾ Vgl. Daschinskij und Radopolskij, Die Vorbereitung des Krieges gegen die UdSSR., S. 48 ff. Moskau 1929.

- bringen, jedoch infolge bestimmter Gründe sich der anti-sowjetischen Front noch nicht offen angeschlossen haben: Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland, Belgien, Dänemark und die Schweiz.
3. Die dritte Gruppe umfaßt die Staaten, die aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen an einem Kampf gegen die UdSSR. wenig interessiert sind: Türkei, Persien, Afghanistan, China (mit Ausnahme der „reaktionären nordchinesischen Militaristen“), Österreich, Schweden, Norwegen und die lateinamerikanischen Staaten.
 4. Eine Sonderstellung nehmen Deutschland und die USA. ein, deren Haltung als noch nicht endgültig geklärt bezeichnet wird, die jedoch vor allem von England heiß umworben werden, da ihr spezifisches Gewicht innerhalb der weltpolitischen Lage so groß ist, daß ohne ihre Beteiligung oder wenigstens ihre Neutralität ein Angriff auf die UdSSR. schwer vorstellbar erscheint!

Diese prinzipielle Auffassung ist in den großen politischen Reden Stalins, Litwinows, Woroschilows, Molotows, Kalinins und zahlreicher anderer führender Persönlichkeiten der UdSSR. jahrelang in der mannigfaltigsten Weise vertreten worden.

Inzwischen sind andere Kombinationen und Konstruktionen an ihre Stelle getreten.

Neuerdings wird Deutschland bzw. der „deutsche Faschismus“ als der Träger der „Interventionsfront“ bezeichnet. Die von Adolf Hitler in seiner ersten programmatischen Reichstagsrede nach der nationalsozialistischen Revolution offen ausgesprochene Bereitwilligkeit Deutschlands zu einer friedlichen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit auch mit der UdSSR., unter grundsätzlichem Verzicht auf gegenseitige Einmischung in die inneren Verhältnisse des anderen Staates, wird geflissentlich übersehen. Die dargebotene Hand muß von der Sowjetregierung ausgeschlagen werden, weil diese auf die Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands nicht verzichten will, weil sie den „Sturz des Faschismus in Deutschland“ zum zentralen Problem ihrer auswärtigen Politik gemacht hat, weil sie im Kampf gegen den

„deutschen Militarismus“ eingedenk des Jahres 1914 eine zugkräftige Parole für die Ablenkung der eigenen Volksmassen von den inneren Schwierigkeiten im Rätestaat zu finden hofft, weil ohne eine bolschewistische Eroberung Deutschlands die letzten Hoffnungen auf die Weltrevolution preisgegeben werden müßten!

Die eigenen Angriffsabsichten gegen Deutschland werden jedoch in der Sowjetpropaganda in gewissenlosester Weise in angebliche Angriffsabsichten Deutschlands gegen die UdSSR. umgelogen!

„Die deutschen Faschisten, die Mordwerkzeuge geschaffen haben, die selbst die wilhelminische Armee des gehässigen preußischen Militarismus übertreffen, haben die gespannte internationale Atmosphäre noch mehr verschärft. Die Regierung Hitlers setzt den Krieg unmittelbar auf die Tagesordnung. Sie bedroht unmittelbar die benachbarten Länder. Die deutschen Faschisten schreiten bewußt zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg. Sie richten die Spitzen ihrer Bajonette, ihre Kanonenrohre, ihre Flugzeuge gegen das Land des sozialistischen Aufbaues, an dessen Macht jede faschistische Welle zerbricht – gegen die Sowjetunion.“ Diese Sätze lesen wir in der in Moskau erscheinenden Zeitschrift „Kommunistische Internationale“¹⁾, die, wie auf ihrem Titelblatt hervorgehoben wird, unter maßgeblicher Beteiligung des Sowjetdiktators Stalin herausgegeben wird!

Die Hetze gegen Deutschland und die Erzeugung der Interventionspsychose gehen in der UdSSR. Hand in Hand. Es gibt keine führende Persönlichkeit und keine parteiliche, staatliche, militärische, wirtschaftliche oder kulturpolitische Instanz, die an diesem Feldzug nicht beteiligt wäre. Besonders tut sich seit einiger Zeit der stellvertretende Kriegskommissar Tuchatschewskij hervor, der u. a. am 1. April 1935 in der „Krasnaja Swesda“, dem Organ der Roten Armee, einen wüsten Hetzartikel unter der Überschrift: „Die Kriegspläne des heutigen Deutschland“ veröffentlicht hat.

¹⁾ „Kommunistische Internationale“, Heft 10. Moskau 1935.

4. Die Rüstungsausgaben der UdSSR.

Schon auf dem Parteikongreß im Jahre 1934 mußte die Sowjetregierung zugeben, daß die gewaltigen Rüstungsausgaben der UdSSR. auf Kosten des wirtschaftlichen Aufbaues des Landes erfolgt sind, und auch auf dem Sowjetkongreß des Jahres 1935 mußte Molotow in seinem Rechenschaftsbericht auf diese Tatsache hinweisen. In der UdSSR. wird diese Tatsache benutzt, um den Volksmassen gegenüber einen triftigen Entschuldigungsgrund für die Mängel des rätekündischen Wirtschaftssystems beizubringen und um die Verantwortung auf die „Imperialisten“ abzuschieben, die angeblich durch Eroberungsabsichten den friedlichen Aufbau des „Staates der Arbeiter und Bauern“ stören.

Diese merkwürdige Begründung ändert nichts an der Tatsache, daß die Rüstungsausgaben der Sowjetregierung auch im letzten Jahr (1934) sehr einschneidend in den „volkswirtschaftlichen Sektor“ des Staatshaushaltes hineingegriffen haben. Tuchatschewskij mußte dem Rätekongreß (1935) melden, daß die Ausgaben seines Kriegskommissariats statt der für 1934 vorgesehenen 1,665 Millionen Rubel den Betrag von 5 Milliarden Rubel erforderlich gemacht hätten, und daß der Militäretat für 1935 auf den gewaltigen Betrag von 6,5 Milliarden Rubel festgesetzt worden sei.

Dieser, den Militäretat des zweiten Fünfjahresplanes weit überschreitende Betrag, kann bei den ohnehin in Permanenz bestehenden Finanzschwierigkeiten der UdSSR. nur auf Kosten der Ausgaben für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke aufgebracht werden.

Im übrigen muß der Hinweis Tuchatschewskijs darauf, daß die sowjetrussischen Rüstungsausgaben mit 10 % des Gesamthaushaltes weit hinter den entsprechenden Ausgaben „jeder beliebigen großen kapitalistischen Macht zurückbleiben“¹⁾, als eine Irreführung der Öffentlichkeit bezeichnet werden, weil der Sowjethaushalt seinem Aufbau nach von den Etats der anderen Staaten sehr verschieden ist und gewaltige Posten aufweist, die in anderen Ländern nicht dem Staat, sondern

¹⁾ Vgl. „Iswestija“ vom 1. Februar 1935.

der Privatwirtschaft oder den Selbstverwaltungskörperschaften zufallen.

Würde man den Sowjethaushalt seiner Struktur nach durch Streichung von entsprechenden Titeln den ausländischen Vorbildern angleichen, so würden die Militärausgaben der UdSSR. anteilmäßig nach roher Schätzung mindestens 20% ihres Gesamtetats betragen.

Nach Angaben von Kuibyschew¹⁾ belief sich das gesamte Volkseinkommen in der UdSSR. 1934 auf 55,6 Milliarden Rubel. Demnach entfielen rund 9% des gesamten Volkseinkommens allein für militärische Zwecke.

Nach dem Etat für 1935²⁾ verschlingen die Militärausgaben rund den doppelten Betrag des Etats für das gesamte Bildungswesen.

Diese Vergleiche bieten ein wesentlich anderes Bild, als jene „zehn Prozent“ im Bericht von Tuchatschewskij und sind ein treffendes Beispiel dafür, wie Sowjetstatistiken „gemacht“ werden.

Es bleibt also nur festzustellen, daß der Rätestaat sich den Luxus von Militärausgaben in einer Höhe leistet, die in gar keinem Verhältnis zum Lebensniveau und zu den täglichen Bedürfnissen der notleidenden Bevölkerung stehen.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich bei diesen Zahlen nur um einen Teil der Wehrausgaben der UdSSR. handelt, um den offiziellen Etat des Kriegskommissariats, der unmittelbar den Bedürfnissen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte des Rätestaates dient. Unberücksichtigt sind hierin die Kapitalinvestitionen in Industrie, Landwirtschaft und Transportwesen, die gleichfalls in größtem Umfange Rüstungszwecken dienen. Der Gesamtetat der Volkswirtschaft wurde für 1935 auf 35,1 Milliarden Rubel festgesetzt. Darunter entfallen auf die Gesamtindustrie 15,3 Milliarden, davon auf die Schwerindustrie (Rüstungsindustrie) 11,8 Milliarden Rubel, auf die Landwirtschaft 7,1 Milliarden Rubel, für das Transportwesen über 6 Milliarden Rubel³⁾. Die vorgesehenen Ausgaben für die drei letztgenannten Wirt-

¹⁾ Vgl. „Iswestija“ vom 12. Januar 1935.

²⁾ Vgl. „Iswestija“ vom 9. Februar 1935.

³⁾ Vgl. „Iswestija“ vom 9. Februar 1935.

schaftszweige ergeben demnach den Betrag von rund 25 Milliarden Rubel, der zum großen Teil unmittelbar der Wehrwirtschaft, also Rüstungszwecken dient.

Was außerdem noch in getarnter Form, ohne im offiziellen Etat zu erscheinen, für geheime Zwecke der bewaffneten Streitkräfte, für spezielle Sonderaufgaben der Rüstungsindustrie und militärischen Forschungsinstitute sowie für die Auslandsspionage ausgegeben wird, läßt sich von außen her überhaupt nicht übersehen. Für die Militär- und Wirtschaftsspionage im Ausland müßten namhafte Beträge der Komintern und ihrer Sektionen in den einzelnen Staaten in Anrechnung gebracht werden.

5. Die Macht der Zahl in der Rüstungspropaganda

In seinem Bericht auf dem Sowjetkongreß im Januar 1935¹⁾ machte Tuchatschewskij folgende Zahlenangaben über die Fortschritte der Sowjetrüstungen:

Das Kriegsflugwesen ist in den letzten vier Jahren quantitativ um 330% verstärkt worden. Bei den Kampf- und Bombenflugzeugen ist eine Steigerung der Fluggeschwindigkeit um rund das Zweifache zu verzeichnen.

Auf dem Gebiet der Tankwaffen werden folgende Zunahmen registriert: „Tankets“ um 2475%, leichte Tanks um 760%, mittelschwere Tanks um 792%, wobei eine Steigerung der Geschwindigkeiten um das Drei- bis Sechsfache angegeben wird.

Die Zahl der Maschinengewehre für Schützen- und Kavallerieformationen ist um das Doppelte, für Flugzeuge und Tanks um das Siebenfache, die Zahl der Tank- und Tankabwehrgeschütze um das Viereinhalbfache, die schwere Artillerie um mehr als das Zweifache, die Zahl der U-Boote fast um das Fünfeinhalbfache vermehrt worden.

Tuchatschewskij erwähnt ferner, wie bereits Woroschilow ein Jahr vorher, daß eine Reihe von „befestigten Rayons“ geschaffen worden seien, und zwar an der Westgrenze „vom Ladogasee bis zum Schwarzen Meer“ und im Fernen Osten. Dazu kommen befestigte Flottenstützpunkte in der Ostsee

¹⁾ Vgl. „Krasnaja Swesda“ vom 1. Februar 1935.

und im Schwarzen Meer, im Gebiet von Murmansk und in Ostasien. Der größte Teil der Festungsbauten ist laut Tuchatschewskij im Jahre 1934 beendet worden. Diese Festungsanlagen haben, so erklärt er, die Errichtung zahlreicher neuer Garnisonen mit umfangreichen Kasernenneubauten und die Vergrößerung der offiziellen Friedensstärke der Roten Armee von 600000 Mann auf 940000 Mann „erforderlich gemacht“.

Die von Tuchatschewskij angegebenen Prozentsätze für die technische Entwicklung der Roten Armee sind natürlich praktisch ohne jeden Wert. Aus ihnen lassen sich keine verwertbaren Schlüsse für den tatsächlichen Grad der Sättigung der Armee mit technischen Kampfaffen ziehen. Der stellvertretende Kriegskommissar würde sich hüten, konkrete Angaben über dieses interessante Thema zu machen. Immerhin sind die Rüstungsstatistiken nach ihrer praktischen Seite hin wesentlich positiver zu beurteilen, als die politische Propagandastatistik.

Tuchatschewskijs Zahlen verfolgen im vorliegenden Falle vor allem einen politischen Zweck, ebenso wie alle zahlenmäßigen Angaben über den Rüstungsstand des Auslandes, neuerdings in erster Linie Deutschlands, wobei der Sowjetphantasie keinerlei Grenzen gezogen werden. Wird einerseits die, für die Erzeugung der Kriegs- und Rüstungspsychose im Rätestaat notwendige äußere Gefahr mit maßlos übersteigerten Mitteln an die Wand gemalt, wird die Unvermeidlichkeit eines unmittelbar bevorstehenden „Überfalls“ auf den Rätestaat als ausgemachte Sache der deutschen „Imperialisten, Faschisten und Militaristen“ hingestellt, so wird andererseits streng darüber gewacht, daß keinerlei defaitistische Stimmungen in der Sowjetbevölkerung aufkommen.

So wie in der ganzen Sowjetpropaganda die Zahl eine große Rolle spielt, so muß sie auch auf diesem Gebiet erhalten, um den Grad der eigenen Erfolge in sinnfälliger Weise dem Bewußtsein der Bevölkerung einzuprägen. Die sowjetrussische Ehrfurcht vor der Zahl, die eines der psychologischen Produkte der Planwirtschaft ist, macht die Zahl zu einem der stärksten Bundesgenossen der Sowjetpropaganda. Die Zahl ist der Gradmesser aller Erfolge und Gefahren, aller Hoff-

nungen und aller Ziele. Mit der Zahl läßt sich alles beweisen und alles widerlegen. Hinter der Zahl tritt alles andere zurück.

So muß Statistik um jeden Preis getrieben werden. Die Statistik muß die Notwendigkeit der eigenen Rüstungen beweisen. In einer Sitzung des Zentralexekutivkomitees der UdSSR. im Jahre 1929 stellte Litwinow z. B. allen Ernstes folgenden Vergleich an: die Zahl der Heeresangehörigen betrage auf 1000 Quadratkilometer in Frankreich 667,7, in der Sowjetunion hingegen nur 26,6, auf einen Kilometer Landgrenze in Frankreich 132,3, in der Sowjetunion nur 31,2!¹⁾ Diese Zahlen gewinnt Herr Litwinow offenbar, indem er Frankreich ohne Kolonien und die UdSSR. mit Kolonien, in ihrer ganzen Ausdehnung bis zum Stillen Ozean, mit vielen Millionen Quadratkilometern fast gänzlich unbewohnter Wüsten-, Tundren- und Urwaldgebiete zur Grundlage seiner Berechnung macht. Es stehen sich also etwa 550000 Quadratkilometer Frankreich und fast 23 Millionen Quadratkilometer UdSSR. gegenüber. Das ist die „wissenschaftliche Statistik“ des offiziellen Außenkommissars der Sowjetunion!

Im Jahre 1929 war Frankreich, im Jahre 1935 ist Deutschland Gegenstand solcher und ähnlicher Betrachtungen der führenden Männer des Rätestaates.

6. Die Idee des „bewaffneten Volkes“

Die letzte Konsequenz einer bis zur äußersten Grenze des Möglichen gesteigerten Rüstungspolitik liegt in der Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens des Staates und in dem Bestreben nach einer restlosen wehrpolitischen Erfassung der gesamten männlichen und weiblichen Bevölkerung des Landes. Das Problem der Bewaffnung der Massen für den Klassenkrieg kann auf die Heeresorganisation im Ganzen und auf die Sonderaufgaben der Wehrpolitik außerhalb der Armee nicht ohne Einfluß bleiben. Das Bestreben der zuständigen Instanzen läuft darauf hinaus, auch auf diesem Gebiet sich von der Entwicklung in der Welt der „bürgerlichen Staaten“ abzusondern und selbständige „proletarische“ Formen der Organisation zu finden.

¹⁾ Vgl. Die Rote Armee und die Rote Flotte, S. 31. Hamburg 1932.

Soweit es sich dabei um die praktische Seite der Wehrpolitik handelt, bleibt ein großer Teil dieser Bestrebungen graue Theorie. Die materiellen Voraussetzungen der Heeresorganisation und der Rüstungspolitik und die praktischen Erfordernisse der zu lösenden Aufgaben, sind an bestimmte Normen gebunden, die nicht einfach hinwegzudisputieren sind. Die politische und propagandistische Seite der Wehrpolitik hingegen gibt viele Möglichkeiten für die dogmatische „Auslegung“ der zu treffenden Maßnahmen.

Der Leiter der großen, über die gesamte UdSSR. verbreiteten Wehrorganisation „Osoaviachim“, Eidemann, veröffentlichte aus Anlaß des 17jährigen Jubiläums der Roten Armee einen Aufsatz unter der bezeichnenden Überschrift: „Das bewaffnete Volk“¹⁾. Eidemann geht von der Auffassung aus, daß die Theorie der kleinen, hochgradig spezialisierten und motomechanisierten Berufsheere, die vielfach im Auslande vertreten wird, in gewissem Sinne eine charakteristische Erscheinung der bürgerlichen Welt sei. Solche und ähnliche Theorien seien eigentlich nichts anderes als das Produkt der Angst vor der Bewaffnung der Massen und der daraus erwachsenden revolutionären Gefahren für die bürgerlichen Staaten.

In der Räteunion hingegen könne es Hemmungen dieser Art nicht geben. Es gäbe nur eine Armee, die die Gegenüberstellung von Mensch und Technik nicht kenne: die Rote Armee. Und es gäbe nur ein Land auf der Welt, dessen Ehre und Unantastbarkeit seiner Grenzen von den Massen und von der modernsten Technik zugleich verteidigt würden: die Sowjetunion.

Das Problem des „bewaffneten Volkes“ scheint demnach nur in der UdSSR. in größtem Maßstab lösbar zu sein. Eidemann verweist auf die Entwicklung der großen wehrpolitischen Massenorganisationen im Rätestaat. Der Verband „Osoaviachim“ umfaßt 13 Millionen Mitglieder, die rätebündische Organisation des Roten Kreuzes 7 Millionen, die militärische Organisation „Awtodor“ (in erster Linie für die Ausbildung von Kraftfahrern) 3 Millionen.

¹⁾ „Iswestija“ vom 23. Februar 1935.

In den letzten eineinhalb Jahren haben rund 720000 Mitglieder des „Osoaviachim“ das Abzeichen der „Woroschilow-Schützen“ erworben. Dazu kommen rund eine halbe Million „Aviomodellisten“, d. h. junge Leute, die unter sachkundiger Anleitung Flugzeuge bauen, Tausende von Fallschirmabspringern, Zehntausende von Segelfliegern, Hunderte von Aeroklubs, Zehntausende von Teilnehmern an den militär-technischen Zirkeln in den Industrierwerken usw.

Alles das sind für Eidemann Beweise dafür, daß es nur in der Sowjetunion eine solche, sonst nirgends in der Welt wiederholbare und nachzuahmende Erscheinung gibt wie die „Liebe der Volksmassen zum sozialistischen Vaterland“.

Die Militarisierung des gesamten öffentlichen Lebens in der Räteunion geht so weit, daß Eidemann auf dem Sowjetkongreß der RSFSR. im Januar 1935 einen Tätigkeitsbericht über die Ausbildung der Jugend im Fliegen und über die Aeroklubs im Rahmen der Diskussion über die – Kommunalwirtschaft gab. Das wird verständlich, wenn man in Betracht zieht, daß die Kommunalwirtschaft in der UdSSR. auch gewisse militärische Funktionen zu erfüllen hat.

Neben den großen Wehrorganisationen stehen natürlich zahlreiche andere Einrichtungen des Staates und der Wirtschaft für die Erfüllung von wehrpolitischen Aufgaben zur Verfügung. Hierher gehört in erster Linie die Arbeit in den Schulen. In den Richtlinien des Volkskommissars für Bildungswesen heißt es: „Die Vorbereitung der Schuljugend zur Verteidigung des Sowjetstaates wird und darf nicht episodisch, nicht in Gestalt von Kampagnen und von speziellen Kursen über militärische Wissenschaften, die in den Schulen eingeführt werden, erfolgen, sondern als ein System, das organisch in das System der sozialen Erziehung und Bildung Eingang gefunden hat“¹⁾.

Über Richtung und Methode der militärischen Arbeit in den Schulen gibt das Inhaltsverzeichnis der genannten, für den offiziellen Gebrauch in den Schulen bestimmten Schrift, interessanten Aufschluß:

¹⁾ Zit. in: Die Propaganda der Verteidigung der UdSSR. in der Schule, S. 7. Moskau 1929.

Teil I: Über die Kriegsgefahr und über die Rote Armee (Materialien für Berichte, Aussprachen und die Arbeit in den Zirkeln). Die Kriegsgefahr bleibt in Kraft. – Über die Verteidigung (aus dem Aufruf des Zentralkomitees der WKP(b). – Wir wollen den Krieg nicht, doch werden wir zu ihm bereit sein (aus dem Aufruf des Zentralkomitees des Komsomol). – Seien wir wachsam. – Die Friedenspolitik der UdSSR. – Die Vorbereitungen der Imperialisten zum Kriege gegen die UdSSR. – Die Kapitalisten rüsten unaufhörlich und organisieren neue Kriege. – Die WKP (b), der Organisator und der Führer der Roten Armee. – Der Leninsche Komsomol in der Roten Armee. – Der Aufbau der bewaffneten Kräfte der UdSSR. – Osoaviachim.

Teil II: Die Formen und die Methoden der Propaganda für die Verteidigung der UdSSR. in der Schule. Der Militärzirkel. – Die Arbeit mit der Zeitung. – Schülerausflüge zu den Truppenteilen. – Gedenkabend für die Rote Armee. – Der Tag der Roten Armee in der Schule. – Kriegsspiele. – Bibliographischer Literaturhinweis über die Rote Armee und die Landesverteidigung.

Diesem Aufriß ist nichts hinzuzufügen. Er zeigt ganz klar die agitatorische Ausrichtung der militärischen Erziehung in den Schulen. Der Inhalt der einzelnen Abschnitte ergibt sich von selbst aus der uns bekannten Kriegsdoktrin des Bolschewismus und aus den allgemeinen Gesichtspunkten der Sowjetpropaganda für die Erzeugung der Kriegs- und Rüstungspsychose im Rätestaat.

So sehen wir, wie ein gewaltiger Organisations- und Propagandaapparat eingesetzt wird, um der Idee „des bewaffneten Volkes“ Geltung zu verschaffen. Wir sehen, wie alle Kräfte des Landes nach außen gewandt werden, wie alle erreichbaren Mittel der Hetze und Demagogie in den Dienst der Erzeugung eines unübertreffbaren Deutschlandhasses gestellt werden und wie die ins Maßlose gesteigerte Kriegs- und Rüstungspsychose zu einer akuten Gefahr in Europa und in der ganzen Welt wird.

6. Kapitel. Die wirtschaftliche Aufrüstung

1. Raumpolitische Voraussetzungen

Der ehemalige russische Kriegsminister Suchomlinow schreibt in seinen Erinnerungen: „Ein Heeresaufbau ist nicht mehr und nicht weniger als die Schaffung eines Instruments, das unter allen nur denkbaren politischen Vorbedingungen und Konstellationen von der Staatsleitung als Friedens- oder Kriegsmittel verwendet werden kann. Bezüglich der politischen Möglichkeiten, unter denen ein Land zur Mobilmachung seiner Armee geführt werden kann, gibt es keine Grenzen. Der Heeresreformer kann in dieser Richtung gar nicht phantasiebegabt genug sein; er braucht sich nur die Grenzen seines Landes, die Geschichte von deren Werden und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten vor Augen zu halten, dann hat er den ungeheuren großen Rahmen, in dem er sein Werk aufführen mußte. Die Eigentümlichkeit des großen weiten russischen Reiches, das sich über zwei Kontinente erstreckt und den sechsten Teil der Erdoberfläche einnimmt und trotz einer unendlich langen Küste kaum ernstlich zur See bedroht werden kann, lenkt die Phantasie und die trockenen Grenzen.“¹⁾

Die Geschichte vom Werden der alten russischen Grenze weist als charakteristisches Merkmal überall den Einbruch der russischen Macht in den Lebensraum anderer Völker und Staaten auf. Sie ist als das Ergebnis einer Jahrhunderte währenden offensiven Politik des zaristischen Reiches entstanden. Daraus ergab sich die defensive Aufgabe Rußlands mit der Notwendigkeit, die eroberten Gebiete außen- und innenpolitisch zu verteidigen. Gleichzeitig wurden alle neu gewonnenen Landstriche zu Aufmarschgebieten für weitere Vorstöße, zu einer Basis weiterer offensiver Zielsetzungen.

¹⁾ Suchomlinow, Erinnerungen, S. 331. Berlin 1924.

In der Politik des Sowjetstaates kommt, wie wir gesehen haben, eine ganz ähnliche Tendenz zum Ausdruck. Allerdings ist die ideologische Begründung dieses Ausbreitungsdranges im Sinne der klassenmäßig bestimmten Weltrevolution, mit dem letzten Ziel der Schaffung einer proletarischen Weltrepublik eine andere geworden. Für die außerhalb der Grenzen der UdSSR. gelegene Umwelt, die das Objekt dieses Ausbreitungsdranges ist, liegt jedoch das Schwergewicht nicht in der ideologischen Begründung des ihr zgedachten späteren Schicksals, sondern ganz einfach in den militärischen und politischen Konsequenzen dieser Politik, mit denen sie zu rechnen hat.

Angesichts dieser Tatsachen gilt das, was Suchomlinow sagt, im Prinzip auch für die Sowjetrepublik. Der bolschewistische Generalstab muß bei der Lösung der ihm von der Sowjetpolitik gestellten militärischen Aufgaben von den realen Voraussetzungen der geographischen Lage des Landes, des Charakters seiner Grenzen und den durch die Raumweite des Staates gegebenen sonstigen Bedingungen ausgehen.

Noch stärker als bei der alten Monarchie tritt bei der Sowjetunion ihr kontinentaler Charakter in den Vordergrund. Durch den Verlust Finnlands und der baltischen Provinzen ist der Rätestaat von der Ostsee zurückgedrängt worden. Am Stillen Ozean hat der in den Händen der UdSSR. verbliebene Küstenstreifen mit Wladiwostok angesichts der japanischen Seemacht seine Bedeutung für eine maritime Politik, die in der Vergangenheit das Ziel Rußlands gewesen sein mag, verloren. Das Schwarze Meer kommt infolge seines Binnenseecharakters in dieser Beziehung ebenfalls in Fortfall. Und schließlich bietet die Murmanküste als Seebasis keine großen Möglichkeiten, wenn auch ihre Bedeutung durch die neue Kanalverbindung von der Ostsee zum Weißen Meer gestiegen ist. Die übrige Nordküste ist fast ganz durch Eis gesperrt und nur während weniger Sommermonate ist Gelegenheit gegeben, auf dem nördlichen Seeweg in die Mündungsgebiete der großen sibirischen Ströme zu gelangen.

Bieten auf diese Weise die Küsten der UdSSR. keine ausreichende Basis für eine maritime Politik, so bieten sie andererseits auch für feindliche Angriffe im Falle eines Krieges kein

günstiges Objekt. Die Sowjetunion ist von der See her so gut wie unangreifbar.

Der kontinentale Charakter des Rätestaates lenkt die Aufmerksamkeit in erster Linie auf seine Landgrenzen. Trotz ihrer riesenhaften Ausdehnung erfreuen sich diese zu großem Teil eines natürlichen Schutzes durch weite Seen- und Sumpfbereiche, durch Wüsten, Gebirge und Wälder. Infolgedessen werden militärische Kampfhandlungen im Kriegsfall auf bestimmte Räume beschränkt.

Der stärkste Bundesgenosse des Rätestaates als Militärmacht ist der gewaltige Raum mit seinen wirtschaftlichen und menschlichen Reserven, den er beherrscht. Der Raum ist zunächst ein defensiver Faktor. Er bietet die Möglichkeit des Ausweichens vor einem starken Gegner und der dezentralisierten Verteilung der wehrpolitisch wichtigen Industrien im Innern des Landes, fern der Einwirkung durch die Luftwaffe der Kriegsgegner.

Als offensiver Faktor kann der Raum erst dann in Erscheinung treten, wenn er wirtschaftlich und verkehrspolitisch so weit erschlossen ist, daß die in ihm vorhandenen Reserven zu vollem offensivem Einsatz an der Front der kämpfenden Armee gebracht werden können. Die Kriege des alten Rußlands haben in vielen Fällen die defensive Kraft des russischen Raumes unter Beweis gestellt. Ebenso hat der Weltkrieg gezeigt, daß die Voraussetzungen für seine offensive Bedeutung unter den Bedingungen des modernen Krieges noch nicht erfüllt waren.

2. Die Erfahrungen des Weltkrieges

Die Niederlagen der russischen Armee im Weltkrieg waren nicht nur militärisch und strategisch bedingt. Der russische Zusammenbruch hat vor allem die verhängnisvolle wirtschaftliche und technische Rückständigkeit des alten Reiches gezeigt.

Es hat in Rußland nicht an Theoretikern gefehlt, die bei Kriegsausbruch zu beweisen versucht haben, daß der vorwiegend agrarische Charakter des Landes Rußland die Möglichkeit geben würde, die Entbehrungen des Krieges leichter

zu ertragen als die Industriestaaten. Zum mindesten hat es nicht an Versuchen gefehlt, diese gefährliche These der Öffentlichkeit gegenüber zu benutzen, um auf die Stimmung der Volksmassen im optimistischen Sinne einzuwirken. Von den gewaltigen Ausmaßen des agrarischen Hinterlandes mit seinen menschlichen und ökonomischen Reserven und von dem naturalwirtschaftlichen Charakter der russischen Landwirtschaft erwartete man eine besonders große Widerstandsfähigkeit gegenüber den Lasten des Krieges.

Der Weltkrieg hat den Irrtum dieser Anschauung bewiesen. Und da auch die Sowjetunion – trotz der fortschreitenden Industrialisierung – vorwiegend ein Agrarland ist, sind die materiellen Voraussetzungen der UdSSR. für den Kriegsfall in vielen Beziehungen ähnlich denen des Jahres 1914. Die Kenntnis der organischen und mechanischen Zusammenhänge, die den russischen Zusammenbruch beschleunigt bzw. mit herbeigeführt haben, sind deshalb eine wichtige Voraussetzung zum Verständnis der Probleme, denen sich die Sowjetregierung heute bei der Organisation der militärischen und wirtschaftlichen Kräfte für den Kriegsfall gegenüber sieht.

Schneller und unmittelbarer als andere kriegführende Staaten bekam Rußland die wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu fühlen. Industrie und Verkehr wurden als erste von ihnen betroffen. Von hier aus setzte sich die Bewegung auf die Landwirtschaft fort. Die einheimische Industrie, vor 1914 schon dem Bedarf des Landes nicht gewachsen, konnte den erhöhten Anforderungen des Krieges erst recht nicht standhalten. Der Mangel an qualifizierten Arbeitern und an technischer Ausrüstung sowie die wachsenden Transportschwierigkeiten förderten den Verfall der gesamten Wirtschaft.

Von den rein militärischen Mißerfolgen abgesehen, wurde die ungeheure Agrarkatastrophe (namentlich in der Revolutionsperiode seit Anfang 1917) für den inneren Zusammenbruch Rußlands entscheidend. Die Schwächung der Landwirtschaft infolge der Entziehung von Arbeitskräften durch die Massenmobilisation der Bevölkerung und die Zerreißung der inneren und äußeren Marktverbindungen verminderten

die Produktion quantitativ und qualitativ gewaltig. Die Hauptlasten des Krieges kamen auf die Schultern des Bauerntums zu liegen, das infolge seines kulturellen Tiefstandes ihnen auch geistig und moralisch nicht gewachsen war.

Alles das mußte zu einer Versorgungskrise führen, die schließlich einen ungeahnten Umfang annahm. Das bekannte Resultat war das allgemeine Chaos, in dem das alte Rußland untergegangen ist.

Rußland hat über einen ungeheuren Raum verfügt, jedoch hat es ihn nicht genügend beherrscht, ihn weder wirtschaftlich noch verkehrspolitisch genügend erschlossen gehabt, um aus ihm die erforderliche militärische Widerstandskraft schöpfen zu können.

*

Die allgemeinen Erfahrungen des Weltkrieges sind die Grundlage der wehrpolitischen Maßnahmen der Sowjetregierung. Sie müssen um so schwerer ins Gewicht fallen, als die Sowjetpolitik ihrem ganzen Charakter nach nicht in erster Linie die Landesverteidigung im Auge haben muß, sondern vielmehr vor die Aufgabe gestellt ist, im Sinne ihrer offensiven weltrevolutionären Zielsetzung die militärischen und wirtschaftlichen Mittel für einen revolutionären Angriffskrieg bereitzustellen. Infolgedessen kann sie nicht bei dem Studium der Ursachen des russischen Zusammenbruchs im Weltkrieg stehen bleiben, sondern muß aus den Erfahrungen des Weltkrieges Anhaltspunkte dafür zu gewinnen suchen, welcher Grad der Konzentration aller militärischen, wirtschaftlichen und menschlichen Kräfte erforderlich ist, um unter Berücksichtigung der modernen Technik einen Krieg angriffsweise mit Erfolg führen zu können. Das Problem liegt darin, eine solche materielle Überlegenheit über den Gegner zu erhalten, daß der Bewegungskrieg nicht zum Stillstand kommt und ein Erstarren der Front im Stellungskrieg vermieden wird.

Unter diesem Gesichtspunkt zeigt die militärische Literatur der UdSSR. großes Interesse für die Stärken der Armeen, die Verluste und den Materialverbrauch im Weltkriege, um

festzustellen, welche Minimalanforderungen an die Kriegswirtschaft und die Bevölkerung eines kriegführenden Staates in Zukunft gestellt werden müssen.

So hebt z. B. Wenzow¹⁾ hervor, daß angesichts der Erfahrungen des Weltkrieges die Aufmerksamkeit besonders auf die gewaltige zahlenmäßige Stärke der mobilisierten bewaffneten Kräfte konzentriert werden müsse.

Auch Triandafilow, einer der bekanntesten Militärsachverständigen der Sowjetunion, spricht sich für den Massencharakter der modernen Heere aus, in betontem Gegensatz zu den gelegentlich zugunsten kleiner, besonders hoch qualifizierter Berufsarmeen ausgesprochenen Meinungen²⁾. Das ist die in der Sowjetunion vorherrschende Meinung, die, wie die heutige Organisation der Roten Armee beweist, als Grundlage für die Wehrpolitik der UdSSR. genommen worden ist.

Wenzow betont mit Recht die Folgerungen, die aus dem Massencharakter der Heere für die gesamte Volkswirtschaft gezogen werden müssen. Diese Massen müssen gepflegt, bekleidet, mit modernen technischen Kampfmitteln ausgerüstet werden und das gesamte Proviant- und Ausrüstungsmaterial muß rechtzeitig produziert und an die einzelnen Heeresverbände herangebracht werden.

Wenzow zeichnet ferner mit einigen Strichen den gewaltigen Materialverbrauch der kämpfenden Truppe. Als Beispiel führt er an, daß die russische Armee im Jahre 1916 rund 16 Millionen Geschosse, d. h. 17mal soviel wie während des russisch-japanischen Krieges, verbraucht habe. Diese Ziffer sinke jedoch angesichts des Materialverbrauchs an der europäischen Westfront zur Bedeutungslosigkeit herab. Die Franzosen hätten nach ihren eigenen Angaben bei der Verteidigung von Verdun im Verlauf von 16 Tagen 10 Millionen Geschosse verfeuert. Die Zahl der deutschen Geschütze sei, wie Wenzow hervorhebt, während des Krieges von 7500 auf 20000 gestiegen. England habe 1915 272 Flugzeuge besessen, im Oktober 1918 habe ihre Zahl 22171 betragen.

¹⁾ S. Wenzow, Volkswirtschaft und Landesverteidigung der UdSSR. Moskau 1928.

²⁾ Vergl. Triandafilow, Der Charakter der Operationen moderner Heere, S. 26 ff. Moskau 1929.

Als Beispiel für den durchschnittlichen jährlichen Munitionsverbrauch verschiedener Länder im Weltkrieg, bezogen auf das einzelne Geschütz, gibt Shigur¹⁾ folgende Daten:

Geschosse	Frankreich	Deutschland	Vereinigte Staaten von Nordamerika
Auf ein leichtes Feldgeschütz	12 000	17 000	15 000
Auf eine leichte Feldhaubitze	6 000	17 000	—
Auf ein schweres Feldgeschütz	6 000	10 cm = 10 500 15 cm = 6 300	4,7 Zoll = 9 000 155 mm = 5 000
Auf eine schwere Feldhaubitze	4 500	10 000	7 500

Shigur weist darauf hin, daß die jährlichen Verluste an Artillerie in den Jahren 1915–1918 in der französischen Armee rund 105 %, in der englischen Armee rund 120 % des gesamten Artillerieparks des Frontheeres betragen hätten. Davon wären etwa 60 % auf unwiederbringliche Verluste durch vollständige Abnutzung, feindliches Feuer oder Eroberung entfallen. Bei der noch höheren Feuerbeanspruchung des einzelnen Geschützes im zukünftigen Kriege würde diese Art von Verlusten an Artillerie voraussichtlich auf 100 % pro Jahr zu veranschlagen sein²⁾.

Diese Hinweise auf den Verbrauch an Artillerie und Artilleriemunition sind nur ein einzelnes Beispiel von vielen. Es muß in Betracht gezogen werden, daß die moderne Armee auch noch zahlreiche andere technische Kampfmittel benötigt, wie Flugzeuge, Tanks, Panzerkraftwagen, Gasmasken usw. Dazu kommt der Train, Nachrichtenmittel aller Art, Bekleidung, Verpflegung usw. usw., von den gewaltigen finanziellen Mitteln und von der Organisation der Etappe ganz abgesehen.

Alle diese materiellen Mittel unterliegen einem dauernden Verbrauch bzw. der Vernichtung und

¹⁾ Shigur, Der zukünftige Krieg und die Aufgaben der Landesverteidigung der UdSSR., S. 56 ff. Moskau 1928.

²⁾ Die Verantwortung für alle Zahlenangaben muß den zitierten Verfassern vorbehalten bleiben.

müssen fortlaufend, und zwar in steigendem Maße ersetzt werden. Die Erfahrungen zeigen, daß die Anforderungen der Truppe und des gesamten Heeresapparates im Kriege an das Hinterland von Jahr zu Jahr wachsen, ohne jemals eine stabilisierte Dauernorm zu erreichen. In dieser Beziehung diktieren sich die kriegführenden Staaten gegenseitig das Gesetz des Handelns, bis entweder militärische Ereignisse an der Front eine eindeutige Entscheidung herbeiführen oder die eine Seite ihre sämtlichen Hilfsquellen erschöpft hat und das Wettrennen aufgeben muß. Hierher gehört auch die Erschöpfung der moralischen Kampfkraft eines der Gegner.

Diese und ähnliche Betrachtungen gewinnen an Bedeutung, wenn man die mutmaßliche Dauer eines künftigen Krieges in Betracht zieht. Die 1914 vielfach herrschende Meinung, daß ein Krieg in unserem Jahrhundert nicht von langer Dauer sein könne, ist von der Geschichte widerlegt worden. Heute dürfte es niemand geben, der den damaligen Irrtum ernsthaft wiederholen würde. In der UdSSR. geht jedenfalls die Meinung dahin, daß mit einer langen Kriegsdauer gerechnet werden muß. Die offizielle kommunistische Doktrin spricht sogar von einer ganzen „Periode von imperialistischen und revolutionären Kriegen“. Die gesamte Wehrpolitik des Rätestaates ist in diesem Sinne ausgerichtet, zumal auch mit den Gefahren einer möglichen wirtschaftlichen Blockade gerechnet wird, die an dem deutschen Beispiel im Weltkrieg studiert werden. Wenn auch der Rätestaat über unerschöpfliche Rohstoffquellen verfügt, so können ihm ähnliche Gefahren erwachsen aus dem Mangel an Industrie, die diese Rohstoffe fördert und verarbeitet und aus der Unzulänglichkeit der Transportmittel, die die Rohstoffe und Fertigfabrikate unter die jeweiligen Verbraucher verteilt.

Wenn der Rätestaat, seiner offiziellen Doktrin gemäß, sich heute auf künftige revolutionäre Angriffskriege vorbereitet, so muß er von den realen Gegebenheiten ausgehend, die Voraussetzungen zu schaffen suchen, die ihm alle notwendigen Hilfsmittel für die Durchführung seiner Politik in die Hand geben.

3. Die Grundzüge der wirtschaftlichen Mobilmachung der UdSSR.

Die militärische Kraft eines Landes ist in unserem Jahrhundert stärker denn je von wirtschaftlichen Faktoren abhängig. War die technische Rückständigkeit Rußlands eine der Hauptursachen seiner Niederlage im Weltkrieg, so wird in der UdSSR. daraus die praktische Konsequenz in Gestalt der Industrialisierung des Landes (Rüstungsindustrie) gezogen.

Wir sehen hier davon ab, die besonderen ideologischen Gründe zu untersuchen, die mit dem Aufbau einer großen modernen Industrie die „Produktion von Proletariern“ als den Trägern des neuen Staates bezweckt. Proletariat im Sinne von Marx und Lenin gibt es nur dort, wo es eine Industrie gibt. Wenn die UdSSR. als vorwiegend agrarisches Land mit seiner bäuerlichen Bevölkerung nichtsdestoweniger als „proletarischer Klassenstaat“ in die Arena der Geschichte getreten ist, so ist das ein gewisser Widerspruch, der einer Korrektur bedarf. Da diese in kurzer Zeit herbeigeführt werden soll, so kann es ohne harte zwangsweise Eingriffe in die organische Entwicklung des Landes nicht abgehen. Das wäre andeutungsweise die eine Seite des Industrialisierungsprogramms der Sowjetregierung.

Die andere, für uns entscheidende Seite, ergibt sich aus dem eingangs betonten Grunde. Von außen her gesehen, vom Standpunkt aller in der unmittelbaren Wirkungsnahe der UdSSR. gelegenen Staaten, muß die militärische Bedeutung der sowjetrussischen Wirtschaftspolitik, also der gewaltige Ausbau der Rüstungsindustrie auf Kosten aller anderen Industriezweige, im Mittelpunkt aller Betrachtungen stehen. Dieses um so mehr, als in der UdSSR. dem militärischen und strategischen Sektor des ersten Fünfjahresplanes von Anfang an die größte Aufmerksamkeit zugewendet wurde, was vom zweiten Plan in noch stärkerem Maße gesagt werden kann.

Auf dem XV. Kongreß der Kommunistischen Partei wurde das Zentralkomitee beauftragt, in der Richtung der Kriegsfertigkeit der Roten Armee und Flotte und der Schaffung der für den Kriegsfall notwendigen Voraussetzungen und Reserven eine besonders energische Tätigkeit zu entfalten. In bezug auf den ersten Fünfjahresplan wurde gesagt,

es sei notwendig, bei der Aufstellung und bei der Durchführung des Planes den Hauptnachdruck „auf die schnellste Entfaltung derjenigen Zweige der Volkswirtschaft, besonders der Industrie, zu legen, denen in erster Linie die Sicherstellung der Landesverteidigung und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit des Landes im Kriegsfall zukommen würde“¹⁾. Es wurde die Forderung aufgestellt, daß nicht nur die Planungs- und Wirtschaftsorgane, sondern auch die gesamte Partei unentwegt ihre Aufmerksamkeit auf alle Fragen der Landesverteidigung im Zusammenhang mit dem Fünfjahresplan lenken sollten.

Im Rätestaat wird, wie wir bereits gesehen haben, bei allen Kriegsvorbereitungen grundsätzlich von Landesverteidigung gesprochen. Auch der revolutionäre Angriffskrieg ist in der bolschewistischen Ideologie bekanntlich nur ein Verteidigungskrieg und alle auf ihn berechneten praktischen Maßnahmen der Sowjetregierung sind Verteidigungsmaßnahmen. Wir wissen jedoch aus der offiziellen Kriegsdoktrin des Kommunismus, welches die eigentlichen Ziele der revolutionären Politik der UdSSR. sind und daß der Begriff der Landesverteidigung nur eine Umschreibung für den geplanten Angriff auf die übrige Welt ist. Wenn wir nachfolgend in Anlehnung an die offizielle Ausdrucksweise der Sowjets den Begriff „Landesverteidigung“ benutzen, so stets im Sinne der eigentlichen aggressiven Absichten des Bolschewismus, wie sie sich aus seiner offiziellen Kriegsdoktrin ergeben.

Die großzügige Propaganda für die Landesverteidigung und die Propaganda für den wirtschaftlichen Aufbau sind aufeinander abgestimmt. Werden die gewaltigen Kapitalaufwendungen für die Industrie mit den militärischen Interessen des Landes begründet, so wird umgekehrt das Vorhandensein einer großen „sozialistischen Wirtschaft“ als das stärkste Bollwerk für die militärische Kraft des Landes bezeichnet.

Die Propaganda geht in dieser letzten Beziehung so weit, daß sie die Staaten der kapitalistischen Umwelt als unfähig bezeichnet, ihre Wehrwirtschaft auf der Grundlage ihres

¹⁾ Wenzow, Die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung der UdSSR., S. 52. Moskau 1928.

ökonomischen und sozialen Systems den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend zu organisieren: „Die Anforderungen des modernen Krieges überschreiten den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft. Der Krieg erfordert die größtmögliche Konzentration der wirtschaftlichen Kräfte, die planmäßige Ausnutzung sämtlicher Elemente der Nationalwirtschaft. Die Regierungen der kapitalistischen Länder sind gezwungen, die Schaffung besonderer Apparate für den Kriegsfall vorzusehen, sie sind gezwungen, den Umfang und die Formen der staatlichen Regulierung des Wirtschaftslebens zu verstärken und häufig solche Wirtschaftsprinzipien in den Vordergrund zu stellen, die sich in einem unmittelbaren Gegensatz mit den privatrechtlichen Interessen einzelner Personen und Unternehmungen befinden. Alles das kompliziert und erschwert die Ausnutzung der materiellen Hilfsquellen der kapitalistischen Staaten unter den Bedingungen des Krieges.“¹⁾

Die Voraussetzungen in der UdSSR. seien in dieser Beziehung völlig anders geartet, erklärt Wenzow in diesem Zusammenhang. Von Jahr zu Jahr festigen sich die Grundlagen der Planwirtschaft. Die Kommandohöhen des sozialistischen Sektors der Volkswirtschaft wachsen beständig. „Auf der Grundlage der bedeutenden wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre, des Überganges zu einer neuen, höheren Produktionstechnik, der Rationalisierung der Produktion und der Festigung des Zusammenschlusses zwischen Stadt und Land — festigt sich auch die Verteidigungsfähigkeit des Rätebundes“²⁾.

Diese Gegenüberstellung ist einer der Propagandakniffe der Sowjetregierung, um ihre Maßnahmen vor den Massen der Bevölkerung zu rechtfertigen und um den wünschenswerten Optimismus dieser Massen nicht erlahmen zu lassen. Doch von der Propaganda und den ideologischen Gesichtspunkten der rätebündischen Wirtschaftspolitik abgesehen, sind die geschilderten Erfahrungen des Weltkrieges der praktische Ausgangspunkt dieser Politik.

¹⁾ Wenzow, Die Volkswirtschaft und die Landesverteidigung der UdSSR., S. 53. Moskau 1928.

²⁾ Wenzow, ebenda.

Die unmittelbaren Beziehungen zwischen der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Landesverteidigung sind der weitaus beherrschende Gesichtspunkt für den Versuch der Sowjetregierung, einen nach außen hin militärisch und wirtschaftlich starken Staat aufzubauen. Das Industrialisierungsprogramm hat das Ziel, Industrie und Landwirtschaft in ein solches Verhältnis zueinander zu bringen, daß beide gemeinsam in der Lage sind, die Bedürfnisse des Landes im Frieden wie im Kriege aus eigener Kraft zu decken. „Wir müssen die Sache so einrichten, daß das Kämpfen und Streben unserer Wirtschaftler darauf gerichtet ist, unser Land aus einem Land, das seine Maschinenausrüstung importiert, in ein Land zu verwandeln, das diese Ausrüstung produziert. Darin liegt auch die Hauptgarantie für die wirtschaftliche Selbständigkeit unseres Landes.“ Diese Sätze aus der Rede Stalins auf dem XIV. Parteitag in Moskau kennzeichnen die gestellte Aufgabe von ihrer technischen und industriellen Seite her.

Der ungeheure Materialbedarf und Verbrauch des modernen Krieges erfordert eine Industrie von solchem Umfang, daß sie über die Friedensbedürfnisse des Staates und der Volkswirtschaft weit hinaus auch den gesteigerten Anforderungen des Krieges gewachsen ist. Die Industrie muß instande sein, sich im Kriegsfall möglichst schnell auf die neuen Erfordernisse umzustellen. Doch selbst bei den umfassendsten Friedensvorbereitungen wird die Industrie im Ernstfall einer gewissen Anlaufzeit bedürfen, um das erforderliche Produktionsniveau an Kriegsgeräten aller Art zu erreichen. Die Dauer dieser Anlaufzeit wird in verschiedenen Zweigen der Industrie in Abhängigkeit vom jeweiligen technischen Produktionsprozeß verschieden sein und in komplizierten Fällen eine Reihe von Monaten beanspruchen. Das zu lösende Problem besteht in der möglichst weitgehenden Herabsetzung dieser Fristen. Die Vorarbeiten in dieser Beziehung müssen im Frieden einsetzen.

Wenzow betont die Notwendigkeit, daß in allen Industriewerken, die bereits früher einmal für die Zwecke der Landesverteidigung gearbeitet haben, besondere „Zellen der Kriegsproduktion“ erhalten bleiben. Das würde den Werken die Möglichkeit geben, sich bereits im Frieden mit

dem Charakter der Produktion vertraut zu machen, die für sie nach dem wirtschaftlichen Mobilmachungsplan für den Kriegsfall vorgesehen ist. Das bedeutet mit anderen Worten die vollkommene Militarisierung des größten Teils der Sowjetindustrie, d. h. desjenigen Teils der Industrie, der im Frieden ganz andere Aufgaben zu erfüllen hat.

Die spezielle Rüstungsindustrie, die auch im Frieden für militärische Zwecke tätig ist, bildet den Kern der gesamten Wehrwirtschaft des Staates. Ihr obliegt es, im Frieden große Heeresvorräte herzustellen, die den Bedarf der Armee und der Etappe in den ersten Kriegsmonaten decken sollen. Ihre Aufgabe ist es, in der ersten Periode des Krieges während der Anlaufzeiten für die übrige Industrie den Materialersatz für die Armee aus eigener Kraft zu bestreiten.

Die bisherigen Industrialisierungspläne der Sowjetregierung sind fast ausschließlich von diesen Gesichtspunkten beherrscht gewesen. Das praktische Ergebnis des ersten Jahres war die Schaffung einer großen Rüstungsindustrie. Die größten Kapitalinvestitionen sind in den besonders kriegswichtigen Schlüsselindustrien vorgenommen worden. Die Eisen- und Stahlproduktion, die Naphthagewinnung, der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Elektrowirtschaft usw. haben in jeder Beziehung eine bevorzugte Förderung erfahren. Ihnen gegenüber mußte die Konsumwarenindustrie stark zurückstehen.

In dieser Beziehung hat sich auch im zweiten Plan nichts geändert, obwohl in der offiziellen Propaganda erklärt wurde, daß die Erzeugung von Gegenständen des täglichen Bedarfs nunmehr in den Vordergrund treten solle. Zwar sind Bemühungen in dieser Richtung im Gange, diktiert durch innerpolitische Gesichtspunkte, durch die Notwendigkeit, den Sowjetbürger die bisherigen „Erfolge“ der rätebündischen Wirtschaftspolitik in gewissem Umfange endlich am eigenen Leibe spüren zu lassen; diktiert durch die Gefahren, die aus dem auf der gesamten Bevölkerung seit fast zwei Jahrzehnten ununterbrochen lastenden Druck trotz ihrer slawischen Geduld schließlich erwachsen können – doch bleiben diese Bemühungen nach wie vor von der offiziellen Rüstungspsychose überschattet.

Zu den Kernproblemen der Wehrwirtschaft gehört die Notwendigkeit, die Standorte der Industrie so zu wählen, daß sie im Kriegsfall vom Gegner schwer bzw. überhaupt nicht angegriffen werden können. Die kriegswichtigen Industriezentren des Landes müssen in das Landesinnere verlegt werden, in möglichst großer Entfernung von den in Frage kommenden künftigen Kriegsschauplätzen. Der Ural und Westsibirien sind die wirtschaftlichen Rüstungszentren der Sowjetunion. Ihre militärisch-strategische Lage im Mittelpunkt des europäisch-asiatischen Raumes der UdSSR. ist hervorragend. Zu voller Wirksamkeit können sie jedoch nur dann gelangen, wenn die Transportverhältnisse ihre ununterbrochene Verbindung mit allen wichtigen Teilen des Landes und besonders im Kriegsfall mit der kämpfenden Truppe sicherstellen.

4. Transportschwierigkeiten und Verkehrsprobleme

Wir müssen es uns versagen, im Rahmen der vorliegenden Untersuchung auf die qualitativen und quantitativen Ergebnisse der bisherigen Industrialisierungspolitik der Sowjetregierung näher einzugehen. In dieser Beziehung sei auf die vorhandene Spezialliteratur verwiesen. Jedoch müssen wir die Transportverhältnisse im Rätestaat und die allgemeinen Verkehrsprobleme der UdSSR. mit einigen Worten streifen, da sie weitaus im Mittelpunkt derjenigen Schwierigkeiten stehen, die sich für die Kriegsbereitschaft der Sowjetunion ergeben.

Die Eisenbahnen gehören nach wie vor zu den gefährlichsten „Engpässen“ der Sowjetwirtschaft. Seit Jahr und Tag wird in den Berichten der Regierung, auf den Partei- und Rätekongressen, in zahlreichen Verordnungen und in der Sowjetpresse auf diesen Übelstand hingewiesen, ohne daß bisher eine nennenswerte Besserung zu verzeichnen wäre. Auch Molotow mußte auf dem letzten Sowjetkongreß in Moskau (1935) diesen Tatbestand erwähnen.

Nach Angabe von Kuibyschew (Januar 1935)¹⁾ sind im ersten Fünfjahresplan 7,4 Milliarden Rubel und in den beiden ersten

¹⁾ Vgl. „Iswestija“ vom 12. Januar 1935.

Jahren des zweiten Planes 5,4 Milliarden Rubel im Eisenbahnwesen investiert worden. Auch auf dem Gebiet der Materialversorgung sind ihm zufolge namhafte Anstrengungen gemacht worden. So hat die Belieferung des Volkskommissariats für Verkehrswesen mit Walzerzeugnissen im Jahre 1934 877 000 Tonnen (gegenüber 506 000 Tonnen im Jahre 1930) betragen. Auch der Lokomotiv- und Waggonpark weist eine beachtliche Zunahme auf: 1327 Lokomotiven und 29 600 Doppelachsen Waggonmaterial gegenüber 625 bzw. 15 000 im Jahre 1930. Recht bedeutende Materiallieferungen sind für Remontierungszwecke und für die Produktion von Ersatzteilen erfolgt.

Unter den übrigen Maßnahmen ist die Bildung der „Politischen Abteilungen“ zu nennen. Diese „politodjely“, die sich aus besonders zuverlässigen Parteimitgliedern rekrutieren und mit weitgehenden Kontrollbefugnissen ausgestattet wurden, sollten zahlreiche Mängel und Mißstände beseitigen, „eiserne Disziplin“ schaffen, den Kampf mit den „klassenfeindlichen Elementen, den Saboteuren und Opportunisten“ führen, kurz – um einen Ausdruck aus der Gründungsverordnung zu gebrauchen –, „das Auge der Partei“ sein. Auch in der Verwaltung, in der Aufstellung der Transportpläne, im Lohnsystem usw. wurden in den letzten Jahren wichtige Veränderungen vorgenommen. Schließlich haben die Wasserwege und der Automobiltransport zwecks Entlastung des Verkehrskommissariats selbständige Verwaltungsressorts erhalten, so daß das Verkehrskommissariat alle Kräfte auf die Eisenbahnen konzentrieren konnte.

Trotz aller dieser Maßnahmen hat die Tätigkeit der Eisenbahnen nur sehr geringe Fortschritte aufzuweisen. 1933 und 1934 sind die Voranschläge unerfüllt geblieben trotz der kleinen Besserung, die sich zuletzt bemerkbar gemacht hat.

Was sind die Ursachen dieser Mißerfolge? Kuibyschew weist darauf hin, daß die Vertreter der Eisenbahnen sich auf den quantitativen Mangel an rollendem Material zu berufen pflegen. Es müsse jedoch demgegenüber festgestellt werden, daß die Ausnutzung des vorhandenen Materials vollkommen ungenügend war. So sollte z. B. der

tägliche Lokomotivlauf im Jahre 1934 nach dem Voranschlag durchschnittlich 180 km betragen, es wurden jedoch nur 169,5 km gegen 163,5 km im Jahre 1932 erreicht. Die Zahl der „kranken Lokomotiven“ betrug 20,7% des gesamten Parks und überschritt den im Plan vorgesehenen Prozentsatz in beträchtlichem Umfang. Das heißt mit anderen Worten, daß rund $\frac{1}{5}$ aller Lokomotiven im Laufe des ganzen Jahres außer Betrieb war (und wohl noch ist).

Die Ausnutzung des Waggonparks war noch schlechter. Trotz der neu in Dienst gestellten 27000 Waggons ist der arbeitende Waggonpark gegenüber dem Vorjahr stabil geblieben. Mit Recht fragt daher Kuibyschew: „Wo sind denn diese Waggons geblieben?“ Es stellt sich heraus, daß ein unverhältnismäßig großer Teil von ihnen für die eigenen Bedürfnisse der Eisenbahnen Verwendung gefunden hat. Trotz des in Dienst gestellten neuen Materials ist die Zahl der betriebsunfähigen Waggons von 5,1% auf 5,4% gestiegen. Von Jahr zu Jahr nimmt der Leerlauf des Wagenparks zu: 1931 betrug er 26,9% und 1934 – 29%. „Man sollte annehmen“ – bemerkt Kuibyschew ironisch –, „daß die Waggons für den Gütertransport bestimmt sind, stattdessen läuft fast $\frac{1}{3}$ von ihnen leer.“ Die Ausnutzung des rollenden Materials ist so schlecht organisiert, daß die Waggons $\frac{2}{3}$ ihrer Arbeitszeit in Erwartung der Lokomotive oder des Rangierens und infolge der Umladearbeiten stehen mußten, sodaß sie nur $\frac{1}{3}$ ihrer Zeit wirklich in Bewegung waren. Kuibyschew ist daher zu der Feststellung gezwungen, daß der durch die gesteigerten Materiallieferungen an sich möglich gewesene Nutzeffekt infolge der schlechten Arbeit der Eisenbahnen selbst aufgehoben worden ist.

Zu den erwähnten traten noch eine Reihe anderer Mängel. Die Remontierung des rollenden Materials blieb konstant hinter den Plänen zurück, die Verteilung des Waggonparks auf der Strecke war schlecht organisiert, Havarien waren an der Tagesordnung. Die Zahl der Eisenbahnunglücke hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Die unhaltbaren Verhältnisse führten im Frühjahr 1935 zur Ergreifung besonderer Maßnahmen durch Einsetzung des ersten Parteisekretärs Kaganowitsch zum Verkehrskommissar mit diktatorischen

Vollmachten. Aber auch sein brutales Vorgehen gegen die Eisenbahnbeamten hat bisher keine wesentliche Besserung der katastrophalen Verkehrsverhältnisse gebracht.

Auch der Bau von neuen Eisenbahnlinien ist um 18% hinter den Plänen zurückgeblieben. „Der Eisenbahnbau ist so schlecht organisiert, daß die Regierung immer wieder gezwungen ist, die Termine für die Inbetriebnahme neuer, für die Volkswirtschaft äußerst wichtiger Magistralen, hinauszuschieben.“ Ebenso schreitet auch die Elektrifizierung der Eisenbahnen nur langsam vorwärts.

Wir haben am Beispiel der Eisenbahnen gezeigt, welche Schwierigkeiten, die sich zum großen Teil aus dem Wirtschaftssystem der UdSSR. und aus anderen Gründen (z. B. Mangel an qualifiziertem Personal) ergeben, für die Erfüllung der praktischen Erfordernisse der Volkswirtschaft erwachsen. Man könnte in analoger Weise auch die anderen Zweige der rätebündischen Wirtschaft betrachten und würde zu ähnlichen Ergebnissen gelangen.

Es ist einleuchtend, was solche Erscheinungen für die militärische Kraft des Landes im Kriegsfall bedeuten müssen. Es ist daher verständlich, warum gerade der Kriegskommissar Wöröschilow immer wieder gegen die Mängel im Verkehrswesen der Sowjetunion anrennt. Daraus erklärt sich weiter, daß das Verkehrskommissariat im Laufe der Jahre wohl den häufigsten Personalwechsel in seinen leitenden Instanzen erfahren hat.

*

Die Wehrpolitik der UdSSR. sieht sich vor die Aufgabe gestellt, die Transportmittel des Landes den Erfordernissen der Landesverteidigung anzugleichen. Vom ersten Mobilmachungstag an wird im Kriegsfall der Charakter der Arbeit der Eisenbahnen einschneidend verändert. Der sofort einsetzende Massentransport von Menschen, Tieren usw. aus allen Teilen des Landes zu den Sammelpunkten, der Massentransport von Truppen und Kriegsmaterial aus den Garnisonen und Sammelpunkten an die Front stellen an die Transportmittel des Landes ungeheure Anforderungen, besonders wenn große Räume zu überwinden sind. Alles

das erfordert ein genügend ausgebautes Eisenbahnnetz, ein technisch einwandfreies Eisenbahnmateriale und eine ausgezeichnete Organisation des Verkehrs.

Die erste praktische Aufgabe in Erfüllung der Forderung des XV. Parteikongresses, daß die Transportmittel den Bedürfnissen der Landesverteidigung angepaßt werden müssen (und aller ähnlichen Beschlüsse späterer Partei- und Sowjetkongresse) läuft zunächst darauf hinaus, das bestehende Eisenbahnnetz einer grundlegenden Rekonstruktion zu unterziehen. In technischer Beziehung handelt es sich um die Erneuerung des rollenden und liegenden Materials, den Ausbau des vorhandenen Verkehrsnetzes, die Elektrifizierung, die Modernisierung sämtlicher Anlagen, die Vergrößerung des Lokomotiv- und Waggonparks, den Ersatz des vorhandenen Schienenoberbaues durch stärkere Profile, wodurch die notwendige stärkere Belastung mit modernem rollendem Material überhaupt erst ermöglicht wird. Organisatorisch handelt es sich darum, den gesamten Verwaltungsapparat rationell und modern zu gestalten und für einen qualifizierten Personalnachwuchs zu sorgen. Der Endzweck aller Maßnahmen muß es sein, die Voraussetzungen für die wichtigsten Anforderungen zu erfüllen, die der Krieg an das Eisenbahnnetz stellt:

1. Maximale Verkehrsgeschwindigkeit,
2. Massenleistung,
3. Pünktlichkeit.

Daneben ist zu berücksichtigen, daß gerade das Eisenbahnnetz von den ersten Kriegstagen an feindlichen Fliegerangriffen ausgesetzt werden wird. Wenzow weist auf die Notwendigkeit hin, den Luftschutz auf den Eisenbahnen großzügig auszubauen. Das gesamte Eisenbahnpersonal, besonders in den Grenzgebieten, müsse im Kampf gegen feindliche Flieger und gegen chemische Angriffsmittel des Gegners ausgebildet werden.

Eine weitere Aufgabe besteht in der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes. Die Grenzen zwischen reinen Wirtschaftsbahnen und strategischen Bahnen können unter den modernen Verhältnissen nicht immer streng gezogen werden.

Jede rein wirtschaftlichen Zwecken dienende Bahn hebt indirekt auch die militärische Kraft des Landes. Dies gilt besonders von den großen Verbindungslinien zwischen den kriegswichtigen Rohstoff- und Industriegebieten. Der rein strategische Charakter der Bahnen kommt vor allem in dem den Bedürfnissen der Front unmittelbar entsprechenden Eisenbahnnetz zum Ausdruck. Das sind die aus dem Innern des Landes in die Grenzgebiete führenden Strecken und die parallel zur Landesgrenze verlaufenden Linien, die strategische Manöver und operative Truppenverschiebungen ermöglichen.

Diese Gesichtspunkte spielen in den Eisenbahnneubauten der Sowjetregierung eine große Rolle. Auf die militärische und politische Bedeutung der Turksib-Bahn ist an anderer Stelle hingewiesen worden. Die Eisenbahnbauten der UdSSR. an den westlichen und östlichen Grenzen der Mandschurei sowie zum Ochotskischen Meer sind von rein strategischen Überlegungen diktiert. Die Transsibirische Bahn hat aus ähnlichen Gründen (von kleinen Abschnitten abgesehen) bis östlich von Tschita ein zweites Gleis erhalten. Auch an den Westgrenzen der UdSSR. werden neue Bahnen gebaut, die in erster Linie für offensive Zwecke bestimmt sind. Das gilt insbesondere von dem Ausbau des Eisenbahnnetzes im Gebiet nördlich der Pripet-sümpfe. Ferner wurden in dem für den Aufmarsch im Westen besonders wichtigen Raum zwischen der Wolga und der Grenze eine ganze Reihe von neuen Eisenbahnverbindungen geschaffen, die in ost-westlicher bzw. in nord-südlicher Richtung verlaufen.

*

Es darf auch auf die großen Zukunftspläne verwiesen werden, die im Zusammenhang mit dem nördlichen Seeweg und seiner Verbindung über das sibirische Stromnetz mit den sibirischen Eisenbahnen ein gewaltiges Verkehrssystem schaffen wollen, das den ganzen europäisch-asiatischen Raum des Sowjetstaates verkehrspolitisch organisieren soll.

Der große Eifer, mit dem die Arktisforschung von der Sowjetregierung unterstützt wird, verfolgt den praktischen

Zweck, den sog. nördlichen Seeweg, d. h. die maritime Verbindung von der Ostsee über den neuen Kanal zum Weißen Meer und von dort über die Barents-See und das Karische Meer in die Mündungsgebiete des Ob und des Jenissej (und in geringerem Umfang der Lena) wirtschaftlich nutzbar zu machen. Durch eine spätere Regulierung der sibirischen Ströme und entsprechende Kanalverbindungen, wirksam unterstützt durch entsprechende Eisenbahnbauten, könnte auf diese Weise eine großzügige verkehrspolitische Erschließung des an Rohstoffen aller Art unbegrenzt reichen Raumes stattfinden, die für die militärische Kraft der Sowjetunion größte Bedeutung erhalten könnte. Solche Pläne erfordern jedoch einen so gewaltigen Aufwand an Kapital und Arbeit, daß sie heute noch nicht in den Gesichtskreis praktischer Erörterungen zu ziehen sind, wenschon sie im Hinblick auf künftige Möglichkeiten auch heute bereits ein gewisses Interesse beanspruchen dürfen.

Die Bezwingung der sowjetrussischen Raumweite in der Luft ist schließlich auch eines der aktuellen Probleme der modernen Verkehrsentwicklung in der Sowjetunion. Der Luftfahrt wird aus naheliegenden Gründen in der UdSSR. die größte Aufmerksamkeit entgegengebracht. Sie gewinnt in dem Maße an praktischer Bedeutung, wie die anderen Verkehrsmittel sich noch nicht auf der erforderlichen Höhe zeigen. Außerdem ist das Flugzeug dasjenige moderne Verkehrsmittel, das bei einem verhältnismäßig geringen Aufwand an finanziellen Mitteln eine schnelle und sichere Überwindung großer Räume gestattet. Die militärische Bedeutung des rätebündischen Luftverkehrsnetzes ergibt sich aus den einfachsten Überlegungen von selbst.

Neben dem Flugzeug hat in der UdSSR. auch der Luftschiffbau zu praktischen Versuchen geführt, deren Ergebnisse sich zwar mit den Leistungen des Auslandes nicht messen können, trotzdem der Beachtung wert sind. Die leitenden Gesichtspunkte bei diesen Plänen sind in erster Linie militärischer Art, wenn sie auch äußerlich weniger in den Vordergrund gestellt werden als die rein wirtschaftlichen. Unter den besonderen Bedingungen der Raumweite des Sowjetstaates mit seinen mangelhaften Transportverhältnissen

decken sich in diesem Falle beide Ziele. Der hauptsächlichste Wert einer gut ausgebauten und leistungsfähigen Luftschiffahrt liegt für die UdSSR. im Kriegsfall weniger in der Verwendung des Luftschiffes als aktive Kampfmaschine an der Front und über feindlichem Gebiet, wo beim heutigen Stand der Kriegsflugtechnik in erster Linie das Flugzeug in Frage kommt, als in der Organisation der Etappe, in deren Mittelpunkt das Transportwesen steht: schnelle Überwindung größter Entfernungen mit großer Nutzlast ohne Zwischenlandung, also Verbindung der weit auseinanderliegenden Teile des Sowjetstaates miteinander, vor allem des fernöstlichen Gebietes mit den Industriezentren. Das Schwergewicht der Verwendung der Luftschiffe liegt zunächst durchaus im asiatischen Teil der Sowjetunion.

Der gegenwärtige Stand des sowjetrussischen Luftschiffbaues wird in der UdSSR. selbst sehr optimistisch beurteilt und bedarf wohl mancher Einschränkungen. Im Bau kleinerer Luftschiffe des halbstarren Systems dürften jedoch die bisherigen Ergebnisse dahingehend bewertet werden, daß ihr praktischer Einsatz über kurz oder lang zur Tatsache werden wird. Auch kleinere Luftschiffe können unter Berücksichtigung des ihnen zgedachten Sonderzweckes wertvolle Dienste leisten.

Bei der Betrachtung der Wehrpolitik des Rätestaates darf man durchaus nicht immer nur bei den praktischen Ergebnissen stehen bleiben, die mit dem einzelnen Versuch erzielt werden. Der entscheidende Faktor ist der auf die Erzwingung maximaler rüstungspolitischer Ergebnisse gerichtete Wille. Wenn die technische Rückständigkeit des Landes, der Mangel an qualifizierten Kräften usw. diesem Willen in der Praxis manche Grenze setzen, so müssen dennoch jedes Volk und jeder Staat, die eines Tages das Objekt der offensiven Politik des Bolschewismus werden können, jeden Schritt der UdSSR. besonders auf militärischem Gebiet aufmerksam verfolgen. Mißerfolge der Gegenwart können eine Quelle der Erfahrung für die Zukunft werden. Schließlich können wir an der Entwicklung der Sowjetunion erkennen, daß kein Opfer — selbst auf ideologischem Gebiete — gescheut wird, um dem gesteckten Endziel näherzukommen.

5. Wirtschafts-Imperialismus

Es ist an verschiedenen Stellen der vorliegenden Untersuchung auf wirtschaftliche Erscheinungen in der UdSSR. hingewiesen worden, die in einem krassen Widerspruch mit den offiziellen Lehren des Kommunismus zu stehen scheinen. Wir geben nur einige Stichworte: die „Nep“ des Jahres 1921, Stalins Aufsatz vom März 1930 gegen die „linken Übertreibungen“ und seine Rede vom Juni 1931 mit den Forderungen der kaufmännischen Betriebsführung, des Leistungslohnprinzips in Industrie und Landwirtschaft, der Wiederherstellung der persönlichen Verantwortlichkeit. Es wäre weiter zu nennen das Dekret gegen die Zwangskollektivierung des Viehs im Frühjahr 1932, die Zulassung des Kolchoshandels und schließlich die Abschaffung der Brotkarte Anfang 1935. Man könnte noch mehr solche Beispiele nennen, die im Auslande oft falsche Vorstellungen über die politische Bedeutung solcher „Abweichungen“ hervorrufen.

Zusammenfassend wäre die Frage zu beantworten, was alle diese Abweichungen bedeuten? Läge nicht der Schluß nahe, daß der Rätestaat einem Evolutionsprozeß von innen unterliegt, der ihn allmählich grundlegend verändert, den Bolschewismus und damit seine Doktrin praktisch aufhebt?

Daß der Kommunismus als Wirtschaftsutopie in der Sowjetunion eine Riesenniederlage erlitten hat, unterliegt nicht dem geringsten Zweifel. Die Frage darf aber heute nicht als Frage nach dem Schicksal des Kommunismus als Wirtschaftsutopie in der Räteunion gestellt werden. Es fragt sich vielmehr, ob mit dem Zusammenbruch des Kommunismus als Wirtschaftsutopie auch der bolschewistische Machtanspruch auf die Herrschaft in „einem Lande und im Weltmaßstab“ erloschen sei. Diese Frage muß nach allen Erfahrungen vieler Jahre entschieden verneint werden.

Die Politik der UdSSR. ist sowohl in der Sphäre der Erweiterung ihrer industriellen Grundlagen (unter ausschlaggebender Berücksichtigung der Rüstungsindustrie), wie in jener der Ausgestaltung ihrer auswärtigen Beziehungen alles

andere als eine Politik weiser Selbstgenügsamkeit, sondern eine Politik durchaus offensiver Zielsetzungen. Das wird ohne weiteres klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das industrielle Aufbauprogramm unter der Losung, „die fortgeschrittenen Industrieländer nicht nur einzuholen, sondern zu überholen“, in Angriff genommen worden ist. Was bedeutet dieses „Einholen und Überholen“ anderes als einen Wirtschaftskrieg in Permanenz? Denn nach erfolgter industrieller Sättigung des eigenen Landes, nach Überfüllung der eigenen Märkte, würde entweder eine rückläufige Bewegung in der Industrialisierung der Räteunion in Kauf zu nehmen sein, oder es würde der Kampf um auswärtige Märkte zu beginnen haben.

Es kann kein Zweifel daran sein, daß der Sowjetstaat sich zum letzteren würde entschließen müssen. Und daß der Sowjetstaat diesen Kampf mit allen nur denkbaren Mitteln führen würde, zeigt schon sein Verhalten bei den wiederholten Eroberungsversuchen von Märkten für seine Rohstoffausfuhr (Öl, Holz, Weizen u. a.) in den letzten Jahren, bei denen auch vor wildem Dumping nicht zurückgeschreckt wurde.

Die Folgen eines solchen Wirtschaftskrieges in Permanenz gehen aus den politischen Lehren des Bolschewismus selbst klar und eindeutig hervor. Lenin betont immer wieder (und seine Nachfolger wiederholen es unentwegt), daß die Kriege in unserem Zeitalter um die „Eroberung von Rohstoff- und Ausfuhrmärkten“ geführt werden. Ein solcher Kampf um die Märkte wird als „Imperialismus“ bezeichnet. Hört eine solche Politik auf, „Imperialismus“ zu sein, wenn sie nicht nur von den „kapitalistischen“, sondern auch vom „sozialistischen Staat der Arbeiter und Bauern“ geführt wird? Selbstverständlich nein!

Es muß an dieser Stelle nicht erst bewiesen werden, daß die Sowjetindustrie heute noch weit davon entfernt ist, den Bedarf des eigenen Landes zu decken, und daß auch in der UdSSR. die Bäume nicht in den Himmel wachsen. Aber hier kommt es nicht darauf an, den tatsächlichen Entwicklungsstand des Rätestaates heute oder in allernächster Zukunft festzustellen, sondern die politischen Entwicklungstendenzen auf weitere Sicht aufzudecken. Hierbei kommen wir

zu der grundsätzlich wichtigen Erkenntnis, daß diese Entwicklungstendenzen nach den Selbstzeugnissen der Sowjettheoretiker und nach den Grundauffassungen des Leninismus selber – alle objektiven Merkmale der als „Imperialismus“ bezeichneten Politik tragen! Und zwar in gesteigerter Potenz! Wird nach der leninistischen Auffassung der „Imperialismus“ in der Welt der bürgerlichen Staaten durch die „Vorherrschaft des Kapitals“ bestimmt, das sich in den Händen von einzelnen Kapitalisten bzw. von Vereinigungen von Kapitalisten befindet, so ist im Rätestaat, dem Lande des „vergesellschafteten Kapitals“, gerade dieses im Sinne des Leninismus objektive Merkmal des „Imperialismus“ in äußerst konzentrierter Form gegeben: der Sowjetstaat selbst ist mit der Überführung des Kapitals in seine Hände zum größten Kapitalisten der Welt geworden! Damit übt der Sowjetstaat ein kapitalistisches Monopol aus, das innerhalb seiner Grenzen konkurrenzlos ist und eine Macht darstellt, die nach außen hin einheitlich und „im Falle günstiger Umstände“ offensiv eingesetzt werden könnte¹⁾.

Die militärischen und wirtschaftlichen Rüstungen des Sowjetstaates, seine Industrialisierung und die Wahl seiner außenpolitischen Freunde bilden, unter solchen Gesichtspunkten betrachtet, ein durchaus einheitliches System. Die Frage, inwieweit der Kommunismus als Wirtschaftssystem in der UdSSR. verwirklicht wird oder nicht, bleibt daneben ziemlich belanglos. Je negativer die Entwicklung der UdSSR. in dieser Beziehung verläuft, um so stärker ist die von ihr ausgehende kommunistische Propaganda im Ausland. Der Bolschewismus erhebt einen totalen Machtanspruch für sich unter kommunistischen Parolen. Doch schreckt er keinen Augenblick davor zurück, seine Macht dort, wo er siegreich gewesen ist, mit einer völlig andersgearteten Praxis zu befestigen und weiter auszubauen.

Auch in dieser Beziehung ist die völlige Grundlosigkeit, wie wir in anderem Zusammenhang bereits fest-

¹⁾ Vgl. auch Adamheit, „Die neue Front der Sowjetpolitik“, Deutsche Wehr, 1935, Heft 21 und 23.

gestellt haben, sein einziges Prinzip. Die Diktatur der neuen Bürokratie ist das einzige Ziel, das unverrückbar bestehen bleibt. Ihr dienen alle wehrpolitischen Maßnahmen im Rätestaat. Die bolschewistische Revolution, die Organisation des bewaffneten Aufstandes in allen Ländern der Welt, nachdem die kritiklosen Massen auf den Köder der kommunistischen Parolen hereingefallen sind, bestimmen allein die Politik des Bolschewismus. Zur Erreichung dieses Zieles ist jedes Mittelrecht, was in der Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution mit brutaler Deutlichkeit gesagt wird. Und wenn die Preisgabe des geheiligten Dogmas als Notwendigkeit erkannt und vollzogen wird, so gilt das nicht als „Opportunismus“, sondern als eine revolutionäre Tat. Hinsichtlich seiner Macht- und Herrschaftsansprüche bleibt der Bolschewismus sich immer gleich: ein brutaler Imperialismus.

IV. Abschnitt

Der zukünftige Krieg

7. Kapitel. Der politische und militärische Charakter des zukünftigen Krieges

1. Die politischen Elemente des Krieges

Wir haben in dem Kapitel über die wirtschaftliche Ausrüstung Gelegenheit gehabt, einige allgemeine Gesichtspunkte der sowjetrussischen Beurteilung des zukünftigen Krieges, soweit sie für die Wehrwirtschaft des Landes wichtig sind, zu streifen. Wir haben uns jetzt mit der sowjetrussischen Auffassung vom Kriege in ihrer Anwendung auf den konkreten Fall einer möglichen zukünftigen bewaffneten Auseinandersetzung zu befassen.

Unter den verschiedenen Faktoren, die den Charakter eines Krieges bestimmen, stehen die politischen Elemente des Krieges im Mittelpunkt aller Betrachtungen der bolschewistischen Politiker und Militärs.

M. Frunse, der Nachfolger Trotzki's auf dem Posten des Kriegskommissars der UdSSR., hat im Jahre 1925 eine Analyse des Charakters des zukünftigen Krieges gegeben, die in ihren leitenden Gedanken auch heute als die sowjetamtliche Einstellung betrachtet werden darf.

Frunse betont an erster Stelle den Klassencharakter des nächsten Krieges und erklärt, daß dieser Krieg vom Rätestaat nicht als ein nationaler, sondern als ein revolutionärer Klassenkrieg geführt werden würde. Das bedeute, daß die Rote Armee ihn nicht für „irgendwelche engnationalistischen Interessen“, sondern für die „Sicherung der Errungenschaften der Revolution gegen die Anschläge der inneren und äußeren Klassenfeinde des Proletariats“ führen werde.

An zweiter Stelle steht bei Frunse der „allumfassende entscheidende Charakter“ des nächsten Krieges, nach dem er

beurteilt werden müßte: „Das wird kein Zusammenstoß wegen Kleinigkeiten sein, der eine schnelle Lösung finden kann. Nein, das wird ein Krieg zwischen zwei verschiedenen, einander ausschließenden gesellschaftlich-politischen und ökonomischen Systemen sein.“¹⁾

Frunse begründet seine Auffassung mit dem Klassencharakter der UdSSR. Der Rätestaat sei auf völlig anderen politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen aufgebaut als die ganze übrige bürgerliche Welt. In diesen beiden einander gegenüberstehenden Systemen komme ein unüberwindlicher Gegensatz zum Ausdruck, der zu einem scharfen und langwährenden Zusammenstoß führen müsse. Letzteres ergäbe sich daraus, daß der Rätestaat unter Berücksichtigung seiner großen Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen Hilfsquellen eine große Macht darstelle und daß andererseits mit der ganzen oder wenigstens einem großen Teil der kapitalistischen Welt als Gegner der UdSSR. zu rechnen sei.

Aus dieser Gegenüberstellung ist zu folgern, daß der Einsatz der Kräfte auf beiden Seiten unter durchaus verschiedenen politischen Voraussetzungen erfolgen wird. Der Krieg, als die bewaffnete Form des Klassenkampfes, wird nach sowjetrussischer Auffassung von vornherein vom jeweiligen Stand der Produktionskräfte und der Produktionsbeziehungen oder, mit anderen Worten, von den herrschenden Klasseninteressen und vom Stand des Klassenkampfes bestimmt werden.

Ein anderer Sowjettheoretiker, L. S. Amigarow, erklärt: „Deshalb müssen wir bei der Bestimmung des Charakters des zukünftigen Krieges des Imperialismus gegen die UdSSR. vom gegenwärtigen Stand der ökonomischen Struktur des Kapitalismus und des Sozialismus, vom gegenwärtigen Stand des Kampfes sowohl zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, als auch des Kampfes zwischen den imperialistischen Staaten ausgehen. Nur hier liegt der Schlüssel zum Verständnis des Charakters des Krieges, der von den kapitalistischen Staaten gegen uns vorbereitet wird.“²⁾

¹⁾ Zit. in: A. Wolpe, Die Landesverteidigung und M. W. Frunse, S. 22. Moskau 1928.

²⁾ L. S. Amigarow, Der Charakter des Zukunftskrieges, in: Krieg und Revolution, September/Oktober-Heft. Moskau 1934.

Die politischen Grundkräfte des Krieges werden also nach sowjetrussischer Auffassung auf den beiden gegnerischen Seiten nicht die gleichen sein. Die Sowjetunion, als der „Staat der Arbeiter und Bauern“, wird sich auf die breitesten Massen seiner Bevölkerung stützen, in deren Namen und für deren Interessen er angeblich den Krieg führen wird. Für den Sowjetpolitiker unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Massen mit Begeisterung zu den Waffen greifen werden, um die Errungenschaften der Revolution, ihrer Revolution, gegen alle feindlichen Anschläge zu verteidigen. Es unterliegt für ihn ferner keinem Zweifel, daß nur die Sowjetunion es wagen darf, über den wahren Charakter des Krieges offen zu sprechen.

Amigarow betont, daß die Fragestellung der Bourgeoisie in dieser Beziehung eine andere sei. Infolge ihrer besonderen Klasseninteressen sei sie gezwungen, sowohl den tatsächlichen Charakter des zukünftigen Krieges, wie ihre Ziele und Aufgaben in ihm zu „maskieren“. Diese Maskierung erblickt er in der „alten Ideologie der Nationalkriege“, unter deren Vertretern er den General Foch nennt, oder in der „gröberen Form“ der Ausnutzung des Nationalismus durch die „faschistischen“ Theoretiker in Deutschland und in Japan: „Die Rassentheorie, die eine offene Form des zoologischen Nationalismus ist, dient den Ideologen des Faschismus als einziges Argument für die Notwendigkeit und den Charakter der zukünftigen Kriege, die sie selbst vorbereiten.“¹⁾

Die „Bourgeoisie“ versucht, nach allen maßgeblichen Auslassungen der bolschewistischen Theoretiker, mit solcherweise getarnten Mitteln das zu erreichen, was für den Rätestaat nach seiner Klassenstruktur von vornherein gegeben ist: die Möglichkeit der Bildung von Massenarmeen für die bevorstehenden Kriege.

Die Untersuchungen über die Art des modernen Heeresaufbaues, besonders über die Größe der nach neuzeitlichen Gesichtspunkten organisierten Armeen, haben in der militärischen Literatur der Nachkriegszeit in allen Staaten einen breiten Raum eingenommen. Die Ansichten darüber sind

¹⁾ Amigarow, ebenda.

vielfach verschieden geblieben. Amigarow erblickt in einem Teil von ihnen den Versuch, die Kriege unter Verschweigung ihres Klassencharakters nach rein technischen Merkmalen zu unterscheiden: „Der Entwicklungsstand der Kriegstechnik ist für sie das einzige Kriterium zur Bestimmung des Charakters des Krieges. Zu ihnen gehören Fuller, Douhet, Seekt, Renin usw.“

Demgegenüber hebt Amigarow hervor, daß die Kriegstechnik trotz ihrer großen Bedeutung nicht als das bestimmende Kriterium des zukünftigen Krieges angesehen werden dürfe. Nicht die Technik führe zum Kriege, sondern die Klassengegensätze, die Politik als die Ursache und das Wesen des Krieges sei der Auftraggeber der Wissenschaft und der Industrie für die Entwicklung der Kriegstechnik, für ihre Struktur und ihre Menge und gleichzeitig für die Methoden und Formen ihrer Anwendung. Zweitens könne diese Technik nach ihrem Charakter in vollkommen verschiedenen Kriegen angewandt werden. So benutze z. B. das Proletariat im Bürgerkriege genau dieselben technischen Kampfmittel wie die Bourgeoisie in ihren Kriegen. Der Marxist könne die Technik nicht außerhalb des Systems der gesellschaftlichen Organisation betrachten. Das beziehe sich vollinhaltlich auch auf die Kriegstechnik.

Die Beurteilung des Krieges nach rein militärischen Gesichtspunkten wird also konsequent abgelehnt. Das Primat gehört der Politik und findet einen praktischen Niederschlag im Aufbau der Roten Armee und in der Formulierung ihrer Aufgaben.

Bubnow, eine bekannte Persönlichkeit der Roten Armee, weist in dem Vorwort zu seinem Sammelbuch über die bolschewistischen Heeresreformen des Jahres 1924 ausdrücklich darauf hin, daß die militärische Ausbildung der Offiziere und Mannschaften der Roten Armee abhängig sei von den „Grundelementen, die in bedeutendem Maße den Charakter der zukünftigen kriegerischen Zusammenstöße bedingen und die Organisation der Kampfausbildung der Truppen beeinflussen werden.“¹⁾ Neben den technischen und taktischen

¹⁾ A. Bubnow, Das Jahr 1924 im militärischen Aufbau, S. 7. Moskau 1925.

Fragen hebt er besonders die zu erwartenden Veränderungen sozialpolitischer Art hervor, die seiner Ansicht nach in den zukünftigen Krieg eine Reihe von Elementen hineinragen werden, „die uns aus dem Bürgerkrieg der Jahre 1918–1920 bekannt sind (Aufstände, Partisanentum, Methoden des Kleinkrieges usw.)“.

Mit dem Hinweis auf den Bürgerkrieg in Rußland wird auf Lenins Forderung der Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg angespielt und es ist sehr bemerkenswert, daß diese Möglichkeit nicht nur theoretisch in den militärischen Vorbereitungen des Rätestaates Erwähnung findet, sondern das militärische Denken in der UdSSR. sehr maßgeblich beeinflußt und in zahlreichen praktischen Maßnahmen seinen Niederschlag findet.

2. Tuchatschewskij über „Angriff und Verteidigung“

Auf dem Sowjetkongreß 1935 schloß Tuchatschewskij seinen kriegerischen Bericht über die Rote Armee mit folgenden Worten:

„Der Krieg gegen uns wird in gesteigertem Tempo vorbereitet . . . Mögen unsere Feinde die Festigkeit unserer Grenzen erproben! Wie ein Mann wird unser Kolchos- und Arbeiterland sich zur Verteidigung seines Bodens erheben und die mächtige Rote Armee, die mächtig ist durch ihren revolutionären Enthusiasmus, wird unter der eisernen Führung von Klim Woroschilow, unter dem Banner der Kommunistischen Partei mit unserem großen Stalin an ihrer Spitze alle Interventionisten zerschmettern und den Sieg über die Feinde der Oktoberrevolution gewährleisten.“

Die „Krasnaja Swesda“, das Organ der Roten Armee, berichtete über die Wirkung dieser Worte auf dem Kongreß in Fettdruck:

„Alle erheben sich, Ovationen aus dem Saal: ‚Es lebe die Weltrevolution!‘ ‚Es lebe der Leiter der sozialistischen Siege, unser Führer, Genosse Stalin!‘ Der Saal veranstaltet eine stürmische Ovation. Rufe: ‚Es lebe Genosse Woroschilow!‘, ‚Die Rote Armee – hurra!‘, ‚Es lebe der große Stalin! Hurra!‘

Lang andauerndes, kein Ende nehmendes Beifallklatschen. Stimme vom Platz: „Es lebe der Genosse Stalin!“ Rufe: „Hurra!“ Alle im Saal Anwesenden klatschen stehend, stürmisch, lang andauernd Beifall.“

Tuchatschewskij hat an anderer Stelle auseinandergesetzt, wer seiner Ansicht nach den „Krieg gegen die UdSSR. in gesteigertem Tempo vorbereitet“. In seinem schon einmal erwähnten Aufsatz über die „Kriegspläne des heutigen Deutschland“¹⁾ schreibt er, Adolf Hitlers Erklärung, daß er zur Vernichtung der Krise und der Arbeitslosigkeit eine vierjährige Frist brauche, sei eine „leere Demagogie“ geblieben, und fährt fort: „Dafür wird jetzt klar, daß hinter diesem demagogischen Plan sich ein anderer, bedeutend realerer vierjähriger Plan der Schaffung gigantischer bewaffneter Kräfte verborgen hat.“ Und nach Schilderung der deutschen Auffassungen über die moderne Kriegführung, nach Darstellung des deutschen Rüstungsstandes, so wie er selbst ihn sieht, beschließt er seine Ausführungen mit einem Abschnitt unter der bezeichnenden Überschrift: „Hitlers antisowjetische und Revanchepläne“.

Tuchatschewskij, der sich die Friedensmaske des Verteidigers Sowjetrußlands gegen den deutschen „Faschismus“ vorgebunden hat, wiederholt auf militärischem Gebiet die gleichen Plattheiten wie seine Kollegen von der hohen Politik. Doch wie der Verteidigungscharakter der Sowjetrüstungen in Wirklichkeit aufzufassen ist, hat uns derselbe Herr Tuchatschewskij zu einem Zeitpunkt sehr ausführlich dargelegt, als es jenen deutschen „Faschismus“ noch gar nicht gab, und als Adolf Hitler selbst in seinen kühnsten Träumen noch kaum mit der Möglichkeit solcher „Pläne“ gerechnet haben dürfte, wie sie ihm von Herrn Tuchatschewskij heute unterstellt werden.

Unter dem Datum „Moskau, den 14. Januar 1921“ hat Herr Tuchatschewskij seine grundlegenden Auffassungen über die Aufgaben und die Organisation der Roten Armee der Öffentlichkeit übergeben, die für die

¹⁾ „Krasnaja Sewesda“ vom 1. April 1935.

Wehrpolitik des Rätestaates bis zur Gegenwart ihre Allgemeingültigkeit behalten haben¹⁾.

Tuchatschewskij setzt sich darin auf die schärfste Weise mit der Haltung der II. Internationale gegenüber dem „Imperialismus“ auseinander, die er als einen „Halbkampf“ kritisiert. Dieser „hat der Arbeiterschaft systematisch den Gedanken der Aktivität ausgetrieben – den Gedanken an den Angriff des Proletariats auf die Bourgeoisie und hat ihr den klaren Überblick über die möglichen Folgen eines solchen Angriffes sehr erschwert“.

Besonders verwerflich findet Tuchatschewskij, daß von den Sozialdemokraten „die gegenwärtige militärische Situation Sowjetrußlands als des Verbreiters der sozialistischen Revolution in der ganzen Welt, überhaupt nicht in Erwägung gezogen“ werde.

Tuchatschewskij fährt dann fort: „Die II. Internationale impfte allen die Vorstellung ein, daß ein solcher Angriffskampf nur im engen Rahmen eines Staatsgebietes berechtigt sei.“

Selbstverständlich muß ein solcher Standpunkt vom weltrevolutionären Bolschewismus abgelehnt werden. Der aus dem zaristischen Offizierkorps damals vor kurzem erst zu den Kommunisten hinübergewechselte Herr Tuchatschewskij muß ohne Frage die Beschränkung des revolutionären Kampfes auf das Gebiet eines Staates als Defaitismus zurückweisen. Und diese Zurückweisung findet an Hand einer sehr praktischen Gelegenheit statt: Im Jahre 1921 wird in Sowjetrußland das Problem des neuen Heeresaufbaues akut. Es tauchen die verschiedensten sozialistischen Theoretiker auf, die in Anlehnung an frühere Programme die Einführung des Milizsystems, also einer sehr lockeren Form der Organisation der Armee, verlangen:

Tuchatschewskij als militärischer Fachmann sieht die Aufgabe unter dem praktischen Gesichtspunkt der Erfordernisse des Krieges an. Und zwar muß für ihn der Charakter des zukünftigen Krieges richtunggebend sein für die zu wählende

¹⁾ Vgl. Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, in deutscher Sprache herausgegeben in der „Kleinen Bibliothek der Russischen Korrespondenz“, Nr. 51. Leipzig 1921.

Form der Heeresorganisation. Er lehnt die Miliz ab und spricht sich für das stehende Heer auf dem Prinzip der Wehrpflicht aus.

Der zukünftige Krieg ist nach der Auffassung von Tuchatschewskij von der sozialistischen Revolution nicht zu trennen. Er wirft die Frage auf, auf welchen Wegen die Revolution ihr Ziel erreichen werde? „Auf dem Wege bewaffneter Aufstände innerhalb eines jeden Staates, oder auf dem Wege bewaffneter Aufstände sozialistischer gegen bürgerliche Staaten, oder auf beiden Wegen zugleich?“

Er sagt, daß dies nicht vorausgesagt werden könne und daß erst der Verlauf der Revolution das zeigen würde. Aber unter den theoretisch möglichen Wegen muß natürlich von einem bolschewistischen Heeresreformer nicht nur der eine oder andere einseitig berücksichtigt werden, sondern er muß sich für alle Möglichkeiten wappnen. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten stellt die am weitesten gehende Möglichkeit dar, und die Organisation der Armee muß so beschaffen sein, daß ein solcher Krieg mit Erfolg geführt werden kann.

Tuchatschewskij sagt: „Eines steht fest, wenn irgendwo eine sozialistische Revolution zur Herrschaft gelangt ist, dann hat sie das selbstverständliche Recht, sich auszubreiten, dann wird sie mit elementarer Gewalt danach streben, durch unmittelbare Einwirkung auf alle Nachbarländer die ganze Welt zu umspannen. Ihr wichtigstes Werkzeug wird natürlich ihre militärische Macht sein. Wir sehen also, daß die sozialistische Revolution von ihrer Armee die Fähigkeit zu aktiven Angriffsoperationen in den eigenen Grenzgebieten und, wenn der Gang der Ereignisse dazu zwingt, auch außerhalb derselben verlangen muß.“¹⁾

Unter allen Möglichkeiten des zukünftigen Krieges spielt bei Tuchatschewskij der revolutionäre Angriffskrieg der Sowjetunion gegen andere Staaten mit dem Ziel, dort die bolschewistische Revolution zu provozieren, die ausschlaggebende

¹⁾ Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 5. Leipzig 1921.

Rolle. Alle anderen Möglichkeiten treten dahinter zurück. Er beschreibt ausführlich das System der „sozialistischen Armee“, ihre praktische Anwendung in der internationalen Politik und kommt zu folgendem Ergebnis:

„Können wir denn überhaupt unsere militärischen Aufgaben nur innerhalb der Grenzen der Republik sehen? Natürlich nicht, denn in der Republik selbst stehen uns ernsthafte militärische Aufgaben nicht bevor. . . . Im Hinblick darauf muß jede Aufgabe unserer Republik aufs engste verknüpft sein mit der Aufgabe der Weltrevolution. Das gilt natürlich in erster Linie vor allem für die Frage der Organisation unserer Roten Weltarmee.“¹⁾

Tuchatschewskij ist kein Privatmann, und wäre er es, so hätte er im Rätestaat keine Gelegenheit, Privatmeinungen zu verbreiten. Tuchatschewskij ist inzwischen stellvertretender Kriegskommissar geworden. Sicher ist er das nicht deshalb geworden, weil seine Anschauungen über die Organisation der Roten Armee für revolutionäre Angriffszwecke gegen andere Staaten mißbilligt und abgelehnt werden. Seine militärische Tätigkeit steht im Dienste der Räteunion und erfolgt im Sinne der offiziellen Politik der Sowjetregierung. Seine Äußerungen über die offensiven Kriegsabsichten der UdSSR. tragen somit offiziellen Charakter.

3. Der revolutionäre Angriffskrieg gegen andere Staaten

In der militärischen Literatur der UdSSR. stehen die Anschauungen Tuchatschewskijs nicht vereinzelt da. Es ist heute, in einer Zeit, da der Rätebund sich aktiv der europäischen Politik zugewandt hat, durchaus zeitgemäß, sich gründlich an die offiziellen Stimmen aus den Kreisen der Roten Armee zu erinnern, die in früheren Jahren hinsichtlich der Festlegung der aktiven Aufgaben der Roten Armee laut geworden sind.

Unter ihnen ist vor allem S. I. Gusjew (recte Jakow Dawidowitsch Drabkin) zu nennen, der seit 1918 eine Reihe höchster militärischer und politischer Ämter bekleidet hat.

¹⁾ Tuchatschewskij, ebenda, S. 30.

Gusjew hat in einer Reihe von Aufsätzen die Notwendigkeit der Vorbereitung der Roten Armee für Angriffskriege behandelt, die durch die offiziellen Organe der Wehrmacht und der Partei eine weite Verbreitung gefunden haben, und als ein Gradmesser für die vor allem in den höheren Kommandostellen der Roten Armee herrschenden Auffassungen angesehen werden können. In seinem Buch über den Bürgerkrieg und die Rote Armee spielt der revolutionäre Angriffskrieg gleichfalls eine große Rolle.

In dem Kapitel über die Reorganisation der Roten Armee spricht Gusjew u. a. über den Krieg mit bürgerlichen Staaten, selbstverständlich zunächst unter dem Gesichtspunkt der Verteidigung der UdSSR. gegen einen äußeren Angriff. Einen solchen Krieg bezeichnet er in Übereinstimmung mit der Kriegsdoktrin des Kommunismus als zum Typus der revolutionären (oder Klassen-) Kriege gehörig und sagt, daß ein solcher Krieg bestimmte Eigenarten aufweise, die ihn dem Bürgerkrieg annähern.

Die Frage, die den Verfasser in diesem Sonderfalle interessiert, ist die der anzuwendenden Strategie: Angriffs- oder Verteidigungsstrategie?

Gusjew erklärt, daß die Fragestellung in dieser Form falsch sei und folgendermaßen lauten müsse: „Haben wir eine Garantie dafür, daß wir im Falle eines revolutionären Krieges nicht gezwungen sein würden, uns an die Angriffsstrategie zu halten (während wir in den drei Jahren des Bürgerkrieges uns ausschließlich an die Verteidigungsstrategie gehalten haben)?“

Gusjew verneint das Vorhandensein solcher Garantien und führt begründend aus: „Wir können zur Angriffsstrategie gezwungen werden, um z. B. einer gegen uns in Vorbereitung befindlichen Offensive seitens irgendeiner imperialistischen Macht oder einer Gruppe von Mächten zuvorzukommen. Auch können wir im Zusammenhang mit dem sozialistischen Umsturz irgendwo im Westen in einen revolutionären Angriffskrieg hineingezogen werden. Schließlich ist auch der Fall nicht ausgeschlossen, daß wir gezwungen sein werden, einen revolutionären Krieg mit dem Ziel der schnellsten Entfesselung der Revolution

im Westen zu beginnen, und in diesem Falle wird unsere Strategie einen streng angriffsgemäßen Charakter tragen müssen.“¹⁾

Diese Ausführungen wären für uns schon unmißverständlich genug, jedoch beschränkt sich Gusjew auf sie nicht und sucht nach einer immer eindeutigeren Form des Ausdrucks, um das eigentliche Ziel der sowjetrussischen Wehrpolitik darzustellen.

Er sagt: „Wir haben oben die Frage aufgeworfen: was für eine Armee bauen wir auf und zu welchen Aufgaben? Wir sind zu folgender Antwort gekommen: Wir bereiten eine Klassenarmee des Proletariats vor, eine Arbeiter- und Bauernarmee, nicht nur für die Verteidigung gegen die bürgerlich-gutsherrliche Konterrevolution, sondern auch für revolutionäre Kriege (sowohl Verteidigungs- als auch Angriffskriege) gegen die imperialistischen Staaten.“²⁾

Für uns ist es von hervorragendem Interesse, daß Gusjew hier dauernd betontermaßen vom „Westen“ spricht. Es sind also durchaus nicht irgendwelche im fernen Asien liegende Möglichkeiten, die er für den praktischen Fall ins Auge faßt. Seine Aufmerksamkeit richtet sich auf Europa und hier muß naturgemäß der bolschewistische Angriff in erster Linie sich gegen die nächsten Nachbarn der Sowjetunion richten. Das sind die Randstaaten – Polen, Litauen, Lettland, Estland, die Tschechoslowakei, Rumänien – und anschließend Mitteleuropa im ganzen, Deutschland als Kernmacht.

Gusjew läßt uns keinen Augenblick im Zweifel über die konkreten Aufgaben, die der Sowjetpolitik hier erwachsen. Als „Grundaufgabe“ der Kommunistischen Partei bezeichnet er die „Unterstützung der proletarischen Diktatur mit allen verfügbaren Kräften und die Beschleunigung der Revolution im Westen. Alle anderen Aufgaben unserer Partei sind dieser Grundaufgabe untergeordnet. Dementsprechend ändern sich auch die Aufgaben der Armee“³⁾.

¹⁾ Gusjew, *Der Bürgerkrieg und die Rote Armee*, S. 129. Moskau 1925.

²⁾ Gusjew, ebenda, S. 30.

³⁾ Gusjew, ebenda, S. 133.

Wem die Angriffsabsichten der Sowjetunion gegen ihre westlichen Nachbarn immer noch nicht klar genug geworden sind, dem schreibt Gusjew noch folgendes ins Stammbuch:

„Was bedeutet die Beschleunigung der Revolution im Westen? Wir wollen nicht die politische Seite dieser Frage streifen. Sie ist auf dem III. Kongreß der Komintern auseinandergesetzt worden. Uns interessiert hier nur die militärische Seite der Frage. Diese ‚Beschleunigung‘ kann sich konkret in zwei, drei Formen ausdrücken. Erstens darin, daß wir die in einem der westlichen Länder beginnende Revolution mit unserer bewaffneten Macht unterstützen werden; zweitens darin, daß irgendeine neue sozialistische Republik im Westen gezwungen sein wird, einen Krieg gegen die Imperialisten zu beginnen, und daß wir in diesen Krieg mit hineingezogen werden. Schließlich kann sich das darin ausdrücken, und dieser Fall ist genügend wahrscheinlich, daß wir zwecks Beschleunigung der Revolution im Westen gezwungen sein werden, eine Offensive zu beginnen. Das aber bedeutet, daß wir uns nicht lediglich mit der Verteidigung begnügen können, denn die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß wir zum Vormarsch gezwungen sein werden. Mit einem Wort, es kann vor unserer Armee die Aufgabe erstehen, an Stelle des defensiven Bürgerkrieges einen revolutionären Angriffskrieg führen zu müssen, einen Krieg des sozialistischen Landes gegen die imperialistischen Staaten¹⁾.“

Auch Frunse wandte sich leidenschaftlich gegen die Beschränkung der Roten Armee auf die reine Verteidigung des Sowjetstaates, indem er in einem Aufsatz über die „einheitliche Kriegsdoktrin und die Rote Armee“²⁾ die Frage aufwarf:

„Müssen wir uns an den Gedanken einer passiven Landesverteidigung halten, d. h. uns keine aktiven Aufgaben stellen, oder müssen wir auch die letzteren ins Auge fassen . . . Von der Beantwortung dieser Grundfrage hängt der ganze Charakter des Aufbaues unserer Streitkräfte, der militärpolitischen

¹⁾ Gusjew, ebenda S. 134

²⁾ „Krasnaja Nowj 1921“, Augustheft S. 94ff, zit. bei: Peter Garwy, Der Rote Militarismus, S. 41, 42. Berlin 1928.

Propaganda und das ganze System der Volkserziehung ab.“ Und Frunse führt weiter aus:

„Die Rote Armee muß bereit sein, im Notfalle in die Offensive überzugehen . . . Durch den Gang des revolutionären geschichtlichen Prozesses selbst wird die Arbeiterklasse gezwungen, unter günstigen Umständen in die Offensive überzugehen. In diesem Punkte haben wir ein Zusammenfallen der Forderungen der Kriegskunst und der allgemeinen Politik. In bezug auf die materielle Möglichkeit der sicheren Durchführung dieser Richtlinie muß man in Betracht ziehen, daß die Basis unserer Offensive nicht nur Rußland, sondern eine ganze Reihe anderer Länder sein wird. Alles hängt von dem Reifegrad des revolutionären Prozesses innerhalb dieser Länder und von der Fähigkeit der Arbeiterklasse ab, in einen offenen Kampf gegen ihre Klassengegner einzutreten . . . Dies wird in großem Maße die negative Bedeutung der schweren Wirtschaftslage unseres Landes kompensieren. Das Proletariat wird auf diese Weise angreifen, und mit ihm zusammen wird auch sein Hauptwerkzeug, die Rote Armee, angreifen. Daher folgt die Notwendigkeit, unsere Armee im Geiste der größten Aktivität zu erziehen, sie zur Lösung und Vollendung der Revolutionsaufgaben durch die energischen, entschiedenen und kühn durchgeführten Operationen vorzubereiten . . . Es ist notwendig, die Tätigkeit der obersten Stäbe so zu gestalten, daß die Rote Armee ihre Aufgabe auf einem beliebigen Abschnitte der eventuellen zukünftigen Fronten und in beliebiger Operationsrichtung ausführen kann. Die Grenzen dieser Front sind in der nächsten Reihenfolge durch die Grenzen des Festlandes der Alten Welt bestimmt.“

Vergleicht man diese authentischen Auslassungen der führenden militärischen Autoritäten der Sowjetunion mit den offiziellen Friedensreden verschiedener Kommissare, die für die Ohren des Auslandes bestimmt sind, oder mit den Abrüstungsvorschlägen, die Herr Litwinow seit Jahr und Tag in Genf vorgebracht hat, so wird die beispiellose Demagogie der Sowjetpolitik klar. Der klassische Satz: „Wer den Frieden will, bereite den Krieg vor“, kann auf die Praxis der UdSSR. keine Anwendung finden. Der Rätestaat bereitet den Krieg



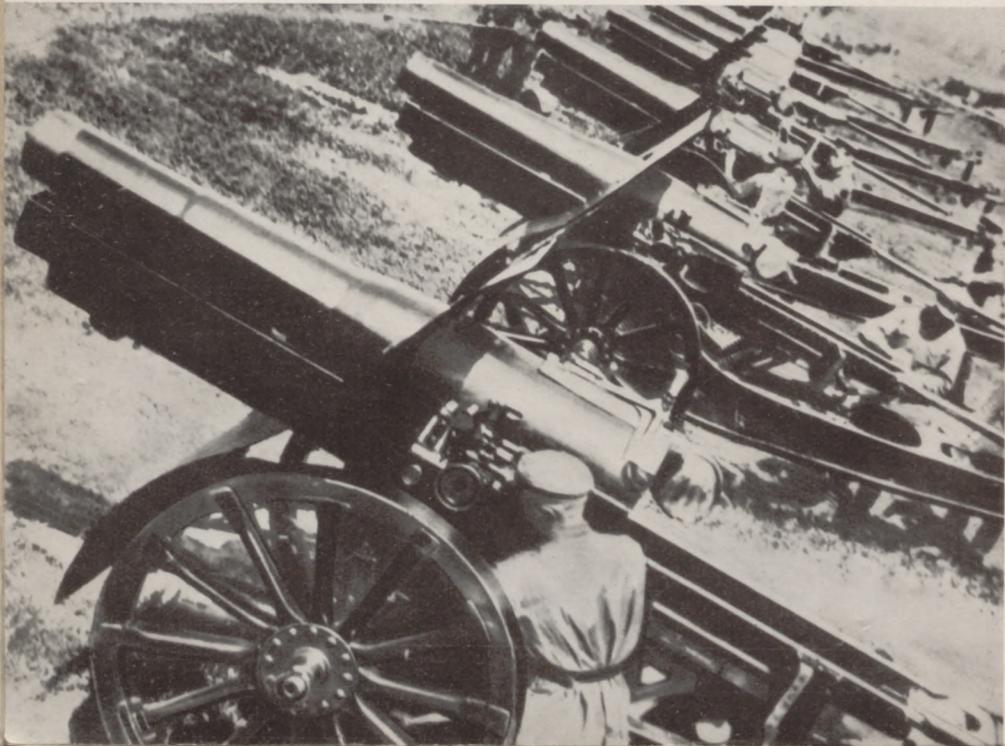
Parade auf dem Roten Platz in Moskau

„Das Programm der Komintern ist das Programm des Kampfes für die proletarische Welt-diktatur, das Programm des Kampfes für den Weltkommunismus.“

(Aus dem Programm der Kommunistischen Internationale (Komintern) auf dem sechsten Weltkongreß, abgehalten in Moskau im September 1928.)

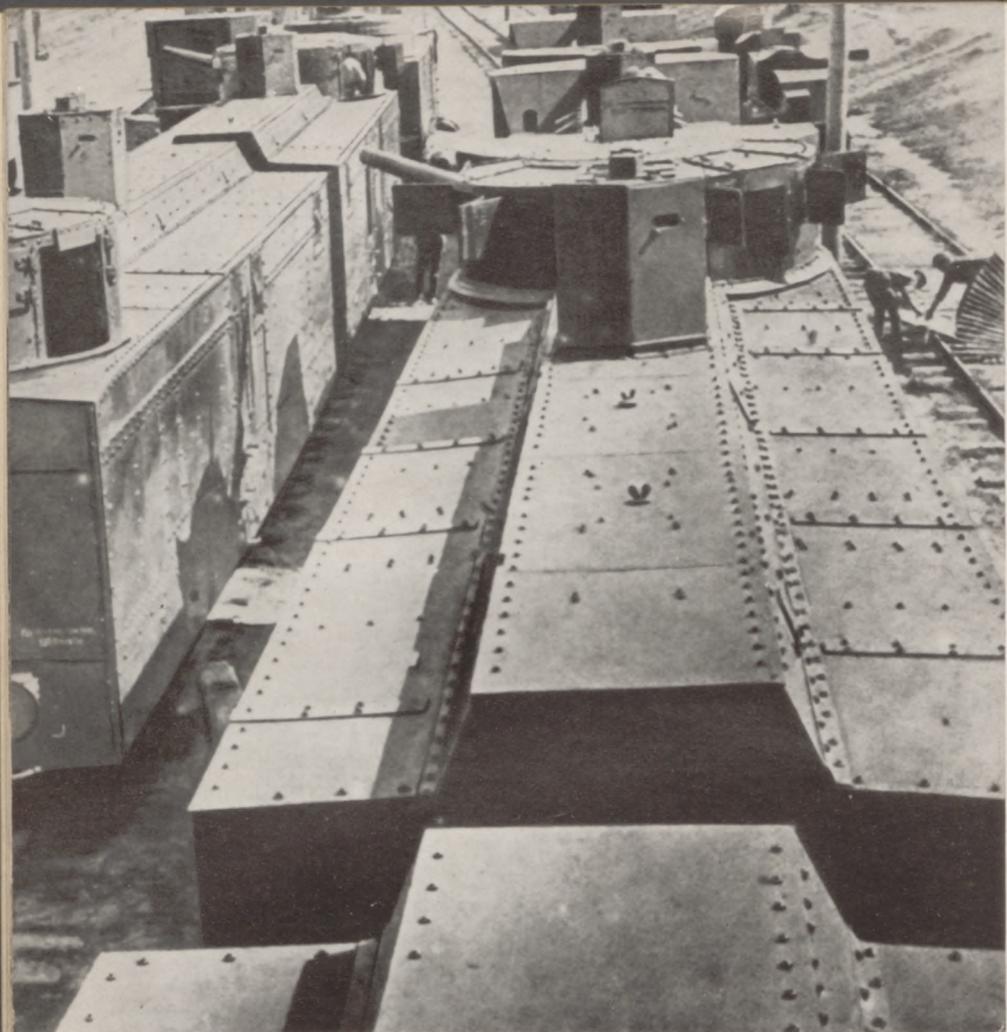


Schweres Geschütz der Roten Armee mit Traktorenzug bei einer Parade auf dem Roten Platz in Möskauf — Unten: Haubitzen der Roten Armee





Motorisiertes Geschütz im Manöver



Panzerzüge der Roten Armee

„Nach Enteignung der Kapitalisten und Organisation der sozialistischen Produktion im eigenen Lande würde sich das siegreiche Proletariat dieses Landes gegen die übrige kapitalistische Welt erheben, indem es im Notfall sogar mit Kriegsgewalt gegen die exploitierenden Klassen und ihre Staaten vorgehen würde.“ Lenin (s. S. 29)

und nichts als den Krieg vor. Die Phrasen über die Verteidigung der Landesgrenzen gegen mögliche Angriffe von außen stellen eine ganz korrupte Verdrehung der Tatsachen dar.

Der Rätestaat will den Krieg, er organisiert den Krieg, er wird den Krieg bei der ersten passenden Gelegenheit führen!

4. Politik und Kriegführung

Bei der Feststellung aller dieser Tatsachen darf natürlich nicht unberücksichtigt bleiben, daß die praktische Möglichkeit der Kriegführung auch im Rätestaat nicht ausschließlich vom Willen der regierenden Kreise bestimmt wird, sondern daß es daneben eine Reihe anderer sehr ernster Faktoren gibt, die einen gewissen regulierenden Einfluß auf die Kriegsbegeisterung dieser Kreise ausüben. Dem imperialistischen Ausbreitungsdrang der Sowjetpolitik werden gewisse Grenzen gesetzt:

1. Durch den Grad der Verteidigungsfähigkeit derjenigen Staaten, die den ersten Ansturm der Roten Armee aufzunehmen haben würden;
2. durch den Grad der Angriffsfähigkeit der Roten Armee, der durch ihre zahlenmäßige Stärke, durch ihre Bewaffnung, durch die wirtschaftlichen und technischen Reserven des Hinterlandes und durch die moralischen Kräfte der Armee und der ganzen Bevölkerung bestimmt wird.

In dieser Beziehung begegnen wir allerdings häufig einem grenzenlosen Optimismus. Aus der üblichen Formel: „Die Armee der kapitalistischen Länder ist ein Organ zur Unterdrückung der werktätigen Massen – die Rote Armee ist die Armee des internationalen Proletariats“¹⁾ wird die Behauptung abgeleitet, daß die bolschewistische Wehrmacht allen anderen Heeren überlegen sein müsse. Die militärische Ausbildung der Bevölkerung in den bürgerlichen Staaten wird als eine Gefahr für diese Staaten selbst angesehen. „Das

¹⁾ Degtjarew, Die politische Arbeit in der Roten Armee in Kriegzeiten, S. 18 und 19.

Schleifen und die harte Disziplin, die Isolierung der Soldaten von der Bevölkerung“ bezeichnet Degtjarew als einige der Maßnahmen, mit denen die bürgerlichen Staaten versuchen, die Zuverlässigkeit ihrer Armeen herbeizuführen. In der Roten Armee sind Maßnahmen solcher Art selbstverständlich nicht notwendig. Diese „Armee der Werktätigen“ ist nach bolschewistischer Auffassung zuverlässig und treu, jederzeit bereit, ihr sozialistisches Vaterland mit der Waffe zu verteidigen.

Demgegenüber wurden schon 1921 solche Stimmen laut, wie die von W. Smirnow: „Auch dürfen wir nicht vergessen, daß unsere Rote Armee bisher noch nicht den wirklichen europäischen Armeen gegenüber gestanden hat.“¹⁾

Smirnow betont, daß die gegnerischen Heere im Bürgerkrieg nur eilig zusammengerafft waren. Die polnische Armee im Jahre 1920 sei schon eine ernstere Gefahr gewesen. „Wenn aber in Zukunft ein Konflikt ausbrechen wird, so werden wir es mit den europäischen Armeen zu tun haben, und eben im Hinblick auf diesen Feind muß jetzt die Rote Armee ausgebaut werden.“

Smirnow wirft weiter die Frage auf: „Worin wird unsere Überlegenheit in diesem Kampf bestehen?“ Seine Antwort fällt ziemlich bescheiden aus: „Nicht in der Technik . . . Diesen Nachteil . . . müssen wir durch die Qualität unserer Rotarmisten wettmachen, die die bürgerlichen Armeen nicht besitzen und auch niemals besitzen können.“

Die Hoffnung lediglich auf die Qualität – auf die politische Qualität versteht sich – der Rotarmisten muß immerhin als eine recht unsichere Grundlage künftiger militärischer Erfolge in einem Feldzug gegen moderne Heere angesehen werden.

Man hat sich in späteren Jahren in der Sowjetunion keineswegs auf eine solche Betrachtungsweise beschränkt, sondern man ist auf die konkreten Voraussetzungen des militärischen Erfolges eingegangen. Das ist in der Wehrpolitik der UdSSR. im ganzen zum Ausdruck gekommen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, wie wir gesehen haben. Heute

¹⁾ W. Smirnow: Die Rote Armee und ihre Aufgaben, in: „Russische Korrespondenz 1922“, Bd. 1, S. 311/312.

wird auch die technische Ausrüstung der Roten Armee als den modernsten Anforderungen entsprechend gerühmt.

Immerhin ergeben sich gewisse Einschränkungen, die selbst in der sehr optimistischen Rede Tuchatschewskijs auf dem Sowjetkongreß (1935) durchgeklungen sind. Es sind hier dieselben Schwierigkeiten, die z. B. in der Industrie zu beobachten sind und die Parole der „Aneignung der Technik“, der Schaffung von „Kaders qualifizierter Spezialisten“ hervor gebracht haben.

Hier handelt es sich nicht nur darum, Offiziere und Mannschaften auszubilden, die mit den modernen Waffen richtig umzugehen verstehen und bei ihrem Gebrauch den größtmöglichen Nutzeffekt erzielen, sondern auch um die Schaffung einer obersten Führung, die den taktischen Einsatz und das Zusammenwirken aller Truppengattungen, aller technischen Hilfsmittel in der modernen Materialschlacht beherrscht, organisiert und durchführt.

Daß die Rote Armee auf diesem Gebiet noch sehr viel zu lernen hat, darf aus folgenden Worten Tuchatschewskijs gefolgert werden: „In ihrer ganzen Größe erhebt vor uns die Frage der Führung. Es genügt nicht, eine bewegliche Technik zu besitzen und Menschen, die sie individuell beherrschen. Man muß auch Menschen und einen Apparat haben, die für die Leitung von Kampfhandlungen und Operationen vorbereitet sind, die mit der Einführung der neuen Technik sich bedeutend schneller als früher, mit blitzartigem Tempo, entwickeln. Das ist keine einfache Aufgabe. Im Bürgerkrieg haben wir uns an die Kavallerie als die schnellste Truppe gewöhnt. Die meisten aber sind nur infanteristische Kampfhandlungen gewöhnt und die neue Umstellung, die Fähigkeit der Ausnutzung des Flugwesens und der Beweglichkeit unserer mechanisierten Truppen, unserer Tanks, ist nicht ganz so einfach. Das ist eine sehr große Aufgabe und wir arbeiten besonders eifrig an den Fragen der Gefechtsleitung, der Organisierung eines engen Zusammenwirkens, da jede Waffe für sich allein keine volle Wirkung ergibt.“¹⁾

¹⁾ Vgl. „Krasnaja Swesda“ vom 1. Februar 1935.

Die Politik des Rätestaates, deren Ziele klar vor uns liegen und die die militärischen Aufgaben der Roten Armee bestimmt, ist im Hinblick auf die Herbeiführung des Ernstfalles, auf den der Einsatz der bolschewistischen Wehrmacht berechnet ist, von den rein militärischen Voraussetzungen der Kriegführung in erster Linie abhängig. Und die roten Militärs, die für die rein praktische Seite des Heeresaufbaues und der Ausbildung von Offizieren und Mannschaften in Ausrichtung auf die kriegsmäßigen Bedingungen des zukünftigen bewaffneten Kampfes verantwortlich sind, gehen – wie es der Natur der Sache entspricht – in vielen Fällen bedeutend nüchterner an ihre Spezialaufgaben heran, als aus der rein politischen Betrachtungsweise der Armee und ihres revolutionären Endzweckes manchmal gefolgert werden könnte.

5. Die Front und die Etappe – die Reserven jenseits der feindlichen Front

Die Hauptschwäche der bürgerlichen Armeen im zukünftigen Kriege wird von vielen Sowjettheoretikern in der politischen Unzuverlässigkeit eines großen Teiles der Mannschaften erblickt, die hauptsächlich zur Kategorie der Werktätigen zu rechnen seien und die deshalb mit ihren Sympathien auf seiten der Roten Armee als der Vertreterin ihrer Klasseninteressen sein müßten. Diese Auffassung wird in unzähligen Variationen in den Arbeiten von Politikern und Militärs über die Wehrprobleme der UdSSR., über die Rote Armee, über die praktischen Aufgaben des Krieges und über seinen Charakter wiederholt.

Gusjew wirft die Frage auf, ob im Falle eines Krieges mit einer beliebigen imperialistischen Macht letztere mit einer einheitlichen, ununterbrochenen Front, mit der nationalen Einigkeit und dem Bürgerfrieden rechnen könnte, wie es im Weltkrieg noch der Fall gewesen ist. Seine Antwort lautet bedenkenlos: „Selbstverständlich nein. Angesichts der Existenz der III. Internationale und ihres erstaunlich raschen Wachstums in allen Ländern, angesichts des gewaltigen Aufschwungs der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern, angesichts der hoffnungslos andauernden industriellen Krise,

des sich unerhört vertiefenden Abgrundes zwischen den Klassen, kann vom Bürgerfrieden in den imperialistischen Staaten im Falle eines Krieges mit der UdSSR. keine Rede sein.“¹⁾

Er, wie unzählige andere große und kleine Vertreter des Rätestaates, darunter Lenin und Tuchatschewskij, verweisen auf das Beispiel Polens im Jahre 1920, dessen Arbeiter angeblich sehnsüchtig das Herannahen der Roten Armee erwartet haben, bereit, sie zu unterstützen.

Immerhin muß Tuchatschewskij nicht als einziger unter ihnen seine Feststellungen in eine recht einschränkende Form kleiden: „Zur Zeit unseres Vordringens ins polnische Gebiet begannen sofort die Überläufe polnischer Soldaten, ungeachtet dessen, daß die Armee des kapitalistischen Polens noch vollkommen kampffähig war. Besonders war dies der Fall bei Bialostok, wo die Arbeiter unsere Armee mit Begeisterung empfangen und in ihre Reihen eintreten wollten. Nur unser schneller Rückzug verhinderte die Verwirklichung ihrer Absicht.“²⁾

Dieser reichlich lakonische Schluß läßt ahnen, daß die Hilfe von „jenseits der Front“ zum mindesten von einem sehr entscheidenden Faktor abhängig ist, nämlich vom siegreichen Vormarsch der Roten Armee selbst, und daß die „internationale Solidarität des Proletariats“ aufhört, sobald ein solcher Erfolg nicht vorhanden ist.

Damit erhalten die Hoffnungen der Bolschewisten auf die Hilfe des „internationalen Proletariats“ eine fragwürdige Bedeutung. Diese Hilfe scheint nur dann versucht zu werden, wenn militärische Erfolge der Roten Armee an der Front zu verzeichnen sind. Im umgekehrten Falle, wenn Schwierigkeiten an der Front oder gar offene Niederlagen sich einstellen, wenn die Rote Armee am meisten auf Hilfe hoffen müßte und auf Entlastung durch die Bindung starker Kräfte des Gegners an seiner „Bürgerkriegsfront“ – in diesem praktischen Ernstfalle scheint die Unterstützung der Roten Armee

¹⁾ Gusjew, Der Bürgerkrieg und die Rote Armee, S. 128. Moskau 1925.

²⁾ Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 29. Leipzig 1921.

seitens ihrer „Reserven jenseits der feindlichen Front“ immerhin eine bloße Illusion zu bleiben.

Das hindert jedoch die Strategen der roten Wehrmacht, wenigstens einen großen Teil von ihnen, nicht, nach wie vor mit jener Möglichkeit positiv zu rechnen. Gusjew sagt unmittelbar im Anschluß an die Erwähnung des polnischen Beispiels:

„Auf diese Weise werden wir jenseits der Front des revolutionären Krieges eine mehr oder weniger bedeutende (abhängig von der Stärke und dem Einfluß der Komintern) Anzahl von tätigen Bundesgenossen und Helfershelfern haben. Nur unter dieser Bedingung könnte man überhaupt von einem revolutionären Krieg sprechen. Ohne sie würden wir selbstverständlich im Verhältnis zu unseren Gegnern ganz unverhältnismäßig schwach sein.“¹⁾ Und Tuchatschewskij erklärt mit dem ihm eigenen Temperament:

„Wir haben schon erwähnt, daß diese Revolution eine völlige Umwälzung in der Strategie hervorgebracht hat. Und in der Tat, unsere Rote Armee kämpft niemals allein gegen ihre Gegner. Sie findet immer die erwartete Unterstützung seitens der Arbeiterklasse jenes Landes, mit deren Bourgeoisie sie den Krieg führt. Diese Unterstützung beschränkt sich nicht nur auf die revolutionären Ausbrüche im Rücken der Bourgeoisie, sie besteht vor allem darin, daß ihre Truppen mit der Arbeiterklasse der besetzten Gebiete aufgefüllt werden können. Diese Auffüllung geschieht nicht nur auf Kosten der örtlichen Bevölkerung, sondern auch auf Kosten der kapitalistischen Armeen, die die Arbeiter und Bauern mit Vorliebe verlassen, um in die Rote Armee einzutreten.“

Dieser Zustrom von internationalen Kampfkräften eben ist das charakteristische Merkmal der Kriegführung der Roten Armee.“²⁾

Der bereits genannte Amiragow behandelt in seinem erwähnten Aufsatz³⁾ gerade diese Probleme besonders eingehend. Er beweist zunächst die „Unfähigkeit“ der bürger-

¹⁾ Gusjew, ebenda S. 129.

²⁾ Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 28.

³⁾ Vgl. Amiragow, Der Charakter des Zukunftskrieges, Krieg und Revolution, September/Oktober-Heft. Moskau 1934.

lichen Staaten, auf Grund ihrer ökonomischen Struktur zu einer völligen Ausnutzung ihrer wirtschaftlichen und technischen Hilfsmittel zu gelangen und beweist das Gegenteil davon für die UdSSR. Dank der sozialistischen Produktionsordnung würde die UdSSR. mit keinem einzigen der Gegensätze zu tun haben, die für die kapitalistischen Staaten unvermeidlich und unüberwindlich seien. Die rädebündische Volkswirtschaft würde nicht die geringsten (!) Schwierigkeiten bereiten, sich in kürzester Zeit auf die Versorgung der Front umzuschalten. Dank der sozialistischen Arbeit erhalte die Rote Armee einen neuen Massenkämpfer, der sich von den Soldaten der bürgerlichen Heere grundsätzlich unterscheide, da die sozialistische Arbeit einen neuen Menschen erziehe, in ihm neue schöpferische Kräfte wecke, ihn selbstbewußt, energisch, voll eigener Initiative mache und ihn zu selbständigem Handeln befähige. Wenn aber diese Eigenschaften, so stellt der Verfasser fest, sich mit der Beherrschung der Kriegstechnik verbinden, so müßten die „größten Heldentaten“ das Ergebnis davon sein. Dann fährt er weiter fort:

„Die zweite gewaltige Quelle unserer militärischen Kräfte wird im nächsten Kriege das Proletariat jenseits der Grenzen sein. Die Arbeiterklasse der UdSSR. ist nicht nur dadurch stark, daß sie die kampferprobte Lenin-Partei besitzt. Sie ist ferner nicht nur dadurch stark, daß sie die Unterstützung von Millionenmassen werktätiger Bauern besitzt. Sie ist noch dadurch stark, daß das Weltproletariat sie stützt, ihr hilft.“

Solche Überlegungen werden durchaus nicht nur in die Form von, wenn auch sehr optimistisch geäußerten, Hoffnungen gekleidet, sondern aus der Klassentheorie des Bolschewismus werden für das gesamte Proletariat der Welt ganz positive und unbedingt bindende Pflichten abgeleitet. Das geht so weit, daß die Arbeiter der anderen Staaten buchstäblich als Angehörige der Roten Armee aufgefaßt werden, die in dieser Eigenschaft an ganz bestimmte Aktionsverpflichtungen im Falle eines Krieges gebunden sind. Amiragow erklärt kategorisch:

„Ein Krieg der kapitalistischen Staaten gegen die UdSSR. wird dem internationalen Proletariat, in

erster Linie dem klassenbewußten Teil der Werk-tätigen der gegen uns kämpfenden Staaten, die Funktionen eines Landungskorps (dessant) der Roten Armee auferlegen, eines Landungskorps, das dazu bestimmt ist, unseren Gegner von innen her zu sprengen. In der Kriegsgeschichte wird dies der erste Fall sein, daß eine der kriegführenden Seiten in allen Ländern der Welt, darunter auch in den feindlichen, Hunderttausende von in der Kommunistischen Partei organisierten Anhängern hat.“

Die Frage, ob die Gegner eine ähnliche Kraft in der UdSSR. besitzen könnten, verneint der Verfasser ganz entschieden. Andere Theoretiker der Roten Armee sind in dieser Beziehung wesentlich vorsichtiger. Degtjarew rechnet für den Kriegsfall durchaus mit der Möglichkeit „einer verstärkten konter-revolutionären Tätigkeit unserer Gegner: des Kulakentums, der neuen und der Überreste der alten Bourgeoisie, eines gewissen Teiles der „Spezialisten“ . . . Der Kulak und der Nepmann, der Pope und der Sektierer werden ihre konter-revolutionäre Aktivität verdoppeln . . . Auf jeden Fall muß man nicht nur eine boshafte antisowjetistische Agitation erwarten, sondern auch mit der Möglichkeit offener bewaffneter Aktionen in Gestalt von organisierten Banden, von Über-fällen auf Lager und Posten, von Brandstiftungen, Morden an Sowjet- und Parteifunktionären usw. rechnen. Die größte Gefahr von dieser Seite droht im Dorfe, aber auch in der Stadt werden offensichtlich konterrevolutionäre Aktionen stattfinden.“

Solche Erwägungen lassen das Problem der „Hilfe von jenseits der feindlichen Front“ sich schließlich zu einem Problem der Sorge um das eigene Hinterland umwandeln. Wenn die mehr oder weniger politisch und propagan-distisch eingestellten Federführer der Roten Armee unentwegt und ausschließlich die feindliche Seite zum Gegenstand ihrer Erörterungen machen, nicht zuletzt in der Absicht, den Optimismus der eigenen Bevölkerung für den Kriegsfall zu mobilisieren und defaitistische Stimmungen zu verhindern, so werden die reinen Militärs selbstverständlich um ein Vielfaches nüchterner an diese Probleme herangehen müssen. U



Leichte Tanks der Roten Armee. (Im Hintergrund ein Kleinluftschiff)



Zusammenwirken von Tanks und Flugzeugen bei einem Angriff

„Eines steht fest, wenn irgendwo eine sozialistische Revolution zur Herrschaft gelangt ist, dann hat sie das selbstverständliche Recht, sich auszubreiten, dann wird sie mit elementarer Gewalt danach streben, durch unmittelbare Einwirkung auf alle Nachbarländer die ganze Welt zu umspannen. Ihr wichtigstes Werkzeug wird natürlich ihre militärische Macht sein. Wir sehen also, daß die sozialistische Revolution von ihrer Armee die Fähigkeit zu aktiven Angriffsoperationen in den eigenen Grenzgebieten und auch außerhalb derselben verlangen muß.“

Tuchatschewskij (s. S. 163)

Es ist sehr bezeichnend, daß das Buch einer Persönlichkeit, wie des Militärsachverständigen Triandafilow¹⁾ mit Möglichkeiten der oben genannten Art fast überhaupt nicht rechnet. Bei ihm spielen Hoffnungen auf die „jenseitigen Reserven“ eine untergeordnete Rolle. Er geht militärisch-sachlich von den tatsächlichen Gegebenheiten aus, untersucht den Zustand der modernen Armeen, die Mobilisationsmöglichkeiten im Kriege, die übliche Heeresorganisation, die Operationen der modernen Armeen usw., unabhängig davon, ob jenseits der Front ein „Bundesgenosse“ auf den Augenblick wartet, der ihm den Eintritt in die Rote Armee ermöglichen soll, oder nicht.

Das Problem der Front und der Etappe und ihrer gegenseitigen Beziehungen im Kriegsfall hat eine militärische, eine wirtschaftliche und eine politische Seite. Keine von ihnen darf für den Ernstfall unterschätzt werden. Am gefährlichsten jedoch ist es zweifellos, den Gegner in irgendeiner Beziehung zu unterschätzen.

Doch wie dem auch im Einzelfalle sein möge, so bleibt eines für uns grundsätzlich wichtig: die politische Tendenz, die aus den sowjetrussischen Kombinationen spricht und die darauf schließen läßt, daß der Rätestaat mit seiner Agitation im Auslande in Friedenszeiten ganz bestimmte Ziele für den Kriegsfall verfolgt. Diese Seite der theoretischen und praktischen Bestrebungen der UdSSR. muß man allerdings aufmerksam im Auge behalten und aus ihr die praktischen Schlußfolgerungen für die politische und militärische Sicherheit des eigenen Staates ziehen.

6. Der nächste Krieg — ein Weltkrieg

Neben der eigenen sozialistischen Produktionsweise (im Gegensatz zur kapitalistischen) und den „Reserven jenseits der Front“ werden die Gegensätze zwischen den Gegnern der UdSSR., wie aus der offiziellen Kriegsdoktrin des Bolschewismus und aus allen Äußerungen der führenden Persönlichkeiten der UdSSR. sich übereinstimmend ergibt, als

¹⁾ Triandafilow, Der Charakter der Operationen der modernen Heere. Moskau 1929.

die dritte Quelle der Kraft des Rätestaates angesehen. Als Gegner gemeint ist die kapitalistische Welt im ganzen, unbeschadet dessen, ob aus taktischen Gründen mit einem Teil der bürgerlichen Staaten politisch und militärisch paktiert wird oder nicht. Der mit letzteren gemeinsam errungene Sieg über den anderen Teil der bürgerlichen Staaten gilt lediglich als Beseitigung einer Barriere und als Ausgangspunkt für den weiteren Vormarsch des Bolschewismus, auch gegen die bisherigen Bundesgenossen. Die Rolle, die im Rahmen einer solchen Kombination gegenwärtig Frankreich von Moskau zugebracht ist, dürfte damit klar sein.

Eine der Haupthoffnungen des Bolschewismus ist auf die Kolonialländer gerichtet. Amiragow führt in solchem Zusammenhang aus, daß die Kolonialländer heute schon der Schauplatz ständiger Befreiungsaufstände seien, und daß der Krieg der UdSSR. mit den imperialistischen Staaten besonders günstige kriegspolitische Voraussetzungen für die Entstehung derartiger nationaler Freiheitskriege schaffen würde. Die Aufgabe der UdSSR. und des internationalen Proletariats würde in der Stimulierung und weitgehenden Unterstützung der unterdrückten Völker in ihrem Kampf für die Unabhängigkeit liegen. Davon erhoffen die Sowjettheoretiker vor allem eine Ablenkung eines Teiles der feindlichen Kräfte von der sowjetrussischen Kriegsfront. Im Zuge solcher Gedankengänge kommt Amiragow zu folgender Feststellung:

„Auf diese Weise wird der zukünftige Krieg des Imperialismus gegen die UdSSR. einen äußerst eigenartigen Charakter tragen, sowohl hinsichtlich der in ihm wirkenden Kräfte als auch ihrer allgemeinen strategischen Verteilung. Diese Eigenart wird darin bestehen, daß es der erste Krieg in der Geschichte sein wird, in dem für die Verteidigung einer der kriegführenden Seiten, d. h. der UdSSR., Millionen von Werktätigen der ganzen Welt mobilisiert werden. Mit anderen Worten wird der Krieg gegen die UdSSR. sich in ein ganzes System von revolutionären, nationalen Befreiungskriegen verwandeln, deren Ausgang an den Fronten der UdSSR. entschieden werden wird. Das wird ein Krieg sein, in dem unser Gegner mehrere äußere Fronten eines großen Krieges und eine ununterbrochene

Bürgerkriegsfront in seinem Rücken, im Innern seines Landes haben wird“.

Wenn hier, wie in allen Verlautbarungen der Sowjetpolitiker in der Gegenwart, stets von einem Krieg des „Imperialismus gegen die UdSSR.“ die Rede ist, so ist diese Formulierung nur als taktischer Schachzug zu werten. Die Angriffsabsichten des Rätestaates sind zu eindeutig festgelegt, als daß an der tatsächlichen Verteilung der Rollen unter Angreifern und Angegriffenen gezweifelt werden könnte. Aus der ganzen Art der Behandlung des Problems des zukünftigen Krieges geht auch sonst vollkommen eindeutig hervor, daß die UdSSR. selbst ihre Gegner als in der Defensive befindlich ansieht. Die dauernden Hinweise auf die eigene Macht und auf die Unzulänglichkeit der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Grundlagen der gegnerischen Kräfte lassen den Schluß zu, daß in der UdSSR. mit einem Angriff auf sie selbst ernstlich kaum gerechnet wird.

Das ergibt sich auch aus einer anderen Überlegung. Wer hat denn in erster Linie ein Interesse daran, die ganze Welt nach einem einheitlichen, dogmatisch bestimmten Schema, ohne Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der Völker, umzubauen? Niemand anders als die Sowjetunion. Allen anderen Staaten kann es an sich gleichgültig sein, wie der Rätestaat sein eigenes Haus baut, unter der Voraussetzung selbstverständlich, daß dieser Staat nicht in die inneren Verhältnisse der anderen Länder eingreift und nicht ihre elementarsten Lebensinteressen gefährdet. Wir sehen ja, daß in der UdSSR. selbst ihr eigener Klassencharakter als Ursache möglicher künftiger Konflikte betrachtet wird. Die z. Z. betontermaßen gegen Deutschland gerichtete Feindschaft des Rätestaates ergibt sich gerade aus diesen Gründen. Es ist selbstverständlich, daß derjenige Staat von der UdSSR. in erster Linie angegriffen werden muß, der durch die ausschließliche Betonung der völkischen Grundlagen eines jeden Staates, durch die Anerkennung des unbedingten und vorbehaltlosen Rechtes jedes Volkes, sein Schicksal seiner Rasseeigenart entsprechend selbständig zu bestimmen, der internationalen Konzeption und den Weltherrschaftsansprüchen der UdSSR. zuwiderläuft und deshalb von ihr bekämpft werden muß.

Gewaltsame Umformung der Welt bedeutet Weltkrieg. Das ist das Ergebnis, zu dem auch die Sowjettheoretiker letzten Endes, wenn auch auf Umwegen, gelangen. Amiragow gibt unumwunden zu: „Die Besonderheit dieses Krieges als eines revolutionären Klassenkrieges wird gleichzeitig in seinen Zielen und Aufgaben liegen. Wie sein Ende auch immer sein möge, muß er mit der Vernichtung des herrschenden gesellschaftlich-ökonomischen und politischen Systems der unterlegenen Seite enden. Dies ist die Dialektik der Wirklichkeit, dies ist auch die Logik des politischen Kampfes zwischen den antagonistischen Klassen.“

Was heißt das? Das heißt folgendes: Da sich nach sowjet-russischer Auffassung im zukünftigen Kriege zwei große Systeme im ganzen gegenüberstehen werden, das „sozialistische“ und das „kapitalistische“, die gemeinsam den ganzen Erdball umspannen, so wird der Krieg zwischen ihnen eine entsprechende räumliche Ausdehnung annehmen müssen, d. h. ein Weltkrieg sein.

Wenn ein Teil der bürgerlichen Staaten, z. B. Frankreich, in diesem Kriege auf seiten der UdSSR. kämpfen würden, so würde davon die allgemeine Sowjetauffassung über den Charakter des zukünftigen Krieges grundsätzlich nicht beeinflußt werden. Auch in diesem Falle bliebe die Gegenüberstellung: „UdSSR. – übrige Welt“ bestehen, und Frankreich würde in diesem System der Kräfte lediglich eine Verkörperung des bolschewistischen Grundsatzes der „Ausnutzung der Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Welt“ darstellen.

Der Krieg, zu dem die UdSSR. durch ihre Politik treibt, würde ein neuer Weltkrieg sein. Die Folgerungen aus dieser Tatsache für die Dauer des Krieges und für den Umfang der zu mobilisierenden wirtschaftlichen und militärischen Kräfte sind an anderer Stelle im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aufrüstung des Rätestaates bereits gezogen worden. An eine schnelle Entscheidung wäre keinesfalls zu denken, sondern es müßte mit einer langen Kriegsdauer gerechnet werden. Dementsprechend wird der Masseneinsatz von ungeheuren Hilfsmitteln aller Art notwendig sein, eine Totalmobilmachung aller Staaten im buchstäblichsten Sinne dieses Wortes.

8. Kapitel. Die politische Propaganda im Kriege

1. Der allgemeine Charakter der bolschewistischen Kriegspropaganda

Die starke Berücksichtigung der politischen Seite des Krieges ist an sich keine nur für den Bolschewismus charakteristische Erscheinung. Jeder Staat wird ihr seine Aufmerksamkeit zuwenden und sie in seine Berechnungen einsetzen müssen. Die besondere Eigenart der bolschewistischen Betrachtungsweise liegt in der überragenden Bedeutung, die den politischen Elementen des Krieges zugesprochen wird und in der Methode der Urteilsbildung. Das Prinzip des Klassenkampfes ist ihr ausschlaggebender Faktor.

Nach allem Gesagten erscheint es verständlich, daß dem politischen Propagandaapparat des Rätestaates im Kriegsfall sehr weitgehende Sonderaufgaben zufallen müssen, bei deren Festlegung eine Beschränkung auf die eigene Armee und das eigene Hinterland nicht stattfinden kann. Die internationale Natur des Klassenkampfes bedingt es, daß die Kriegspropaganda eines Staates, der in seinem Namen den militärischen Kriegsschauplatz betritt, über die eigene Landesgrenze und über die eigene Front hinausgreifen muß.

Wenn der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so gilt das sinngemäß auch für die Kriegspropaganda. Sie ist eine Fortsetzung der bereits im Frieden betriebenen Propaganda und muß sich bei der Wahl ihrer Mittel den besonderen, durch den Kriegszustand bedingten Umständen anpassen.

So wie der Staat in Friedenszeiten bereits sich das Instrument für die Kriegführung, die Armee, schafft und für den Ernstfall schult, so bildet die Sowjetunion auch ihre politische Waffe bereits im Frieden aus, unter Berücksichtigung der für den Kriegsfall erforderlichen organisatorischen und

ideellen Voraussetzungen. Der bolschewistische Propagandaapparat im ganzen umspannt den gesamten Sowjetstaat mit allen seinen militärischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einrichtungen und unterhält im Frieden wie im Kriege für den Gebrauch im Ausland die Komintern mit ihren ausländischen Sektionen.

Im Falle eines bewaffneten Konfliktes der UdSSR. mit einem oder mehreren Staaten wird der gesamte Riesenapparat der bolschewistischen Propaganda auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt. Daneben gibt es spezielle Propagandaorgane, die in besonderer Weise dem Krieg angepaßt sind und einen militärischen Charakter tragen. Das sind die Propagandaorganisationen der Roten Armee.

Die Tätigkeit dieser Organisationen erstreckt sich sowohl auf die Offiziere und Mannschaften des eigenen Heeres, auf die Bevölkerung der eigenen Etappe, als auch auf die Armee des Gegners und auf sein Hinterland. Die Sektionen der Komintern und die ausländischen Spionagezentralen des Rätestaates, die mit letzteren vielfach verbunden oder identisch sind, arbeiten mit dem Propagandaapparat der Roten Armee eng zusammen.

Die technischen Mittel der Propaganda sind unbegrenzt und ergeben sich aus den jeweiligen Umständen. Ihr Ziel ist es, auf jede erdenkliche Weise den Keim der Zersetzung in die feindlichen Reihen zu tragen. Die politische Grundlage dieser Zersetzungsarbeit ist der Klassenkampf und alle anderen Gegensätze, die als vorhanden angenommen werden. Hierher gehören besonders nationale und religiöse Gegensätze, die in der bolschewistischen Kriegspropaganda eine große Rolle spielen.

Die nationalen Gegensätze werden bei solchen Kriegsgegnern angewandt, die eine national nicht homogene Bevölkerung besitzen und eine entsprechende Zusammensetzung der Armee aufweisen. Das Ausspielen der nationalen Minderheit gegen das Staatsvolk ist der Inhalt der bolschewistischen Zersetzungstaktik in solchen Fällen, wobei rein kommunistische Gesichtspunkte zurücktreten können. Die Spekulation geht hier nicht auf den Klassenkampf, der geschürt werden soll, sondern auf den nationalen Kampf, und selbst die „Bourgeoisie“

der nationalen Minderheit wird als Bundesgenosse in die bolschewistische Berechnung eingesetzt.

In solchen Fällen wird die bolschewistische Kriegspropaganda sich streng hüten, Parolen auszugeben, die diese Bourgeoisie vor den Kopf stoßen könnten. Nicht die Enteignung, nicht die Organisation des Sozialismus, am allerwenigsten die proletarische Diktatur werden hier den Inhalt der kommunistischen Agitation bilden. Die Forderungen des Kommunismus werden vielmehr durch nationale Freiheitsparolen ersetzt, die in den nationalen Minderheiten des feindlichen Staates die Vorstellung erzeugen sollen, als kämpfe die Rote Armee für ihre nationale Befreiung von fremdem Joch.

Ganz ähnlich ist die bolschewistische Spekulation auf die vorhandenen religiösen Gegensätze in den Reihen des Gegners. Religiöse Gegensätze können naturgemäß nur dort vorhanden sein, wo es eine religiös gläubige Bevölkerung gibt. In einer anderen Bevölkerung können Gegensätze solcher Art nicht auftreten. Die bolschewistische Propaganda wird deshalb hier keinen antireligiösen Charakter tragen, wie es der grundsätzlichen Einstellung des Kommunismus entsprechen würde, sondern wird im Gegenteil durch Betonung der „religiösen Freiheit“ und durch andere Mittel versuchen, die Anhänger verschiedener Glaubensbekenntnisse gegeneinander auszuspielen.

In bäuerlichen Gegenden wird die Propaganda des Bolschewismus der besonderen Lage angepaßt werden. Einer bauernfeindlichen Einstellung, der Forderung der Enteignung des Landes und seiner Überführung in die Hände des Staates wird hier kein Raum gegeben werden. Die Parole wird hier vielmehr, wie seinerzeit in Rußland, lauten: „Alles Land den Bauern.“ Es wird versucht werden, auf dieser Grundlage einen Klassengegensatz zwischen den Bauern und den Gutsbesitzern zu erzeugen.

Nur in den Industriegebieten wird die bolschewistische Propaganda den Klassenkampf in seiner reinen Ausprägung verkünden. Die Industriegebiete werden als die Hochburgen der kommunistischen Agitation angesehen, und es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß das „Proletariat“ in den Reihen des Gegners sich der Roten Armee als seiner

„Befreierin“ wesensverwandt fühlt. Wie weit die bolschewistischen Hoffnungen in dieser Beziehung gehen, hat uns der Abschnitt über die „Reserven jenseits der feindlichen Front“ deutlich gezeigt.

Zusammenfassend kann man über den allgemeinen Inhalt der bolschewistischen Kriegspropaganda feststellen, daß sie durch keinerlei Hemmungen ideologischer Art eingeschränkt ist, und daß ihr jedes Mittel recht ist, das einen Erfolg zu versprechen scheint.

2. Die Propagandaarbeit an der Front

Entscheidend für die Kriegspropaganda des Bolschewismus sind die militärischen Ergebnisse, die von ihrer Wirkung erwartet werden. Wenn die reinen Politiker der UdSSR. jede Art der politischen Arbeit, auch die Kriegspropaganda, mit allgemeinen weitgehenden politischen Kombinationen zu verbinden pflegen, so besitzt sie für die reinen Militärs eine wesentlich enger begrenzte Bedeutung. Für die Militärs der Sowjetunion ist die politische Propaganda in erster Linie ein Hilfsmittel der allgemeinen Kriegführung, dazu bestimmt, militärische Erfolge der Armee zu erleichtern. So erklärt sich die geschilderte Taktik der politischen Propaganda mit ihren sehr verschiedenartigen, den jeweiligen besonderen Umständen angepaßten Parolen als ein Teil der allgemeinen Kriegführung.

Die Strategie und die Taktik der bolschewistischen Revolution, die wir in ihrer Anwendung auf die allgemeine Politik kennen gelernt haben, paßt sich insofern den konkreten Bedürfnissen des Krieges vorzüglich an. Sie ermöglicht es, in jedem Einzelfall die ideologische Begründung für alle zu ergreifenden Maßnahmen zu finden und die „Generallinie“ der Kommunistischen Partei auf die jeweiligen Umstände zuzuschneiden.

Für die Einstellung der bolschewistischen Militärs sind die Ausführungen des mehrfach erwähnten Triandafilow über die politische Propaganda im Kriege bezeichnend: „Die richtig betriebene Agitation und Propaganda innerhalb der feindlichen Armee, ihre reguläre und hartnäckige Durchführung

kann für die Gewinnung des Krieges große Resultate ergeben¹⁾.“

Auch Triandafilow erwähnt im Zusammenhang einer Untersuchung über die Qualität der Heere die Klassen- und die nationalen Gegensätze. Es ist jedoch typisch für seine Art, an die Probleme rein militärisch heranzugehen, daß Parolen wie „Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“ bei ihm nur als eine mehr oder weniger ungewollte Konzession an die Sowjetmentalität erscheinen. Praktisch gewinnt für ihn die Frage der Gegensätze im Lager des Gegners in erster Linie in Anwendung auf Polen Bedeutung, wo die Bolschewisten innere Probleme sehen, die ihnen als noch nicht gelöst erscheinen und die der bolschewistischen Propaganda im Falle eines Krieges als Angriffsobjekt dienen sollen.

Im Hinblick auf die beim Gegner möglichen Gegensätze sagt Triandafilow folgendes über die Sowjetpropaganda:

„Der Gegner wird versuchen, durch seine Agitation und Propaganda diese Gegensätze zu glätten . . ., den Bürgerfrieden im Lande und in seiner Armee zu erhalten. Die Aufgabe unserer Agitation und Propaganda ist es – die eigentlichen Kriegsziele unseres Gegners zu entlarven, vor den Soldaten den Klassencharakter des Krieges aufzudecken, an konkreten Beispielen zu zeigen, in wessen Interesse der Krieg geführt wird . . . Diese Aufgabe hat einen ungeheuren Umfang und erfordert eine Organisation in staatlichem Maßstabe. Die Wege des Durchdringens in die Tiefe der feindlichen Heere sind verschieden. Für den richtigen Aufbau der Arbeit im Massenmaßstab bedarf es einer systematischen und ununterbrochenen Aufklärung in der Tiefe der feindlichen Etappe. Die technische Organisation der Propaganda erfordert zahlreiche Mittel (Literatur in der Sprache des Gegners, Zusammenstellung und Vervielfältigung dieser Literatur, ihre Zustellung in das feindliche Gebiet, ihre Verbreitung). Deshalb wird diese Arbeit in der Regel unmittelbar von der Staatsgewalt organisiert.“

Der an der Front wirkende bolschewistische Propagandaapparat muß die einzelnen feindlichen Abschnitte zu erfassen

¹⁾ Triandafilow, *Der Charakter der Operationen der modernen Heere*, S. 175. Moskau 1929.

suchen. Diese auf die unmittelbare Einwirkung auf die gegenüberliegenden Truppenteile des Gegners gerichtete Arbeit gewinnt besonderes militärisches Interesse. Triandafilow betont die Notwendigkeit, die Klassen- und die nationale Zusammensetzung der einzelnen Formationen des Gegners festzustellen, ihre moralische Verfassung und politische Stimmung aufmerksam zu verfolgen und die Propagandaarbeit entsprechend durchzuführen. Der Verfasser äußert die Ansicht, daß eine geschickt und zweckmäßig durchgeführte Propaganda im Zusammenhang mit anderen Gegebenheiten der militärischen Lage unter Umständen günstige Voraussetzungen für die Führung eines entscheidenden Schlages gegen den Feind schaffen können. Er hebt besonders hervor, daß gegen moralisch und politisch wankelmütige feindliche Truppen erfolgreiche Angriffe mit verhältnismäßig geringen Kräften angesetzt und durchgeführt werden können. Gleichzeitig hebt er die Bedeutung von militärischen Erfolgen an der Front für die weitere Organisation der politischen Propagandaarbeit hervor. Die politische und propagandistische Auswertung von militärischen Erfolgen, das dauernde Zusammenwirken zwischen den militärischen und den politischen Kriegshandlungen sieht er als ein Mittel an, um im Endergebnis eine völlige, physische und moralische Vernichtung des Gegners herbeizuführen.

3. Die Propagandaarbeit in der feindlichen Etappe

Die Propaganda in der feindlichen Etappe wird im allgemeinen von den gleichen politischen Voraussetzungen ausgehen wie die Propaganda an der Front. Ihr Wirkungskreis hingegen ist bedeutend größer, und ihre konkreten Ziele sind allgemeiner und umfassender, als bei der Propaganda innerhalb der Fronttruppen.

Auch die Propaganda in der Etappe besitzt eine militärische Seite, insofern als sie die feindlichen Etappenformationen und die in der Etappe befindlichen Heeresreserven usw. zum Gegenstand ihrer Arbeit macht. Außerdem wirkt sich die moralische und politische Zersetzung der Etappe unmittelbar auf die Front aus.

Daneben weist die Propaganda in der Etappe auch eine andere, sozusagen „zivile“ Seite auf. Sie geht unmittelbar auf die „privaten“ und individuellen Interessen des Einzelnen oder bestimmter Gruppen der Bevölkerung ein. Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges, die Lücken, die der Krieg in die einzelne Familie reißt und zahllose andere Erscheinungen, die mit dem Krieg zusammenhängen, bilden die Ansatzpunkte für die propagandistische Kleinarbeit, die von dieser Grundlage ausgehend schließlich zu allgemeinen politischen Zielsetzungen gelangt und demoralisierend auf die Bevölkerung einwirkt.

Im modernen Krieg wird die Grenze zwischen „Etappe“ und „Heimat“ im allgemeinen wohl nicht mehr so gezogen werden können, wie dies im Weltkrieg noch möglich war. Durch den großen Wirkungsbereich der Luftwaffe z. B. wird sogar die „Front“ in gewissem Sinne über die Etappe weit hinaus bis in die Heimat ausgedehnt. Das gilt besonders von kleineren Staaten bzw. von solchen Staaten, die, wie Deutschland, ihrer geographischen Lage nach von verschiedenen Fronten her Luftangriffen ausgesetzt sind, die bis in ihr Zentrum hineinreichen können.

Dazu kommt, daß der moderne Krieg eine Mobilisation aller Kräfte der Nation in solchem Umfange erforderlich macht, daß praktisch fast die gesamte Bevölkerung in einem gewissen Sinne zum „Kriegsteilnehmer“ wird. Demzufolge wird noch mehr als in der Vergangenheit jeder einzelne Staatsbürger zum Mitträger der Landesverteidigung.

Die bolschewistische Propaganda wird sich daher das Ziel setzen, über die eigentliche Etappe hinaus im ganzen Staatsgebiet des Kriegsgegners wirksam zu werden. Ihre Aufgabe wird sie darin erblicken, die „privaten“ Interessen des Einzelnen gegen die Interessen der Allgemeinheit zu organisieren – eine Methode, die aus der Praxis des Kommunismus hinreichend bekannt ist. Das ganze Prinzip des Klassenkampfes läuft ja letzten Endes auf nichts anderes hinaus, als durch einen Appell an den „inneren Schweinehund“ im Menschen diesen zu einem Werkzeug des Bolschewismus zu machen.

Die rein militärischen Gesichtspunkte verlieren in dieser Breitenausdehnung an spezifischem Gewicht. Gleichwohl bleiben sie letzten Endes im Hintergrunde immer wirksam, da jede Schwächung des Gegners durch politische und moralische Zersetzung der „Etappe“ oder der „Heimat“ Rückwirkungen auf die militärische Lage an der Front haben muß.

Die politische Propagandaarbeit in den Reihen der feindlichen Bevölkerung, die vom politischen Apparat der in der Front liegenden Einheiten der Roten Armee unmittelbar ausgeht, wird sich zumeist auf das besetzte Gebiet erstrecken. Die Propaganda innerhalb der feindlichen Bevölkerung ist darauf ausgerichtet, „den wahren Sinn des Krieges, seinen Klassencharakter zu zeigen und die eigentlichen Absichten des Gegners zu enthüllen¹⁾.“ Dabei soll die Rote Armee, das ist eine allgemein erhobene und immer wieder betonte Forderung, durch ihr Beispiel wirken. Die Werktätigen in der feindlichen Bevölkerung sollen sehen, daß die Rote Armee ganz etwas anderes darstellt als die „Armee der Bourgeoisie“. Deshalb wird auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bevölkerung der besetzten Gebiete und den roten Truppen besonders großer Wert gelegt. „Eine gewaltige Arbeit lastet auf dem politischen Apparat in Richtung der Sowjetisierung der eroberten feindlichen Gebiete.“ Triandafilow verweist darauf, daß im Falle günstiger Umstände eine siegreiche Offensive im Verlauf von 3–4 Wochen bei einer Frontbreite von etwa 200–300 km und bei entsprechender Tiefe zur „Befreiung“ von großen Gebieten führen könne, die ihrem Umfang nach kleinen Staaten bzw. großen Provinzen gleichkommen würden. Diese müßten in der kurzen Frist von weiteren 2–3 Wochen „sowjetisiert“ werden.

Was „Sowjetisierung“ bedeutet, das hat uns der bolschewistische Bürgerkrieg mit eindringlicher Überzeugungskraft gezeigt. Er bedeutet eine Massenabschlachtung der „Klassenfeinde“, einen fürchterlichen Terror in der ganzen Bevölkerung, Enteignung, Raub und Mord. An dieser lebendigen Praxis des Bolschewismus, die ewigen Eingang in die Geschichte gefunden hat, kann die Bevölkerung aller der „Be-

¹⁾ Triandafilow, ebenda S. 177.

freierung“ durch die Rote Armee unterliegenden Gebiete er-messen, welchem Schicksal sie im Falle eines siegreichen Vor-marsches der bolschewistischen Wehrmacht entgegensehen darf.

Die Propaganda in der Bevölkerung der noch im Besitz des Gegners befindlichen Gebiete unterliegt den höheren Instanzen des politischen Apparates der Roten Armee bzw. anderen Propagandaorganisationen der UdSSR. Hierher gehört auch die Arbeit in der feindlichen Etappe und im ganzen übrigen Hinterland des feindlichen Staates.

Der Aufbau der Propagandaorganisation im Rücken des Gegners erfolgt bereits in Friedenszeiten. Ihre hauptsächlichlichen Stützpunkte sind die ausländischen Sektionen der Komintern, d. h. die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern. Bereits in Friedenszeiten werden die Angehörigen dieser Organisationen in allen Fragen der Kriegspropaganda unterwiesen und es werden für sie fest-stehende Richtlinien ausgegeben, an die sie sich zu halten haben.

Ein eindrucksvolles Beispiel, wie diese Art der Kriegsvor-berereitung der Sowjetunion aussieht, bietet die im Jahre 1923 in Deutschland herausgegebene Propagandaschrift „Die Rote Armee“, in der ein gewisser I. Kowrow folgende prak-tische Anweisungen für die „Agitations- und Propa-gandaarbeit als Mittel der Zersetzung des Gegners“ gibt:

„Wenn wir die Möglichkeit der Betreibung der Agitationsarbeit in der Zukunft betrachten, so müssen wir ihre Durch-führung unter einer Bevölkerung, die nicht die unsere ist, und auf einem Territorium, das nicht uns gehört, skizzieren. Der Moment der langen Atempause gestattet es uns gegenwärtig, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Versuchen wir in kurzen Zügen jene Formen zu skizzieren, innerhalb derer man die Arbeit wird betreiben können.

Die politischen Organe müssen im Hinblick auf unsere mög-lichen Gegner die klassenmäßige und nationale Zu-sammensetzung der betreffenden Kriegsschau-plätze, ihre politische Organisation und die Partei- und Gesellschaftsgruppierungen, die in ihnen bestehen,

sorgfältig kennen lernen. Die Fabrik- und Werkzentren müssen besonders eingehend beleuchtet werden. Es muß festgestellt werden, welche Fragen die Bevölkerung im besonderen beschäftigt, in welchem Maße die Unzufriedenheit mit den Regierungsorganen wächst und zwar in bezug auf welche; welcher Art die gegenseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen sind, sowie auch eine ganze Reihe von Fragen des sozialen alltäglichen Lebens der Bevölkerung.

Mit besonderer Sorgfalt müssen die Organisationen festgestellt werden, die ideell mit uns sympathisieren und umgekehrt auch die reaktionären. Notwendig ist auch die rechtzeitige Schaffung von Literaturbasen. Diese Literatur muß auf Grund jener Daten zusammengestellt werden, die sich aus dem Studium des Kriegsschauplatzes ergeben. Es ist erwünscht, für jede Heeresorganisation eine besondere Methode zu haben. Die Literatur, die für die Soldaten geeignet ist, wird es nicht für die Bauernmassen sein und umgekehrt. Diese Literatur darf keinen allzu allgemeinen Inhalt haben, sofern der Gegner seine Truppenmassen aus dem Element ergängt, das in bedeutendem Maße unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie und ihrer Agitation steht.

Konkrete Beispiele von den Gewalttaten der Bourgeoisie in diesem oder jenem Rayon, über die Schikanierung der werktätigen Bevölkerung müssen den Inhalt der Literatur bilden. Die Vertrautmachung mit dem Wesen der Sowjetmacht und ihren Aufgaben in jedem Kriege muß ebenda nebenher durchgeführt werden. Es müssen im voraus jene Punkte festgesetzt werden, durch die die Literatur aus den entsprechenden politischen Verwaltungen der Roten Armee hinter die Front des Gegners weitergeleitet werden wird, während von dort Informationen zu uns gelangen werden.

Während des verflorenen Bürgerkrieges wurde von uns die Ausstreuung sog. Passierscheine praktiziert, auf denen darauf hingewiesen war, daß jeder, der mit diesem Schein auf die Seite der Sowjetmacht übergehen werde, freundschaftlich aufgenommen werden würde. Im vergangenen Kriege wurden sie von Flugzeugen abgeworfen. In Zukunft muß der Empfang

solcher Scheine durch die Truppen des Gegners vom Rücken der Front her organisiert werden.

Besonders sorgfältig muß die Arbeit der Schaffung von Stützpunkten, von Kadern, von Partisanenabteilungen für die Herstellung der Verbindung mit jenem Gebiet des Sowjetlandes durchgeführt werden, das sich an die Grenzen der bürgerlichen Staaten anschließt, und im Augenblick des Rückzuges muß dieser ganze Apparat in Tätigkeit gesetzt werden.

Bei Rückzügen ist es notwendig, daß die Parteiorganisationen inmitten der geheimen Komitees Genossen aus der Mitte des Militärs zurücklassen, wofür die politische Verwaltung vielleicht spezielle Leute wird aussondern müssen. Das Schwergewicht der Arbeit der Geheimkomitees muß auf die Truppen des Gegners verlegt werden.

Diese ganze Arbeit wird nur dann günstige Resultate ergeben, wenn die politische Linie die richtige sein wird . . . Im künftigen Kriege werden wir es mit einem Gegner zu tun haben, der uns an Technik überlegen ist und darum ist es notwendig, daß wir in politischer Hinsicht stärker sind. Unsere Agitations- und Propagandaarbeit wird, indem sie die Etappe des Gegners zersetzt, ihn daran hindern, die werktätigen Massen zu mobilisieren . . .

Für die politische Arbeit im Rücken des Gegners ist es notwendig, die Streifzüge der Reiterei auszunützen. Die politische Organisation dieser Streifzüge muß sehr sorgfältig vorbereitet werden. Hier eröffnen sich große Möglichkeiten für eine ausgedehnte agitatorisch-propagandistische Kampagne. Das Wichtigste ist, durch diese Streifzüge eine Stimmung unter der Bevölkerung zu schaffen, bei der diese begreift oder richtiger selbst sieht, daß der Kampf nur der Bourgeoisie und ihrer Armee gilt . . . Die werktätige Masse selbst ist nach Möglichkeit zur gerichtlichen Aburteilung von Vertretern der Bourgeoisie hinzuzuziehen. Diese Hinzuziehung wird eine Situation schaffen, bei der eine ganze Reihe von Orten sich aktiv am Kampf gegen die Bourgeoisie zusammen mit uns beteiligen wird, und die Momente militärischer Gewalt von seiten der Roten Armee werden bedeutend gemildert werden . . .“

„Alle Nachrichten, die über die Durchführung der Agitations- und Propagandakampagne in die politische Verwaltung der Roten Armee gelangen werden, müssen aufmerksam berücksichtigt und vom militärischen Kommando aus benutzt werden.

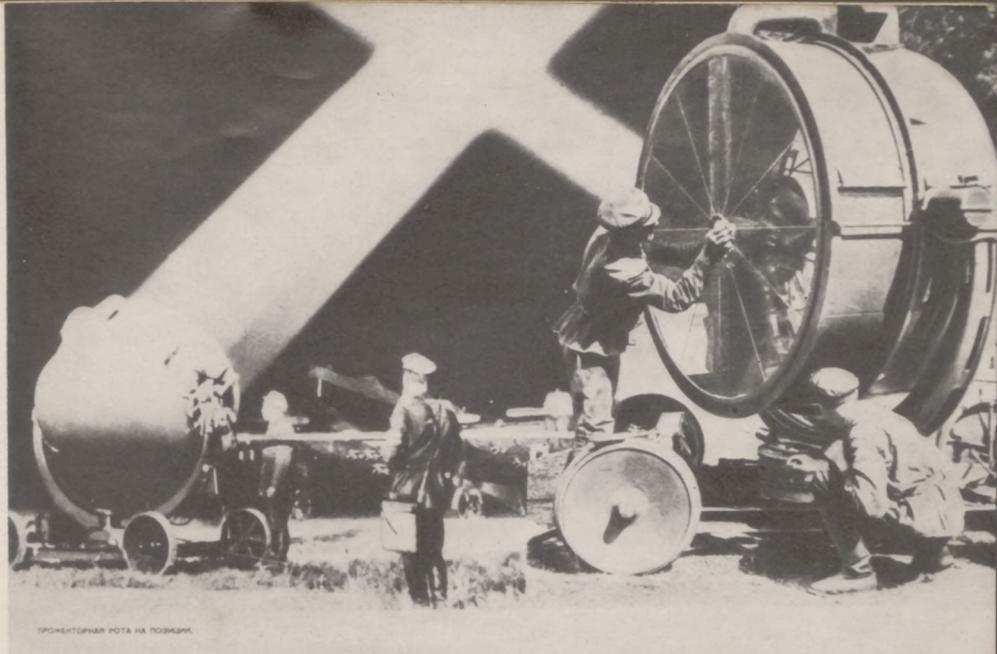
Die kurze schematische Übersicht der Richtung der künftigen Arbeit der politischen Organe auf dem Gebiet der Zersetzung des Gegners und seiner Etappe, muß mit dem Hinweis auf die sorgfältige Auswahl von Genossen für die Durchführung dieser Arbeit und die Konzentration derselben im engen zuverlässigen Kreise abgeschlossen werden¹⁾.“

Diese Sowjetrichtlinien mit ihren eindeutigen Angaben zur Organisierung des Landesverrates, der Fahnenflucht und des bewaffneten Partisanenaufstandes gegen den eigenen Staat durften zur Zeit der Weimarer Republik unter den Augen eines Konsortiums, das sich die anspruchsvolle Bezeichnung „Deutsche Reichsregierung“ zugelegt hatte, öffentlich bei uns verbreitet werden!

Wenn man auch über den praktischen Wert einzelner empfohlener Maßnahmen, wie etwa jener „Streifzüge der Reiterei“, geteilter Meinung sein darf – der Einfluß des bolschewistischen Bürgerkrieges in Rußland ist hier unverkennbar – so ist doch die allgemeine Tendenz dieser Richtlinien der Beachtung wert. Sie stellen ein anschauliches Beispiel für die praktischen Formen dar, die die bolschewistische Propagandaarbeit im Kriege nach dem Willen ihrer Urheber annehmen soll.

Das Problem, hinter die Front des Gegners zu gelangen und Propagandamaterial dorthin zu schaffen, wird dabei der schwierigste Teil der technischen Durchführung dieser Absicht sein. Es mag sein, daß die Bedeutung, die man in der Roten Armee dem Fallschirmabsprung vom Flugzeug beilegt, mit der Kriegspropaganda in Zusammenhang gebracht wird. Der rein militärische Wert des Fallschirmabsprungs ist kaum hoch anzuschlagen. Im Dienste der Kriegspropaganda, um Agenten und Propagandamaterial in die feindliche Etappe zu schaffen, würde er vielleicht von einiger Bedeutung sein.

¹⁾ I. Kowrow, Die Agitations- und Propagandaarbeit als Mittel der Zersetzung des Gegners. In: Die Rote Armee, S. 111/112. Hamburg 1923.



ЭРОМЕТОРНАЯ ПОТА НА ПОСЛАВНИК.

Scheinwerferabteilung in Stellung
Geschützexercieren an Fliegerabwehrgeschützen





Schwere Bombenflugzeuge

„Die Luftflotte zusammen mit den motorisierten Einheiten werden den Krieg beginnen und werden der ersten Periode des Krieges eine außergewöhnlich wichtige, möglicherweise sogar entscheidende Bedeutung geben . . . Unsere Vorteile in dieser Hinsicht liegen darin, daß alle ökonomischen und politischen Zentren unserer Gegner unverhältnismäßig näher an der Basis unserer Luftflotte liegen als die ökonomischen und politischen Zentren unseres Landes an der Basis der feindlichen Luftflotte.“

(Zitat aus „Woina i Revoljuzia“ [Krieg und Revolution] Organ des Zentralrates des OSSOAVIACHIM [Gesellschaft zur Förderung der Luft- und chemischen Abwehr]. Militär-Staatsverlag, Sept./Okt. 1934. S. 17.)

4. Lenins „Felddienstordnung für den bewaffneten Aufstand“

Letztes Ziel jeder bolschewistischen Propaganda ist die „Verwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg“, der bewaffnete Aufstand, der Sturz der vorhandenen Regierungsgewalt.

In der Kriegsdoktrin des Bolschewismus wird dem Bürgerkrieg, wie wir wissen, eine hervorragende Stelle eingeräumt. Er ist die eigentliche für den Bolschewismus typische Form des bewaffneten Kampfes. Deshalb kann eine Betrachtung über den Charakter des zukünftigen Krieges, wie er sich uns im Spiegel der bolschewistischen Anschauung darstellt und über die bolschewistische Propaganda im Kriege, nicht ohne ein Eingehen auf die praktische Seite des Bürgerkrieges abgeschlossen werden.

Es ist sehr charakteristisch für den Rätestaat, daß die Probleme des Bürgerkrieges in der UdSSR. einen Teil der Militärwissenschaften darstellen. Der Bürgerkrieg wird von Militärakademikern mit den gleichen „wissenschaftlichen“ Mitteln untersucht wie jeder andere Krieg.

Die Sektion zum Studium von Kriegsproblemen an der Kommunistischen Akademie in Moskau gibt unter ihren militärwissenschaftlichen Veröffentlichungen Arbeiten heraus, die speziell allen Fragen des bewaffneten Aufstandes und des Bürgerkrieges gewidmet sind. Darunter befindet sich eine erst im Jahre 1931 veröffentlichte Untersuchung, die zu einem beträchtlichen Teil den kommunistischen Aufständen im Januar und im März 1919 in Berlin und der „Niederlage des deutschen Proletariats im Oktober 1923“ gewidmet ist. Diese Veröffentlichung verdient unser Interesse im Hinblick auf den, von der Sowjetpolitik ins Auge gefaßten konkreten Fall, wenn im Zuge eines revolutionären Angriffskrieges gegen Deutschland oder eine beliebige andere Macht der siegreiche Vormarsch der Roten Armee die „Sowjetisierung“ eines eroberten Gebietes ermöglichen würde, bzw. wenn es der Sowjetpropaganda gelingen würde, im Lande des Gegners einen Bürgerkrieg zu entfesseln.

Als Einführung zu der erwähnten Arbeit dient ein Aufsatz über die Einstellung Lenins zum bewaffneten Aufstand, in

dem die Eroberung der Macht als „die nächste Aufgabe des internationalen Proletariats“ bezeichnet wird. Ein Hinweis auf die politische Entwicklung in China und in Indien, auf die kommunistischen Massenaktionen, Generalstreiks und bewaffneten Aufstände in einer Reihe von Ländern nach dem Weltkrieg endet mit folgenden charakteristischen Feststellungen:

„Alles das sind nur Proben, Vorbereitungen zu den entscheidenden Kämpfen für die Diktatur des Proletariats, die mit unerbittlicher historischer Unvermeidlichkeit immer näher und näher rücken. Gleichzeitig damit gewinnen auch die Fragen des bewaffneten Aufstandes als des einzigen Mittels, das unmittelbar zur Ergreifung der Macht führt, eine immer größere Bedeutung und erfordern größte Aufmerksamkeit und Erforschung, sowohl vom theoretischen als auch vom praktischen Gesichtspunkt“¹⁾.

Die kommunistischen Aufstände in Deutschland in den Jahren 1919 und 1923 sind bekanntlich niedergeschlagen worden. Die Untersuchungen der vorliegenden Veröffentlichung verfolgen den Zweck, die eigentlichen Ursachen der kommunistischen Niederlagen festzustellen und den militärischen Leitern der für den Bürgerkrieg bestimmten kommunistischen Organisationen (im Jahre 1931!) Erfahrungsmaterial darüber zu geben, wie in künftigen Fällen vorgegangen werden soll. Es werden daher alle politischen und militärischen Einzelaktionen, sowie die Anlage des Gesamtplanes des bewaffneten Aufstandes, einer kritischen Betrachtung unterzogen. Das Endergebnis ist die Feststellung, daß die erlittenen Mißerfolge in erster Linie mit falscher Führung zu erklären seien.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der von den Kommunisten im Jahre 1933 geplante und nur durch die nationalsozialistische Erhebung verhinderte, bewaffnete Aufstand nach den, in der zitierten Veröffentlichung angegebenen Richtlinien verwirklicht werden sollte.

Lenin hat schon in der Zeit der Revolution des Jahres 1905 eine Art „Felddienstordnung des bewaffneten Aufstandes“ aufgestellt. Diese zunächst für die Praxis des

¹⁾ Studien zur Geschichte der bewaffneten Aufstände, Bd. II S. 5, Moskau 1931.

russischen Bürgerkrieges bestimmt gewesenen Richtlinien werden in der Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau auch heute noch als grundlegend „für alle Parteien des Westens und des Ostens“ anerkannt. Es wird lediglich die Notwendigkeit betont, die Besonderheiten der jeweiligen Lage vor allem in militärischer Beziehung sinngemäß in Betracht zu ziehen.

Typisch für Lenins Einstellung und bemerkenswert in dem Zusammenhang, in dem wir diese Dinge hier betrachten, sind seine Anweisungen für die praktische Kampfführung.

Der bewaffnete revolutionäre Kampf ist für ihn nicht nur ein Mittel zur unmittelbaren Machtergreifung. Noch bevor dieser spezielle Fall gegeben ist, bedarf es der Ausbildung der revolutionären Kampfabteilungen, die grundsätzlich im Rahmen von praktischen Aktionen erfolgen soll. Die kommunistischen Kampfabteilungen sollen Einzelaufgaben zugewiesen erhalten, über deren Charakter ein Brief Lenins vom 29. September 1905 an den Petersburger Kampfausschuß keinen Zweifel läßt, und in dem folgende praktische Möglichkeiten vorgesehen werden: Ermordung von „Spitzeln“, Sprengung von Polizeirevieren, Überfälle auf Banken zwecks „Konfiskation“ von Geldmitteln für den Aufstand usw.¹⁾.

Indem Lenin die Notwendigkeit des unverzüglichen Handelns unterstreicht, sagt er beruhigend: „Fürchtet solche Probeüberfälle nicht.“

Lenin betont ferner, daß auch unbewaffnete Abteilungen im Bürgerkrieg eine wichtige Rolle spielen könnten. Ihre Kampfmethoden hätten einen besonderen Charakter. Lenin sieht u. a. vor: Leitung der Massen, Überfälle aus dem Hinterhalt auf Polizeibeamte oder auf versprengte Angehörige der Wehrmacht, Befreiung von verhafteten Revolutionären, Abtransport von Verwundeten „in den Fällen, wenn die Polizeikräfte nur schwach sind“. Schließlich empfiehlt er im Straßenkampf in den Großstädten die Besetzung der oberen Stockwerke und der Dächer der Häuser, von wo aus die Truppen „mit Steinen beworfen, mit kochendem Wasser übergossen“ werden sollen usw.²⁾.

¹⁾ Vgl. ebenda, S. 14.

²⁾ Ebenda S. 15.

Wir veröffentlichen diese Anweisungen an dieser Stelle, weil sie eine Vorstellung davon geben, von welchem Standpunkt aus die maßgeblichen Vertreter des Rätestaates an die Verwirklichung ihrer Ziele herangehen. Wir betonen noch einmal, daß diese Anweisungen Lenins im Jahre 1931 von einer, für die theoretische Ausarbeitung der Grundlagen der Sowjetpropaganda sehr maßgebenden Stelle, ausdrücklich als auch für den gegenwärtigen Gebrauch im Auslande (!) bestimmt bezeichnet worden sind. Von diesen Anweisungen ist auch in der Tat im Auslande von den kommunistischen Organisationen, die den bewaffneten Aufstand vorzubereiten hatten, Gebrauch gemacht worden. Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland z. B. ist ballenweise Material darüber gefunden worden. Man braucht nur einige Hefte der illegalen kommunistischen Zeitschrift „Oktober“, die geheim verbreitet wurde, durchzublättern, um sich zu vergewissern, welcher Art die empfohlenen und planmäßig vorbereiteten Maßnahmen waren. Hier ist ununterbrochen von „Sabotage“, von „gründlichen Vorbereitungen zur Sprengung der Eisenbahn- und Straßenbrücken, Tunnels usw.“ die Rede. An einer Stelle heißt es mit zynischer Offenheit: „Eine Offensive der Roten Armee muß zusammenfallen mit dem aktivsten offensiven Vorstoß der revolutionären Kräfte im Rücken der Weißen Armee.“ Und an anderer Stelle wird ein Zitat Lenins gebracht, „daß die erbarmungslose Ausrottung der zivilen und militärischen Befehlsgewaltigen während des Aufstandes unsere Pflicht und Schuldigkeit ist“. Die Anweisungen für den bewaffneten Aufstand, den Straßenkampf, für politische Morde usw. wurden in allen Einzelheiten in den Vorschriften der illegalen Literatur ausführlich gegeben¹⁾.

Die „Felddienordnung“ Lenins, als die sie auch in der oben zitierten Untersuchung bezeichnet wird, fügt sich unmittelbar in das ganze Betrachtungssystem des Krieges in der UdSSR. ein.

Der revolutionäre Angriffskrieg der Sowjetunion, der nach den Zeugnissen höchster Autoritäten der Roten Armee

¹⁾ Vgl. auch Neuberg, Der bewaffnete Aufstand, Zürich 1928, A. Langer, Der Weg zum Sieg, Zürich 1931, ausführlicher zitiert bei Adolf Ehrt, Bewaffneter Aufstand, Berlin 1933.

die eigentliche Bestimmung der bolschewistischen Wehrmacht ist, stellt nach der Kriegsdoktrin des Kommunismus eine Form des bewaffneten Kampfes dar, in der die Elemente des Bürgerkrieges mit enthalten sind. Der revolutionäre Angriffskrieg soll, wie wir gesehen haben, den Bürgerkrieg in anderen Staaten unterstützen bzw. herbeiführen. Die Formen, in denen dieser Bürgerkrieg geführt werden soll, entsprechen den von Lenin ausgegebenen Anweisungen.

Die bolschewistische Kriegspropaganda verfolgt keinen anderen Zweck, als eben diesen Bürgerkrieg politisch vorzubereiten und zum Ausbruch zu bringen. Die militärischen Operationen der Roten Armee an der Front, die bolschewistische Propaganda in der feindlichen Armee und Etappe, der Bürgerkrieg im feindlichen Staat – diese drei Elemente stellen vom Sowjetstandpunkt aus eine Einheit dar und umreißen den Charakter der bolschewistischen Kriegsführung im ganzen.

Die Frage, inwieweit der Rätestaat mit dieser Politik wirklich Aussicht auf Erfolg hat, oder inwieweit innerhalb seiner eigenen Grenzen die Gefahr einer Revolution und eines Bürgerkrieges mit dem Ziel der Befreiung aller Völker der UdSSR. von der Diktatur der bolschewistischen Bürokratie entstehen kann, gehört nicht in den Rahmen der vorliegenden Untersuchung. Uns kommt es darauf an, die Grundkräfte und die Hauptrichtung der Politik der UdSSR. im Hinblick auf die vorhandene Möglichkeit eines Krieges zu erkennen.

Auf allgemein politischem wie auf militärischem Gebiet prägt sich uns mit aller Deutlichkeit eine ungeheure Aggressivität der Sowjetpolitik ein. Angriff ist überall Trumpf. Die Eroberung fremder Gebiete für den Kommunismus (ob auf dem Wege der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung oder auf dem Wege der militärischen Gewalt bleibt sich gleich) wird offen verkündet. Alle militärischen Probleme werden unter diesem einheitlichen Gesichtspunkt angesehen. Die Wehrpolitik des Rätestaates, seine politische Propaganda, seine politischen und militärischen Bündnisse sind auf das einzige Ziel ausgerichtet: Errichtung der bolschewistischen Weltdiktatur. Keinem anderen Ziel dient sein Machtinstrument: die Rote Armee.

V. Abschnitt

Die Rote Armee

9. Kapitel. Die Rote Armee als politische Waffe

1. Die Rote Armee – eine Armee der Weltrevolution

„Ich, Sohn des werktätigen Volkes, nehme den Beruf eines Kriegers der Arbeiter- und Bauernarmee auf mich. Angesichts der werktätigen Klasse der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der ganzen Welt verpflichte ich mich, für die Sache des Sozialismus und der Verbrüderung aller Völker weder meine Kräfte noch mein Leben zu schonen.“

Diese Eidesformel der Rotarmisten, auf die jeder Angehörige der bolschewistischen Wehrmacht verpflichtet wird, unterscheidet sich grundsätzlich vom Fahneneid aller anderen Heere. Sie ist hinsichtlich der Pflichten, die sie den Offizieren und Mannschaften der Roten Armee auferlegt, national nicht begrenzt, sondern ausgesprochen kosmopolitisch ausgerichtet. In ihr sind alle prinzipiellen Elemente des Klassenkampfes und der bolschewistischen Weltdiktatur enthalten.

In den Beschlüssen des VIII. Kongresses der Kommunistischen Partei der UdSSR. heißt es an einer Stelle: „Sie – die Rote Armee – muß nicht nur ein Verteidigungswerkzeug gegen etwaige Überfälle der noch vorhandenen imperialistischen Staaten sein, sondern sie muß dem Proletariat dieser Länder nötigenfalls in seinem Kampf gegen den Imperialismus eine entscheidende Unterstützung erweisen“¹⁾.

Stalin erklärte in seiner Rede anlässlich des zehnten Jahrestages des Bestehens der Roten Armee: „Schließlich die dritte Eigentümlichkeit der Roten Armee. Sie besteht in dem

¹⁾ „Krasnaja Swesda“ vom 21. Januar 1926.

Geiste des Internationalismus, in dem Gefühl des Internationalismus, von dem unsere Rote Armee durchdrungen ist . . . Und gerade deswegen, weil unsere Armee im Geiste des Internationalismus erzogen wird, im Geiste der Einheit der Interessen der Arbeiter aller Länder – gerade deswegen ist sie, unsere Armee, die Armee der Arbeiter aller Länder¹⁾.“

Mit solchen und ähnlichen Zitaten über die Rote Armee könnte man ein ganzes Buch füllen. Es bedarf ihrer nicht, um den Charakter der Roten Armee unter Beweis zu stellen. Er ergibt sich sinngemäß aus der Kriegsdoktrin des Bolschewismus und aus dem Wesen des Sowjetstaates.

Karl Radek erklärte in einer Sitzung der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Jugendinternationale am 13. Juli 1923 in Moskau:

„Sie sehen, daß gegenüber dem kapitalistischen Weltstaatensystem sich ein neues Staatensystem herausgebildet hat, das proletarische. Es ist die Föderation der Sozialistischen Staaten des früheren Rußland. Sie trägt nicht den Namen Rußland, sondern den Namen ‚Verband der Sozialistischen Sowjetrepubliken‘. Das Wort Rußland fehlt darin. Manche Genossen trauern ihm vielleicht nach. Wir hoffen aber, daß dieser neue Name den Rahmen bilden wird für den Anschluß weiterer sozialistischer Staaten, die nicht auf dem Territorium des früheren Rußlands entstehen, so daß wir nicht genötigt sein werden, den Namen des sozialistischen Staatensystems zu ändern, wenn bald in ein paar Ländern Revolution gemacht wird²⁾.“

Das ist eine ganz präzise Stellungnahme. Die Namensänderung des alten Rußland ist nicht lediglich eine Äußerlichkeit, sondern eine wohlüberlegte, auf zukünftige Möglichkeiten berechnete Maßnahme gewesen. Und zwar soll das Auftreten dieser Möglichkeiten nicht einer zufälligen Laune der Geschichte überlassen bleiben, sondern wie uns Lenin, Frunse, Tuchatschewskij und andere Exponenten der UdSSR. belehrt haben – das Ziel einer aktiven Politik des Rätestaates sein.

¹⁾ Vgl. Das neue Dorf, Charkow 1935, Heft 26.

²⁾ Karl Radek, Der Kampf gegen Versailles und gegen die Offensive des Kapitals, Hamburg 1923, S. 49.

Die Rote Armee ist dazu bestimmt, mitzuhelfen, wenn „in ein paar Ländern Revolution gemacht wird“, und die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ steht bereit, um die gewaltsam geschaffenen neuen sozialistischen Staatengebilde in ihrem Schoß aufzunehmen. Im offiziellen Sowjetjargon heißt das „Verbrüderung aller Völker“.

Die Begriffe „Sohn des werktätigen Volkes“, „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ und „Verbrüderung aller Völker“ in der Eidesformel der Roten Armee sind ihrem Inhalt nach eindeutig bestimmt. Die Rote Armee soll eine Klassenarmee sein und über den Rahmen des eigenen Staates hinaus der Weltrevolution dienen. Sie ist dazu bestimmt, über kurz oder lang einen revolutionären Angriffskrieg zu führen und die bolschewistische Weltdiktatur zu errichten.

2. Der Klassencharakter der Roten Armee

In diesem Sinne wird die Rote Armee von ihren Ideologen den Armeen aller anderen Länder gegenübergestellt. Auch wird sie als eine Verkörperung des unüberwindlichen Gegensatzes zwischen der „sozialistischen“ und der „kapitalistischen“ Welt betrachtet:

„Jede Armee ist eine Waffe der herrschenden Klasse. In den bürgerlichen Staaten dient die Armee den Eroberungszielen der Imperialisten und schützt ihre Macht im Innern des Landes. Jedoch kann die Bourgeoisie selbstverständlich nicht die Wahrheit über das sagen, wofür sie kämpft. Sie muß lügen und ihre Klasseninteressen hinter verschiedenen Masken verstecken.

Anders liegen die Dinge bei uns: wir verbergen den Klassencharakter unseres Staates nicht . . . Die Aufgabe der Roten Armee ist der Schutz der proletarischen Diktatur . . . In der Roten Armee wird die Waffe nur den Werktätigen anvertraut, denn nur sie können vorbehaltlos ihr proletarisches Reich verteidigen . . . Auf diese Weise ist allen Feinden der Werktätigen der Zutritt zur Roten Armee versperrt . . . Das bedeutet, daß unsere Armee ein bewaffneter Bund der Arbeiter und werktätigen Bauern ist“¹⁾.

¹⁾ N. Charitonow, Die Armee der proletarischen Diktatur, S. 5 ff. Moskau 1930.

Der Klassencharakter der Roten Armee kommt in ihrer Entstehungsgeschichte und in ihrem Aufbau klar zum Ausdruck. Als ihre Keimzellen sind bereits alle bewaffneten kommunistischen Terrorgruppen zu betrachten, die noch unter zaristischem Regime entstanden sind. Auch die im Auslande vorhandenen militärischen Organisationen der einzelnen Sektionen der Komintern sind als die Vorläufer künftiger bolschewistischer Heere aufzufassen. Solche bewaffneten kommunistischen Verbände, wie der ehemalige Rote Frontkämpfer-Bund in Deutschland und die noch bestehenden ähnlichen Organisationen, z. B. in Frankreich und in anderen Staaten, sind für den Bürgerkrieg bestimmt. Sie werden im Ernstfall sofort in Stammformationen der jeweiligen entstehenden „Roten Armee“ umgewandelt und im Falle des kommunistischen Sieges im Bürgerkrieg und nach Ausrufung der Sowjetdiktatur zum Kern der Wehrmacht der neugebildeten Sowjetrepublik. Mit Eintritt dieser in die „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ werden sie offiziell ein Teil der Roten Armee der UdSSR. werden.

Die Entstehungsgeschichte der Roten Armee der UdSSR. zeigt diesen Entwicklungsprozeß sehr deutlich.

Die erste Etappe war die Rote Garde. Ihr Kern bestand aus alten Terroristen und Parteikämpfern aus der Zeit der Illegalität unter zaristischem Regime. Sie war ideologisch und ihrer sozialen Zusammensetzung nach vollkommen homogen. Ihr folgte in der zweiten Etappe die bolschewistische Freiwilligenarmee, die den sogenannten Partisanen- und Echelonstyp schuf. Ihr Hauptmerkmal war, daß sie noch nicht auf dem Prinzip der Zwangsrekrutierung beruhte und ihrer Einheitlichkeit nach der Roten Garde nahekam. Seit Mitte 1918 etwa setzte die „Mobilisierung der Werktätigen“ ein. Das war der erste entscheidende Schritt zur aktiven Klassenarmee. Hand in Hand damit begann die Aufhebung gewisser typischer Erscheinungen der ersten Revolutionsperiode, so z. B. der Wählbarkeit des Kommandobestandes usw. Der Schlußstein in dieser Entwicklung war der Übergang zur Roten Armee in ihrer heutigen Gestalt, die nach den späteren Heeresreformen des Jahres 1924 endlich ihre seither unverändert gebliebene Dauerform erhalten hat.

Auf dem III. Sowjetkongreß der UdSSR. am 19. Mai 1925 führte Frunse in seinem Bericht über die Rote Armee und die Landesverteidigung u. a. folgendes aus:

„Das System der Landesverteidigung eines jeden Landes muß sich auf eine genaue und exakte Vorstellung von dem Charakter der für dieses Land möglichen kriegerischen Zusammenstöße stützen . . . Vom Standpunkt des sozial-klassenmäßigen Inhalts des zukünftigen Krieges wird die Frage durch den Charakter unseres Staates gelöst. Wir stellen einen Staat der Arbeiter und Bauern dar . . . Wir können nur einen Klassenkrieg gegen die Feinde der werktätigen Massen führen . . . In Anwendung auf unsere innere Militärpolitik heißt das, daß wir unsere Armee auf einer sozialen Klassenbasis aufbauen werden. Das heißt, daß unsere Rote Armee, wie schon ihr Name besagt, eine Armee der Arbeiter und Bauern, eine Armee der Werktätigen darstellt. Wir können nicht das Recht und die Pflicht zur Verteidigung unseres Arbeiter- und Bauernvaterlandes mit der Waffe in der Hand jenen sozialen Gruppen anvertrauen, deren Interessen den Interessen der Arbeit zuwiderlaufen. Einer der Paragraphen des von uns kürzlich ausgearbeiteten Gesetzes lautet, daß das Recht der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes mit der Waffe nur den Werktätigen zustehen darf¹).“ Frunse meint hier das „Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht“, das am 18. September 1925 vom ZIK. UdSSR. bestätigt wurde.

Die soziale Klassenbasis der Roten Armee ist in Wirklichkeit nicht so eindeutig bestimmt, wie es nach den offiziellen Auslassungen erscheinen mag. Die reine Klassenarmee der proletarischen Diktatur dürfte im Prinzip nur aus Angehörigen derjenigen sozialen Schicht bestehen, die von den Marxisten als „Proletariat“ bezeichnet wird. Dieses Merkmal hatte nur die Rote Garde aufzuweisen und auch sie mit der Einschränkung, daß ihr viele entgleiste Intellektuelle, vor allem eines gewissen Literatentyps, angehörten. Immerhin kann sie und die spätere Freiwilligenarmee als eine mehr oder weniger sozial homogene Truppe angesehen werden.

¹) Frunse, Gesammelte Werke, Bd. III, S. 218. Moskau 1927.

Mit dem Übergang zur Zwangsmobilisation änderte sich das sehr entscheidend, weil jetzt die breiten Bauernmassen zwangsweise zum Militärdienst herangezogen wurden. Das gilt erst recht für die heutige Rote Armee, die auf dem Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht beruht. Das wird auch von kommunistischer Seite anerkannt, wie folgende Feststellung beweist: „Mit dem Erfolg, mit der Festigung der Errungenschaften der proletarischen Revolution verliert das System der bewaffneten Kräfte seinen starren Klassencharakter in seiner sozialen Zusammensetzung und nimmt mit der endgültigen Befestigung der proletarischen Diktatur den Charakter des Systems der allgemeinen Mobilmachung und der allgemeinen Bewaffnung an“¹⁾.

Der Klassencharakter einer Armee muß überhaupt vom politischen und vom militärischen Standpunkt aus als eine recht problematische Angelegenheit bezeichnet werden.

Die heutige Rote Armee muß, wenn man genau sein und marxistische Begriffe verwenden will, wenigstens als eine „Zweiklassenarmee“ bezeichnet werden, was ja auch in ihrem Namen zum Ausdruck kommt. Und da auch die UdSSR. trotz ihrer Industrialisierungspsychose immer noch hauptsächlich ein Agrarland ist, so ist die Rote Armee in ihrer Mehrheit ein Bauernheer.

Man muß nach allem Gesagten den Klassencharakter der Roten Armee weniger nach ihrer sozialen Struktur, als nach ihrer offiziellen Zielsetzung und nach der sie beherrschenden Ideologie und Macht beurteilen. Wenn man diese Merkmale als das entscheidende Kriterium zur Beurteilung ihres Charakters anerkennen will, so darf allerdings die Antwort nicht schwer fallen. Sie wird von der Kommunistischen Partei beherrscht und in den Dienst der bolschewistischen Weltrevolution gestellt!

3. Rote Armee und Bolschewismus

Partei und Regierung können an diesen Tatsachen nicht vorübergehen. Wenn die Bolschewisten den bürgerlichen Staaten den Vorwurf machen, daß sie „vor ihren Werktätigen

¹⁾ Die Rote Armee, S. 93. Hamburg 1923.

die eigentlichen Ziele ihrer Politik verbergen“, und zwar aus einem inneren Zwang heraus, weil aus der Verkündung der Wahrheit die größten Gefahren für sie erwachsen müßten, so sehen wir uns doch einmal gerade unter diesem Gesichtspunkt die heutige politische Taktik der Sowjetregierung an. Es ist auffallend, wie sehr die Sowjetregierung seit einiger Zeit bestrebt ist, ihre eigentlichen Ziele zu tarnen. Die planmäßige Erzeugung der Kriegspsychose in der UdSSR. steht ganz im Zeichen einer angeblich drohenden Kriegsgefahr von außen. Es wird grundsätzlich nur von „Verteidigung“ gesprochen, und solche Formulierungen der politischen Ziele der UdSSR. als Keimzelle der Weltrevolution und der aktiven Aufgaben der Roten Armee, wie wir sie bei Tuchatschewskij usw. gefunden haben, treten vorübergehend in den Hintergrund zurück.

Bedeutet das die Preisgabe dieser Ziele?

Keineswegs!

Die Wahrheit ist vielmehr die, daß die Sowjetregierung heute außen- und innenpolitische Rücksichten zu nehmen hat. Was die letzteren betrifft, so wird es auch der Räteregierung inzwischen zweifelhaft geworden sein, ob ein aktiver Einsatz der Roten Armee lediglich unter einer Klassenparole möglich ist. Es muß etwas anderes hinzutreten, etwas der internationalen Konzeption des Bolschewismus zwar grundsätzlich Widersprechendes, aber immerhin – es ist der einzige Ausweg: der „Sowjetpatriotismus“ mit seinem Appell an die nationalen Gefühle der breiten Massen.

Im Auslande haben sich schon viele Menschen den Kopf darüber zerbrochen, wie gewisse Erscheinungen in der UdSSR. mit den „Grundsätzen“ des Kommunismus in Übereinstimmung zu bringen sind. Wir haben an Hand der Rüstungspolitik der Sowjetunion Erscheinungen dieser Kategorie auf wirtschaftlichem Gebiet zu betrachten gehabt.

Genau dasselbe gilt für den neuen „Patriotismus“ oder „Nationalismus“ der Sowjetpolitik. Die Regierung muß ihre Politik immer mit einem Seitenblick auf die Armee und auf die Bauern durchführen. Keine Armee kämpft für fremde Ziele, und kein Bauer verläßt seine Scholle, um die Arbeiter

von ganz Europa oder die Neger in Afrika im Namen des Bolschewismus zu „befreien“. Das sind keine Kampfziele, die ein 160-Millionen-Volk zum letzten Einsatz begeistern könnten.

Aber es sind zweifellos die Kampfziele der Sowjetregierung. Diese Kampfziele müssen in eine Form gekleidet werden, die psychologisch für die Kriegführung mögliche und notwendige Voraussetzungen schafft. Die „Verteidigung gegen den Imperialismus“ ist ein gangbarer Weg, der die nationalen Gefühle weckt und außerdem der Doktrin entspricht. Der Bauer erblickt darin immer eine Verteidigung seiner Scholle, seines Landes, seines – Vaterlandes.

Schon Lenin hat in seinem Referat auf dem VII. Parteikongreß am 7. März 1918 den Begriff des „Vaterlandes“ in den sowjetrussischen Sprachgebrauch eingeführt: „Ihr gehört zu den Leuten, die seit Oktober 1917 zu Anhängern der Vaterlandsverteidigung geworden sind..., denn wir sind alle seit dem 25. Oktober zu Vaterlandsverteidigern geworden¹⁾...“ Dieser Begriff beherrscht heute die Sowjetpropaganda.

Aber es ist ein Pseudopatriotismus, der hier erzeugt wird. Von den Volksmassen mag er vorübergehend willig aufgenommen und in ihrem Sinne ausgelegt werden. Dieses „in ihrem Sinne“ ist ein ernster Faktor! Wir dürfen ihn nicht unterschätzen. Er ist es in einem doppelten Sinne:

1. Der „Sowjetpatriotismus“, kann eine Quelle der Kraft sein, sofern und solange er von den Volksmassen als echter Patriotismus aufgenommen und aufgefaßt und der Betrug nicht durchschaut wird. Solange er im Bewußtsein der Volksmassen eine nationale Bedeutung hat und behält, und solange er vom Bolschewismus geschickt genährt und ausgenutzt wird – solange kann die Sowjetregierung unter dem Schlagwort der „Verteidigung gegen den Imperialismus“ eine aggressive Politik treiben und die Volksmassen dafür ausnutzen.
2. Der „Sowjetpatriotismus“ kann eine Quelle des revolutionären Aufruhrs und des nationalen Aufstandes gegen die bolschewistische Diktatur werden, wenn er – nachdem er bis zum Äußersten gesteigert worden ist –

¹⁾ Lenin, Über den Krieg, S. 65. Berlin 1926.

durch die Erkenntnis der Unwahrhaftigkeit der Sowjetregierung enttäuscht wird. Die Hinzunahme neuer Propagandaparolen auf gewissen Gebieten der Sowjetpolitik stellt einen Versuch dar, diese Gefahren zu paralysieren und durch die Tarnung der eigentlichen Ziele der Sowjetpolitik die breiten Bauernmassen (und wohl auch schon einen Teil der Arbeiter) vom Sowjetimperialismus abzulenken.

Aus diesen allgemeinen Umständen ergibt sich für die Sowjettaktik eine Art Zwang zum propagandistischen „Nationalismus“.

Die praktische Nutzenanwendung des Gesagten auf die Rote Armee ergibt sich von selbst. Für den konkreten Fall eines Krieges darf man damit rechnen, daß auf der Seite der Sowjetunion eine eigenartige Mischung von klassenkämpferisch-weltrevolutionären und nationalen Parolen auftreten wird. Dabei wird wahrscheinlich zu Beginn des Krieges das „nationale“ Element im Vordergrund stehen. Erst im Falle eines erfolgreichen Verlaufs des Feldzuges, und in erster Linie in Anwendung auf die „befreiten“ feindlichen Gebiete und die naiven Länder, die der Roten Armee den Durchmarsch durch ihr Gebiet gestatten wollen, wird der „Klassenkampf“ als Begründung der offenen Annexionen in Erscheinung treten.

Ob Kommunismus oder nicht – der entscheidende Faktor der Sowjetpolitik liegt im Grunde genommen gar nicht hier. Er liegt ausschließlich im Herrschaftsanspruch des Bolschewismus als einer einzigartigen Form der Diktatur. Der Bolschewismus stellt nichts anderes dar als die Diktatur einer Kaste, die weder mit „Proletariat“, noch mit Bauerntum, noch mit einer anderen sozialen Schicht identisch ist. Diese Kaste ist eine Kaste von Intellektuellen, die sich aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung rekrutiert. Lenin entstammte dem Beamtenadel, Litwinow ist ein jüdischer „burguij“, Stalin – kleinbürgerlicher Herkunft und ehemaliger Seminarist, Tuchatschewskij – ehemaliger zaristischer Gardeoffizier adeliger Herkunft, Woroschilow – kleiner Handwerker, Budjennyj – ehemaliger Wachtmeister, Radek – jüdischer Literat, Kaganowitsch – jüdischer Kleinbürger, Bucharin – russischer Literat usw. usw.

Es ist schwer, unter den ganz Prominenten der UdSSR. bzw. der Kommunistischen Partei wirkliche Arbeiter oder Bauern zu finden. Auch ihrer völkischen Herkunft nach sind sie bunt zusammengewürfelt – der Prozentsatz der Juden innerhalb der bolschewistischen Pyramide steigt mit der Ranghöhe ihrer Ämter¹⁾.

Für diese Kaste stellt auch der „Kommunismus“ nur ein Mittel zum Zweck dar. Sie benutzt ihn nur so lange und nur so weit, wie es ihr nützlich erscheint. Der „Klassenkampf“ ist insofern eine Quelle ihrer Macht, als er die Völker spaltet und schwächt. Die Diktatur des Bolschewismus ist weder eine Diktatur des Proletariats noch der Partei. Sie ist eine Diktatur jener Kaste über Proletariat, Partei, Nation und in ihrer Vollendung über alle Völker des Erdballs. Die Weltrevolution ist der Weg für diese Kaste zur Weltherrschaft – nicht des Proletariats, sondern ihrer selbst. National und sozial enturzelt, ist die bolschewistische Kaste rein kosmopolitisch eingestellt. Sie kann, vulgär ausgedrückt, in „Kommunismus“ und in „Nationalismus“, sie kann in „Weltrevolution“ und in „Verteidigung“ machen – sie bleibt immer im Angriff.

In solchen Zusammenhängen muß die Rote Armee betrachtet werden. Sie ist ein Werkzeug der bolschewistischen Kaste. Sie ist es so lange, wie die politische Taktik jener Kaste erfolgreich ist. So lange stellt sie einen sehr ernstesten Faktor dar, der, unabhängig von politischen Gesichtspunkten, nach seinem militärischen Wert, nach der zahlenmäßigen Stärke, nach dem Grad der Bewaffnung, nach der Qualität der Ausbildung beurteilt werden muß.

Hört jene Voraussetzung auf, wird die bolschewistische Taktik von der Armee durchschaut, so hören ihre militärischen Eigenschaften auf, ein Gradmesser zur Beurteilung ihres Wertes zu sein. An Stelle der militärischen muß die politische Schätzung treten.

Insofern wird es immer sehr schwer sein, ein definitives Urteil über den Wert der Roten Armee abzugeben. Mehr als

¹⁾ Auf die Judenfrage in der UdSSR. kann hier leider nicht näher eingegangen werden. Vgl. hierzu: H. Fehst, Bolschewismus und Judentum (Das jüdische Element in der Führerschaft des Bolschewismus), Berlin 1934.

bei irgendeinem beliebigen anderen Heer ist die Schlagkraft der Roten Armee von den verschiedensten Umständen abhängig. Die Wehrpolitik aller durch den Bolschewismus gefährdeten Staaten wird sich jedoch selbstverständlich auf Spekulationen politischer Art nicht einlassen dürfen. Sie wird stets den Fall setzen müssen, daß die Rote Armee als eine vollwertige Kampfeinheit auf dem Kriegsschauplatz erscheinen wird.

4. Die Politik in der Roten Armee

Jede Armee ist nicht nur eine Waffe für den Kriegsfall, sondern eine Schule der Erziehung. Wäre sie nur eine Waffe, so würde sie in einem rein „technischen“ Prozeß herzustellen sein. Sie würde nur mechanischen Gesetzen unterliegen. Sie müßte aus einem Material bestehen, das mit rein technischen Mitteln in eine zweckentsprechende Form zu bringen wäre.

Das Material, aus dem die Armee besteht, sind jedoch Menschen. An dieser Tatsache scheitert auch der marxistische Materialismus, sofern er geneigt ist, den Menschen lediglich als „Materie“ und die Armee lediglich als eine technische Waffe aufzufassen. Die rein mechanische Zusammenfassung von entpersönlichten Menschen in einem „Kollektiv“, ein Versuch, der auf anderen Gebieten in der UdSSR. unternommen wurde, führt nicht zum Aufbau einer Armee.

Eine Armee entsteht erst dann, wenn sie eine Lebens- und Erziehungsgemeinschaft ist, ein Männerbund, der organisch zusammenwächst und auf diesem Wege die zweckgebundenen Formen des technischen Aufbaues hervorbringt.

Auch die Rote Armee macht von dieser Grundtatsache keine Ausnahme. Da jedoch das Prinzip des Klassenkampfes zu einer mechanischen Differenzierung des Volkes in kollektive Interessengruppen führt, erwachsen daraus bestimmte Schwierigkeiten für die Rote Armee. Während in allen anderen Heeren die nationale Gemeinschaft das organische Bindemittel ihrer Angehörigen ist, muß in der Roten Armee die Politik an ihre Stelle treten.

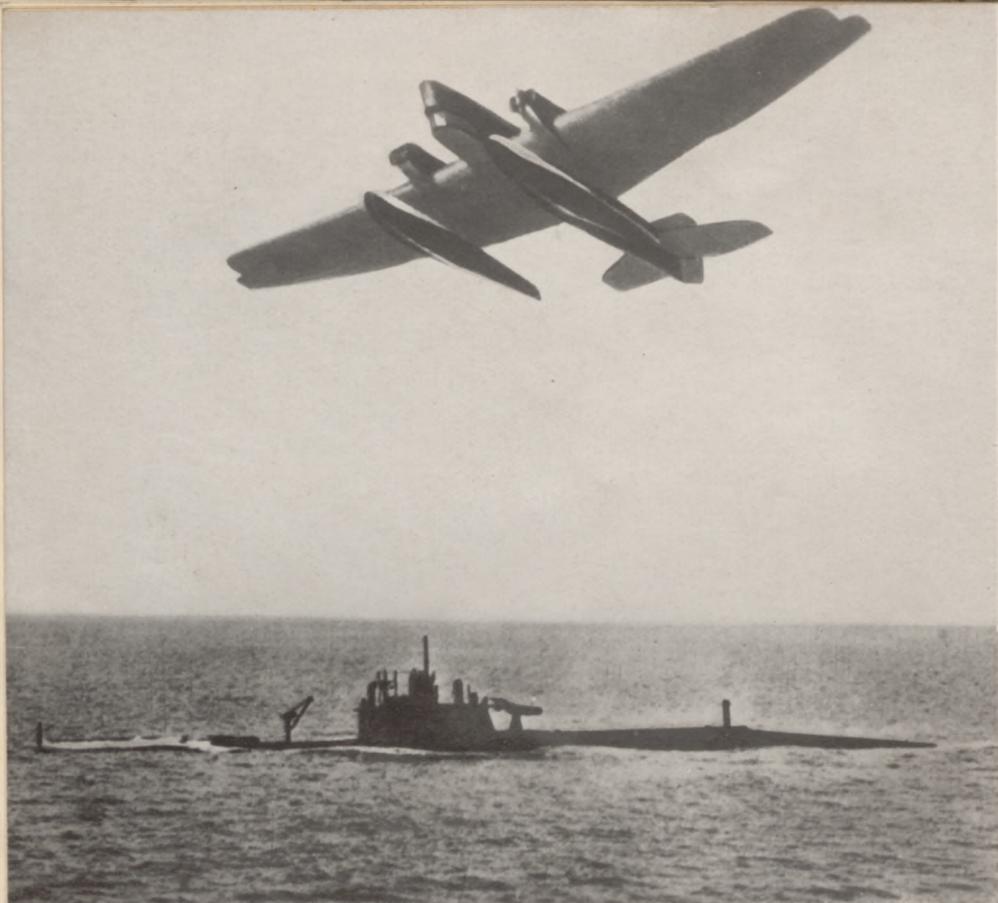
Die besondere Eigenart der Roten Armee liegt daher nicht in ihrem militärischen Aufbau, in ihrer



Im Schutze einer künstlichen Nebelwand zum Angriff vorgehende Tanks und Infanterie

Kavallerist mit seinem Pferd in Gasmasken





Wasserflugzeug und Unterseeboot

„Was bedeutet die Beschleunigung der Revolution im Westen? Uns interessiert hier nur die militärische Seite dieser Frage. Diese ‚Beschleunigung‘ kann sich konkret in zwei, drei Formen ausdrücken. Erstens darin, daß wir die in einem der westlichen Länder beginnende Revolution mit unserer bewaffneten Macht unterstützen werden . . . Schließlich kann sich das darin ausdrücken, daß wir zwecks Beschleunigung der Revolution im Westen gezwungen sein werden, eine Offensive zu beginnen . . . Mit einem Wort, es kann vor unserer Armee die Aufgabe entstehen, einen revolutionären Angriffskrieg führen zu müssen.“

Aus einem Lehrbuch der Roten Armee (s. S. 167)

Bewaffnung oder in ihrer Ausbildung. Sie liegt in ihrer politischen Organisation.

Die Politik muß in der Roten Armee das ersetzen, was in allen anderen Heeren die nationale Gemeinschaft hineinträgt. Besteht das Wesen der Erziehung z. B. im deutschen Heere darin, die völkischen Kräfte der Nation in „Soldatentum“ umzuformen, so ist das Erziehungsideal in der Roten Armee immer der „politische Klassenkämpfer“. Der deutsche Soldat verteidigt im Krieg sein Vaterland, sein Volk. Der Rotarmist bleibt auch im Kriege der politische Kämpfer für einen Klassenstaat, für die Interessen einer Klasse.

Dieses Erziehungsideal der Roten Armee ist kein unbedingter Garant für die militärische Schlagkraft der Armee. Aus den Darlegungen über die Rote Armee und den Bolschewismus wurde ersichtlich, daß auch andere Elemente in die Armee einfließen müssen, um in ihr moralische Kräfte zu entfalten. Aber das propagandistisch bestimmte Erziehungsideal wird deswegen nicht aufgegeben. Die politische Schulung der Rotarmisten dient seinem Zweck.

Es gibt keine zweite Armee auf der Welt, die über einen solchen politischen Apparat verfügt wie die Rote Armee. An seiner Spitze steht die Politische Verwaltung der Roten Armee (in russischer Abkürzung: PUR.). Das PUR. stellt ein Ressort des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei dar und empfängt vom letzteren seine Direktiven. Das PUR. ist die oberste Instanz des Parteiapparates in der Armee und der politischen Schulungsarbeit in ihr. Von dieser obersten Spitze ausgehend durchdringt der politische Apparat die gesamte Armee bis in ihre kleinsten Einheiten hinein, sich der allgemeinen Heeresorganisation anpassend. Im Unterschied zu allen anderen Parteiorganen der UdSSR. wird der personelle Bestand der politischen Organe der Roten Armee nicht gewählt, sondern ernannt.

Die politischen Organe spielen in der Roten Armee eine sehr große Rolle. Sie organisieren den politischen Apparat in den ihnen unterstehenden Heeresverbänden und Truppeneinheiten, ernennen die politischen Funktionäre und Kommissare. Sie erlassen die notwendigen Anweisungen für die politische Schulungs- und Propagandaarbeit; geben eigene

Zeitungen heraus, regulieren die Tätigkeit der Partei- und Komsomolorganisationen und überwachen den politischen und moralischen Geist der Truppen. Ihre Funktionen erstrecken sich auf den Frieden und auf den Krieg. Im Kriege beschränken sie sich nicht nur auf die Arbeit in der Armee, sondern erhalten – wie an anderer Stelle gezeigt wurde – einen darüber weit hinausreichenden Tätigkeitsbereich.

Das Ziel der politischen Arbeit in der Roten Armee besteht in der Erziehung einer, der Kommunistischen Partei und dem Rätestaat unbedingt treu ergebenen Truppe und in der Hebung der militärischen Kampfkraft der Armee.

Neben den politischen Abteilungen gibt es in der Armee noch rein parteiamtliche, wählbare Organe. Sie stellen den sogenannten niederen Parteiapparat dar und umfassen in der Regel die militärischen Einheiten von der Kompanie, Schwadron und Batterie bis zum Regiment einschließlich. Eine selbständige Tätigkeit üben sie nicht aus, sondern unterstehen dem offiziellen politischen Apparat, dessen Anweisungen sie blindlings zu folgen verpflichtet sind. Ihre Arbeit besteht in erster Linie darin, die Verbindung mit der breiten Masse der Rotarmisten aufrecht zu erhalten und diese nach den empfangenen Richtlinien politisch zu beeinflussen.

Als reine Parteiorganisation ist ferner der militärische Justizapparat der Roten Armee aufzufassen.

Eine Vorstellung vom praktischen Inhalt der politischen Schulung in der Armee geben die offiziellen Richtlinien der Politischen Verwaltung der Roten Armee. So enthält der Befehl Nr. 3 des PUR, vom 6. September 1926 folgenden Aufbau eines zweijährigen politischen Ausbildungsprogramms¹⁾:

1. Die Rote Armee und der Rotarmist.
2. Die Rote Armee auf der Wacht für die UdSSR.
3. Die Geschichte der Roten Armee.
4. Die Kommunistische Partei und die Rote Armee.

¹⁾ Zweijähriges Programm der politischen Arbeit mit Rotarmisten, Sammlung von Befehlen und Zirkularen des „PUR RKKA UdSSR“ Nr. 18. Moskau o. J.

5. Die UdSSR. in der kapitalistischen Umgebung.
6. Willst du den Frieden — sei zum Kriege bereit.
7. Die internationalen Organisationen der Werktätigen.
8. Der Aufbau der Sowjetmacht.
9. Die ausländischen Kapitalisten und die UdSSR.
10. Die Rote Armee — die Schule der bewußten Krieger-Bürger.

Dieses allgemeine Schema aus dem Jahre 1926 ist nicht als veraltet anzusehen. Es stellt eine Norm auf, die grundsätzlichen Veränderungen nicht unterliegt. Nur der materielle Inhalt einzelner Abschnitte kann unter dem Einfluß von aktuellen Tagesfragen Schwankungen unterliegen.

Trotz des gewaltigen Kraftaufwandes der Partei und der Regierung für die politische Arbeit in der Armee gehört gerade sie zu denjenigen Arbeitsgebieten des bolschewistischen Heeres, über das am meisten geklagt wird. Man braucht nur einige Ausgaben der „Krasnaja Swesda“ zu überfliegen, so fällt die den Mängeln der politischen Arbeit in der Armee geltende „Selbstkritik“ sofort auf. Es vergeht kein Tag, an dem nicht Beispiele aus der Praxis genannt werden, die die mangelhafte Organisation dieser Arbeit unter Beweis stellen. Besonders häufig wird über die mangelhafte Schulung der politischen Instrukteure selbst, über Planlosigkeit, Unpünktlichkeit, mangelhaftes Interesse, Bürokratismus und Leerlauf geklagt.

Man kann aus dieser Art von Selbstkritik vielleicht einige nicht unwesentliche Schlüsse ziehen.

Zunächst scheint die politische Begeisterung der Rotarmisten, und nicht nur dieser allein, hinter den Normen zurückzubleiben, die von einem „klassenbewußten Proletarier“ erwartet werden müßten. Der junge Soldat scheint für sein Gewehr, seinen Gaul und sein Geschütz entschieden eine größere Vorliebe zu besitzen als für die politischen Probleme, mit denen er gefüttert werden soll. Es wäre an sich keine schlechte Eigenschaft für einen Soldaten, wenn er seine Aufmerksamkeit in erster Linie der militärischen Seite seines Berufes zuwendet. Es ist aber eine miserable Eigenschaft für einen politischen Klassensoldaten, wenn er von der Politik

nicht viel wissen will. Es ist eine gefährliche Eigenschaft für die Soldaten eines proletarischen Klassenstaates, wenn sie zwar das militärische Handwerk mit der jeder Jugend eigenen Freudigkeit erlernen, jedoch mit dem Mangel an Interesse für die klassenpolitische Bedeutung und Zwecksetzung ihrer militärischen Ausbildung sich schließlich nur als „Soldaten“, und nicht als „politische Kämpfer“, zu fühlen beginnen.

Es kann der weitere Schluß gezogen werden, daß die Armee in gewissem Sinne die Politik als einen Fremdkörper in ihren Reihen empfindet. Der erforderliche Zeitaufwand für die Ausbildung eines hochwertigen modernen Soldaten bzw. einer ganzen Truppe ist nicht unabhängig von der Entwicklung der Kriegstechnik mit ihren Auswirkungen auf operativem und taktischem Gebiet und von dem kulturellen und zivili-satorischen Niveau des vorhandenen Menschenmaterials. In einer Armee, die erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit dazu übergegangen ist, bei sich die moderne Kriegstechnik einzu-führen und dies in einem sehr stürmischen Tempo tut, und die sich aus einer verhältnismäßig noch sehr rückständigen Bevölkerung rekrutiert, erwachsen in dieser Beziehung natür-lich Schwierigkeiten, die nicht leicht zu überwinden sind.

Die Truppe steht vor der Notwendigkeit, ihre gesamte Kraft und ihre ganze Zeit darauf zu verwenden, um die er-forderlichen militärischen Minimalergebnisse zu erreichen. Jede Ablenkung von diesem eigentlichen Zweck ihrer Arbeit muß sie als Störung empfinden. Insofern erscheint es verständ-lich, daß die Politik in der Truppe zu kurz kommt, daß sie nur ungern und nur dem Zwang gehorchend angenommen wird und einer stiefmütterlichen Behandlung schwer ent-gehen kann.

Das sind Erscheinungen, an denen nicht vorbeigegangen werden darf, und die manches von dem mit erklären mögen, was im vorausgegangenen Abschnitt über die Rote Armee und den Bolschewismus gesagt worden ist.

10. Kapitel. Die Rote Armee als militärische Waffe

1. *Die allgemeinen Entwicklungstendenzen der Roten Armee seit der Revolution*

Im November 1934 wurde in der UdSSR. das fünfzehnjährige Bestehen der Militärpolitischen Akademie in Leningrad gefeiert, die den Namen ihres Begründers, des an der Judenitschfront gefallenen ehemaligen Kommissars Tolmatschew trägt.

Die Gründung dieser Akademie bezeichnet, obwohl sie ein typisches Kind der Revolution war, einen sehr markanten Wendepunkt in der Entwicklung des Rätestaates: den Übergang vom Zustand absoluter Anarchie zu einer sich langsam wieder herausbildenden Staatsmacht, die danach strebte, die individuelle Willkür zu beseitigen und ihrer Autorität auf allen Gebieten, besonders in der Armee, Geltung zu verschaffen.

Eine neue Armee bestand zwar wieder bereits seit Februar 1918, doch trug diese Armee noch die anarchischen Merkmale der ersten Periode der Revolution.

Neben den freiwilligen Partisanenabteilungen und den Roten Garden bestand ihre Hauptmasse aus den durch die bolschewistische Propaganda zersetzten Teilen des alten Zarenheeres, die zu den Revolutionären übergetreten waren. Ihre Offiziere waren entweder geflohen oder abgesetzt. Die neuen Kommandeure wurden von den Mannschaften gewählt. Befanden sich unter ihnen zum Teil auch ehemalige Offiziere, so hatten sie doch alle – ob Offizier oder nicht – praktisch nichts zu sagen. Alle wichtigen Fragen, selbst taktische und operative Maßnahmen, unterlagen der Entscheidung der Soldatenversammlungen. Die in allen Einheiten eingesetzten Kommissare konnten sich durchaus nicht immer durchsetzen, zumal sie selbst aktive Propagandisten der neuen, jede Autorität auflösenden revolutionären Parolen waren. Auch verfügten

sie zum größten Teil nicht über die zur Führung einer Truppe notwendige Sachkenntnis. Das war ein Manko, das in der militärischen Rangordnung der mit jeder höheren Kommandostelle wachsenden Verantwortung sozusagen im Quadrat der Entfernung vom Mann in der vorderen Kampflinie fühlbar wurde.

Die führenden Männer der Revolution kamen deshalb sehr bald zu der Erkenntnis, daß ein siegreicher Kampf gegen die weißen Truppen ohne Disziplin und ohne qualifizierte Führung unmöglich war und begannen deshalb sehr frühzeitig, in der Armee die Grundsätze wieder einzuführen, ohne die keine militärische Formation bestehen kann.

Wurden auch die neuen Maßnahmen damit begründet, daß der Gehorsam in der „Arbeiter- und Bauernarmee“ einen ganz anderen moralischen Hintergrund habe als im alten Zarenreich, so bleibt doch dieser eine Tatbestand entscheidend: daß über alle revolutionären Parolen hinweg auf altbewährte Prinzipien zurückgegriffen werden mußte.

Diese Grundrichtung bestimmte die ganze spätere Entwicklung der Roten Armee. Und wenn sie auch manchen, allein nur ihr eigentümlichen Wesenszug aufzuweisen hat, so blieb doch die Angleichung an den regulären Heerestypus seit ihrer Gründung der leitende Gesichtspunkt ihres Aufbaues.

Das fand einen sichtbaren Ausdruck in der 1922 erfolgten Wiedereinführung der Wehrpflicht (wenn auch mit der bekannten Einschränkung auf die „Werkstätigen“), die in die spätere Heeresreform des Jahres 1924 Eingang gefunden hat. Das bedeutete den Verzicht auf die revolutionäre Forderung des freiwilligen Eintritts ins Heer, d. h. auf das Milizsystem. Das fand weiter Ausdruck im Übergang zum Prinzip der Ernennung des Kommandobestandes, also der Preisgabe des revolutionären Grundsatzes seiner Wählbarkeit.

Alle Versuche, die von einzelnen besonders eifrigen und die früheren Parolen ihrer Führer wörtlich nehmenden Funktionären zur Einführung von „proletarischen“ Methoden der militärischen Ausbildung und des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen unternommen wurden, fanden bei Lenin und Trotzki unter dem Zwang der realen Not-

wendigkeiten des Krieges eine entschiedene Abfuhr. So prägte Trotzki den charakteristischen Satz, es könne ebensowenig eine proletarische Militärwissenschaft wie etwa eine proletarische Agronomie oder eine proletarische Astronomie geben.

Die politischen Kommissare gehörten in der ersten revolutionären Periode und noch jahrelang später zu den zentralen Figuren der Roten Armee. Ihre Einführung in der Armee war eine Folge des Mißtrauens gegenüber den aus dem alten Heer übernommenen „Spezialisten“. Ihre Aufgabe bestand in der politischen Überwachung der Kommandeure aller Grade und der gesamten Truppe. Ihnen oblag es, darauf zu achten, daß die von oben ausgegebenen Richtlinien und Befehle in die Tat umgesetzt wurden. Mit der Zeit begannen einzelne Kommissare selbst „Spezialisten“ zu werden, und heute gibt es in der Armee zahlreiche Kommandeure, bis in die höchsten Stellen hinauf, die ihre militärische Laufbahn als Kommissare begonnen haben. Aber diese Kommissare, waren sie auch aus dem zuverlässigsten Teil der Partei hervorgegangen, verfügten am Anfang über die politische Gesinnungstüchtigkeit hinaus nicht über die sonstigen, für eine verantwortliche Tätigkeit im Heer erforderlichen Eigenschaften. Die meisten von ihnen kamen aus den Fabriken und erfreuten sich eines höchst dürftigen Bildungsniveaus.

Um diesem Übelstand abzuhelpfen, entstanden 1918/19 im ganzen Lande zahlreiche kurzfristige militärpolitische Kurse, denen die politische Schulung der, für die Stellung als Kommissar oder als Kommandeur der Armee bestimmten Parteimitglieder, anvertraut wurde.

Der Hauptzweck dieser Kurse während der Revolution war es, das für die beginnende Reorganisation der Armee auf der Grundlage von Disziplin, Gehorsam und Sachkenntnis erforderliche Menschenmaterial auszubilden. Damals bereits zeigten sich die ersten Anfänge des später allgemein befürworteten und schließlich obligatorisch durchgeführten Prinzips der „einheitlichen Befehlsgewalt“, indem besonders fähige und zuverlässige Parteimitglieder das Amt des Kommandeurs und des Kommissars auf sich vereinigten¹⁾.

¹⁾ Vgl. auch Aufsatz des Verfassers in: Deutsche Wehr, 1934, Heft 52.

Die Erziehungs- und Ausbildungsfragen traten nach der Gründung der Roten Armee natürlich sofort in den Brennpunkt der zu ergreifenden nächstliegenden Maßnahmen. So wurden 1919 bereits Infanterie-, Artillerie-, Kavallerie-, Chemie-, Tankschulen, Militärtechnika usw. errichtet, die mit einer, zwischen zwei Monaten und zwei Jahren schwankenden Ausbildungsdauer, die ihnen im einzelnen übertragenen Aufgaben zu erfüllen hatten. In späteren Jahren wurden dann eine ganze Reihe weiterer Militärschulen und Militärakademien ins Leben gerufen, sodaß heute in dieser Beziehung in der Roten Armee kein Mangel herrschen dürfte.

Für uns hat natürlich die allgemeine Tendenz dieser Entwicklung ein grundsätzliches Interesse. Wir sehen, wie allmählich ein militärischer Apparat entsteht, der nichts Utopisches an sich hat und insofern zu einer brauchbaren Waffe wird.

Man muß die rein militärische und die politische Seite der Roten Armee in dieser Beziehung auseinander halten. Entsprechend der Sowjettaktik können sich politisch-propagandistisch unter Umständen einschneidende Veränderungen ergeben. Die allgemeinen und die speziellen politischen Parolen können gewandelt werden. Der Zweck heiligt jedes Mittel — Bedenken moralischer und sonstiger Art sind nicht in Betracht zu ziehen. Die in Zukunft unter Umständen möglichen Kombinationen sind an anderer Stelle angedeutet worden.

Unter der Voraussetzung, daß die Taktik der Sowjetregierung der Roten Armee, den Bauern, der ganzen Bevölkerung der UdSSR. gegenüber erfolgreich sein wird, sind die zuletzt geschilderten allgemeinen Tendenzen in der Entwicklung der Roten Armee ein wichtiger Faktor zur Beurteilung ihres militärischen Wertes. Damit wenden wir uns den Betrachtungen einiger Spezialprobleme dieser Entwicklung zu, besonders den Heeresreformen des Jahres 1924, denen hauptsächlich die Rote Armee ihre heutige Gestalt zu verdanken hat.

2. Der Kampf um das Wehrsystem

„Die Demokratisierung der Armee ist nur ein Mittel zur Eroberung der Armee, um sie der proletarischen Revolution

entgegenzuführen. Daraus ergibt sich der vorübergehende Charakter der Demokratisierung, die mit der Eroberung der Macht durch das Proletariat in Fortfall kommt. Von dieser Voraussetzung ausgehend stellte die Revolution eine Reihe von Forderungen heraus, die eine Erweiterung der politischen Rechte der Soldaten, die Beschränkung der Rechte der Offiziere und die Kontrolle über den Kommandobestand bezweckten.“¹⁾

Diese Sätze umreißen die bolschewistische Zersetzungsarbeit in der alten russischen Armee. Sie bringen gleichzeitig zum Ausdruck, daß die von den Bolschewisten ausgegebenen Richtlinien sich ausschließlich auf diese Armee beziehen und für die grundsätzliche Einstellung der Kommunistischen Partei zum Aufbau der Wehrmacht in den Bedingungen der „proletarischen Diktatur“ keine verpflichtende Bedeutung haben: das Prinzip der Demokratisierung hört mit der Eroberung der Macht auf.

Immerhin hat diese, auf alte sozialistische Losungen gestützte Propaganda, in vielen Köpfen unter den Sozialisten und Bolschewisten die Vorstellung erzeugt, daß die Wehrmacht eines, auf den Trümmern des zaristischen Absolutismus entstehenden sozialistischen Gemeinwesens einen entsprechend anderen Charakter aufweisen müßte. Die Logik solcher Schlußfolgerung läßt sich nicht leugnen. Deshalb konnte der Übergang zum Prinzip des stehenden Heeres auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht in der Sowjetunion nicht ohne Hemmungen erfolgen. Die Vorstellung, daß die Armee des sozialistischen Staates Milizcharakter tragen müßte, saß so fest, daß es des Aufgebotes eines großen Propagandaapparates bedurft hat, um die neuen militärpolitischen Maßnahmen hinreichend zu begründen.

Es kam hinzu, daß auch die breiten Massen der Bevölkerung vom neuen Staat alles andere erwarteten, als die Erneuerung des alten Zustandes bei ausgewechselten Kulissen. Diese Massen waren politisch so weit zersetzt, daß sie jedes innere bindende Verhältnis zur Wehrmacht schlechthin, unabhängig davon, welchem politischen System sie diente,

¹⁾ S. E. Rabinowitsch, Die allrussische Militärkonferenz der Bolschewisten im Jahre 1917, S. 47. Moskau 1931.

verloren hatten. Die Bauernsoldaten des alten Heeres hatten nur das eine Bedürfnis: so schnell als möglich in ihre Heimat zurückzukehren, um zur beginnenden „Neuumteilung“ des Bodens nicht zu spät zu kommen. Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht war das letzte, was sie erwarteten und auch in ihren Köpfen saß als Folge der bolschewistischen Propaganda im Zarenheer die Vorstellung fest, daß die Wehrpolitik nach der Revolution sich grundsätzlich von der Vergangenheit unterscheiden mußte.

Die Diskussion über das neue Wehrsystem mußte unter solchen Umständen einen breiten Raum einnehmen und einen grundsätzlichen Charakter erhalten. In dieser Diskussion hat Tuchatschewskij eine große Rolle gespielt.

Tuchatschewskij hat seine grundsätzliche Einstellung zu diesem Problem in einer Schrift niedergelegt, der wir in anderem Zusammenhang bereits begegnet sind. Auf welcher ideologischen Basis versucht er den gordischen Knoten durchzuschlagen?

Tuchatschewskij geht davon aus, daß die Struktur einer Armee durch ihre politischen Ziele und durch das geltende System ihrer Rekrutierung bestimmt werde. Die französische Revolution habe mit der Einführung des nationalen und obligatorischen Rekrutierungssystems ungeheure Heeresmassen auf die Beine gebracht. So sei allmählich der Begriff des „bewaffneten Volkes“ entstanden. Die Handhabung einer kolossalen Armee setze ein groß ausgebautes Eisenbahnnetz und bis ins kleinste ausgearbeitete Pläne voraus. Dagegen sei die Kriegstüchtigkeit und Widerstandsfähigkeit der eigentlichen Kerntruppen gegenüber früheren Zeiten zurückgegangen. Mit der Verringerung der Dienstzeit sei die Qualität der Ausbildung des Heeres und seine Leistungsfähigkeit gesunken. Alles das habe zur schnellen Vervollkommnung der militärischen, technischen Mittel geführt, um dadurch den Geist der Truppen zu stärken bzw. zu ersetzen¹⁾.

Es ist nicht unsere Aufgabe, zu untersuchen, inwieweit die Anschauungen Tuchatschewskijs einer Kritik standhalten.

¹⁾ Vgl. Tuchatschewskij, Die Rote Armee und die Miliz, S. 7ff. Leipzig 1921.

Uns interessiert hier vor allem die Dialektik seiner Beweisführung, die auf einen ganz bestimmten Zweck ausgerichtet ist.

Tuchatschewskij beweist, daß im Zuge der geschilderten Entwicklung die Ausbildung der Armee immer mehr zurückgetreten und die des Stabes immer mehr in den Vordergrund gerückt sei. Und er fährt fort:

„Die Taktik hing fast ganz von der Genauigkeit der Berechnungen und von dem Grade der Präzision ab, mit der die Truppe mittels der Eisenbahnen verschoben werden konnte . . . Diese Bedingungen setzten die Grenze für die Vergrößerung der Armee, die sonst mit der industriellen Entwicklung des Landes Schritt halten mußte . . . Bei äußerster Entwicklung der Technik und der Industrie könnte man auch die Armee auf die Maximalgröße bringen; die vollkommenste Kriegstechnik vorausgesetzt, könnte die Qualität einer Armee beinahe ganz durch die Quantität ersetzt werden¹⁾ . . .“

Auf dem Wege solcher Überlegungen kommt Tuchatschewskij schließlich zu folgender Frage: „Welche Grenze ist also der Entwicklung der Idee von einer auf der allgemeinen nationalen Dienstpflicht beruhenden bürgerlichen Armee gesetzt?“ Seine Antwort lautet: „Diese Grenze war unbewußt erkannt, man nannte sie: das ‚Milizsystem‘.“

So gelangt Tuchatschewskij zu dem, was er beweisen will. Er sagt, die Idee des Milizsystems sei nicht als eine logische Folge der bisherigen militärischen Denkweise aufgetreten, sondern sie sei ganz zufällig und unerwartet im sozialistischen Lager aufgetaucht: „Dieses System ist zur Tradition der Sozialisten geworden. Allmählich vergaß man ganz den eigentlichen Zweck einer Armee: an einen aktiven sozialistischen Krieg dachte man nicht.“

So ergibt sich endlich folgende Formel: „Die eine Partei hat nicht erkannt, daß das Milizsystem das konsequenteste, das gewaltigste militärische System eines auf der Maximalstufe seiner kapitalistischen Entwicklung stehenden bürgerlichen Staates ist, während die Gegenpartei in ihrem Kampf gegen die kapitalistischen

¹⁾ Tuchatschewskij, ebenda S. 9.

Gelüste danach strebte, das Milizsystem zur Geltung zu bringen . . . und man verfiel dem fanatischen Glauben an die unbedingte Zugehörigkeit der Milizarmee zur sozialistischen Gesellschaftsordnung.“

Tuchatschewskij bezichtigt die Anhänger des Milizsystems in der Sowjetunion des „Aberglaubens“ und erklärt: „Diese Milizanbeter machen nicht einmal den Versuch, die Bedeutung dieser Frage für das Land und für die Klasse analytisch zu prüfen. Sie können nicht begreifen, daß eine jede neue soziale Ordnung auch ein neues Armeesystem notwendig macht.“

Dieses „neue Armeesystem“ wird aus den aktiven Aufgaben der Roten Armee, aus der Notwendigkeit, revolutionäre Angriffskriege zu führen, abgeleitet. Es erweist sich jedoch, daß dieses „Neue“ in Wirklichkeit alt ist. Von der Beschränkung der Wehrpflicht auf die „Werk-tätigen“ kann man nicht behaupten, daß sie das Armeesystem als solches grundsätzlich verändert, zumal dieses Prinzip in seiner praktischen Anwendung durchaus nicht den Umfang besitzt, den man vielleicht anzunehmen geneigt wäre. Und schließlich wird im Kriegsfall ohnehin die gesamte verfügbare Bevölkerung in dieser oder jener Weise den Heereszwecken dienstbar gemacht, sei es auch in der Form der Verwendung der „Klassenfeinde“ für Armierungsarbeiten usw.

Der entscheidende Tatbestand ist einfach der, daß auch der „proletarische“ Staat sich für ein stehendes Heer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht entschieden hat.

Die besondere Bedeutung der Dialektik der ganzen Beweisführung für uns – und das ist der Grund, weshalb wir hier auf diese Dinge eingegangen sind – liegt darin, daß die Wahl des Wehrsystems in der UdSSR. sich nicht aus der Beschränkung auf Verteidigungszwecke, sondern aus den Absichten einer aggressiven Politik ergeben hat. Weil die UdSSR., auf weitere Sicht gesehen, sich für die Führung von revolutionären Angriffskriegen stark macht, deshalb hat sie einen Heeresaufbau gewählt, der ihr allein den Erfolg einer solchen Zielsetzung zu garantieren scheint.

3. Die Heeresreformen des Jahres 1924

Unter diesem Gesichtspunkt müssen auch die weiteren Reformen in der Roten Armee betrachtet werden. Haben wir erkannt, daß die allgemeine Tendenz in der Entwicklung der Roten Armee sich zum großen Teil aus den praktischen inneren Bedürfnissen und aus denen des Bürgerkrieges ergeben hat, so hat uns Tuchatschewskij darüber belehrt, daß in dieser Beziehung noch ein anderer, weit stärkerer Faktor in Erscheinung getreten ist. Er greift unmittelbar in die Lebensbedürfnisse anderer Staaten und Völker ein, indem er gegen sie gerichtet ist. Er ist die eigentliche Triebkraft der rätebündischen Wehrpolitik und aller Heeresreformen in der UdSSR.

Die Reformen des Jahres 1924 wurden von Frunse durchgeführt. Sie bezweckten die endgültige Festlegung eines einheitlichen Wehrsystems, unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Weltkrieges.

Es waren dabei nicht unwesentliche Schwierigkeiten zu überwinden. Die Bevölkerung der UdSSR. ist in der Lage, alljährlich rund 800 000 bis 900 000 wehrfähige junge Männer für den Heeresdienst zu stellen, was bei einer zweijährigen Dienstzeit eine reguläre Armee von doppelter Stärke erforderlich machen würde, wenn das gesamte Rekrutenkontingent ausgebildet werden sollte. Die Aufstellung einer Armee in dieser Stärke hätte damals für die UdSSR. eine untragbare finanzielle Belastung bedeutet, während die Festlegung einer einjährigen Dienstzeit angesichts der kulturellen Rückständigkeit der Bevölkerung und des qualitativ unzulänglichen Kommandobestandes der Armee unmöglich erschien. Frunse sah sich infolgedessen vor die Aufgabe gestellt, die zahlenmäßige Stärke der Armee in tragbaren Grenzen zu halten und gleichzeitig die Voraussetzung für die Ausbildung der gesamten wehrpflichtigen Bevölkerung zu schaffen.

Der Ausweg aus dieser Schwierigkeit wurde in Gestalt des gemischten „Kader-Territorialsystems“ gefunden. Auf Grund dieser Teilung gibt es in der UdSSR. eine „Kaderarmee“, die das stehende Heer darstellt, und die „Territorialarmee“.

Die zahlenmäßige Friedensstärke der Roten Armee wurde auf 562 000 Mann festgesetzt und ist inzwischen nach den Angaben von Tuchatschewskij¹⁾ auf 940 000 Mann erhöht worden. Das ist die Stärke des stehenden Heeres und der ständigen Stämme der Territorialtruppen.

Der „Kaderarmee“ gehören zwei Fünftel der Infanterie und der Artillerie, vier Fünftel der Kavallerie und alle technischen Waffen, vor allem also die Tank- und Panzerkraftwagenabteilungen, die Fliegerformationen, die Nachrichtentruppen usw. an. Die Länge der Dienstzeit wurde folgendermaßen festgesetzt: für Infanterie, Artillerie und Kavallerie – 2 Jahre; für die Spezialisten der Luftflotte und für die Angehörigen des Küstenschutzes – 3 Jahre; für die Kriegsflotte und die Marineabteilungen der Truppen der OGPU. – 4 Jahre.

Die Territorialtruppen, die häufig auch als „Miliz“ bezeichnet werden, bestehen aus dem sogenannten „Kader-“ und dem „Wechselbestand“. Der erstere stellt die festen Stämme der Territorialtruppen dar. Der Wechselbestand, wie schon sein Name sagt, unterliegt ständigen Veränderungen. Das Grundprinzip der Territorialarmee besteht darin, auch denjenigen Teil der wehrfähigen Bevölkerung militärisch auszubilden, der nicht zum Dienst im stehenden Heer eingezogen werden kann. Die Territorialtruppen ergänzen sich aus ihrem jeweiligen Dislokationsgebiet. Die gesamte Ausbildungsdauer beträgt 8–11 Monate und verteilt sich im ganzen auf 5 Jahre. Der „Wechselbestand“ wird also im Laufe von mehreren Einberufungen zum Heeresdienst, die eine Dauer von 1–3 Monaten aufweisen, ausgebildet.

Daneben bestehen noch andere Formen der militärischen Ausbildung, die unmittelbar in das Wehrsystem der UdSSR eingreifen. Es sind dies die „vormilitärische Ausbildung“, die alle Wehrpflichtigen im Verlaufe von 2 Jahren vor der Einberufung in kurzfristigen Ausbildungskursen zusammenfaßt und schließlich die Wehrorganisation „Osoaviachim“.

Neben der Schaffung eines einheitlichen Wehrsystems hatten die Reformen des Jahres 1924 noch eine Reihe von Teilaufgaben zu lösen. Darunter stand die praktische Durch-

¹⁾ Sowjetkongreß 1935.

führung der einheitlichen Befehlsgewalt in der Armee an erster Stelle. Ihr folgte die Festigung der Disziplin. Schließlich stand nach Schaffung dieser elementaren Voraussetzungen einer schlagkräftigen Armee ihre moderne Bewaffnung auf der Tagesordnung. Dieses Problem hatte seine Schwierigkeiten nicht nur innerhalb der Armee selbst, weil eine vorhandene Kriegstechnik auch „beherrscht“ sein will, wie der immer wiederkehrende Ausdruck lautet, sondern diese Technik mußte auch produziert werden. Hier lag eine Aufgabe vor, die nicht nur innerhalb der Armee gelöst werden konnte, sondern auch außerhalb ihrer in Angriff genommen werden mußte. Das geschah im Rahmen des Fünfjahresplanes, der in erster Linie eine Rüstungsindustrie aufzubauen hatte.

Alles das war die praktische Folge der Politik der UdSSR. in der uns bekannten Zielrichtung: revolutionärer Angriffskrieg!

4. Die militärische Stärke der Roten Armee

Bei der Betrachtung der zahlenmäßigen Stärke der Roten Armee muß beachtet werden, daß der offiziell zugegebene Bestand von 940000 Mann nur die Kaderarmee betrifft. Nicht eingerechnet sind darin der Wechselbestand der Territorialarmee und die der militärischen Ausbildung außerhalb der Truppe unterliegenden Wehrfähigen. Mit ihrer Berücksichtigung kann die Stärke, die am Ende eines Ausbildungsjahres erreicht wird, auf rund 1 500 000 Mann veranschlagt werden.

Nach Berechnungen der „Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Völkerbundsfragen¹⁾“ verfügt die Rote Armee an ausgebildeten Reservisten zur Zeit über mindestens 8,5 Millionen Mann bis zum 32. Lebensjahr. Es sind dabei nur die von 1923 bis Ende 1934 ausgebildeten Jahrgänge berücksichtigt. Würde man auch die älteren ausgebildeten Jahrgänge berücksichtigen, so würde sich die Zahl der verfügbaren Reservisten noch um mehrere Millionen erhöhen.

Zu den Effektivbeständen der Roten Armee müssen ferner, wie die genannte Zeitschrift ausführt, noch hinzugerechnet

¹⁾ 30. April 1935.

werden: etwa 150 000 Mann der staatlichen politischen Verwaltung (GPU.), die in Divisionen, Schützen- und Kavallerieregimenter, Fliegergeschwader und Panzerkraftwagen-Abteilungen gegliedert sind, ferner das Grenzwachkorps mit rund 70 000 Mann, die im Falle eines Krieges zunächst im Grenzschutz Verwendung finden sollen. Sie sind bereits im Frieden in motorisierte Grenzschutzdivisionen an der Westgrenze und in Grenzschutz-Kavalleriedivisionen im Kaukasus, Mittelasien und Sibirien gegliedert. Auch die örtlichen Schützengruppen mit 11 Regimentern, 28 selbständigen Bataillonen und 50 selbständigen Kompanien müssen der Roten Armee, ebenso wie die Konvoj-Truppen mit schätzungsweise 60 000 Mann, sowie der Bewaffnete Schutz der Verkehrswege mit etwa 80 000 Mann und schließlich der militärische Industrieschutz mit rund 150 000 Mann als wesentliche Ergänzung hinzugerechnet werden. Selbst wenn diese Formationen im Kriegsfall, so hebt die genannte Zeitschrift hervor, auch nur teilweise im Grenzschutz Verwendung finden würden, bilden sie eine wesentliche Entlastung für das kämpfende Heer zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung hinter der Front und im Innern des Landes.

Der polnische General Sikorski berechnet die Stärke der Roten Landarmee auf 210 Infanterieregimenter nebst 100 selbständigen Garnison-Bataillonen, auf 97 Kavallerieregimenter, 1500 Artilleriebatterien aller Kaliber, 15 Eisenbahnregimenter, 10 Gasregimenter (zuzüglich mehrerer selbständiger Bataillone) und eine große Anzahl von technischen Spezialformationen¹⁾. Sikorski verweist ferner auf weitere, von uns oben schon erwähnte Sonderformationen.

Über die Bewaffnung der Roten Armee gibt gleichfalls die „Zeitschrift der deutschen Gesellschaft für Völkerbundfragen“ interessanten Aufschluß nach ihrem derzeitig zu veranschlagenden Stand. Danach verfügen die Infanterie- und Kavallerieformationen mindestens über

20 000 leichte Maschinengewehre,

12 000 schwere Maschinengewehre,

800 Minenwerfer,

1620 Infanteriegeschütze.

¹⁾ Vgl. Kurjer Warszawski vom 12. Mai 1935.



Kriegs- und Rüstungspropaganda. Bolschewistische Photomontagen mit den Bildnissen von Stalin und Woroschilow, die der Popularisierung der militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitung dienen



AIZ



Eine Hetz-Photomontage des berüchtigten John Heartfield in Willi Münzenbergs AIZ., die mit zynischer Offenheit die wahren Ziele der Roten Armee enthüllt.

Die Artillerie wird mit 1560 leichten und 225 schweren Batterien noch stärker eingeschätzt, als es Sikorski tut. Die in der UdSSR. zur Zeit verfügbare Artillerie dürfte mit 4700 leichten und 700 schweren Geschützen zu veranschlagen sein. Der Kampfwagenbestand der Roten Armee muß mit mindestens 3500 Maschinen angenommen werden, die sich auf etwa 6 Kampfwagenregimenter, 12 selbständige Kampfwagenbataillone und ebensoviel selbständige Kampfwagenkompanien verteilen.

Schließlich bleibt noch die Luftwaffe zu erwähnen, auf deren Ausbildung besonders großer Wert gelegt wird. Die militärische Stärke der UdSSR. zur Luft ergibt sich aus folgenden Zahlen:

- 24 Fliegerbrigaden mit etwa
- 79 Fliegergeschwadern und
- 81 selbständigen Staffeln.

Außerdem ist neuerdings eine Luftreserve geschaffen worden, die entsprechend der Artillerie der Obersten Heeresleitung zur besonderen Verfügung steht. Die Zahl der einsatzbereiten Kriegsflugzeuge der Sowjetunion wird mit 4300 angenommen. In der Presse sind in letzter Zeit wiederholt noch höhere Zahlen (5000) genannt worden.

Das sind einige allgemeine Streiflichter, die einen Begriff davon geben, wie weit die Rüstungen der Sowjetunion fortgeschritten sind. Speziellere Untersuchungen über Einzelfragen der Ausbildung und Bewaffnung der Roten Armee liegen außerhalb des Rahmens der vorliegenden Arbeit. Sie müssen den für diese Fragen zuständigen militärischen Fachleuten überlassen bleiben.

Alle angeführten Zahlen bilden noch nicht den Schlußstein in der militärischen Aufrüstung der UdSSR. Aus dem Bericht von Tuchatschewskij auf dem Sowjetkongreß 1935 geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß auf dem betretenen Wege weiterschritten werden soll.

Im Vordergrund aller Bestrebungen steht die Ausrüstung der Armee mit den modernsten Waffen. In dieser Beziehung wird der Heeresmotorisierung und Mechanisierung und der Entwicklung der Luftwaffe weitaus die größte Aufmerksamkeit zugewandt. In

dieser Tendenz kommen die Angriffsabsichten der UdSSR. besonders augenfällig zum Ausdruck, denn Tanks und Kriegsflugzeuge sind ausgesprochene „Angriffswaffen“, wie das viel gebrauchte Wort der internationalen Diskussion über das Rüstungsproblem lautet.

5. Der Rote Militarismus

Im Jahre 1908 stellte Lenin in einem Artikel „Der streitbare Militarismus und die antimilitaristische Taktik der Sozialdemokratie“ fest, daß es unter den Sozialisten keine Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage geben könne. Niemandem von ihnen fiel es ein, jede bewaffnete Macht und jede militärische Beschäftigung als Militarismus zu bezeichnen. Übereinstimmend mit den Lehren von Marx und Engels erklärten sie alle, daß der Militarismus eine Begleiterscheinung, eine „Lebensäußerung“ des Kapitalismus, ein Gefährte der kapitalistischen Eroberungs- und Unterdrückungspolitik sei. Nur dort gäbe es Militarismus, wo die Armee im Interesse der kapitalistischen Abenteuer zum Kampf um Absatzmärkte und Rohstoffquellen, zur Unterdrückung von fremden Völkern und zur Niederhaltung der durch den Kapitalismus ausgebeuteten Volksmassen angewandt werde.

Diese Auffassung ist von Lenin und von vielen Sowjetpolitikern in Anwendung auf die Sowjetunion in ihrem Gegensatz zur übrigen Welt unermüdlich wiederholt worden.

Wie ist das wirkliche Bild? Wenn der Militarismus eine Lebensäußerung des Kapitalismus ist, so kann er eben nirgends so stark auftreten, wie in der UdSSR. Wir haben gesehen, daß das praktische Ergebnis der bolschewistischen Enteignungspolitik den größten Kapitalisten der ganzen Welt in Gestalt des Sowjetstaates hervorgebracht hat. Nachdem wir erkannt haben, wer der eigentliche Herr der UdSSR. ist – die bolschewistische Kaste –, müssen wir eine entsprechende Einschränkung vornehmen. Diese Kaste ist die Verkörperung des Sowjetkapitalismus¹⁾.

¹⁾ Vgl. Fehst, Bolschewismus und Judentum, Nibelungen-Verlag, Berlin, 1934.

Im Sinne der von Lenin gemachten Definition muß also die Wehrpolitik des Sowjetkapitalismus in die Form eines Roten Militarismus ausarten. Alle anderen von Lenin gegebenen „objektiven Merkmale“ dafür sind vorhanden. Wir sehen eine, alle historischen Vorbilder übertreffende Eroberungs-, Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik. Wir sehen eine Armee im Dienste einer kleinen Kaste, in deren Weltmachtinteressen sie marschieren, fremde Staaten erobern, ihre Regierungen stürzen und die Völker durch Errichtung der bolschewistischen Diktatur unterdrücken soll.

Diesem Machtanspruch werden alle nationalen Interessen des russischen und der anderen Völker innerhalb der Sowjetgrenzen untergeordnet. Das Volk braucht Brot, Kleider, Schuhe, Seife, Zahnbürsten, Möbel – an den primitivsten Kleinigkeiten des täglichen Gebrauchs fehlt es überall. Man braucht nur einen Blick in die Sowjetpresse zu werfen, um aus der „Selbstkritik“ zu ersehen, wie die Lage in der UdSSR. auf diesem Gebiet ist.

Statt dessen setzt die Sowjetregierung ihren Bürgern Kriegsflugzeuge, Tanks, motorisierte Artillerie, Unterseeboote in einer Menge vor, die weit über die natürlichen Bedürfnisse der Landesverteidigung hinausgehen. Die zahlenmäßige Stärke der Roten Armee wird um ein Beträchtliches heraufgesetzt, ungeheure Milliardenbeträge werden für Rüstungszwecke aufgewendet, und die enteignete Bevölkerung muß durch ihrer Hände Arbeit die Mittel dazu aufbringen.

Der wahre Charakter einer solchen Politik ist unzweifelhaft. Sie ist zusammenzufassen in drei Begriffen, gegen die der bolschewistische Staat zu kämpfen vorgibt:

Kapitalismus – Militarismus – Imperialismus!

Schlußfolgerungen

Die dargestellte Politik der Sowjetunion stellt für alle Staaten und für alle Völker eine ungeheure Gefahr dar. Am unmittelbarsten betroffen sind davon diejenigen unter ihnen, gegen die sich im Ernstfalle der bolschewistische Angriff zuerst wenden wird. Aber auch die Staaten und Völker werden der drohenden Gefahr auf die Dauer nicht entgehen, die heute glauben, mit der Sowjetregierung politische und militärische Bündnisse abzuschließen zu müssen, insbesondere dann, wenn ein Durchzug roter Truppen durch ihr Gebiet gestattet wird.

Diese Bündnisse sind gegen dasjenige Land gerichtet, das den Bolschewismus bei sich niedergeschlagen hat und in die Phase einer großen völkischen Wiedergeburt eingetreten ist. Über das nationalsozialistische Deutschland ergießt sich der ganze Haß der übervölkischen Mächte. Sie halten die Stunde für gekommen, um eine große Mobilmachung aller internationalistischen Kräfte auf dem ganzen Erdball zu organisieren.

Die Führung dieser deutschfeindlichen Front hat Moskau übernommen. Deshalb mußte unbeschadet dessen, daß es außer der UdSSR. noch andere Mächte gibt, die das Deutsche Reich gefährden, die Sowjetpolitik in erster Linie einer Untersuchung unterzogen werden.

Die verantwortlichen Männer in Moskau scheinen immer noch dagegen anrennen zu wollen, daß die moralische und materielle Gleichberechtigung Deutschlands auch auf militärischem Gebiet zu einem unumstößlichen Eckpfeiler der deutschen Politik geworden ist und daß Deutschland nicht bereit ist hinzunehmen, daß seine Grenzsteine von fremden Heeren niedgerissen werden.

Um so größer ist die gegen die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit betriebene Hetzpropaganda im Rätestaat, wobei es an Hinweisen auf frühere Abrüstungsvorschläge der Sowjetregierung nicht fehlt. Dieses Thema aus dem Arsenal des Völkerbundes dürfte heute veraltet sein. Die „Abrüstung“ ist nicht von Deutschland, sondern von allen übrigen Mächten, den Rätebund mit einbegriffen, jahrelang systematisch sabotiert worden. Die Abrüstungspolitik der Sowjets ist zu allen Zeiten nichts weiter als ein demagogisches Propagandamittel gewesen.

Als Deutschland noch nahezu völlig entwaffnet war – was von Herrn Litwinow in und außerhalb der UdSSR. oft genug anerkannt worden ist –, da verfügte der Rätestaat bereits über eine reguläre Armee von 60000 Mann, andere Formationen ungerechnet, dazu über alle modernen Waffen, die in allen Abrüstungsdiskussionen „Angriffswaffen“ genannt werden, und die nur Deutschland nicht besitzen durfte und auch nicht besaß!

In seiner Danziger Rede am 5. April 1935 sagte Rudolf Heß: „Gestehen wir den bolschewistischen Führern eine in ihrem eigenen Sinne anständige und gerade Haltung zu, so müssen wir also in ihnen die Vorkämpfer der Weltrevolution sehen.“

Man möge es uns in Moskau daher nicht verübeln, wenn wir im gegenwärtigen Stadium der europäischen Politik versuchen, uns über die politischen Ziele des Rätestaates vollkommene Klarheit zu verschaffen, bevor wir Bindungen und Verpflichtungen eingehen, die uns zugemutet werden und die sich eines Tages gegen uns richten könnten.

Die deutsche Politik liegt offen vor den Augen der ganzen Welt. In seiner Ansprache vor dem deutschen Reichstag am 21. Mai 1935 hat der Führer Adolf Hitler in unmißverständlicher Weise die Wege gezeigt, die im Interesse des Friedens möglich sind:

„Die deutsche Reichsregierung ist jederzeit bereit, sich an einem System kollektiver Zusammenarbeit zur Sicherung des europäischen Friedens zu

beteiligen, hält es aber dann für notwendig, dem Gesetz der ewigen Weiterentwicklung durch die Offenhaltung vertraglicher Revisionen entgegenzukommen...

Die deutsche Reichsregierung ist grundsätzlich bereit, Nichtangriffspakte mit ihren einzelnen Nachbarstaaten abzuschließen und diese durch alle Bestimmungen zu ergänzen, die auf eine Isolierung der Kriegführenden und eine Lokalisierung des Kriegsherdes abzielen...

Die deutsche Reichsregierung ist bereit, jeder Beschränkung zuzustimmen, die zu einer Beseitigung der gerade für den Angriff besonders geeigneten schwersten Waffen führt...

Das ist ein unmißverständlich deutliches politisches Programm und niemand in der Welt wird beweisen können, daß es im Falle seiner Durchführung nicht dem allgemeinen Frieden dienen würde.

Betrachten wir demgegenüber die Sowjetpolitik. Während die deutsche Politik grundsätzlich friedlich ist, ist die Sowjetunion grundsätzlich kriegerisch eingestellt. Von der Deutschlandhetze in der Presse und in den Reden führender Persönlichkeiten des Rätestaates ganz abgesehen, können wir zusammenfassend feststellen, daß die Sowjetpolitiker in einem Atemzuge folgende Ziele zugleich verkünden:

1. die Weltrevolution auch mit Waffengewalt,
2. den zweiten Fünfjahresplan der wirtschaftlichen und militärischen Aufrüstung, mit dem „die Welt nicht nur eingeholt, sondern auch überholt“ werden soll,
3. die allgemeine und „vollständige Abrüstung“,
4. den „Weltfrieden“,
5. den Status quo auf der Grundlage des Versailler Diktates, besonders im Hinblick auf die Beschneidung der deutschen Wehrhoheit,
6. Die Generalisierung aller kriegerischen Konflikte durch ein verwickeltes Paktsystem.

Inzwischen sind (September 1935) die neuen Reformen in der Roten Armee bekannt geworden, die eine Neuordnung der militärischen Rangbezeichnungen, die Schaffung eines „Generalstabes“ usw. bringen. Die Reformen unterstreichen nur noch einmal die von uns erörterten allgemeinen Tendenzen in der Entwicklung der Roten Armee. Von politischem und militärischem Interesse ist vor allen Dingen die weitgehende Angleichung der Roten Armee an das französische Vorbild. Wenn in Zukunft auch in der Wehrmacht des Rätestaates an die Stelle des bisherigen „Kommandeurs“ der „Offizier“ tritt, wenn es wieder „Leutnants“, „Majore“, „Obersten“ und sogar einen „Marschall der Sowjetunion“ gibt, so ändert das alles am Charakter der sowjetrussischen Wehrpolitik nichts, was im Sinne einer Friedensbereitschaft des bolschewistischen Staates ausgelegt werden könnte. Die neuen Maßnahmen bringen nur den Willen der Sowjetregierung erneut zum Ausdruck, die Rote Armee zu einem kampffähigen Machtinstrument auszubauen, das im Dienste der geschilderten allgemeinen Politik der UdSSR. steht.

Sollte es noch jemanden geben, der nach allem Gesagten sich über den Sinn und die letzten Ziele der Sowjetpolitik im unklaren ist, der möge sich folgende Worte von Karl Radek¹⁾ ins Gedächtnis einprägen:

„Jeder Tag des Bestehens Sowjetrußlands ist eine große Arbeit für die Weltrevolution. Sie marschiert! Vorläufig nicht unter dem Rauschen der Fahnen, nicht unter dem Donner der Geschütze des Bürgerkrieges. Budjennyj tränkt seine Rosse nicht am Rhein und die Abteilungen der Roten Kursanten kämpfen nicht in den Straßen von Paris zur Unterstützung der französischen Arbeiter. Aber wer hören kann, der hört die Arbeit der Pioniere der Revolution. Sowjetrußland wird vielleicht noch mehr als einen Jahrestag zu feiern haben, ehe die siegreiche Mehrheit des europäischen Proletariats ihn mit uns zusammen feiern wird. Aber jedes Jahr unseres Bestehens vergrößert die Chance dafür, daß der russische Rotarmist dazu beitragen

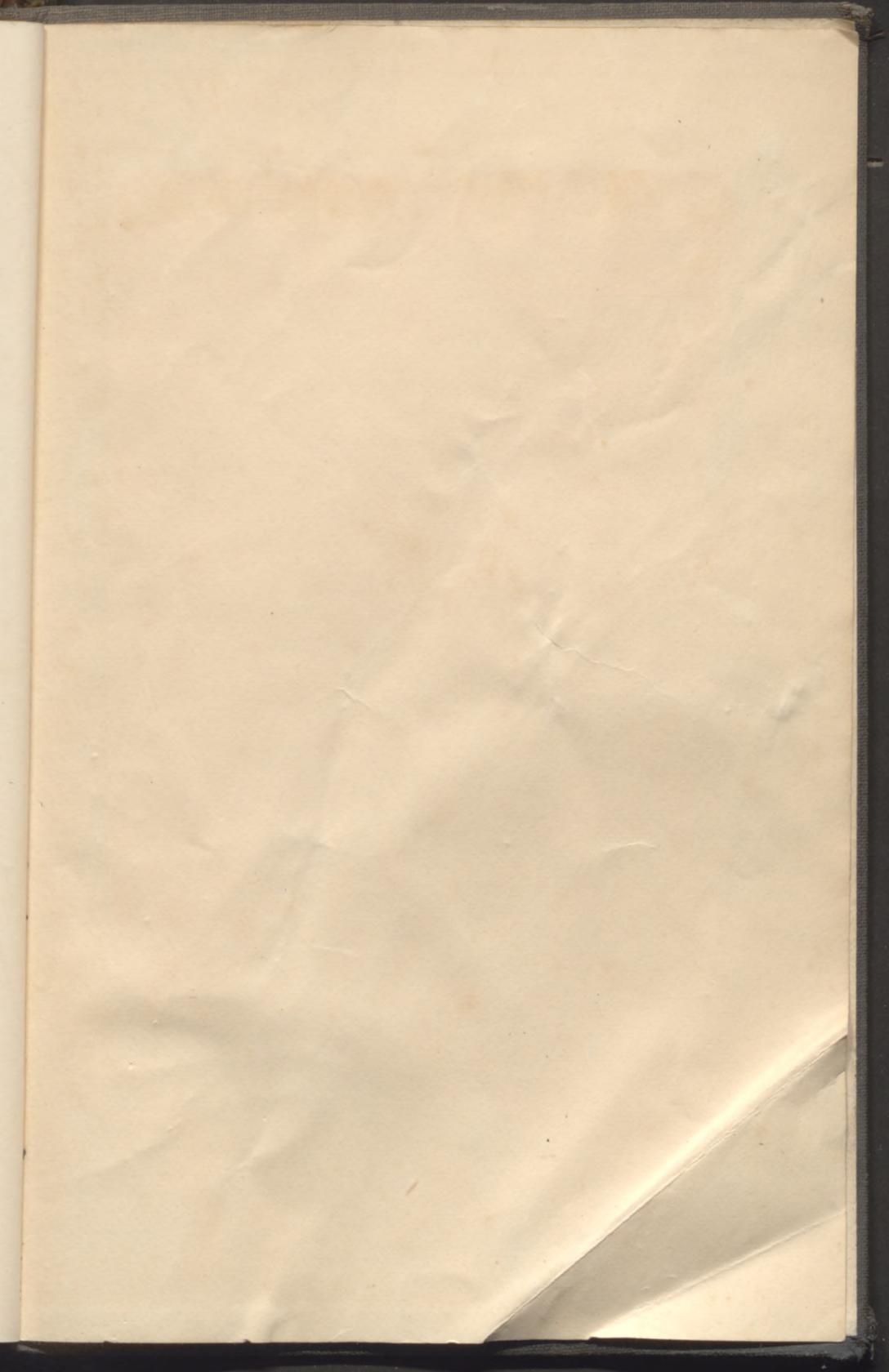
¹⁾ Karl Radek, Nach Genua und Haag, „Russische Korrespondenz“ 1922, Bd. II, S. 615.

wird, die Geburtswehen des Sozialismus in dem industriellen Europa zu verkürzen.“

Steht der Sowjetstaat heute noch auf dem Boden der Weltrevolution? Ohne Zweifel steht er auf dem Boden der Weltrevolution. Der Rotarmist soll marschieren und Budjennyj soll seine Rosse am Rhein tränken. Darauf kann es nur eine Antwort geben:

Ein einiges und wehrhaftes deutsches Volk!



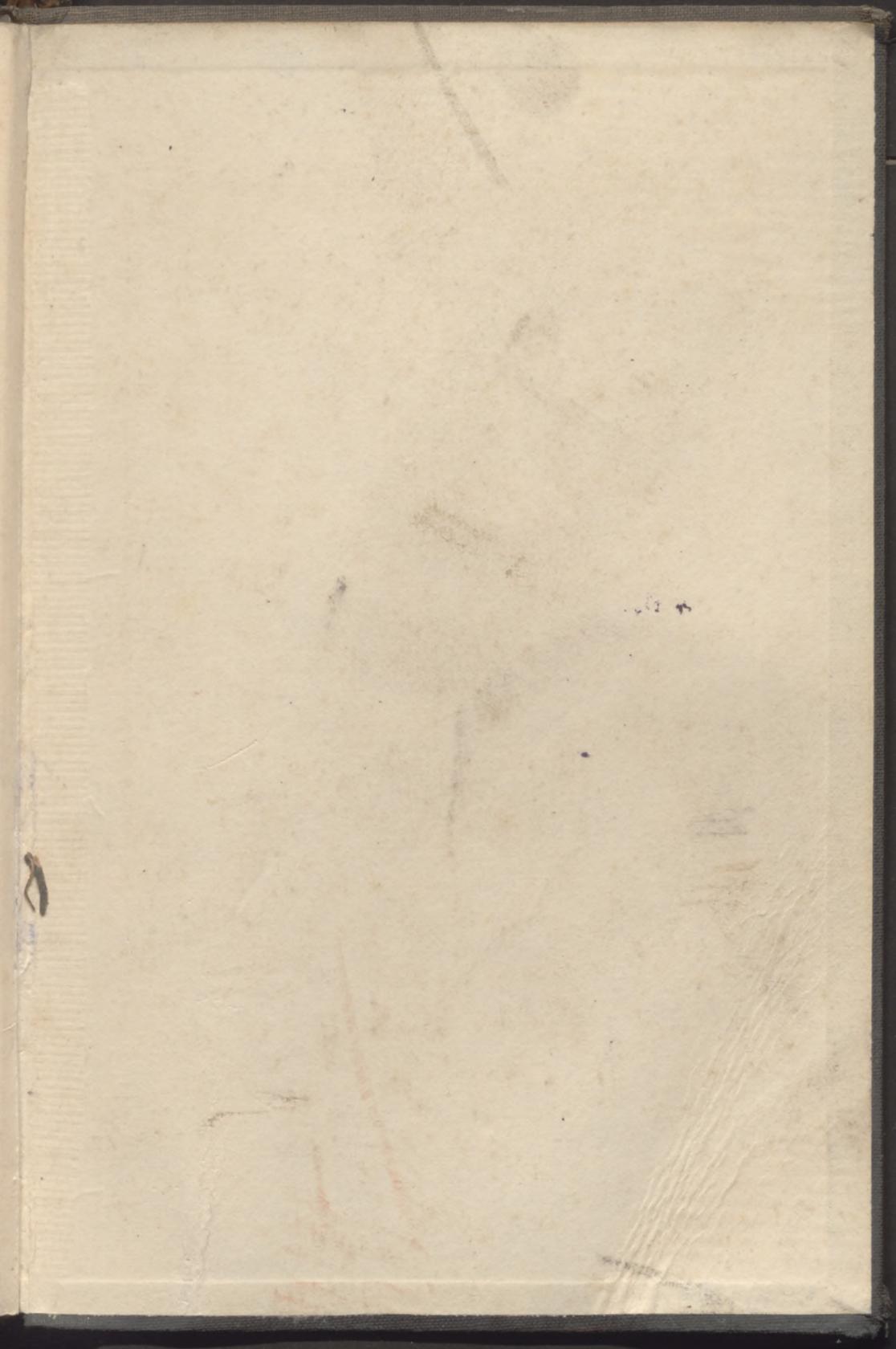


Biblioteka Główna UMK



300022099137

36.	13.4.38.	23.11.	
7.4.37.	2.8.38.	18.12.	
4.6.37.	4.11.38.		
9.7.37.	2.1.39.		
23.7.37.	12.1.39.		
1.9.37.	2.2.39.		
2.9.37.	18.2.39.		
12.10.37.	28.2.39.		
11.11.37.	4.4.39.		
29.11.37.	6.7.39.		
14.12.37.	1.12.		
15.1.38.	7.9.12.		
7.2.38.	16.2.		
14.2.38.	8.3.		
15.3.38.	24.6.		





x-rite

colorchecker CLASSIC

Teal	Yellow	Cyan	Black
Purple	Green	Pink	Grey
Olive	Dark Purple	Yellow	Grey
Blue	Red	Orange	Grey
Peach	Blue	Green	Light Grey
Brown	Orange	Blue	White

mm

